

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGNER
HESSISCHER AUSSCHUSS

ED 718-22-141
605 Offenbach 4, 3.12.1963
Waldstr. 99, Postfach 648

5.12.63

An die örtlichen Ausschüsse und
den Hessischen Ausschuß

Liebe Freunde,

eine wichtige Aufgabe in den kommenden Wochen, ist die Sammlung von Unterschriften für den Aufruf zum Ostermarsch 1964. Der Aufruf hat bereits über 1.000 Unterzeichner gefunden. Er wurde deshalb neu vervielfältigt und, mit einigen prominenten Unterzeichnern versehen.

Wir geben nun allen örtlichen Ausschüssen mehrere Exemplare des Aufrufs mit der Bitte, am Ort Unterzeichner zu finden und die unterschriebenen Aufrufe direkt an Dr. Arno Klönne, 465 Bochum, Ketteler Str. 14 zu senden.

Natürlich soll nicht jeder Ostermarsch-Teilnehmer den Aufruf unterzeichnen. Uns kommt es auf Prominente an, d.h. auf Persönlichkeiten, die zumindest im örtlichen Rahmen bekannt sind. (z.B. Pfarrer, Lehrer, Ärzte, Vereinsvorsitzende, Persönlichkeiten aus Partei und Behörde usw.)

Wenn Sie noch weitere Aufrufe wünschen, bitten wir Sie, diese umgehend bei uns anzufordern.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr

Klaus Vack

(Klaus Vack)

4/10x Aufruf

Kampagne für Abrüstung

Ostermarsch der Atomwaffengeegner

Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5

Zentraler Ausschuß

Geschäftsführung
Dr. Andreas Buro
8 München 55
Andreas-Vöst-Straße 5
Fernruf 18361



Postscheck
Hannover 239848
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto Braunschweig

Betrifft:

Aufruf zum OSTERMARSCH 1964

Sehr geehrte Damen und Herren!

In der Anlage überreichen wir Ihnen den Aufruf zum Ostermarsch der Atomwaffengeegner im Jahre 1964, der am 3. November 1963 mit einer Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche seinen Auftakt gefunden hat. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie diesen Text prüfen und, sofern Sie mit den darin geäußerten Gedanken übereinstimmen, den Ostermarsch 1964 durch Ihre Unterschrift zum Aufruf unterstützen würden. Wir bitten Sie auch dann um Ihre Meinung zum Ostermarsch, wenn Sie den Aufruf nicht selbst unterzeichnen möchten. Viele Ereignisse in der jüngsten Zeit haben erwiesen, daß Stimmen politischer Vernunft nicht ohne Wirkung bleiben. Diese Erfahrung gibt uns den Mut, Sie um Mithilfe für unsere Sache anzugehen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Andreas Buro, Herbert Faller,
Prof. Friedrich Heer, Dr. Erich Kästner,
Heinz Kloppenburg DD., Dr. Arno Klönne,
D. Martin Niemöller, Hans-Konrad Tempel

p. s. Eine kleine Auswahl aus den mehr als 1000 Unterzeichnern, die der Aufruf in den ersten Tagen seit seiner Herausgabe gefunden hat, finden Sie auf der Seite 3 und 4.

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hedwig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtel, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, Ernst Wolf.

Sprecher des Zentralausschusses: Hans-Konrad Tempel, 207 Ahrensburg/Holstein, Manhagener Allee 33, Fernruf 4876

AUFRUF ZUM OSTERMARSCH 1964

Die Einstellung der Atomwaffentests ist vereinbart und weitere Entspannungsabkommen bahnen sich an. Damit wächst die Hoffnung, daß der atomare Krieg verhindert und der Friede erhalten werden kann. Die Völker atmen auf: Der radioaktiven Verseuchung der Atmosphäre ist Einhalt geboten - ein erster Schritt zur umfassenden und kontrollierten Abrüstung ist getan!

Diese Abkommen sind ein Zeichen der Einsicht jener Politiker, die einen Anfang gemacht haben, sie sind ebenso sehr ein Erfolg jener Millionen von Menschen in vielen Ländern, die seit Jahren gegen die atomare Rüstungspolitik auftreten. Jeder einzelne von ihnen hat den Umschwung mit vorbereitet, der sich jetzt vollzieht und dessen Ergebnis die weltweite Billigung der Entspannungsabkommen ist.

Der Friedensplan des Generalsekretärs der UNO zeigt den Weg, auf dem weitere Fortschritte der Abrüstungspolitik möglich sind. Dieser Plan sieht vor:

- X Beendigung der Atomwaffentests auch unter der Erde,
- X Verbot der Verwendung von Nuklearwaffen im Kriege,
- X Maßnahmen zur Verhütung von Überraschungsangriffen,
- X Verträge über atomwaffenfreie Zonen.

Dieser Plan muß Wirklichkeit werden!

Es ist keine Zeit zu verlieren. Die Fesselung des gesellschaftlichen Lebens durch überholtes Militärdenken und die Vergeudung von Produktivkräften durch eine sinn- und maßlose Rüstungspolitik muß in aller Welt ihr Ende finden, wenn eine friedliche und gesicherte Existenz aller Völker der Erde morgen noch möglich sein soll.

Die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen steht in einigen Teilen der Welt vor der Verwirklichung. Mitteleuropa hingegen ist nach wie vor konfliktgeladen. Ein Krieg in diesem Gebiet wäre das Ende der mitteleuropäischen Völker. Deshalb rufen wir die Bürger aller Länder Mitteleuropas auf, die Kampagne für Abrüstung zu verstärken und die verantwortlichen Politiker in Ost und West davon zu überzeugen, daß die in Mitteleuropa bestehenden Probleme nur ohne Gewalt und Gewaltsandrohung gelöst werden können. Erneut stellen wir den Ostermarsch 1964 unter das Motto:

- X Mitteleuropa - atomwaffenfrei
- X Mitteleuropa - militärisch verdünnte Entspannungszone
- X Mitteleuropa - Brücke zwischen Ost und West.

Noch immer reichen die Anstrengungen im Westen und im Osten unseres Vaterlandes nicht aus, um eine wirkliche Entspannung zu erreichen. Deutschland darf nicht Störenfried sein. Es kann seinen Beitrag zu einer Strategie des Friedens leisten. An die Stelle steigender Rüstungsanstrengungen und der Militarisierung des öffentlichen Lebens in beiden Teilen Deutschlands muß eine aktive Politik der Sicherheit durch Abrüstung treten.

In der Bundesrepublik fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung. Mit dieser Forderung stimmen wir überein. Wir schlagen vor:

- X Verzicht auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen,
- X Zustimmung und Beitritt der Bundesrepublik zu allen Vereinbarungen, die zum Verzicht auf Gewalt führen,

- X Initiative der Bundesrepublik zu Verhandlungen über ein atomwaffenfreies, militärisch verdünntes Sicherheitssystem in Mitteleuropa.

Wir erklären: Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik: dem Frieden der Welt zu dienen. Eine Politik der Abrüstung in Mitteleuropa kann verhindern, daß der demokratische Stil unseres Landes durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen abgebaut wird.

Wir bitten alle Mitbürger:

ED 718-22-143

- X Unterstützen Sie öffentlich unsere Vorschläge!
- X Arbeiten Sie mit in unserer Kampagne, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist und keine einseitige Stellungnahme im Kalten Krieg kennt!
- X Übernehmen Sie Verantwortung in den Ostermarsch-Ausschüssen!
- X Helfen Sie durch genaue Information die Denkschablone aufzulösen und Gesichtspunkte für friedliche Lösungen zu entwickeln!
- X Machen Sie den Ostermarsch 1964 zu einem Höhepunkt der Kampagne für Abrüstung!

Eine starke Volksbewegung für Abrüstung kann weitere Schritte zu einer internationalen Friedensordnung vorbereiten. Der Friede kann erreicht und gesichert werden, wenn alle Menschen guten Willens ihr Verlangen nach Abrüstung und Entspannung öffentlich bekunden und in allen Bereichen der Gesellschaft durchsetzen.

Professor Helmut Gollwitzer, Berlin - Dr. Gerhard Szczyzny (Verleger), München - Rolf Hochhuth (Lektor), z. Zt. Basel - Erich Kuby (Schriftsteller), München - Professor Otto Pankok - Hans A. Nickel (Verleger), Frankfurt - Paul Schallück (Schriftsteller), Köln - Gerhard Zwerenz (Schriftsteller), Köln - Christian Geißler (Schriftsteller), München - Robert Jungk (Schriftsteller), Wien - Professor Dr. Friedrich Heer, Wien - Heinz Kloppenburg DD. (Oberkirchenrat), Dortmund - Martin Niemöller (Kirchenpräsident), Wiesbaden - Professor Dr. Th. Gläß (Stadtrat, Schuldezernent), Frankfurt - Walter Buckpesch (Stadtrat, Schuldezernent), Offenbach - Dr. Erich Kästner (Schriftsteller), München - Karl Appelman (Bürgermeister), Offenbach - Professor Ossip K. Flechtheim, Berlin - Professor D. Heinrich Vogel, Berlin - Heinz Hilpert (Intendant), Göttingen - Dr. Günther Anders (Schriftsteller), Wien - Ernst Kreuder (Schriftsteller), Darmstadt - Herbert Faller (Bundesjugendleiter der Naturfreunde Deutschlands), Frankfurt - Dr. Arno Klönne (wiss. Assistent), Bochum - Hans Konrad Tempel (Lehrer), Hamburg - Dr. Andreas Buro, München - Professor Wolfgang Abendroth, Marburg - Professor Hans Werner Bartsch, Frankfurt - Christel Beilmann (Schriftleiterin), Bochum - Werner Beutler (Oberstudienrat), Köln - Otto Böhnke (Betriebsratsvorsitzender), Dortmund - Hedwig Born, Bad Pyrmont - Dr. Margherita von Brentano (wiss. Rat), Berlin - Professor Heinrich Düker, Marburg - Dr. Erdmuthé Falkenberg (Reg.-Dir.), Frankfurt - Pfarrer Karl Giesen, Essen - Professor Johannes Harder, Wuppertal - Professor Eduard Hapke, Lüneburg - Dr. med. Ernst Hass, Dorfen - Josef Höning (Bevollmächtigter IG Metall), Rheinhausen - Gerd Hirschauer (Redakteur), München - Karl Friedrich Hübsche (Gewerkschaftssekretär), Bochum - Pastor Rudolf Dohrmann, Wolfsburg - Hanns Martin Elster (Schriftsteller), München - Pfarrer Helmut Goes, Stuttgart - Pastor Dr. theol. G. Greiffenhagen, Bremen - Pfarrer Herbert Günneberg, Essen - Dr. Rolf Gutte (Studienrat), Bremen - Karl Heinz Gutschmann (Gewerkschaftssekretär), Duisburg - Dr. Werner G. Haverbeck, Vlotho - Heinrich Hannover

(Rechtsanwalt), Bremen - Wolfgang F. Haug (Redakteur), Berlin - Professor Gustav Heckmann, Hannover - Professor Helmut Heinemann, Lüneburg - Professor Karl Heckmann, München - Professor Lothar Hock, Gießen - Theodor Immer (Landesjugendpastor), Leer - Dr.med. Fritz Katz, Iserlohn - Professor Heinz Dietrich Kenter, Stuttgart - Hanns Hellmut Kirst (Schriftsteller), Feldafing - Dr. Ernst Moritz Klingenberg (Oberstudienrat), Mettmann - Professor Hans Dieter von Klöden, Hannover - Dr. Gernot Koneffke (Oberstudienrat), Neu-Isenburg - Josef Konrads (Oberstudienrat), Aachen - Günther Köpke (Gewerkschaftssekretär), Frankfurt - Dr. Rheinhard Köster (Pfarrer), Essen - Dr. Ulrich Kunz (Pfarrer), Ludwigsburg - Horst Kynast (Gewerkschaftssekretär), Kassel - Günter Laß (Gewerkschaftssekretär), Bielefeld - Dr. Wilhelm Lenzen (geistl. Studienrat), Mönchen-Gladbach - Manfred Liebel (1. Vorsitzender SDS), Frankfurt - Dieter Linz (Pfarrer), Köln - Dr. Armin Prinz zur Lippe, Detmold - Pfarrer Klaus Lohmann, Bad Godesberg - Dr. Lina Mayer-Kulenkampff, Hamburg - Dr.med. habil. Bodo Manstein, Detmold - Professor W. D. Marsch, Wuppertal - Ulrike Marie Meinhof (Chefredakt.), Hamburg-D. Wilhelm Niemöller (Pfarrer), Bielefeld - Rudolf Paul (Oberstudienrat), Reutlingen - Professor Katharina Petersen, Hannover - Dipl. Volkswirt Heinz Raspini, Lohr - Karl Rauch (Schriftsteller), München - Marie Friderike Rieger (Oberstudienrätin), Freiburg - Dr. Reinhold Rieger (Pfarrer), Reilingen - Sepp Sigulla (Gewerkschaftssekretär), Frankfurt - Pastor Udo W. Smidt, Bremerhaven - Dr. Wolfgang Sünkel (wiss. Assistent), Münster - Wolfgang Schlenker (Oberstudienrat), Ulm - Robert Scholl, München - Günther Schwarz (Gewerkschaftssekretär), Frankfurt - Martin Stöhr (Stud.-Pfarrer), Darmstadt - Professor D. H. Strathmann, Erlangen - Pfarrer Heinrich Treblin, Alzey - Professor Johannes Ude, Grundlsee - Dr. Hans Peter Vogt (Reg.-Assessor), Wiesbaden - Dr. Hartmut Weber (wiss. Assistent), Münster - Professor Fritz Wenzel, Braunschweig - Professor Ernst Wolf, Göttingen - Professor Konrat Ziegler, Göttingen - Pfarrer Eberhard Koch, Geisenheim - Pfarrer Ernst Otto Mohn, Offenbach - Pfarrer Albert Röhling, Düsseldorf - Pfarrer Heinrich Brüggemann, Dortmund - Bettina von Arnim (Malerin), Eschborn - Professor A. Neuhäusler, München, - Renate Riebandt-Rolfs (Schauspielerin), Frankfurt - Pastor Hans Puschke, Hamburg - Pastor Karl-Johann Rese - Dr. Achim von Borries (Redakteur), Köln - Dr. H. G. Stück (wiss. Assistent), Darmstadt - August Bangel, Castrop-Rauxel - Herbert Stubenrauch (Lehrer), Wuppertal - Professor Joachim Hämmerling, Wilhelmshaven - Malte J. Rauch (Journalist), Frankfurt - Jochen Müller (Gewerkschaftssekretär), Frankfurt - Professor Reinhard W. Kaplan, Frankfurt - Horst Klaus (Gewerkschaftssekretär) Nürnberg - Karl Amery (Schriftsteller)

Die in Klammern angegebenen Berufsbezeichnungen sollen Hinweise zur Person geben. Sie bedeuten nicht, daß in der entspr. Funktion unterzeichnet wurde.



Ich unterstütze den Aufruf zum Ostermarsch 1964:

Name:

Adresse:

Stand, Beruf: Datum:

(Unterschrift)

Bitte per Brief senden an: Dr. Arno Klönne, 463 Bochum, Kettelerstr. 14

PRO T O K O L L

zur Sitzung des Arbeitsausschusses am 26. Nov. 1963 in Offenbach

===== 5.12.63 =====

Anwesend Vack, Amann, Winkler,
als Gäste Faller, Halberstadt, Strass

Es fehlten: Weick, Andres, Arlt,
als Gast Farr (entschuldigt)

- Tagesordnung
1. Arbeitsteilung im neuen Arbeitsausschuß
 2. Die nächsten Termine und Arbeiten
 3. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO

Als Geschäftsführer käme Horst Maurer infrage; Winkler und Vack sollen mit ihm in Verbindung treten und die noch bestehenden persönlichen Bedenken erörtern. Der Geschäftsführer soll ab 1. Jan. für 6 Monate eingestellt werden. Klaus Baumruck hat mittlerweile abgesagt.

Zimmermann, Vorsitzender des Frankfurter VK, ist eventuell bereit, in Frankfurt einen Raum gegen geringes Entgelt zur Verfügung zu stellen.

Unter der Voraussetzung, daß eine günstige Bürolösung gefunden wird, ist Klaus Vack bereit, die federführende Funktion innerhalb des HA beizubehalten.

Zu Punkt 2 der TO

- 2.1. Aktivisten-Treffen am 11./12. Jan. 64
- Tagesordnung
1. Situation der Kampagne für Abrüstung (Stubenrauch oder Faller)
 2. Werbung und örtliche Vorbereitung zum OM 64
 3. Zentraler Hessischer Veranstaltungsplan bis Ostern 64
 4. Wie gestalten wir den Ostermarsch 64? (Für die Punkte 2 - 4 sind Klaus Vack und Norbert Winkler verantwortlich.)
 5. Aktionen zu aktuellen Anlässen

Ort Naturfreundehaus Rosenhöhe (Offenbach) - Beginn Samstag 15.00 Uhr
Die Kosten sollen von den Teilnehmer selbst getragen werden. Am Abend werden OM-Film und -Tonbildserie gezeigt.

- 2.2. Diskussions-Treffen der OM-Teilnehmer am 22. Febr. 64 in der Rudolf-Kochschule (Offenbach). Es werden zu Anfang Referate gehalten, die in Arbeitskreisen diskutiert werden. Das Resümee der Diskussion wird anschließend dem Plenum mitgeteilt.

Nach dem Vorschlag von Faller einigt sich der AA auf folgende Thematik

1. Fragen der Friedensstrategie (Koexistenz)
Referent: Arno Klönne oder Mochalski
Leitung des Arbeitskreises Halberstadt

2. Kräftespiel in der Bundesrepublik
(Neue Situation in der DBR, Einbeziehung der
Notstandsgesetzgebung)
Referent: Fritz Lamm
Leitung des Arbeitskreises: Edgar Weick
3. Pacem in terris (Verbindung zum Konzil)
Referent Ameri
Leitung des Arbeitskreises Herbert Faller

Die genaue Festlegung der Leiter der AK's und die endgültige Formulierung der Themen erfolgt später. Die genannten Referenten werden angeschrieben.

- 2.3. Forumgespräch am 7. 3. 64 im Haus Dornbusch (Frankfurt/M)
Thema: "Ist Sicherheit in Europa durch Abrüstung möglich?"
Als Diskussionsleiter kommen infrage: Kogon, Paczenski, Szczyzny
Hans Heinz Holz. Als Diskussionsteilnehmer wird an Klönne, Künzli,
Golo Mann, KH Flach oder Holzer, Oberst Bonin, Guttenberg und Walter
Fabian gedacht.

Zu Punkt 3 der TO

- 3.1. Winkler, Halberstadt und Strass werden an der Sitzung des ZA am
30. 11./1.12. 63 in Kassel teilnehmen.
- 3.2. Die Mitglieder des AA machen sich bis zur nächsten Zusammenkunft Gedanken darüber, wer an den Aktivisten-Treffen teilnimmt.
- 3.3. Norbert Winkler wird beauftragt, bei der FR zu prüfen, ob eine Anzeige in der Woche vor Ostern auf Seite 3 oder 5 (Ffm + Hessen) möglich ist.
- 3.4. Am 12. Dez. wird entweder der HA oder AA zu einer Sitzung zusammenkommen.
- 3.5. Armend und Malte Rauch sollen angesprochen werden, ob sie bereit sind, auf kleineren OM-Veranstaltungen als Referenten aufzutreten.

605 Offenbach, den 28. Nov. 1963
Waldstraße 99

Für die Protokollführung:
Fritz Strass

19. 11. 63

PROTOKOLL

zur Sitzung des Arbeitsausschusses am 14. Nov. 1963 in Offenbach
=====

Anwesend: Vack, Winkler, Amann, Arlt

als Gäste: Halberstadt, Farr, Faller, Müller, Strass

es fehlten: Andres, Weick

- Tagesordnung:
1. Rückblick und Auswertung der Paulskirchen-
veranstaltung
 2. Die nächsten wichtigen Termine und Arbeiten
 3. Arbeitsteilung im und Zusammenstellung des
neuen Arbeitsausschusses
 4. Finanzielle Situation
 5. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO:

Norbert Winkler gibt einen Abriss über die organisatorischen Vor-
bereitungen und den Verlauf der Paulskirchenveranstaltung. In Zukunft
sollen Agitationsmaßnahmen aus finanziellen Gründen besonders
in Bezug auf ihre Wirksamkeit gut abgewogen werden. Es wird bedauert,
daß sich die Referentenliste nicht mit den Vorstellungen des Hessischen
Ausschusses gedeckt hat. Man bezweifelt, ob das Ziel, in dieser Kund-
gebung konkrete Vorstellungen zu weiteren politischen Schritten zu
entwickeln, erreicht worden ist. Bei zukünftigen Veranstaltungen dieser
Art müßte man darauf achten, daß eine für die Presse interessante
Persönlichkeit auftritt.

Die finanzielle Seite sieht so aus, daß etwa 7.000,-- DM Kosten verur-
sacht wurden, denen ein Spendenaufkommen und Verkaufserlöse von insge-
samt 3.000,-- DM entgegen stehen. Das Defizit von DM 4.000,-- wird
je zur Hälfte vom ZA und dem HA getragen.

Zu Punkt 4 der TO:

In diesem Zusammenhang wird die allgemeine finanzielle Situation des
HA zunächst behandelt. Vack legt dar, daß der Hessische Ausschuss
8.000,-- DM Schulden hat, denen Forderungen von 2.500,-- DM gegenüber
stehen, so daß sich die effektiven Schulden auf DM 5.500,-- belaufen.
Es ist festzustellen, daß die Spendefreudigkeit unserer Anhänger nachläßt.
Es wird erwogen, einen aus der Kartei auszuwählenden Personenkreis,
der bisher gegenüber dem Hessischen Ausschuss sehr spendefreudig war,
in persönlichen Briefen anzuschreiben und unter Beifügung einer Einnahmen-
und Ausgabenrechnung sowie Bilanz auf die finanziellen Schwierigkeiten
des HA hinzuweisen und um eine einmalige größere Spende zu bitten.
Die Geschäftsstelle wird überprüfen, in wie weit sich dieser Vorschlag
arbeitsmäßig verwirklichen läßt.

Zu Punkt 2 der TO:

- 2.1. Die Unterschriftensammlung zum Aufruf 1964 wird den örtlichen
Ausschüssen als Aufgabe nahegelegt. Dazu soll der vom ZA herausge-
gebene Vordruck zur Verfügung gestellt werden. An den ZA soll die
Bitte gerichtet werden, die Gliederung der Unterschriften nach
Regionalausschüssen vorzunehmen.

- 2.2. Nach längerer Diskussion ist man sich darüber einig, ein Arbeitstreffen der "Aktiven" am 11./12. Januar 1964 durchzuführen. Der Teilnehmerkreis (etwa 50 bis 70 Personen) soll aus den Mitgliedern der Örtlichen Ausschüsse sowie den hier bisher am stärksten tätig gewordenen Ostermarschanhängern bestehen. Zweck dieser Arbeitstagung wird es sein, die konkreten Forderungen des Ostermarsches darzulegen, die gegenwärtige politische Situation (Trend zur Friedensstrategie) zu erörtern. Weiterhin sollen die verschiedenen Möglichkeiten der Agitation durchgesprochen werden. Es wird die Organisation des Ostermarsches 1964 auf der Tagesordnung stehen. Man hofft, aus dem Teilnehmerkreis eine Gruppe zu bilden, die bei der Vorbereitung des Ostermarsches 1964 und anderen Aktionen tatkräftig hilft. Tagesordnung und Ort dieses Treffens werden in der nächsten AA-Sitzung festgelegt. Bis zu dieser Sitzung sollen alle AA-Mitglieder Vorschläge über Personen, die zur Teilnahme an dem Treffen infrage kommen, vorlegen.
- 2.3. Am 15. oder 22. Februar 1964 wird in der Rudolf-Koch-Schule ein Diskussionstreffen, das vor allem nach innen wirken soll, stattfinden. Vorschläge der Themen und Referenten legen Winkler und Fallner zur nächsten AA-Sitzung vor.
- 2.4. Eine Kundgebung am 29.2. oder 7.3.1963 als unmittelbarer Auftakt zum Hessischen Ostermarsch 1964 wird mit prominenten Rednern aus dem näheren Bereich im Volksbildungsheim oder im Haus Dornbusch stattfinden. Vack und Halberstadt legen bei der nächsten AA-Sitzung Vorschläge zu Themen und Referenten vor.
- 2.5. Redner für den Ostermarsch - Für die Schlußkundgebung auf dem Römerberg steht Kirchenpräsident D. Niemöller fest; Frank Allaun wurde angeschrieben. Falls er absagt, ist ein anderer Labour-Abgeordneter als Redner zu besorgen. Weiterhin sollte ein Gewerkschaftsvertreter bzw. ein prominenter SPD-Mann und ein Schriftsteller bzw. eine andere Persönlichkeit aus dem kulturellen und geistigen Leben angesprochen werden. Bei 4 Ansprachen ist den Rednern eine strikt einzuhaltende Redezeit von 10 bis 12 Minuten vorzuschreiben.
Es soll nun vorerst noch einmal mit Prof. Weizäcker und Prof. Baade Verbindung aufgenommen werden.
Weitere Redner sind in einer späteren Sitzung festzulegen, für die Eröffnungskundgebung in Wiesbaden sowie für Zwischenkundgebungen in Rüsselsheim und Offenbach. Für Offenbach soll Rudolf Rolfs angesprochen werden.
Bei der nächsten Sitzung ist auch über die Gestaltung des Abends in Mörfelden zu beraten.
- 2.6. Für die Festlegung der Marschrouten im Einzelnen und deren polizeiliche Anmeldung sind Winkler, Amann und Strass verantwortlich.
- 2.7. Organisationsplan 1964 - Die Behandlung wird vortagt bis zur Neukonstituierung des AA.

Zu Punkt 3 der TO:

Nach ausführlicher Diskussion wird eine günstige Lösung darin gesehen, daß für die Monate Januar und April 1964 auf Kosten des Ostermarsches eine Kraft eingestellt wird, die in der Lage ist, die anfallenden Arbeiten zu erledigen. Es wird vorrangig an einen jüngeren Geschäftsführer gedacht. Unter diesen Umständen bestünden keine Bedenken, daß die Hessische Ostermarschzentrale weiterhin in der Offenbacher Geschäftsstelle, Waldstr. 99, verbleibt.

Da sich die Arbeitsaufteilung im neuen AA wesentlich danach richten wird, ob eine Kraft gefunden werden kann oder nicht, wird die Aufgabenteilung im AA vorerst zurückgestellt. Für einen neuen Arbeitsausschuss liegen bereits Zusagen vor von: Amann, Winkler, Arlt, Farr, Strass. Klaus Vack wird es sich noch einmal überlegen, ob er im neuen AA mitarbeiten kann. Edgar Weick scheidet aus dem AA aus.

Um den anfallenden Aufgaben gerecht zu werden, sollten zukünftig Arbeitsteams gebildet werden, die für größeren Aufgabengebiete verantwortlich sind. Es kommen folgende Arbeitsgebiete infrage:

- 1) Agitation
Flugblätter, Plakate, Annoncen, Kinoreklame,
sonstige Werbung
- 2) Örtliche Ausschüsse
Seminararbeit
- 3) Polizei und Marschorganisation
- 4) Presse, Lobby-Arbeit, Ostermarsch 1964

Neben den Arbeitsteams fallen noch Einzelaufgaben an, die jeweils von Einzelpersonen übernommen werden sollten. Diese sind:

- 1) Repräsentant der Bewegung
- 2) Vorbereitung der Sitzungen
- 3) Protokollführung
- 4) Korrespondenz mit Anhängern der Bewegung
(Edgar Weick)
- 5) Finanzen
- 6) Materialversand
- 7) Zentrales Archiv
- 8) Redner und kulturelle Veranstaltungen

Um den Hessischen Ausschuss wieder arbeitsfähiger zu machen, schlägt Vack vor, daß man sich über die Neuaufnahme von 4 bis 6 geeigneten Personen Gedanken machen sollte. In diesem Zusammenhang fallen bereits die Namen Malkomes und Richter (Steinheim). Alle Anwesenden werden aufgefordert, sich bis zur nächsten Sitzung über weitere Personen Gedanken zu machen.

Zu Punkt 5 der TO:

- 5.1. Eine Anfrage des Frankfurter Stadtarchivs nach Unterlagen zur vergangenen Paulskirchenveranstaltung wird durch Winkler erledigt.
- 5.2. Herbert Faller wird auf die Bitte des Örtlichen Ausschusses Gießen am 12. oder 13. Dezember hier ein Referat halten.
- 5.3. Vor Weihnachten soll eine Nummer "Ostermarsch 63" erscheinen, die einen Artikel von Rudolf Rolfs, einen Bericht über die Paulskirchenveranstaltung, den Aufruf 1964 und verschiedene Informationen enthalten wird. Der Druck soll evtl. über Richter kostenlos abgewickelt werden.
- 5.4. Die nächste Sitzung des erweiterten Arbeitsausschusses findet am 26. Dezember 1963 - Dienstag - in der Wohnung von Klaus Vack, Offenbach, Lohrweg 15 statt.

Offenbach, den 15. November 1963

Für die Protokollführung
Fritz Strass

Ein ergreifendes Wiedersehen gab es für den 26jährigen Elektromonteur Adolf Herbst nach seiner Rettung aus dem Schacht der Lengeder Eisenerzgrube. In der fahrbaren Krankenstation, in der die elf Geretteten sofort einer ärztlichen Untersuchung unterzogen wurden, schloß Adolf Herbst seine Braut, Dagmar Wallesco, in die Arme. Herbst, der sich zur Zeit des Unglücks zum ersten Male in einem Bergwerk befand, ist der einzige Ledige unter den elf Männern.

Nach Hofheim und Bad Soden eingeladen

Frankfurt, 7. November

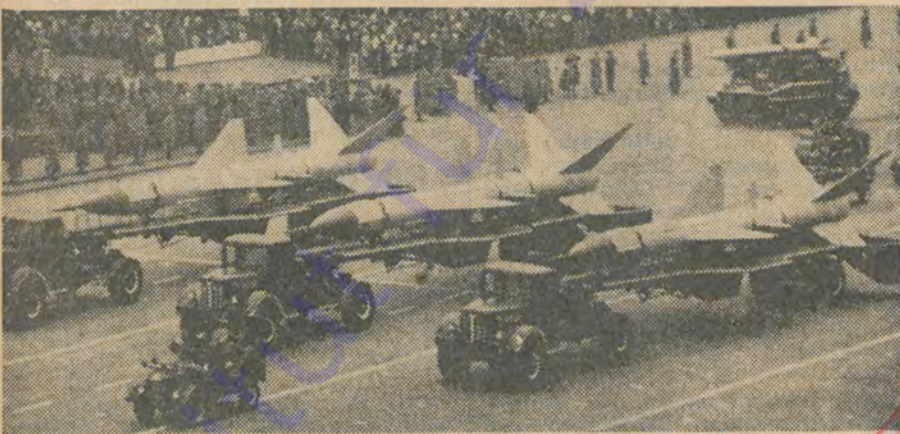
Die Gemeinde Hofheim im Taunus hat noch am Donnerstag gleich nach der Rettung den 53jährigen Dammbauer Fritz Bär aus Lengede zusammen mit seiner Familie zu einem kostenlosen Erholungsaufenthalt nach Hofheim eingeladen. Bär wurde am 8. März 1910 in Hofheim geboren. Er lebte dort bis zum Ende der 20er Jahre, bevor er Bergmann wurde. Ein Bruder Bärs lebt noch heute in der Taunusgemeinde.

Magistrat und Kurverwaltung Bad Soden haben fünf der Geretteten in einem Telegramm an die Ilse der Hütte zu einem dreiwöchigen kostenlosen Kur- und Erholungsaufenthalt nach Bad Soden eingeladen.

vorgestellt

llt neue Raketen vor

An der Spitze der Glückwunschschaften ausländischer Bruderparteien veröffentlichte die „Prawda“ die Grußadresse der Chinesen. In dem Schreiben werden zwar die Verdienste der KPdSU in der Revolution und bis in die Zeit des Zweiten Weltkrieges hinein erwähnt, jedoch fehlt im Zusammenhang mit den Errungenschaften des sowjetischen Volks während der jüngsten Jahre jeder Hinweis auf die Rolle der KPdSU. Ausdrücklich unterstrichen die Chinesen die feste Freundschaft zwischen beiden Völkern, „die jeder Beanspruchung standhalten wird“.



Die Sowjetunion hat erstmals neuartige Raketen-Abwehrraketen öffentlich vorgeführt. Drei dieser Raketen wurden am Donnerstag bei der Militärparade in Moskau gezeigt. Die Wirkung dieser Raketen wird jedoch von westlichen Militärspezialisten bezweifelt.

Stabiles Geld hat Vorrang

Deutscher Sparkassentag mit Erhard und Rosenberg

Von unserem Redaktionsmitglied

kw Frankfurt, 7. November

Unter dem starken Beifall der Repräsentanten aller deutschen Sparkassen und ihrer Gäste hat Bundeskanzler Erhard am Donnerstag in Frankfurt seine Entschlossenheit bekräftigt, die Stabilität der Mark mit allen verfügbaren Mitteln zu sichern. „Sie können überzeugt davon sein“, rief er den zum Deutschen Sparkassentag versammelten 2000 Menschen zu, „ich nicht wanken und auch nicht weichen werde“, wenn es in den nächsten Monaten darum geht, die Grundlage dieser Stabilität — einen ausgewogenen Bundeshaushalt 1964 — gegen die Gruppeninteressen zu verteidigen.

Wenn Kennedy sage, man müsse auch Mut zum Neinsagen haben, dann wolle er beweisen, daß er diesen Mut auch dann habe, wenn er sich bei der einen oder anderen Gruppe unpopulär mache, sagte Erhard. Präsident Dr. Butschkau sagte dem Kanzler den Dienst und die Mithilfe der Sparkassen bei der auf Stabilität gerichteten Politik zu, mit der eine Regierung rechnen könne, die sparende Menschen stützt, statt sie zu schwächen.

Wider das leichtfertige Gerede über eine Inflation, das laut Erhard inzwischen schon schuldhaft ist, machten alle prominenten Redner des Sparkassentages Front, am entschiedensten Ludwig Rosenberg, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, demzufolge es „eine der dümmsten und unverantwortlichsten Redensarten unserer Zeit ist, bei jeder Gelegenheit und ohne wirklichen Grund das Gespenst der Inflation an die Wand zu malen“. Auch in einem anderen Punkte waren sich Erhard und Rosenberg mit den Sparkassen einig: Das Sparen soll auch künftig gefördert werden, und zwar gezielter

als bisher bei den einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen.

Rosenbergs Rede, die mehrfach von starkem Beifall unterbrochen wurde, enthielt auch einige mit allem Vorbehalt vorgetragene Passagen, die den Widerspruch von Erhard und Butschkau herausforderten. Das war der Fall, als er vom Mißbehagen wegen der ungleichen Vermögensbildung sprach, eine von Erhard als nicht praktikabel bezeichnete Neuverteilung verlangte, und als er die Ansicht äußerte, das große Heer der Arbeiter wäre trotz wesentlicher Lohn-erhöhungen mit baren Monatseinkünften von zur Zeit 500 Mark noch nicht an der Schwelle angekommen, hinter der die Sparfähigkeit beginne, was bei barem Arbeitseinkommen zwischen 700 und 800 Mark im Monat der Fall wäre (siehe Wirtschaftsteil). Größten Beifall erntete Rosenberg, als er auf die Geltungssucht und das „Sozialprestige“ zu sprechen kam, das nach seinen Worten „in allen Kreisen und allen Gruppen der Gesellschaft unwahrscheinliche Blüten treibt“.

Immunität aufgehoben

Bonn, 7. November (dpa)

Der Bundestag hat die Immunität des fraktionslosen Abgeordneten Wilhelm Gontrum aufgehoben. Gontrum steht unter dem Verdacht, als Gründer und Präsident des Familienferienwerkes „Deutsche Familienerholung“ Steuerbetrug begangen zu haben.

Ganz kurz:

Zum zweiten Male in der Sowjetzone notlanden mußte am Donnerstag ein Sportflugzeug aus der Bundesrepublik, das sich bereits am Montag über die Zonengrenze verfolgen hatte und bei Stendal (Altmark) niedergegangen war.

Der französische Verteidigungsminister Messmer hat bekanntgegeben, Frankreich stelle seit Mitte des Jahres Atombomben in Serienproduktion her.

US-Vizepräsident Johnson hat am Donnerstag in Amsterdam die größte amerikanische Lebensmittel- und Landwirtschaftsausstellung eröffnet, die jemals außerhalb der Vereinigten Staaten gezeigt wurde. Die Ausstellung trägt den Leitsatz: „Amerika bringt euch das Gute der Erde“.

Auch nach der Umbenennung der Ostermarschbewegung der Atomwaffengegner in „Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner“ hält die SPD an ihrer Ablehnung dieser Bewegung fest.



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und
zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

GROSSKUNDGEBUNG IN DER PAULSKIRCHE

Der Zentrale Ausschuß der Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Ausschuß am Sonntag, 3.11.1963, 15 Uhr in der Frankfurter Paulskirche eine Kundgebung.

Es sprechen: Claude Bourdet, Paris

Herbert Faller, Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend, Frankfurt

Günter Lass, Gewerkschaftssekretär, Hagen

Hans-Konrad Tempel, Sprecher der Kampagne für Abrüstung, Hamburg

zum Thema

"FÜR ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG TUT DEN ERSTEN SCHRITT"

Darüber hinaus wird während der Kundgebung der Aufruf zum Ostermarsch 1964 verlesen und mit einer Unterschriftenaktion zu diesem Aufruf begonnen. Bekanntlich haben in diesem Jahr über 2.000 Persönlichkeiten den Aufruf zum Ostermarsch 63 unterzeichnet, darunter 617 Pfarrer und Theologen, 378 Betriebsräte und Gewerkschafter, 62 Schriftsteller und Publizisten, 412 Wissenschaftler, Pädagogen, Lehrer, Ärzte, Ingenieure, Rechtsanwälte und 447 Künstler. Es wird erwartet, daß die Breite dieser Unterschriften auch in diesem Jahr erhalten bleibt, die Zahl sich aber wesentlich erhöht.

AUTOKORSO

Am Sonntagvormittag führen die hessischen Atomwaffengegner einen Autokorso durch Frankfurt durch. Der Corso startet um 10.30 Uhr am Parkplatz Eiserner Steg, nördliche Mainseite.

605 Offenbach, 29. Okt. 1963 - Vack

30.10.63

ED 718-22-149

Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 29.10.1963
Waldstr. 99, Postfach 648

30.10.63

EINLADUNG ZUR PRESSEKONFERENZ

Sehr verehrte Damen und Herren,

ergänzend zu der beigelegten Pressemeldung, laden wir Sie recht herzlich zur Kundgebung am 3.11.1963, 15 Uhr in die Paulskirche ein.

Im Anschluß an die Kundgebung (gegen 17 Uhr) bitten wir Sie zu einer Pressekonferenz in den Konferenzsaal der Paulskirche. Zu Ihrer Verfügung stehen die Redner der Kundgebung, unsere ausländischen Gäste und Vertreter des Zentralen und des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung.

Wir danken Ihnen für Ihr Kommen, gibt es Ihnen doch die Möglichkeit, in Ihrer Zeitung ausführlich über unsere Bemühungen zu berichten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Klaus Vack

(Klaus Vack)

überleben überleben überleben überleben

überleben

Extrablatt

überleben
aber wie?

stop

3. Jahrgang

Frankfurt am Main

1. November 1963

Fragen an den neuen Kanzler

Bundeskanzler Prof. Ludwig Erhard hat am 18. Oktober 1963 eine vielbeachtete Regierungserklärung abgegeben. Er bekannte sich darin zu einer „Politik der Mitte und der Verständigung“. Wir freuen

uns, daß zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein Regierungschef seine Politik unter dieses Leitmotiv stellt; wir erwarten allerding's Taten, die einer solchen Politik entsprechen.

Von „christlicher Verantwortung“ und einer Verpflichtung für die Demokratie haben wir in 14 Jahren christdemokratischer Herrschaft recht oft reden hören. Die Skepsis, mit der solche Beteuerungen heute aufgenommen werden, kommt nicht von ungefähr, denn führende Christdemokraten und an ihrer Spitze ein Kanzler Adenauer haben alles getan, um dem „christlich“ in ihrem Parteinamen jegliche verpflichtende Bedeutung zu nehmen. Hinter dem großen C verbarg sich seine Machtpolitik nach innen und nach außen.

Herr Kanzler, dürfen wir Ihr Bekenntnis zur christlichen Gesinnung und Verantwortung so verstehen, daß Ihr politischer Gegner auch als Ihr Nächster wieder geachtet und respektiert wird, daß künftig auf Haß und Feindschaft verzichtet wird, wo Liebe geboten ist; daß Sie Gerechtigkeit walten lassen, wo bisher Eigennutz regiert hat?

Herr Kanzler, dürfen wir Ihre Verpflichtung zur Demokratie und zur tragenden Kraft des Geistes so verstehen, daß Sie dem Inhalt unseres Grundgesetzes wieder Geltung verschaffen; daß an die Stelle von Verdächtigungen und Verleumdungen wieder die Diskussion und die Auseinandersetzung tritt; daß der Wille des Wählers den Regierenden wieder Verpflichtung ist?

Herr Kanzler, dürfen wir Ihre Politik der Mitte und Verständigung so verstehen, daß Verständigung auch Gespräche mit dem Gegner bedeutet; daß deutsche Politik zugleich eine Politik des Ausgleichs nach beiden Seiten, nach Ost und West, ist; daß Ihre Politik sich nach beiden Seiten offen zeigt, wenn es um den Frieden und die Einheit Deutschlands geht?

Seit Kriegsende wird in Deutschland auf beiden Seiten ein kalter Krieg geführt. Der Zweite Weltkrieg fand in einem latenten Bürgerkrieg seine Fortsetzung. Jeden Tag kann dieser Zustand zu ernsthaften bewaffneten Auseinandersetzungen führen. Verhandlungsangebote wurden ausgeschlagen, Gegenvorschläge nicht erarbeitet. Die Bonner Politik blieb passiv und hat so mit dazu beigetragen, daß sich die Fronten verhärten.

Herr Kanzler, dürfen wir Ihre Bereitschaft, den kalten Krieg beenden zu helfen, so verstehen, daß nun endlich Gespräche und Verhandlungen über eine Verbesserung der innerdeutschen Beziehungen geführt werden? Ihr Vorgänger Konrad Adenauer hat die gegenwärtigen Gespräche über eine weltpolitische Entspannung mit „Entspannungsgerede“ abzuwerten versucht; es lag ihm nichts an Verhandlungen und erst recht nichts an einem Vertrag.

Herr Kanzler, sind Sie und Ihre Regierung bereit, künftige Verhandlungen zwischen USA und der Sowjetunion, die zu einem Abbau der Spannungen beitragen, durch eigene Vorschläge zu fördern?

Mit besonderer Aufmerksamkeit haben wir die Bereitschaft Ihrer Regierung zu einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung und die Mitwirkung an weltweiten Teilmaßnahmen zur Kenntnis genommen. Ohne Zweifel ist das Moskauer Teststop-Abkommen eine solche Teilmaßnahme, die auch in unserm Interesse liegt.

Herr Kanzler, werden Sie Ihren ganzen Einfluß auf den französischen Präsidenten de Gaulle zu einer Verhinderung der von ihm geplanten Atombombenversuche im Pazifik einsetzen?

Die bisherige Politik der Bundesregierung hat nicht dazu beigetragen, das Mißtrauen der Bevölkerung osteuropäischer Staaten ge-

genüber der Bundesrepublik zu verringern. Auch wenn dieses Mißtrauen auf Vorurteilen beruhen sollte, es bedarf ernsthafter Schritte, um diese Vorurteile abzubauen. Sie haben sich auch dazu bereit erklärt.

Werden Sie, Herr Kanzler, die bereits laufenden Gespräche über einen Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt unterstützen? Den vorhandenen Sorgen und Befürchtungen können Sie nur dann den Boden entziehen, wenn die Bundesrepublik in den Augen dieser Völker den aggressiven Charakter verliert. Das heißt vor allem: Verzicht auf Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Für einen solchen Schritt, Herr Kanzler, werden Sie die Unterstützung breiter Kreise der Bevölkerung finden.

„Unser Tun dient nicht nur der Stunde, dem Tag oder diesem Jahr. Wir haben die Pflicht, in Generationen zu denken und unseren Kindern und Kindeskindern ein festes Fundament für eine glückliche Zukunft zu bauen.“ Ein großes Wort, eine große Aufgabe. Sie ist nur im Frieden zu bewältigen. Für eine Strategie des Krieges verfügt Ihre Regierung über bewährte Köpfe; woran es fehlt, sind Männer, die eine Strategie des Friedens entwerfen. Herr Kanzler, Sie sollten Herrn Prof. Carl Friedrich von Weizsäcker, den diesjährigen Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, zu Ihrem Berater berufen. Edgar Weick

... kurz ... kurz ... kurz ... kurz ... kurz ...

Der gaullistische französische Politiker Debré kündigte an, Frankreich werde Großbritannien als Atommacht überholen. Die New York Herald Tribune meldete, Frankreich plane den Aufbau einer eigenen Atomflotte, die in der Nähe Afrikas und Südamerikas operieren solle.

Vertreter Italiens und Brasiliens auf der Genfer Abrüstungskonferenz forderten einen globalen Nichtangriffspakt im Rahmen des UNO-Systems. Beide Staaten forderten außerdem die USA und die UdSSR auf, ihre vor Jahresfrist abgebrochenen Verhandlungen über ein generelles Verbot von Kriegspropaganda wieder aufzunehmen.

Der britische Oppositionsführer Wilson bezeichnete bei der Tagung der Sozialistischen Internationale am 8. 9. in Amsterdam das Moskauer Abkommen als einen Schritt auf dem sehr langen Wege zum Weltfrieden. Wilson sprach sich erneut für eine Verringerung der Truppen und eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa aus.

Die USA erwarten noch in diesem Jahr beträchtliche zusätzliche Rüstungseinkäufe der Bundesrepublik. Der US-Finanzminister Dillon rechnet dabei vor allem mit der voraussichtlichen Steigerung des Rüstungs- etats der Bundesrepublik um weitere 3 bis 3,5 Milliarden auf 21,5 Milliarden im Jahre

durch Nichtangriffsvereinbarungen zwischen den Militärblöcken
durch atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zonen, vor allem in Mitteleuropa
durch weltweite Entspannungspolitik
durch allgemeine, kontrollierte, umfassende Abrüstung;
durch eigene Initiativen der Bundesrepublik Deutschland.

Luftschutz — einmal anders gesehen

Der vereinbarte Teststop, dem inzwischen über 100 Staaten beigetreten sind, ist lobenswert. Leider ist damit der Atomkrieg noch nicht verhindert, denn das Arsenal an bereits vorhandenen Nuklearwaffen bleibt nach wie vor einsatzbereit. Der amerikanische Waffenvorrat beträgt über 100 000 Megatonnen, der russische etwa die Hälfte davon. Kein Mensch zweifelt daran, daß bei einem Krieg zwischen Ost und West Atomwaffen eingesetzt werden. Einen Sieger wird es nicht mehr geben. Was man zu schützen vorgegeben hat, wird nicht mehr existieren.

Ein verstärkter Bau von sogenannten Schutzbunkern wird eine verstärkte Produktion von Kernwaffen auf der anderen Seite zur Folge haben. Eine zwingende Logik liegt in diesem Mechanismus, mit Vernunft hat sie jedoch nichts mehr zu tun.

Küstenstädte sind so ungeheuren Gefahren ausgesetzt, daß sogenannte Schutzbunker gleich welcher Größe von vornherein ohne auch nur den geringsten Nutzen sind. Versuche sollen ergeben haben, daß schon kleine Atombomben, die ins Meer geworfen werden, Flutwellen von 30 Metern Höhe in einem Umkreis von 320 Kilometern erzeugen. Die Hamburger Flutkatastrophe im Frühjahr 1962 brachte nur eine Flutwelle von 4 Metern! — Die „Überlebenden“ in einem Bunker werden ersticken, wenn durch die Luftrohre Wasser statt Luft in den Bunker eindringt.

Wollte man zum Schutz der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik Bunker bauen, so braucht man dafür, wenn die gesamte Kapazität der Bauindustrie ausgenutzt wird, über 10 Jahre (Kosten etwa 170 Milliarden DM). Nach 10 Jahren müßte man aber wieder von vorne anfangen, denn die ersten Bunker wären inzwischen veraltet...

SIEHE SEITE 3





Sie unterstützen die Kampagne für Abrüstung, den Ostermarsch der Atomwaffengegner v. I. n. r.: Stefan Andres, Erich Kästner, Martin Niemöller, Robert Jungk, Albert Schweitzer, Robert Scholl, Fenner Brockway (Mitgl. d. engl. Unterhauses) (Bilder: dpa)

Testabkommen - aber wie weiter?

Mit der Unterzeichnung des Testabkommens in Moskau ist ein Aufatmen rund um den Erdball gegangen. Der atomaren Ver-seuchung der Atmosphäre wurde damit endlich Einhalt geboten. Sollte jetzt Frankreich, das bekanntlich den Vertrag leider nicht mit unterzeichnet hat, als einziger Staat noch atomare Versuche in der Atmosphäre vornehmen, dann wird es sich einer derart geschlossenen weltweiten Protestaktion gegenübersehen, wie selten eine Nation zuvor. Es ist anzunehmen, daß durch auch die Einstellung der französischen Kernwaffenexperimente erzwungen werden kann.

Inzwischen haben führende Wissenschaftler aus West und Ost noch einmal dargestellt, in welchem hohem Grad wir — das sind die Menschen aller Kontinente — bereits gefährdet waren: Die radioaktive Anreicherung der Atmosphäre war schon so stark, daß noch viele Generationen nach uns daran werden tragen müssen. Tausende von Kindern werden noch geboren, deren Gliedmaßen verstümmelt und deren Gehirne deformiert sein werden. Das sollten wir bei diesem Aufatmen nicht vergessen. Aber wie soll es und kann es jetzt überhaupt weitergehen?

Die Beendigung der Atomversuche in der Atmosphäre war ein erster Schritt, diktiert von der Vernunft. Doch die nuklearen Waffen, deren Einsatz die Zivilisation auf dem gesamten Erdball zerstören kann, sind auch weiterhin vorhanden. Auch das Wett-rüsten geht weiter. Es besteht für uns alle eine nach wie vor fortdauernde tödliche Gefahr. Carl Friedrich von Weizsäcker hat dazu dieser Tage bei der Entgegennahme des Friedenspreises des Deutschen Buch-handels in der Frankfurter Paulskirche gesagt: „Freilich wissen wir alle, daß die Regierungen der Weltmächte heute auf die Drohung mit einer letzten Bereitschaft zum nuklearen Krieg noch nicht zu verzichten vermögen. Aber diese Staatsmänner wissen selbst am besten, daß sie dabei zugleich mit dem Selbstmord all dessen drohen, was sie selbst zu verteidigen wünschen. Wer diesen Krieg überleben würde — und in Europa würden es wenige sein —, der würde nur bedauern, daß er nicht unter den Toten ist.“

Eine weitere nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung des Moskauer Abkommens liegt aber nun gerade darin, daß es beweist: Vereinbarungen, die der Erhaltung des Lebens und dem friedlichen Zusammenleben der Menschen nützen, sind möglich — auch wenn die vertragschließenden Mächte in ihren sonstigen gesellschaft-

lichen, ökonomischen und politischen Strukturen und Auffassungen nicht im geringsten übereinstimmen. Das heißt kurz: Kapitalistische und kommunistische Staaten können also tatsächlich Abkommen untereinander treffen, die der biologischen Selbsterhaltung und nicht der Ideologie dienen. Wäre es — das zur Kenntnis nehmend — nun nicht angebracht, den nächsten Schritt zu unternehmen und ein beschränktes Abrüstungsexperiment in Europa zu beginnen? Sollte nicht gerade die Bundesrepublik dabei an erster Stelle aktiv werden? Wir le-

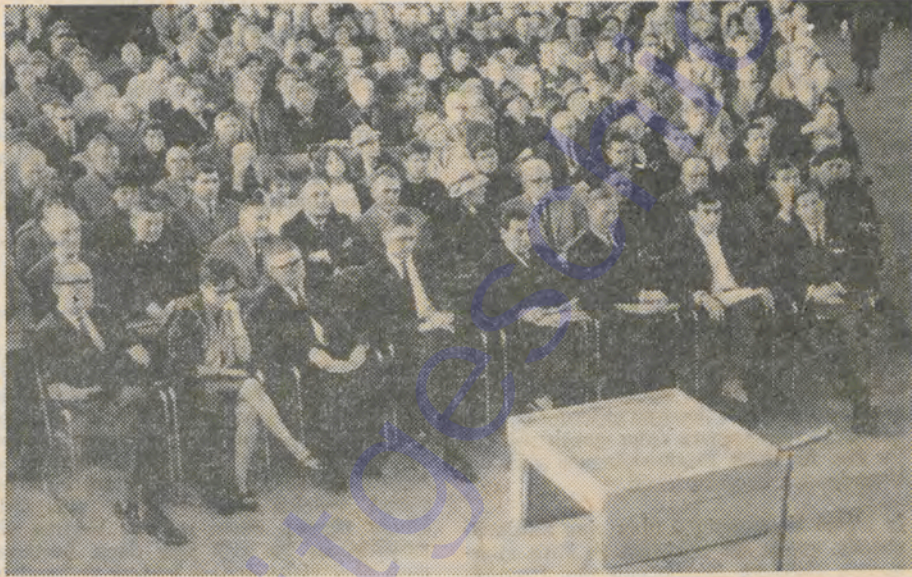
In dem vieldiskutierten Rapacki-Plan, der eine solche Möglichkeit näher umreißt, heißt es — kurz gefaßt — als Vorschlag dazu: 1. In der Bundesrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, in der Tschechoslowakei und in Polen werden die dort bereits vorhandenen Kernwaffen nicht mehr weiter vermehrt, sondern sie werden — wie man so sagt — eingefroren. 2. Wenn man das unter strenger und umfassender Kontrolle erreicht hat, dann werden die Kernwaffen und ihre Trägereinrichtungen aus diesem Gebiet entfernt, und 3.

Nun hört man vielerorts: Ja nun, vom Inhalt her ist dieser Rapacki-Plan ja ganz gut, aber man muß doch bedenken, daß ein kommunistisches Land ihn entwickelt hat. Und was die Kommunisten mit all ihren Plänen letztlich und eigentlich bezwecken, das weiß man ja doch zur Genüge...!!! Also da haben wir's: Wenn eine Sache gut, vernünftig und durchführbar erscheint, wird — nur weil die Gegenseite den Vorschlag macht — in unserer Welt zugleich eine raffinierte geheime Absicht dahinter vermutet. Ist es denn hierzulande z. B. gar nicht mehr vorstellbar, daß die Polen, daß der Dr. Adam Rapacki, als sie den Plan verfaßten, an gar nichts anderes gedacht haben als an das, an das wir auch denken (denken sollten!), nämlich daran: was man tun kann, damit nicht eines Tages das eigene Land und die Menschen, die es bewohnen, verbrennen. Ist das wirklich nicht vorstellbar, daß die Polen an so etwas und nichts anderes gedacht haben?

Da es einsehbar Gründe gibt, den Polen tatsächlich ein solches Bemühen zu unterstützen, meinen wir auch, daß es an der Zeit ist, Nägel mit Köpfen zu machen, das heißt, die Polen müssen mit ihrem Vorschlag in Form von Verhandlungen endlich mal beim Wort genommen werden, und wenn, dann sollte das jetzt unmittelbar geschehen. Was die Amerikaner dazu sagen würden? Es müßte auch möglich sein, die Amerikaner für dieses, für uns so lebensnotwendige Experiment zu gewinnen. Sie könnten und müßten, gemeinsam mit den Russen, während der Durchführung des Planes die militärische Sicherheitsgarantie für die betroffenen Länder übernehmen. Warum sollte das nicht möglich sein? Alle nötigen militärisch-technischen Voraussetzungen sind dafür gegeben. Es käme ausschließlich auf die politische Entscheidung an. Und außerdem, was hier dann in Mitteleuropa geschähe, wäre für sie gleichzeitig ein Test-Modell, das, wenn es sich erfolgreich gestaltet, von beiden, von den Amerikanern und Russen, mit gefestigtem Vertrauen ins Große übertragen werden kann.

Die Kampagne der Abrüstung — Der Ostermarsch der Atomwaffengegner — fordert deshalb mit Recht, insbesondere aber von der deutschen Bundesregierung: Entwickelt endlich weitere Initiativen, tut nach dem Testabkommen einen weiteren Schritt: schafft in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie und rüstungsverdünnte Zone der Entspannung!

Wir meinen, es lohnt sich, solch eine Forderung aktiv zu unterstützen. Jeder der hier wohnt, sollte das tun. H. Halberstadt



Paulskirche 1963 (v. l. nach r.): Prof. Dr. Bartsch (Theologe), Werner Berndt (Schauspieler), Heiner Halberstadt (ZA Ostermarsch), Heinrich Buchbinder (Schweiz, Schriftsteller), Anthony Greenwood (stellvertr. Vorsitzender der engl. Labour-Party), Gerhardt Zwerez (Schriftsteller), Hans-Konrad Tempel (Sprecher des Ostermarsches)

ben doch hier geradezu auf Dynamit. Die russischen und amerikanischen atomaren Raketenspitzen sind doch wechselseitig auf die beiden Deutschländer gerichtet. Die steigenden Rüstungslasten beginnen doch langsam unser soziales Leben zu ersticken.

Natürlich viel von dem, was geschehen kann und sollte, um dieser Bedrängnis zu begegnen, hängt von dem Willen der beiden Großmächte ab. Und alles auf einmal kann in unserer festgefahrenen Lage sowie so nicht geschehen. Aber einen kleinen weiteren Schritt, den könnten wir schon gehen. Ein solch weiterer Schritt wäre z. B. die Einrichtung einer atomwaffenfreien rüstungsverdünnten Zone in Mitteleuropa.

wird daran anschließend die konventionelle Rüstung dieser Staaten — immer im Gleichgewicht zwischen West und Ost — Schritt für Schritt abgebaut...

Welch ein gutes zündendes Beispiel wäre die Realisierung eines solchen Planes für die ganze Welt. Und wir? Wir könnten endlich beginnen, ohne Furcht vor einem Krieg und befreit von den Lasten der Rüstung unsere Zukunft politisch und wirtschaftlich vernünftig zu gestalten. Das gleiche träte sicher auch, wenngleich auf einer anderen gesellschaftlichen Grundlage, jenseits der Demarkationslinie ein.



Großkundgebung in der Frankfurter Paulskirche

3. November 1963, 15.00 Uhr

Aufruf zum Ostermarsch 1964

Für Abrüstung und Entspannung Tut den nächsten Schritt

Dazu sprechen führende Persönlichkeiten der internationalen Bewegung für Abrüstung und Frieden.

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner
p.A. Hermann Sittner
Frankfurt/Main 20, Fliederweg 17

Ffm., 23.10.1963

26.10.63

Liebe Freunde,

Sie werden sicher schon wissen, dass der Zentrale Ausschuss am 3. Nov. 1963 eine Grosskundgebung in der Frankfurter Paulskirche veranstaltet. Diese Veranstaltung soll ein wirkungsvoller Auftakt zum Ostermarsch 1964 sein.

Der Frankfurter Ausschuss hat es übernommen für die Popularisierung der Kundgebung zu sorgen. Wir haben Flugblattverteilungen, zusammen mit skiffle groups, vorgesehen am:

Samstag, 26.10., 11 Uhr, Rossmarkt
Freitag, 1.11., 16 Uhr, Uhrtürmchen, Bergerstrasse
Samstag, 2.11., 14 Uhr, Rossmarkt
Sonntag, 3.11., 13 Uhr, Rossmarkt

Ausserdem werden wir am 31.10. und 1.11. morgens Flugblätter vor den Frankfurter Betrieben verteilen. Rufen Sie bitte Hermann Sittner, Tel. 782142 an.

Erinnern Sie sich noch an die Kundgebung für den Ostermarsch 1963. Damals musste das Schild "wegen Überfüllung geschlossen" angebracht werden. Dieser Erfolg sollte diesmal übertroffen werden. Dazu brauchen wir allerdings Ihre persönliche Hilfe.

Mit freundlichen Grüßen

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Frankfurter Ausschuss

i.A. H. Sittner

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

ED 718-22-153

Protokoll der Arbeitsausschuss-Sitzung am 22. Oktober in Frankfurt

=====

25.10.63

Anwesend: Arlt, Winkler, Strass, Andres

Gäste: Halberstadt, Sittner, Faller

es fehlten: Amann, Weick

Redner in der Paulskirche

Bis jetzt haben zugesagt: Christian Geissler, Günter Laß (Bevölmächtigtster der IG-Chemie in Bielefeld) und Hans Konrad Tempel. Im Verlauf der Sitzung hat Claude Baudet zugesagt. Von Pauling liegt noch keine Nachricht vor. Es wird noch einmal versucht, mit D. Niemöller Verbindung aufzunehmen, der evtl. als letzter Redner auftreten könnte (Dr. Schenck). Kommt hier keine Zusage zustande, wird man sich an Prof. Linke wenden. (Andres). Kloppenburg, Gollwitzer, Ludski und verschiedene Labour-Abgeordnete haben abgesagt.

Für die Plakate, die nun in Druck gegeben werden müssen (Auflagenhöhe 500), sollen, sobald die Redner feststehen, Überkleber gefertigt werden.

Forumsgespräch

Eine Rücksprache zwischen Burò und Halberstadt ergab, daß diese Sache wahrscheinlich ausfallen wird. Die einzige Zusage ist von Arnold Künstli gekommen. Abgeschrieben haben bisher Bonin, Gutenberg; von Hafner liegt keine Antwort vor, Dönhof kann wahrscheinlich nicht.

Pressekonferenz

wird nach der Kundgebung unter der Leitung von Herbert Faller stattfinden, die Einladungen sowie ein Pressedienst, der alles Nähere über die geplante Paulskirchenveranstaltung sagt, werden von der Geschäftsstelle veranlaßt.

Klaus Vack wird mit dem Hessischen Rundfunk Verbindung wegen eines Rundfunkinterview vor der Veranstaltung aufnehmen. Das Interview sollte von Hans Konrad Tempel gegeben werden.

Ausstellung

Am Mittwoch, dem 30. Oktober wird eine Ortsbesichtigung in der Paulskirche stattfinden.

Soweit Plakate vom Weltfriedensrat vorliegen, sollen sie verwendet werden, unter der Bedingung, daß die Herkunft nicht so sehr ins Auge fällt. Norbert Winkler wird sich um Genehmigung und Gestaltung eines Ständers mit einer Weltkarte, auf der die verschiedenen Kampagnen verzeichnet sind, zur Aufstellung am Freitag vor der Paulskirche bemühen.

In der Freitagsausgabe der Frankfurter Rundschau soll eine Anzeige (DM 600,--) erscheinen. Für Gestaltung und Verhandlung mit der FR ist Norbert Winkler verantwortlich.

Die Flugblattverteilung in Frankfurt selbst ist organisiert.

Es werden 2 Fahnen der Kampagne sowie eine Stadtfahne und Bundesfahne aufgehängt.

Finanzierung

Am Schluß der Veranstaltung soll mit Fahnen gesammelt werden. Außerdem ^{wird} ein Stich der Frankfurter Paulskirche in beschränkter Auflagenhöhe zum Preis von DM 3,-- als Andenken verkauft. Sofern dieser Stich mit Unterschriften von Prominenten versehen ist, erhöht sich der Preis auf DM 10,--. Es werden weiterhin verkauft: Schallplatten, Taschentücher und die Ostermarschausgabe der PLÄNE.

Autokorso

Aufstellung 10.00 Uhr, Eiserner Steg, Abfahrt 10.30 Uhr. Um die Zusammenstellung des verantwortlichen Teams wird sich Hermann Sittner bemühen. Dekorationsmaterial wird von Strass besorgt.

Die nächste Sitzung des Arbeitsausschusses findet am Montag, dem 11. November statt.

Offenbach, den 24. Oktober 1963
für die Protokollführung
Fritz Strass

Mauvo

ED 718-22-154

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGNER
Geschäftsführung: Dr. Andreas Buro, 8 München 55, A.-Vöst-Str.
Tel. 1 83 61 5

MITTEILUNGEN ZUR RECHTSLAGE (3)

15. 10. 63

25. 10. 63 v.

Liebe Freunde,

wir geben Ihnen nachstehend die Abschrift des Urteils im Prozeß gegen den Bonner Polizeipräsidenten, in dem uns ein weiteres Mal volles Recht zuteil geworden ist.

Die zunächst vom Beklagten eingelegte Berufung ist inzwischen zurückgenommen worden, so daß das Urteil rechtskräftig ist.

Mit freundlichem Gruß
gez. Andreas Buro

ABSCHRIFT

- 4 K 1424/62 -

Verkündet am 12. 7. 1963

U R T E I L

I M N A M E N D E S V O L K E S !

Verwaltungsrechtssache

wegen Verbots der Aufstellung einer Mahnwache vor den Botschaften Großbritanniens u. der Vereinigten Staaten in Bad Godesberg.

1. Kläger: Dr. Andreas B u r o , Braunschweig, Röhrfeld 8,
Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Heinrich Hannover, Bremen, Unser Lieben Frauen Kirchhof 24/25,
2. Beklagter: Der Polizeipräsident in Bonn.

DAS VERWALTUNGSGERICHT IN KÖLN

- 4. Kammer -

hat auf die mündliche Verhandlung vom 5. Juli 1963, an der teilgenommen haben:

.....

für Recht erkannt:

Es wird festgestellt, daß das vom Polizeipräsidenten in Bonn am 2. 5. 1962 ausgesprochene Verbot der Aufstellung einer Mahnwache vor der Botschaft Großbritanniens am 4. 5. 1962, sowie das in derselben Verfügung ausgesprochene Verbot, je ein Schreiben durch eine kleinere Delegation an die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika und von Großbritannien zu überreichen, ferner das ebendort ausgesprochene Verbot, diese Verfügung des Polizeipräsidenten in Bonn zu veröffentlichen, rechtswidrig sind.

Der Beklagte hat die Kosten des Verfahrens einschließlich der Kosten des Vorverfahrens zu tragen.

T a t b e s t a n d :

Der Kläger ist Geschäftsführer des Zentralen Ausschusses der Vereinigung Ostermarsch der Atomwaffengegner. Die Vereinigung beabsichtigte, am Freitag, dem 4. Mai 1962 vor den Botschaften Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika in Bad Godesberg von 14.30 Uhr bis 17.30 Uhr eine Mahnwache aufzustellen. Mit Schreiben vom 30. April 1962 meldete er die geplante Veranstaltung bei dem Beklagten an. Sinn der Aufstellung einer Mahnwache von ca. 20 Personen war, gegen die Wiederaufnahme von Atomwaffenversuchen durch Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika zu protestieren. Es war weiter vorgesehen, durch eine Abordnung ein Schreiben des Zentralen Ausschusses der Vereinigung Ostermarsch der Atomwaffengegner in den Botschaften zu überreichen. Durch Verfügung vom 2. Mai 1962 verbot der Beklagte die Aufstellung einer Mahnwache vor der Britischen Botschaft. Zur Begründung des Verbots führte er an, daß der Bürgersteig vor der Botschaft so schmal sei, daß durch die Aufstellung von 20 Personen der Fußgängerverkehr behindert würde. Es heißt dann in der Verfügung u. a. wörtlich weiter:

"Weiter kann die Überreichung je eines Schreibens durch eine kleinere Delegation sowohl an die Botschaft von Großbritannien als auch der Vereinigten Staaten von Amerika wegen der Verletzung der Exterritorialität nicht zugelassen werden. Ich darf auf den postalischen Weg hinweisen ... In dieses Verbot ist mit einbegriffen, daß diese Verfügung zu keinem Zeitpunkt in der Öffentlichkeit deklariert wird."

Aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erklärte der Beklagte die Verfügung für sofort vollziehbar. Die Veranstaltung vor der Britischen Botschaft fand daraufhin nicht statt. Den hiergegen eingelegten Widerspruch wies der Regierungspräsident in Köln mit Bescheid vom 29. Juni 1962 mit der Begründung zurück, daß die angefochtene Verfügung mit Ablauf des 4. Mai 1962 ihre Erledigung gefunden habe, für ein Widerspruchsverfahren mit dem Ziel der Erhebung einer Anfechtungsklage ein Rechtsschutzbedürfnis demnach nicht mehr bestehe.

Der Kläger hat rechtzeitig Klage erhoben und beantragt festzustellen,

daß das vom Polizeipräsidenten in Bonn am 2. Mai 1962 ausgesprochene Verbot der Aufstellung einer Mahnwache vor der Botschaft Großbritanniens in Bad Godesberg am 4. Mai 1962, sowie das in derselben Verfügung ausgesprochene Verbot, je ein Schreiben durch eine kleinere Delegation an die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika und von Großbritannien zu überreichen, und ferner das Verbot, diese Verfügung des Polizeipräsidenten in Bonn zu veröffentlichen, rechtswidrig seien.

Er trägt vor: Eine Anfechtungsklage habe er wegen der kurzen Zeitspanne nicht erheben können. Auch die Möglichkeit einer einstweiligen Anordnung habe hier nicht bestanden, da die einweilige Anordnung nicht das Ergebnis der Klage vorwegnehmen dürfe. Durch die Verfügung vom 2. Mai 1962 sei der Zentrale Ausschuss der Vereinigung Ostermarsch der Atomwaffengegner schon gegenwärtig beschwert, denn es bestehe die Absicht,

auch in Zukunft vor den Botschaften der Länder, die Atomrüstung betreiben, Mahnwachen aufzustellen. Ebenso sei die Überreichung einer schriftlichen Zusammenfassung seiner Ansichten an die entsprechenden Botschaften vorgesehen. Da zu erwarten sei, daß der Beklagte auch diese Vorhaben mit der gleichen Begründung verbieten werde, bestehe ein berechtigtes Interesse an der Feststellung der Rechtswidrigkeit der Verfügung vom 2. Mai 1962.

Er sehe nicht ein, daß die Aufstellung einer Mahnwache vor der Britischen Botschaft in Bad Godesberg den Fußgängerverkehr behindern könne. Der Fußweg sei so breit, daß die Fußgänger auch bei Durchführung der Mahnwache ihren Weg auf dem Bürgersteig hätten fortsetzen können. Auch vorbeikommende Kraftfahrer würden durch eine Mahnwache nicht mehr vom Verkehr abgelenkt als durch andere im Stadtverkehr anzutreffende Schilder, Hinweise, Personengruppen und dergleichen. Jedenfalls wäre durch eine Verkleinerung der Personengruppe oder eine aufgelockerte Aufstellung eine etwaige Verkehrsstörung verhindert worden. Ein Verbot der Veranstaltung sei demnach nicht erforderlich gewesen.

Was die Überreichung einer Schrift in den Botschaften der beiden Länder angehe, so sei es ein ausschließliches Recht der betreffenden Botschafter, die Annahme der Schriften zu verweigern. Selbst wenn der Beklagte von seiten der Botschaften gebeten worden wäre, eine Überreichung zu verhindern und auf den postalischen Weg zu verweisen, so hätte dies in der Begründung der Verfügung zum Ausdruck kommen müssen. Die Verfügung könne aber nach ihrem Wortlaut nur als Verbot des Polizeipräsidenten verstanden werden.

Für das Verbot, die Verfügung zu keinem Zeitpunkt bekanntzugeben, fehle jede Rechtsgrundlage.

Die Verfügung verstoße gegen verschiedene Bestimmungen des Grundgesetzes (Versammlungsfreiheit, freie Meinungsäußerung).

Der Beklagte beantragt, die Klage abzuweisen.

Er trägt vor: Die Britische Botschaft liege an der Bundesstraße 9. Der Bürgersteig sei dort so schmal, daß eine Gruppe von 20 Personen den Fußgängerverkehr in unverantwortlicher Weise behindern würde. Die Fußgänger wären auch verminderter Teilnehmerzahl und aufgelockelter Stellung gezwungen gewesen, auf den Radfahrweg oder sogar auf die belebte Fahrbahn auszuweichen. Von Bedeutung sei auch, daß in diesem Straßenabschnitt für den Fahrzeugverkehr eine Geschwindigkeit von 70 km/h zugelassen sei. Da es den Veranstaltern darauf ankomme, daß die Öffentlichkeit von der Mahnwache Kenntnis nehme, würden zwangsläufig auch die vorbeikommenden Autofahrer vom Straßenverkehr abgelenkt. Die Vereinigung Ostermarsch der Atomwaffengegner sei kommunistisch unterwandert; es sei auffallend, daß ähnliche Veranstaltungen nicht vor der Russischen Botschaft durchgeführt würden.

Er respektierte selbstverständlich das Recht der Botschafter, Schriften entgegenzunehmen. Mit der Verfügung habe er den Botschaften nicht vorgegriffen; vielmehr der Hinweis auf den postalischen Weg sei auf Ersuchen des Auswärtigen Amtes erfolgt. Er sei auch gebeten worden, Demonstranten von den Botschaften fernzuhalten. Bei dieser Sachlage könne nicht die Rede von einem Verbot sein.

Der Hinweis, die Verfügung in der Öffentlichkeit nicht zu "deklarieren", habe von dem Kläger nur dahin verstanden werden können, daß diese nur nicht anlässlich der Mahnwache verlesen werden sollte. An einer anderen geeigneten Veröffentlichung sei der Veranstalter in keiner Weise gehindert gewesen. Da der Kläger wegen der kurzen Fristen kaum in der Lage gewesen sei, die Teilnehmer rechtzeitig über die veränderte Sachlage in Kenntnis zu setzen, habe er im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die Verlesung untersagt.

Zu dem Parteivorbringen in einzelnen wird auf die einge-
reichten Schriftstücke, sowie dem beigezogenen Verwaltungsvor-
gang Bezug genommen.

E n t s c h e i d u n g s g r ü n d e :

I.

Die Klage ist nach §§ 74, 81, 82 der Verwaltungsgerichts-
ordnung vom 21. Januar 1960 (BGBl I, 17) - VwGO - frist- und
formgerecht eingelegt.

Der Feststellungsantrag ist nach analoger Anwendung des
§ 113 Abs. 1 S. 4 VwGO zulässig. Danach kann durch Urteil fest-
gestellt werden, daß der Verwaltungsakt rechtswidrig gewesen
ist, soweit der Kläger ein berechtigtes Interesse an dieser
Feststellung hat. Zwar ist das nach dem Wortlaut des § 113 VwGO
und speziell des Abs. 1 S. 4 dieser Vorschrift nur bei Erledi-
gung des Verwaltungsaktes während des anhängenden Prozesses
möglich, jedoch hat es auch dann zu gelten, wenn der Verwal-
tungsakt sich bereits vor der Klage erledigt hat. Die analoge
Anwendung der Bestimmung auf Fälle der Erledigung des Verwal-
tungsaktes im Vorverfahren oder vor Einlegung eines Rechtsmit-
tels überhaupt rechtfertigt sich daraus, daß § 113 Abs. 1 S. 4
VwGO entsprechend der Garantie Art. 19 Abs. IV des Grundgeset-
zes einen umfassenden Rechtsschutz des einzelnen vor rechtswid-
rigem Verwaltungshandeln zu gewährleisten bezweckt. Dieser
Rechtsschutz würde bei nicht entsprechender Anwendung dieser Be-
stimmung häufig nicht mehr gewährt werden können.

Vgl. BVerwG vom 28.2.1961 in DV Bl. 1961, 444 ff.; OVG Mün-
ster vom 18. 1. 61 in DV Bl. 1961, 523 und vom 26. 11. 1962
- VA 876/62 (4 K 479/61 Köln); Eyermann-Froehler, Kommentar
zur VwGO, Anm. 104 zu § 42 u. Anm. 51 zu § 113; Ule, Verwal-
tungsgerichtsbarkeit, § 113 I 3 b).

Die Verfügung des Beklagten vom 2. Mai war mit Ablauf des 4. Mai
1962, also noch vor Einlegung des Widerspruchs (16. Mai 1962),
erledigt, so daß ihre Aufhebung durch eine Anfechtungsklage
nicht mehr möglich gewesen wäre, sondern nur noch nachträglich
ihre Rechtswidrigkeit nach entsprechender Anwendung des § 113
Abs. 1 S. 4 VwGO festgestellt werden kann.

Für den Feststellungsantrag des Klägers ist auch das be-
rechtigte Interesse an der Feststellung zu bejahen. Der Beklag-
te hält an seiner Rechtsauffassung fest, daß seine Verbotser-
fügung berechtigt gewesen sei. Daraus kann der Kläger die Be-
fürchtung herleiten, daß in Zukunft von der Vereinigung Oster-
marsch der Atomwaffengegner geplante ähnliche Veranstaltungen
mit derselben Begründung verboten werden. Es kann ihm nicht zu-
gemutet werden, auf eine Sachentscheidung zu verzichten und un-

ter Umständen später in einem neuen Verfahren die gleichen Rechtsfragen klären zu lassen. Dabei bestünde dann wiederum die Gefahr, daß er ein rechtskräftiges Urteil vor Durchführung der geplanten Kundgebung nicht erstreiten könnte.

II.

Der Antrag ist auch begründet.

Die Verfügung des Beklagten vom 2. Mai 1962 war in vollem Umfange rechtswidrig.

Nach § 15 Abs. 1 des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge vom 24. Juli 1953 (BGBl. I S. 684) -VersammlG- kann die zuständige Behörde eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel verbieten oder von Auflagen abhängig machen, wenn nach den Umständen die öffentliche Ordnung oder Sicherheit unmittelbar gefährdet ist.

1. Das vom Beklagten erlassene Verbot, vor der Britischen Botschaft eine Mahnwache aufzustellen, wird durch die von dem Beklagten gegebene Begründung, durch die Aufstellung von 20 Personen für diese Mahnwache werde der Fußgängerverkehr wegen des schmalen Gehweges so weitgehend behindert, daß Passanten über den Fahrradweg auf die Fahrbahn ausweichen müßten, und es würde eine Behinderung des fließenden Straßenverkehrs gegeben sein, nicht getragen.

Die erkennende Kammer vermag aus den vorgetragenen Gründen die vom Beklagten behauptete unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Ordnung bzw. Sicherheit nicht zu erblicken. Es trifft zwar zu, daß der Gehweg vor der Britischen Botschaft nur 1,30 m breit ist. Aus der vom Beklagten überreichten Skizze ergibt sich, daß die Länge des Gehweges vor der Britischen Botschaft über 113 m beträgt. Bei den gegebenen Ausmaßen können ernstlich keine Bedenken "aus verkehrstechnischen Gründen" erhoben werden. Es wäre vorliegend Sache des Beklagten gewesen, wenn er annahm, daß möglicherweise eine Verkehrsbehinderung durch das Aufstellen der Mahnwache hervorgerufen wird, dem Veranstalter der Mahnwache bestimmte Auflagen (Zahl der Personen, Abstand der einzelnen Personen voneinander, Zeit der Veranstaltung) zu machen. Dadurch, daß er dies unterlassen hat, handelte er rechtswidrig. Vorliegend ist nicht nur ein Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel - das Verbot einer Versammlung dürfte wegen der Gefahr, Bestimmungen des Grundgesetzes zu verletzen, nur in Ausnahmefällen angewandt werden (so schon Preuß. OVG 78, 282 und vom 18. 1. 1923 in DJZ 248) - gegeben, sondern es liegt auch ein Verstoß gegen die Bestimmung des § 41 Abs. 3 Preuß. Polizeiverwaltungsgesetz in der für den Aufgabenbereich der Polizei geltenden Neufassung aufgrund der Bekanntmachung vom 27. 11. 1953 (GV NW 420) - PVG - vor, wonach polizeiliche Verfügungen nicht lediglich den Zweck haben dürfen, den Polizeibehörden die ihnen obliegende Aufsicht zu erleichtern. Eine solche Verhaltensweise hat der Vertreter des Beklagten in der mündlichen Verhandlung deutlich gemacht, indem er ausführte, die Polizei in Bonn verfüge nicht über genügend Kräfte zur Beaufsichtigung solcher Veranstaltungen, obwohl Presseberichten nach die 21 Teilnehmer vor der amerikanischen Botschaft von 10 Polizeibeamten beobachtet wurden, und weiter noch, die Vereinigung Ostermarsch der Atomgegner sei kommunistisch unterwandert, sie demonstriere nicht vor der Russischen Botschaft. Ein näheres Eingehen auf die zuletzt genannten Einlassungen des Beklagten in der mündlichen Verhandlung erübrigt sich, weil die Rechtswidrigkeit des Verbots bereits dargetan ist.

2. Das vom Beklagten erlassene Verbot, Schriften bei der Britischen und Amerikanischen Botschaft zu überreichen, ist rechtswidrig. Als Begründung hierfür wird in der Verfügung lediglich angegeben, eine solche Handlung würde eine Verletzung der Exterritorialität bedeuten, die nicht zugelassen werden könne.

Eine Rechtfertigung des Verbotes auf dem Weg über die Amtshilfe scheidet schon deshalb aus, weil die Botschaften außerhalb des deutschen Staatsgebietes und Staatsapparates stehend behandelt werden und keine Behörden sind. Die Bitte der Botschafter der beiden Länder, Demonstranten fernzuhalten, hat keinen rechtsverbindlichen Charakter. Sie allein kann daher keine Grundlage zum Erlaß eines polizeilichen Verbotes bilden. Eine gesetzliche Spezialermächtigung zum Erlaß eines solchen Verbots ist nicht ersichtlich. Da die Übergabe von Schriften durch eine Abordnung nicht eine Gefahr für die öffentliche Ordnung oder Sicherheit herbeiführen kann, ist auch § 14 PVG nicht anwendbar. Damit ist die getroffene Anordnung rechtswidrig.

3. Die gleichzeitig erlassenen Verbote, die Mahnwache nicht aufzustellen und den Inhalt der Verfügung nicht zu veröffentlichen, widersprechen sich inhaltlich. Denn bei der Kürze der Zeit - Verfügung vom 2. Mai 1962 und Tag der vorgesehenen Veranstaltung 4. Mai 1962 - kann nicht angenommen werden, daß die ca. 40 Teilnehmer durch den Leiter der Veranstaltung unterrichtet werden konnten. Zur Befolgung des Verbotes der Veranstaltung war es demzufolge wohl notwendig, den Teilnehmern hiervon Kenntnis zu geben. Der Beklagte hat den Rahmen der Verfügung offensichtlich zu weit gesteckt, wenn er verbietet, "daß diese Verfügung zu keinem Zeitpunkt in der Öffentlichkeit deklariert wird". Eine schriftliche Begründung der getroffenen Anordnung, wie sie § 44 Abs. 2 PVG zwingend vorschreibt, fehlt. Damit ist auch das Verbot, das Versammlungsverbot zu keinem Zeitpunkt in der Öffentlichkeit zu deklarieren, rechtswidrig. Es bedurfte keiner näheren Untersuchung, ob eine Bekanntmachung des Versammlungsverbotes bei der gegebenen Sachlage eine drohende Gefahr für die öffentliche Ordnung u. Sicherheit dargestellt hätte.

Die Entscheidung für die Kosten folgt aus § 154 Abs. 1 VwGO.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen dieses Urteil steht den Beteiligten innerhalb eines Monats nach Zustellung Berufung an das Oberverwaltungsgericht in Münster/Westf. zu.

.....

gez. Dr. Steegmann gez. Dr. Dirschke gez. Dr. Jansen

Ferner wurde beschlossen:

Der Wert des Streitgegenstandes wird auf DM 3.000,-- festgesetzt.

G r ü n d e :

.....

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Beschluß kann binnen 2 Wochen nach Zustellung schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle beim Verwaltungsgericht in Köln ... Beschwerde eingelegt werden ...

gez. Dr. Steegmann gez. Dr. Dirschke gez. Dr. Jansen

Ausgefertigt: Köln, den 31. Juli 1963. Geschäftsstelle des Verwaltungsgerichts Köln, (Unterschrift), Verwaltungsgerichtsangestellter als Urkundsbeamter.

P R O T O K O L L

der Sitzung des Hessischen Ausschusses mit den Örtlichen Ausschüssen am 16. Okt. 1963 in Frankfurt/M

19.10.63 v.

Anwesend: a) Hessischer Ausschuß - Dr. Schenck, Weick, Arlt, Strass, Winkler, Halberstadt, Andres

es fehlten: Amann, Faller, Farr, Grossmann, Hagedorn, Maurer, Tuschy, Vack, Vilmar

b) die Vertreter der örtlichen Ausschüsse Gießen, Darmstadt, Egelsbach, Sprendlingen, Frankfurt, Ginsheim, Schaafheim, Dieburg, Kassel Krs. Gelnhausen, Rüsselsheim, Hanau, Walldorf, Mörfelden, Dieburg, Urberach

es fehlten: Bad Vilbel, Groß-Gerau, Herborn, Kassel, Marburg, Miltenberg, Neu-Isenburg, Pfungstadt, Stockstadt

Tagesordnung:

1. Die Stellung des Ostermarsches in der gegenwärtigen Situation
2. Ostermarschauftakt-Veranstaltung am 2./3. 11. 63
3. Beschlüßfassung über die Marschroute 1964
4. Was können wir gegen den sogenannten Luftschutz tun?
5. Die kommenden Veranstaltungen und Aktionen auf örtlicher Ebene
6. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO:

Das Thema wurde von H. Halberstadt in einem kurzen Referat behandelt.

Zu Punkt 2 der TO:

Norbert Winkler gibt einen Abriß über Sinn, Vorbereitungen und Planungen der Ostermarschauftakt-Veranstaltung am 2./3. 11. 63 in Frankfurt.

2.1. Forumsgespräch - Hierzu wird festgestellt, daß von Pazcenski nach wie vor keine Antwort für eine Teilnahme an der Diskussion vorliegt. Von Prof. Gurland wurde eine Absage erteilt. Mit Dr. Klönne und Prof. Heydorn soll Verbindung aufgenommen werden.

2.1. Paulskirchenveranstaltung - Hier wird der Abgeordnete des polnischen Parlamentes Ludski als Redner auftreten. Weiterhin wird wahrscheinlich Frank Allaun vom britischen Unterhaus teilnehmen. Es wird versucht, eine Persönlichkeit des politischen Lebens in Frankreich zu gewinnen. H.-K. Tempel steht ebenfalls auf der Rednerliste. Darüberhinaus wird noch ein Gewerkschaftsfunktionär sprechen.

Propagierung- Der Plakatanschlag wird über die Städtereklame vermittelt. Die örtlichen Ausschüsse werden gebeten, hier Initiative zu ergreifen und Plakate zu bestellen, die sie selbst finanzieren.

Es wird bekanntgegeben, daß ein Flugblatt in Form einer Zeitung hergestellt wird, das im besonderen auf die Paulskirchen-Veranstaltung hinweist. Die Örtlichen Ausschüsse, die in großer Zahl dieses Flugblatt verteilen sollen, werden gebeten, im Verlauf der Sitzung ihren Bedarf anzugeben. Der Druck beginnt am 20. Okt. Die Auslieferung erfolgt so rechtzeitig, daß den örtlichen Ausschüssen die Möglichkeit gegeben ist, die Flugblätter an den Mann zu bringen.

Es wird außerdem vorgeschlagen, am Samstagnachmittag ein Autokorso zu veranstalten.

Der örtliche Ausschuß Frankfurt wird am 26. 10. eine größere Werbeaktion starten mit Skiffle-groups und Flugblattverteilung.

Um die Finanzierung der Veranstaltung, die trotz angespannter finanzieller Lage des Hess. Ausschusses durchgeführt wird, zu gewährleisten, wurde vom Hessischen Ausschuss eine Postkarte mit einem Stich der Paulskirche entworfen. Diese Postkarte wird umgehend sämtlichen Ostermarschanhängern zugehen mit der Bitte, Bestellungen für die Postkarten mit Spendenabrissen in Höhe von DM 3,--, 5,--, und 10,-- zu machen.

Herr Richter (Hanau) erklärt sich bereit, bei dem Anfertigen von Schildern mitzuhelfen.

Zu Punkt 3 der TO:

Winkler erklärt kurz die verschiedenen Vorschläge für die Marschroute des Ostermarsches 1964, die bis jetzt vorliegen.

1. Vorjährige Marschroute

2. erster Tag: Wiesbaden - Biebrich - Mainz - Kastell - Bischofsheim - Rüsselsheim.
zweiter Tag: Rüsselsheim - Flörsheim - Weilbach - Hofheim - Zeilsheim - Höchst.
dritter Tag: Höchst - Sossenheim - Rödelheim - Bockenheim - Zeilsheim - Höchst.
dritter Tag: Höchst - Sossenheim - Rödelheim - Bockenheim - Römer

3. erster Tag: wie unter 2., in Rüsselsheim am Spätnachmittag eine Kundgebung. Anschließend soll mit Bussen nach Mörfelden gefahren werden und am 2. und 3. Tag die vorjährige Marschroute begangen werden.

4. Zusatzmärsche am letzten Tag evtl. von Neu-Isenburg, Hanau und Bad Vilbel zum Römerberg.

Während einer eingehenden Diskussion wird für den Vorschlag Nr. 2 angeführt, daß man dieses Jahr das Neuland Vorder-Taunus beschreiten soll. Er hat außerdem den Vorzug, Höchst und die westlichen Vororte Frankfurts zu berühren, die bisher noch nicht genügend berücksichtigt worden sind.

Der Vorschlag Nr. 3 dagegen hat den Vorteil, durch ein Gebiet mit größerer Bevölkerungsdichte zu verlaufen. Außerdem scheint hier die Resonanz bei der Bevölkerung größer zu sein.

Man ist sich darüber einig, über diese Frage abzustimmen.

1. Tag - gemäß Vorschlag Nr. 2 und 3

einstimmige Annahme

2. und 3. Tag - gemäß Vorschlag Nr. 2

10 Stimmen

gemäß Vorschlag Nr. 3

13 Stimmen

Damit liegt die Marschrouten Wiesbaden - Rüsselsheim - Mörfelden - Offenbach - Frankfurt fest.

Die Anregung, einen Zusatzmarsch am 3. Tag von Höchst durch die westlichen Vororte von Frankfurt nach Frankfurt selbst durchzuführen, dessen Teilnehmer in der Hauptsache vom Hauptmarsch abgezweigt werden sollen, stößt gegen 3 Stimmen auf Ablehnung.

Zu Punkt 4 der TO:

Arlt weist darauf hin, daß die Kampagne in dieser Frage bisher noch nicht offiziell Stellung bezogen hat.

Als Möglichkeiten einer Aufklärung über den Sinn und Unsinn des Luftschutzverbandes führt er Plakatierung, Flugblätter (Aktionskreis gegen Atomrüstung) an. Er macht darauf aufmerksam, daß verschiedene Flugblätter nicht vom Luftschutzverband herausgegeben werden, sondern von sonstigen Interessengruppen, und in ihrem Inhalt diffamierend sind. Diese Flugblätter können dem Hessischen Ausschuß zur rechtlichen Auswertung gegeben werden, sie können den Gegenstand einer Gegenaktion bilden und darüberhinaus den offiziellen Vertretern der örtlichen Luftschutzverbände (Bürgermeister) zur Stellungnahme vorgelegt werden.

Eine weitere Möglichkeit sieht Arlt darin, an die lokalen Zeitungen Leserbriefe zu schreiben.

Im Anschluß hieran berichtet der örtliche Ausschuß Rüsselsheim über eine D-Zug-Ausstellung des Luftschutzes. Der örtliche Ausschuß hat in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Ausschuß ein hektographiertes Flugblatt mit anderen Ostermarschflugblättern zur Verteilung gebracht.

Als eine große Gefahr wird die Möglichkeit bezeichnet, daß ein unfreiwilliger Hilfsdienst durch Gesetz aufgebaut wird.

Zu Punkt 5 der TO:

Der fortgeschrittenen Zeit wegen kann dieser Punkt leider nicht gründlich ausdiskutiert werden.

Der OM-Film 1963 sowie ein Lichtbildervortrag werden Anfang nächsten Jahres zur Verfügung stehen. In der Zeit zwischen der Paulskirchenveranstaltung bis zum Ende des Jahres wird

den örtlichen Ausschüssen nahegelegt, Veranstaltungen über grundsätzliche Themen durchzuführen und hierzu Referenten des Hessischen Ausschusses einzuladen.

Es wird angeregt, daß nicht nur der altbekannte Kreis der Atomwaffengegner zu solchen Veranstaltungen eingeladen werden, sondern auch Leute der Gegenseite.

Für den Aufruf zum Ostermarsch 1964 werden nach der Paulskirchenveranstaltung wieder Unterschriften gesammelt und die örtlichen Ausschüsse hierbei um tatkräftige Mithilfe gebeten.

Zu Punkt 6 der TO:

Auf eine Anregung hin, die vorallem die Gestaltung der Umhängeschilder kritisiert, wird sich eine der nächsten Sitzungen mit der äußeren Form des Ostermarsches befassen.

Der Arbeitsausschuß wird zu einer Sitzung am Mittwoch, den 20. Okt. in Frankfurt zusammenkommen.

Offenbach, den 17. Okt. 1963 FS-s

für die Protokollführung:

Fritz Strass

PROTOKOLL

der Sitzung des Hessischen Ausschusses am 9. Oktober 1963
in Frankfurt

19.10.63 V.

Anwesend: Arlt, Halberstadt, Andres, Dr. Schenck, Weick, Vack,
Strass, Faller, Maurer, Winkler, Amann.

es fehlten: Farr, Großmann, Hagedorn, Tuschy, Vilmar.

Tagesordnung:

1. Paulskirchenveranstaltung
2. Vorbesprechung für die Neuwahl des
Arbeitsausschusses
3. Ostermarschfilm 1963
4. Ostermarschlichtbildervortrag
5. Nächste Besprechung mit den Örtlichen Ausschüssen
6. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO:

- 1.1. Forumsgespräch. Für diese Veranstaltung wurde vom studentischen Arbeitskreis ein Saal in der Universität, Frankfurt (Main), (800 Plätze) gemietet. Daher kommt eine Werbung durch Plakate und Inserate nicht in Frage. Lediglich der Kreis der Ostermarschanhänger soll angesprochen werden. Teilnehmer der Diskussion:

Kogon sagt aus terminlichen Gründen ab.

Von Pazcenski liegt noch keine Antwort vor, mit einer Absage kann wahrscheinlich gerechnet werden.

Herr Dr. Schenck wird mit Prof. Gurland Verbindung aufnehmen, der die Diskussionsleitung übernehmen könnte. Für diese Funktion käme auch eine Persönlichkeit in Frage, die vor allem in studentischen Kreisen bekannt ist.

- 1.2. Paulskirchenveranstaltung. Der Sekretär von Jules Moch teilt mit, daß dieser zur Zeit nicht in Paris ist. Man ist sich darüber einig, daß auf jeden Fall ein Vertreter der britischen Labour-Party auftreten sollte. Heiner Halberstadt wird beauftragt, dieserhalb (evtl. telef.) Verbindung mit Frank Allaun aufzunehmen. Ludski hat noch keine Zusage gegeben mit der Begründung, sich mit Rücksicht auf die Polnisch-Deutschen Beziehungen nicht in innerdeutsche Angelegenheiten einmischen zu wollen. Faller wird beauftragt, mit geeigneten Gewerkschaftern (Mecki Jäger, die über das Thema "Deutsche Beiträge zur Abrüstung" sprechen könnten) Kontakt aufzunehmen. Tempel soll mit Haffner als weiteren möglichen Redner in Verbindung treten. Klappt dies nicht, wird sich Halberstadt weiter um die Sache bemühen.

Für den geplanten Empfang der Stadt Frankfurt konnten noch keine Vorbereitungen getroffen werden, da die Teilnahme der Gäste bisher noch nicht feststand.

Propagierung: Für den Plakatanschlag (Pauzäune) ist Winkler verantwortlich. Die Plakate werden in Hochformat DIN A 1 hergestellt.

Finanzierung: Die Postkarten mit Spendenabriss und einem Stich der Paulskirche werden von Faller in Auftrag gegeben.

Flugblatt: Die Redaktionskommission hat sich auf die Zeitungsform geeinigt (Format "Bild am Sonntag" - 2 farbig). Von Rudolf Rolfs, PARDON, einer Buchhandlung, PLÄNE-Schallplatten und den Meinungen könnten Anzeigen aufgenommen werden. (Redaktionskommission). Norbert Winkler wird einen Kostenvoranschlag für eine Auflagenhöhe von 50 bis 150.000 Stück in Abstufung von 25.000 einholen. Die drucktechnische Überwachung übernehmen Winkler und Strass. Das Manuskript dieser Zeitung soll bis zum 15. Oktober fertiggestellt sein. Die Erscheinung muß mindestens 10 Tage vor der Paulskirchenveranstaltung erfolgen.

Zu Punkt 2 der TO:

Klaus Vack ist es aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr möglich, die Aufgaben des Geschäftsführers weiterhin wahrzunehmen. Eine Neuwahl soll nach der Paulskirchenveranstaltung erfolgen. Bei der Bildung des neuen Arbeitsausschusses wird eine stärkere Arbeitsverteilung (Ressortbildung) berücksichtigt werden müssen. Klaus Vack stellt folgenden Vorschlag zur Diskussion:

1. Sprecher - Repräsentant, Sitzungsvorbereitung, Schriftwechsel, Beschaffung von Rednern.
2. Geschäftsstelle - Protokollführung, Finanzen, Materialversand.
3. Polizei, Saalfragen, Übernachtung, Verpflegung.
4. Pressereferat, Lobby-Arbeit.
5. Kontakt zu den Örtlichen Ausschüssen, Seminararbeit
6. Agitation.

Die nächste Sitzung des Arbeitsausschusses wird sich mit diesem Vorschlag beschäftigen.

Zu Punkt 3 der TO:

Am 13. Oktober findet bei Weißpfennig, Frankfurt, um 10.00 Uhr eine Sitzung des Filmteams statt, bei der Winkler und Weick vom Hessischen Ausschuss teilnehmen werden.

Zu Punkt 4 der TO:

Edgar Weick hat das Manuskript fertiggestellt und eine Auswahl von ca. 100 Bildern getroffen.

Zu Punkt 5 der TO:

Als Termin für die nächste Besprechung mit den Örtlichen Ausschüssen wird der 16. Oktober 1963 festgehalten.

Am Anfang der Sitzung wird ein Gespräch über das Thema "Die Stellung des Ostermarsches in der gegenwärtigen politischen Situation" (Faller) stehen. Weitere Tagesordnungspunkte sind:

1. Paulskirchenveranstaltung
2. Marschroute 1964
3. Nächste Aktivitäten
4. Was können wir gegen den Luftschutz tun? (Arlt)

Zu Punkt 6 der TO:

6.1. 2 Vertreter des Örtlichen Ausschusses Rüsselsheim berichten über eine D-Zug-Ausstellung des Luftschutzes in ihrem Ort. Es wird vereinbart, daß Klaus Vack ein hektographiertes Flugblatt entwirft, das zusammen mit den restlichen Beständen an übrigen Ostermarschflugblättern verteilt werden soll.

- 3 -

- 6.2. Als Namen für den räumlich neugegliederten Ausschuss wird Hessen/Rheinmitte vorgeschlagen.
- 6.3. Der Örtliche Ausschuss Giessen bittet um einen Referenten. Pfarrer Andres wird sich mit Giessen in Verbindung setzen.
- 6.4. Fritz Strass wird einstimmig in den Hessischen Ausschuss aufgenommen.
- 6.5. Die IG-Chemi-Jugend bittet um Aufnahme eines Vertreters. Der Hessische Ausschuss wird sich mit dieser Frage beschäftigen, so bald ein personeller Vorschlag vorliegt.
- 6.6. Die Kirchliche Bruderschaft hält am 17. November eine Veranstaltung ab ("Bilanz der Ära Adenauer"). Eine Einladung hierzu soll evtl. als Beilage zum nächsten Ostermarschrundschreiben versandt werden.

Offenbach, den 16. Oktober 1963

für die Protokollführung
Fritz Strass

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

Anlage zum Protokoll der HA-Sitzung vom 9.10.1963

Nach den bisher im Hessischen Ausschuss angefallenen Arbeiten, ergibt sich folgender Aufgabenkatalog, der nach dem Rücktritt von Klaus Vack als Geschäftsführer von den Mitgliedern des neuen Arbeitsausschusses evtl. unter Hinzuziehung einiger Mitglieder des Hessischen Ausschusses, übernommen werden muß:

1. Repräsentant der Bewegung
2. Vorbereitung der Sitzungen
3. Korrespondenz mit Anhängern der Bewegung
4. Protokollführung
5. Finanzen
6. Materialversand
7. Zentrales Archiv
8. Redner und kulturelle Veranstaltungen
9. Polizeiliche Anmeldungen
10. Saalfragen, Übernachtungen und Verpflegung
11. Presse und Lobby-Arbeit
12. Örtliche Ausschüsse
13. Seminararbeit
14. Ostermarsch 64
15. Agitationsmaterial

Offenbach, den 14. Oktober 1963

K l a u s -

bitte wenigstens STAHLHELM-Plakat/VK und möglichst auch noch einige OM-Plakate des Vorjahres beifügen und schnell absenden -
habe ich hauptsächlich gemacht, ~~wegen~~ um vielleicht von dort ein paar Plakate für Paulskirche zu bekommen - aber auch "überhaupt" nicht uninteressant. - Immerhin "Empfehlung" der WRI in deren Rundschreiben!

Horn

16. 10.

P an Herbert

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

OM

VK-BV

Hungarian Peace Council

- Auslandsreferat -

B u d a p e s t V.

Geschäftsstelle -
siehe unten!

Belgrád rakpart 24

U n g a r n

16. Okt. 63 - MAURER

ED 718-ZZ-166

Ihre Plakatausstellung -
Rundschreiben der WRI London Nr 16 vom 3. 10. 63

Die WRI hat in ihrem Rundschreiben mitgeteilt, daß Sie im Oktober eine Ausstellung von Abrüstungs- und Friedens-Plakaten durchführen und noch Ausstellungsstücke aus dem Ausland suchen.

Anbei schicken wir Ihnen einige Plakate unseres Verbandes und der deutschen Ostermarsch-Bewegung (CND). Wir wünschen Ihrer Ausstellung noch viel Erfolg.

Wir planen hier bei der Eröffnung der "Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner" für 1964, am 3. Nov. in der Frankfurter Paulskirche, eine ähnliche Ausstellung, speziell von CND- und Ostermarsch-Plakaten aus aller Welt. Wäre es möglich, hierfür auch von Ihnen einige überzählige Plakate aus Ihrer Ausstellung zu bekommen? Wir wären sehr dankbar dafür und bitten um möglichst schnelle Zusendung!

Mit den besten Wünschen
Verband der Kriegsdienst-
verweigerer in der WRI eV
- Auslandsreferat -

I. A. *Horst Maurer*
Horst MAURER

Anlage

Text in englisch: Letter in English: Your poster-exhibition

As the WRI wrote in its News Release, you are planning an exhibition of disarmament and peace posters in October and appeal for exhibits from other countries. - Enclosed we send some posters of our group and of the German Campaign for Nuclear Disarmament. We give our best greeting to your exhibition. - With the inauguration of the "Campaign for Disarmament - Easter Marches" for 1964, on Nov. 3rd in the Paulskirche at Frankfurt, we plan a similar exhibition, especially of CND- and Easter-March-posters from all over the world. Could we get some supernumerary posters from your exhibition for this purpose, too? We would be very grateful and ask for mailing as soon as possible! -
Witz best greetings -

ED 718-22-167

An den
Hessischen Ausschuss
und die
Örtlichen Ausschüsse
= = = = =

Liebe Freunde,

dieses Rundschreiben behandelt 2 wichtige und dringende Termine und ich möchte Sie bitten, es sofort zu lesen und auszuwerten.

1. der Hessische Ausschuss lädt zu einer gemeinsamen Sitzung mit den örtlichen Vertretern, für kommenden Mittwoch, den 16.10.1963, um 19.00 Uhr in das Haus der Jugend, Frankfurt (Main), Eingang Alte Rittergasse, ein. (Erkundigen Sie sich bitte bei dem Pförtner nach einer Sitzung der Naturfreundejugend). Es ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Die Stellung des Ostermarsches in der gegenwärtigen Situation
2. Ostermarschauftakt-Veranstaltung am 2./3.11.1963
3. Beschlußfassung über die Marschroute 1964
4. Was können wir gegen den sogenannten Luftschutz tun?
5. Die kommenden Veranstaltungen und Aktionen auf örtlicher Ebene
6. Verschiedenes

Zu Punkt 1 wird Heiner Halberstadt ein kurzes Referat halten.

Zu Punkt 2 verweisen wir auf Punkt 2 dieses Rundschreibens

Zu Punkt 3 sind einige Entwürfe für die nächstjährige Marschroute beigelegt, die bereits im Hessischen Ausschuss diskutiert wurden.

Zu Punkt 4 wird Hans Joachim Arlt einige Vorschläge unterbreiten, wobei wir darum bitten, daß die Örtlichen Ausschüsse über Erfahrungen, die sie mit dem Luftschutzausstellungen gemacht haben, berichten.

Zu Punkt 5 bitten wir alle Örtlichen Ausschüsse, einen Plan vorzulegen, was sie bis zum Jahresende örtlich noch zu tun gedenken. Dadurch, daß die verschiedenen örtlichen Pläne in diesem großen Kreis besprochen werden, können wir unsere Arbeit bestimmt gegenseitig befruchten.

Wir bitten Sie recht herzlich, dafür Sorge zu tragen, daß zu dieser bestimmt wichtigen Sitzung jeder Örtliche Ausschuss durch eines seiner Mitglieder vertreten sein wird.

2. Wie bereits in früheren Rundschreiben und bei Besprechungen bekannt gemacht wurde, soll der Ostermarsch 1964 mit einer Großveranstaltung, die am 3.11.1963 in der Frankfurter Paulskirche stattfindet, gestartet werden. Weiterhin ist am 2.11.1963 in der Universität Frankfurt ein Forumsgespräch mit dem Thema "Ist Sicherheit in Mitteleuropa durch Abrüstung möglich?", vorgesehen.

Beide Veranstaltungen finden unter der Verantwortung des ZA statt. Da sie jedoch in Frankfurt sind, müssen wir besonders zu ihrem Gelingen beitragen.

Zur Großveranstaltung in der Paulskirche werden Ostermarschanhänger aus dem ganzen Bundesgebiet kommen, die Masse der Teilnehmer muß selbstverständlich von uns gestellt werden.

Über den Verlauf und die Vorbereitungen zur Paulskirchenveranstaltung werden wir uns in der unter Punkt 1 angezeigten Sitzung ausführlich unterhalten. Heute möchten wir bereits darauf hinweisen, daß ein Großteil unserer Werbearbeit für diese Veranstaltung wieder durch Flugblattverteilung getan werden muß. Wir planen dieses Mal ein Flugblatt im Bildzeitungsformat (2 Farbendruck) herauszubringen, das sich besonders für Großaktionen vor Betrieben, auf der Strasse und in den Briefkästen eignet. Dieses Zeitungsflugblatt wird in einer Großanzeige auf die Kundgebung hinweisen, darüberhinaus aber auch viele Meldungen zu unserer Kampagne für Abrüstung bringen, so daß man annehmen kann, daß es bestimmt von einem hohen Prozentsatz seiner Empfänger aufmerksam gelesen wird.

Wir bitten alle Örtlichen Ausschüsse unverzüglich zu überprüfen, wieviel Stück der Flugblätter sie verteilen und finanzieren können und dies der Geschäftsstelle mitzuteilen. Es wäre wichtig, daß wir bis zum kommenden Mittwoch bereits einen genauen Überblick über die Auflagenhöhe haben.

Das Zeitungsflugblatt wird in seiner Herstellung ca. 3,5 Pfennige kosten. Wir geben es den Örtlichen Ausschüsse für DM 20,-- pro Tausend. Benutzen Sie bitte den anhängenden Bestellzettel.

3. Wie aus unseren Rundschreiben immer wieder zu entnehmen ist, befindet sich der Hessische Ausschuss in einer sehr schwierigen finanziellen Situation. Leider haben noch immer einige Örtliche Ausschüsse ihre Rechnungen vom 6. August, teilweise sogar vom Ostermarsch 1963 offen. Da Sie genau wie wir an dem weiteren Gelingen unserer Aktion interessiert sein sollten, möchten wir noch einmal um Zahlung bitten, damit der Hessische Ausschuss wieder arbeits- und aktionsfähig wird.

Mit freundlichen Grüßen!

Klaus Vack

(Klaus Vack)

Vorschläge für die Marschroute des Ostermarsches 1964

1. Der Vorschlag 1 sieht vor, die vorjährige Marschroute, Darmstadt, Mörfelden, Offenbach, Frankfurt, beizubehalten. Die Befürworter sind der Auffassung, daß man auf diesem Weg den größtmöglichen Erfolg haben kann.
2. Der 2. Vorschlag sieht vor, daß der Ostermarsch 1964 in Wiesbaden beginnt und am 1. Tag über Biebrich, Mainz-Kastell, Bischofsheim nach Rüsselsheim führt. 2. Tag: Rüsselsheim, Flörsheim, Weilbach, Hofheim, Zeilsheim, Höchst. 3. Tag: Höchst, Sossenheim, Rödelheim, Bockenheim, Römer.
3. Der 3. + sieht vor, daß der 1. Tag wie bei Vorschlag 2 mit einem Marsch von Wiesbaden nach Rüsselsheim verbracht wird. In Rüsselsheim soll am Spätnachmittag eine Kundgebung stattfinden. Anschließend wird mit Bussen nach Mörfelden gefahren und am 2. Tag die vorjährige Marschroute begangen.
4. Es wurde außerdem vorgeschlagen und ist zu erwägen, ob am letzten Tag neben dem Hauptmarsch, der dann entweder von Höchst oder von Offenbach kommt, weitere Märsche evtl. von Neu Isenburg, Hanau und Bad Vilbel zum Römerberg führen sollen.

+ Vorschlag

ED 718-22-168

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

6050 Offenbach, 11.10.1963
Waldstr. 99, Postfach 648

Der Örtliche Ausschuss bestellt

. Flugblätter zum Preis von DM 20,-- je Tausend,
zur Verteilung in der Woche vor der Paulskirchenveranstaltung.

Die Flugblätter sind an folgende Adresse zu liefern:

Name: Vorname:

Ort: () Strasse:
.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

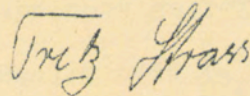
6050 Offenbach, 7.10.63.
Postfach 648

8.10. 63

Liebe Freunde,

wie bei der letzten Sitzung des Hessischen Ausschusses beschlossen, wurde als neuer Termin für eine HA-Sitzung der kommende Mittwoch, den 9.10.1963 festgelegt. Ich lade Sie zu dieser Sitzung für 19.00 Uhr in das Haus der Jugend, Frankfurt, ein. Die Tagesordnung werden wir zu Beginn der Sitzung gemeinsam aufstellen. Auf jeden Fall wird die Veranstaltung in der Paulskirche zur Debatte stehen. Ich bitte Sie alle dringend um Ihre Teilnahme und verbleibe

mit freundlichen Grüßen,
i.A.



(Fritz Strass)

P r o t o k o l l

der Sitzung des Hessischen Ausschuß vom 24. September 1963 in Ffm.
=====

Anwesend: Arlt, Halberstadt, Vack, Amann, Winkler, Faller, Hagedorn,
Dr. Schenck, als Gast Fritz Strass

es fehlten: Maurer, Weick, Farr, Großmann, Tuschy

- Tagesordnung:
1. Bericht zum Anti-Kriegstag
 2. Großveranstaltung in der Paulskirche
2./3. 11. 1963
 3. Auswertung der weiteren Punkte aus der Sitzung
des ZA
 4. Marschrouten 1964
 5. Lichtbildervortrag und Film
 6. Vorbesprechung für die Wahl des neuen Arbeits-
ausschusses
 7. Verschiedenes

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird zur Kenntnis genommen, daß Fritz Vilmar wegen Arbeitsüberlastung aus dem Hessischen Ausschuß ausscheidet.

Zu Punkt 1 der TO:

Im Bundesgebiet führte die Gewerkschaftsjugend über 50 Veranstaltungen durch, die sich fast alle im Saal abspielten. Von größeren Ostermarschveranstaltungen wird aus Hamburg (ca. 1500 Teilnehmer) und an der Saar (deutsch-französisches Treffen) berichtet.

Wie im Hessischen Ausschuß bereits früher beraten, wurde die geplante DGB-Demonstration in Frankfurt in eine Saalveranstaltung umgewandelt. Klaus Vack bedauert noch einmal nachdrücklich, daß es dem Ostermarsch nicht möglich war, auf Grund dieser Situation eine eigene Demonstration des Hessischen Ausschuß zu organisieren. Es sind auch verschiedene Beschwerdebriefe von Ostermarsch-Anhängern eingegangen. Farr, Faller und Vack werden beauftragt, mit dem DGB in Frankfurt Gespräche aufzunehmen, die zum Ziel haben, daß in Zukunft verbindlichere Absprachen getroffen werden können.

Eine Stellungnahme zum 1. September in Hessen wird in "Ostermarsch 63" erscheinen.

Weitere Gewerkschaftsveranstaltungen fanden in Offenbach und Darmstadt statt. Hessische Ostermarschaktionen zum 1. September gab es in Kassel, Marburg, Gießen, Hanau und Wiesbaden.

Zu Punkt 2 der TO:

2. 1. Forumsgespräch "Ist Sicherheit in Mitteleuropa durch Abrüstung möglich?". In der Diskussion sollen konstruktive Vorstellungen zu deutschen Beiträgen für Entspannung und Abrüstung entwickelt werden. E. Kogon oder Pazcenski sollen als Diskussionsleiter fungieren. Als Teilnehmer sind Rademacher (FDP), Dönhoff ("Zeit"), Haffner ("Stern"), Freiherr von Guttenberg (CSU) und 2 - 3 Vertreter der Kampagne vorgesehen. (Verantwortlich Halberstadt und Klönne).

Für diese Veranstaltung konnte trotz einiger Anstrengung bisher in Frankfurt kein Saal gefunden werden. Eine Möglichkeit besteht noch bei der Universität, notfalls wird in die Rudolf-Koch-Schule in Offenbach ausgewichen. Verantwortlich Halberstadt und Vack.

Der Hessische Rundfunk soll die Diskussion mitschneiden, da die Möglichkeit besteht, daß ein Teil der Beiträge im Abendprogramm gesendet wird. Verantwortlich Klaus Vack.

2. 2. Paulskirchen-Veranstaltung - hierzu ist folgender Ablauf vom ZA festgelegt worden:
- a) Begrüßung durch den Veranstaltungsleiter (Faller)
 - b) "Demokratie und Abrüstung" (Tempel)
 - c) "Internationale Bemühungen um Abrüstung und Koexistenz" (Jules Moch oder Noel Baker)
 - d) "Atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa - der nächste Schritt" (Grossmann, Ludski)
 - e) Schlußwort des Veranstaltungsleiters (Faller)
 - f) Verlesung des Aufrufes zum OM 64

Um die Referenten ist Halberstadt bemüht.

Die Paulskirche ist bereits von uns belegt (Vack).

Für den Fall eines großen Andranges werden in den unteren Wandelhallen Lautsprecher aufgestellt (Vack).

Es wird vom ZA eine Ausstellung mit internationalen Plakaten der verschiedenen Kampagnen geplant (Winkler).

Der Hessische Ausschuß strebt für Sonntagmorgen einen Empfang der Stadt Frankfurt an (Vack).

Nach der Paulskirchenveranstaltung findet eine Pressekonferenz statt, bei der nach Möglichkeit prominente Persönlichkeiten anwesend sein sollten (Vack).

Für Übernachtungsmöglichkeiten ist Fritz Amann verantwortlich. Die Verkaufsstände organisiert Arlt.

Die Finanzierung der sachlichen Kosten übernimmt der ZA. Diese werden auf DM 4.000 geschätzt.

Der Hessische Ausschuß übernimmt die Propagandakosten (ca. 3.500 DM).

Es wird dem ZA vorgeschlagen, daß das Sammlungsergebnis je zur Hälfte dem ZA und dem Hessischen Ausschuß zufließt.

Gute Aufnahme findet der Vorschlag Herbert Fallers, einen Stich der Paulskirche mit den Unterschriften prominenter Persönlichkeiten im Postkartenformat zu verkaufen. Die Postkarte soll mit Spendenquittungsabriß versehen und an unsere Anhänger verschickt werden.

Propagierung durch Flugblätter, Plakate, Inserate. Als Flugblatt schlägt Klaus Vack vor, die Form eines Zeitungsblattes zu wählen. dieses zweiseitige Blatt könnte neben einem Artikel mit Paulskirchenschlagzeile interessante Kurzmitteilungen über Gewerkschaftsbeschlüsse usw. bringen. Evtl. könnte die 2. Seite von Nickel gestaltet werden. Man verspricht sich von diesem Flugblatt eine gute Wirkung, vor allem bei der Verteilung vor Betrieben, die sich nicht nur der Paulskirchenveranstaltung, sondern dem Ostermarsch 64 mitteilt.

Norbert Winkler ist der Ansicht, daß eine derartige Form dem Charakter der Veranstaltung nicht gerecht wird. Er schlägt eine Einladung in Flugblattform mit Signum der Paulskirche und kurzen Rednerbiographien vor.

Eine Redaktionskommission (Halberstadt, Weick, Faller, Winkler) wird sich mit äußerer Gestaltung und Inhalt der Flugblätter befassen.

Beim Plakat soll das Ostermarschemblem besonders hervorgehoben werden, wie bei dem Plakat der letzten Paulskirchenveranstaltung (Plakatierung Vack).

Zu Punkt 3 der TO:

3. 1. Die Neugliederung in 9 Regionalausschüsse hat ergeben, daß dem Hessischen Ausschuß noch der nördliche Teil von Rheinland-Pfalz zugeführt werden soll. Die Bezeichnung Hessen-Rheinland wird vom Hessischen Ausschuß als nicht eindeutig bezeichnet und soll nach Abklärung in Rheinland-Pfalz anders festgelegt werden.
3. 2. Die Aktion "Ost-Berlin" wurde vertagt und soll vom AA noch einmal eingehend erörtert werden.
3. 3. Kontakte zum Deutschen Friedensrat: Die Verwirklichung des Vorschlages, daß deutsche Vertreter des Ostermarsches über einen Sender der DDR sprechen, wurde mit der Bedingung verknüpft, Gleiches Mitgliedern des Deutschen Friedensrates in einer bundesrepublikanischen Sendung zu ermöglichen. Die Angelegenheit dürfte damit zunächst ruhen.
3. 4. Die Bewegung führt laut Beschluß des ZA nunmehr den Namen "Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner". Auf diese Weise wird das Stetige unserer Arbeit besser zum Ausdruck kommen.
3. 5. Der ZA wird in diesem Jahr den Kalender herausbringen (Fertigstellung 15. November 1963). Dem Hessischen Ausschuß wird als größtem Abnehmer ein Sonderpreis zugestanden.
3. 6. Hans-Konrad Tempel stellt sein Amt als Sprecher des ZA aus gesundheitlichen Gründen zur Verfügung.

Zu Punkt 4 der TO:

Es stehen verschiedene Vorschläge für eine nächstjährige Marschroute zur Diskussion. Ein Vorschlag von Edgar Weick sieht vor, von Wiesbaden über Mainz nach Rüsselsheim zu demonstrieren. Am 2. Tag von Rüsselsheim über Flörsheim, Weilbach, Hofheim, Sindlingen nach Höchst. Am 3. Tag von Höchst in die Frankfurter Innenstadt. Klaus Vack schlägt vor, den 1. Tag von Wiesbaden über Mainz nach Rüsselsheim, abends mit Bussen nach Mörfelden und dann die vorjährige Marschroute. Ein Mitglied des Frankfurter Ausschusses hat den Hessischen Ausschuß darum gebeten, die vorjährige Marschroute beizubehalten. Heiner Halberstadt schlägt vor, nur 2 Tage zu demonstrieren und am Samstag in größeren Orten Kundgebungen durchzuführen.

Der Hessische Ausschuß einigt sich nach längerer Diskussion, den dreitägigen Marsch beizubehalten. Über die Marschroute sollen alle Mitglieder noch einmal nachdenken; sie wird endgültig auf einer Sitzung des Hessischen Ausschusses gemeinsam mit den Vertretern der Örtlichen Ausschüsse beschlossen.

Zu Punkt 5 der TO:

Die Zusammenstellung des Lichtbildervortrages wurde noch nicht begonnen. Bei der Sichtung, Ausarbeitung und Zusammenstellung des Materials und des Textes soll die neueste politische Entwicklung mitbeachtet werden. Halberstadt, Winkler und Weick werden dringend gebeten, den Lichtbildervortrag nun in Arbeit zu nehmen, in dem sie das Material sichten und auswählen und ein Manuskript schreiben. Der Lichtbildervortrag muß bis spätestens 1. Januar 64 zur Aufführung zur Verfügung stehen.

Zum Film liegt ein Manuskript des Filmteams vor, das jedoch zu oberflächlich ist und damit den in Bezug auf Technik und Auswahl guten Film entwerten würde.

Winkler, Halberstadt und Weick werden beauftragt, mit dem Filmteam eine Sitzung durchzuführen, bei der das Manuskript beraten und möglichst ein neues und besseres geschrieben wird. Halberstadt erklärt sich bereit, ein eigenes Manuskript zu schreiben und zur Diskussion zu stellen. Dem Filmteam wird deutlich gemacht, daß dem Ostermarsch-Ausschuß nicht an einem Film gelegen ist, der ohne seine Mitarbeit und Einflußnahme und mit einem Inhalt zustande kommt, der dem Ostermarsch-Ausschuß nicht geeignet erscheint.

Zu Punkt 6 der TO:

Vack berichtet über die veränderte Situation in der Geschäftsstelle. Hier sind die beiden Angestellten der NFJ ausgeschieden. Als Ersatz wurde lediglich ein Jugendsekretär (Strass) eingestellt. Strass ist noch nicht volljährig und kann daher keine rechtsverbindlichen Fragen für den Ostermarsch abwickeln. Hinzu kommt, daß Klaus Vack gesundheitlich nicht intakt ist. Es muß daher möglich sein, das Schwergewicht der Ostermarscharbeit von der Geschäftsstelle zu nehmen, wegen der fortgeschrittenen Zeit kann dieser Punkt nicht mehr ausdiskutiert werden.

Zu Punkt 7 der TO:

Als Termin für die nächste Sitzung wird der 9. Oktober 1963, 19.00 Uhr, vereinbart.

6050 Offenbach, 26. 9. 1963

F.D. P.:

Fritz Strass

OM

Ffm, 24.9.53

ED 718-22-172

Lieber Klaus,

ich habe heute Mitteilung bekommen,
dass ich bereits in 5 Wochen, am
1. Nov., meine neue Wohnung beziehen
kann (in F. Goldstein); vier Wochen
früher als zuerst gedacht.

Demnach habe ich jetzt noch weniger
Zeit, weil ich nunmehr ganzen Kopier-
kamin auch mehr oder einigermaßen wieder-
finden & jetzt vorantreiben muß.

Ich bitte Dich, mich ab sofort von per-
sönl. Teilnahme an Sitzgn. zu „beurlauben“
(VK & OM), also auch BA-Sitzg. 2. M.;
bis etwa Dezember.

„Schreibtisch-Arbeiten“ werde ich vorerst
noch einigermaßen ordentlich weiter machen.

Frays Wort.

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

6050 Offenbach, 19. September 1963
Waldstraße 99, Postfach 648

Va. /H.

20. 9. 63 V.

ED 718-22-173

An die

Mitglieder des
Hessischen Ausschuß
für den Ostermarsch

= = = = =

Liebe Freunde,

ich lade Sie zu einer wichtigen Sitzung des Hessischen Ausschuß für
Dienstag, dem 24. September 1963, 19.00 Uhr in das Haus der Jugend,
Frankfurt, ein.

Ich schlage folgende Tagesordnung vor:

1. Bericht zum Anti-Kriegstag
2. Großveranstaltung in der Paulskirche
3. Auswertung der weiteren Punkte aus
der Sitzung des ZA
4. Vorbesprechung für die Wahl des
neuen Arbeitsausschusses
5. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr

Klaus Vack
(Klaus Vack)

9. 9. 63 11.00 Uhr

FRITZ, Hgt

fel an Man

ED 918-22-174

DM-ZA - Sitzung:

Hubenrauch - Berlin - Ost - Vorschlag
hochgebracht,
hauptsächl. v. Tempel / für VK vertreten.
Acht übrig geblieben.

Fritz auch dafür (Hub. rauch).

Frag ~~ob~~ in noch Meing. d. VK-BV ...

Ich erläuterte, ordentl. Debatte / (Umsprache) /
Belohnungnahme sei nicht erfolgt. (-?)

[Sitzzeit noch nicht dort aufgetaucht.

München + Kiel bereiten GA-Gruppen vor.

25: "Ffm. hat wenigstens was für DM-
auch gut ..." Hgt kurz m. Aht gepr.:
Hgt + Ffm sollen sich sprechen ... "Kommt für Ffm doch
nichts raus!"

Mans

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGNER
Zentraler Ausschuß, Geschäftsführung: Dr. Andreas Buro
8 München 55, A.-Voest-Str. 5, Tel.: 1 83 61

BITTE VORMERKEN: Nächste ZA-Sitzung am 30. 11. / 1. 12. 63
Wichtige Termine unter TO 2 und TO 5!

Verteiler:
KURATORIUM
ZENTRALER AUSSCHUSS
REGIONALE AUSSCHÜSSE zur Weitergabe an LANDES- und ÖRTLICHE AUS-
SCHÜSSE.

ED 748-22-175

P R O T O K O L L

Sitzung des Zentralen Ausschusses
am 7./8. Sept. 63 in Kassel

TEILNEHMER:

Sprecher: Hans-Konrad Tempel
Geschäftsführer: Dr. Andreas Buro
Kuratorium: Herbert Faller
Dr. Werner G. Haverbeck
Dr. Arno Klönne
Dr. Bodo Manstein

Marsch NORD: Detlef Dahlke, Wolfgang Liebegeld
Marsch WEST: Christel Beilmann
Marsch MITTE: Heiner Halberstadt, Ernst Günther, Herr Nonnenmacher
Dr. Hannelis Schulte, Irm de Ondarza
Marsch SÜDWEST: Gertrud Westhoff, Günther Fritz
Marsch SÜD: Claus Schreer, Herr Holleder
VK: Hans-Joachim Arlt
Naturfreunde: Rolf Ringwald
CM-Sekretär: Frieder Schöbel

Zu TO 1: Athen-Demonstration, Hiroshima-Tag, Antikriegstag, Inter-
nationale Konföderation für Abrüstung und Frieden.

Nach einem Bericht über die Athen-Demonstration des englischen Ko-
mitees der 100 wurde die Organisation und Vorbereitung des Unter-
nehmens kritisiert. Ein entsprechender Brief soll an das Komitee
gerichtet werden. Der ZA war der Meinung, daß in Deutschland kein
eigenes Komitee gegründet zu werden brauche, um hier speziell auf
die griechischen Verhältnisse hinzuweisen. Diese Aufgabe soll im
Rahmen der Kampagne ausgeführt werden.

Die griechische Bewegung hat eine Postkarte mit einer Photographie
von Grigoris Lambrakis (Preis 50 Pf.) herausgebracht, durch die
ein Denkmal für den Ermordeten finanziert werden soll. Bestellungen
an die Geschäftsführung.

Zum Hiroshima-Tag wurden in sehr vielen Städten Demonstrationen
verschiedener Art ausgeführt. In München setzte man nach japani-
schem Vorbild Schiffchen mit Kerzen auf die Isar, deren Schein an
die Seelen der Opfer erinnern soll.- Flugblattverteilung wurde in
Hamburg unter Hinweis auf das Wegerecht, in Hagen wegen angeblicher

Verkehrsfährdung in letzter Minute verboten.- In West-Berlin stellte die FDJ Plakate mit OM-Zeichen auf. Der Berliner Ausschuß hat sich öffentlich hiervon distanziert.

Zum Antikriegstag wurden an mindestens 45 Orten Veranstaltungen von den Gewerkschaften durchgeführt. Nach allgemeiner Ansicht war die Haltung der Kampagne richtig, die Gewerkschaften bei ihren Aktionen zu unterstützen und auf eigene Veranstaltungen zu verzichten. In München wurde zusätzlich eine Mahntafel aufgestellt (mit Informationstisch).- Wegen des Flugblattes zum Deutsch-Französischen Grenztreffen an der Saar soll die Geschäftsführung an den Ausschuß Saar schreiben.- Es wurde mitgeteilt, daß auch die SPD durch ein Rundschreiben Saalveranstaltungen zum 1. September ange-regt habe.

Andreas Buro berichtete von der Gründung der Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden am 22. 9. in Oosterbek/Holland durch das Continuing Committee. Die Konföderation faßt sich selbst nicht als Gegenründung zum Weltfriedensrat auf und ist zu einer Zusammenarbeit mit diesem bereit.- Der ZA war der Auffassung, daß Frankfurt kein geeigneter Tagungsort für die erste Konferenz der Konföderation am 9. - 13. Januar 1964 sei.

Zu TO 2: Auftaktveranstaltung für die KAMPAGNE 64 in der Frankfurter Paulskirche (2./3. 11. 63).

Die Veranstaltung soll folgendes Programm umfassen (aufgestellt vom AA nach Diskussion im ZA):

2. Nov. nachmittags: Treffen der ZA-Mitglieder zur Vorbesprechung
abends: Forumsgespräch: "Ist Sicherheit in Mitteleuropa möglich?"
3. Nov. vormittags: Empfang durch die Stadt, Kirchenpräsident D. Martin Niemöller oder Ostermarsch-Pressekonferenz
nachmittags: Auftaktveranstaltung in der Paulskirche
 - a. Begrüßung durch den Veranstaltungsleiter
 - b. "Demokratie und Abrüstung" (Tempel) (Faller)
 - c. "Internationale Bemühungen um Abrüstung und Koexistenz" (Jules Moch oder Noel-Baker)
 - d. "Atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa - der nächste Schritt!" (Crossman, Lundski)
 - e. Schlußwort des Veranstaltungsleiters (Faller)
 - f. Verlesung des Aufrufes zum OM 64.

Jeder Regionale Ausschuß hat das Recht, 20 Teilnehmer zu der Veranstaltung zu entsenden. Zusätzliche Anmeldungen können berücksichtigt werden, wenn genügend Platz vorhanden ist. Anmeldungen bis zum 10. 10. 63 an Heiner Halberstadt, 6 Frankfurt, Röderbergweg 268.

Die organisatorischen Vorbereitungen liegen in Händen des Hessischen Ausschusses der Kampagne für Abrüstung, 605 Offenbach, Waldstr. 99. Er wird versuchen, ein Rundfunk- oder Fernsehinterview zu arrangieren

Zu TO 3: Aufruf zum OM 64.

Nach eingehender Diskussion verabschiedete der ZA den Aufruf (Anlage 1).- Die Gedanken der "Abrüstungskontrolle durch das Volk" und die Forderung einer "Abrüstungsbehörde" und anderes sollen später entweder als spezielle Einzelvorschläge oder bei der aktuellen Diskussion von Abrüstungs- und Kontrollfragen propagiert werden.

Der Aufruf soll nicht vor dem 3. November veröffentlicht werden. Die Ausschüsse werden gebeten, schon jetzt zu prüfen, in welcher Weise in ihrem Bereich Unterschriften für den Aufruf gesammelt werden können.

Zu TO 4: Aktion Berlin-Ost.
=====

Die geplante Aktion soll noch einmal vom AA eingehend erörtert und die Ergebnisse der Untersuchung dem ZA vorgelegt werden.

Zu TO 5: Genauer Verlauf der Ostermärsche 1964.
=====

T!

Da der genaue Verlauf der Märsche noch nicht in allen Fällen feststand, wird eine Übersicht erst nach Anmeldung der Märsche, die bis zum 10. 10. 63 erfolgen muß, gegeben werden. Es ergibt sich die Möglichkeit: Wenn 3 Monate nach der Anmeldung keine Antwort von der Behörde eingegangen ist, kann Untätigkeitsklage erhoben werden.- Der ZA bekräftigte seine Empfehlung, keine kleinen Märsche auszuführen. Dort, wo kein großer Marsch möglich ist, sollen nur Anfangskundgebungen in den Städten abgehalten werden und die Gruppen sich größeren Marschgruppen anschließen. In dieser Hinsicht wurden als Beispiele besonders das Gebiet Schleswig-Holstein, Niedersachsen, das Saarland und Rheinland-Pfalz erwähnt.

Weil die Regionalen Ausschüsse (RA) teilweise einen zu großen Raum umfassen, beschloß der ZA eine Neugliederung in 9 Ausschüsse:

- | | | |
|--------------------------------|-----------------|------------------------|
| 1. Hamburg/Schleswig-Holstein, | verantwortlich: | Harald Schürer |
| 2. Bremen/Niedersachsen | " | : Detlef Dehlke |
| 3. Nordrhein-Westfalen | " | : Frank Werkmeister |
| 4. Hessen/Rheinland | " | : Klaus Veck |
| 5. Baden/Pfalz/Saar | " | : Dr. Hannelis Schulte |
| 6. Württemberg/Bodensee | " | : Alfred Riedel |
| 7. Nordbayern | " | : Horst Klaus |
| 8. Südbayern | " | : Werner Fuchs |
| 9. Berlin | " | : Franziska Mentzel |

T!

Jeder der RA kann 3 Vertreter als Mitglieder des ZA benennen.- Die für die Ausschubildung Verantwortlichen sollen bis zum 31. 10. 63 der Geschäftsführung folgende Angaben machen:

- Namen der RA-Vertreter im ZA
- Zusammensetzung des RA
- Genauere räumliche Zuständigkeit des RA
- Genauere Marschrouten für 1964
- Eine Liste aller örtlichen Ausschüsse im Bereich des RA, die laufend von den RA berichtet und ergänzt werden muß. ZA-Mitteilungen gehen in Zukunft direkt an die ÖA.

Der ZA bestätigte seine frühere Entscheidung, daß alle örtlichen Ausschüsse erst durch den zuständigen RA anerkannt werden müssen.

Zu TO 6: Diskussion der ersten Nummern der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG.
=====

Der ZA beurteilte die ersten Nummern der IZA positiv. Er sprach sich einstimmig für eine verstärkte Werbung für die IZA durch die Ausschüsse der Kampagne aus. Bisher sind erst etwa 300 Abonnenten gewonnen. Erst bei 2 000 Abonnenten können die Unkosten der IZA gedeckt werden. Alle Ausschüsse werden daher zur gezielten Werbung in ihrem Bereich aufgefordert. Werbeexemplare umgehend bei der Geschäftsführung bestellen (Nr. 3) (Richtlinien für den Vertrieb siehe Anlage 2!).

Christel Beilmann wird eine Dokumentation der Veröffentlichungen der DDR-Presse während des letzten OM zusammenstellen, mit Herbert Stubenrauch besprechen und an die Geschäftsführung senden. Unkorrekte Pressemeldungen über die Kampagne, die in der DDR erscheinen, sollen in Zukunft direkt vom Pressereferat richtiggestellt werden (Durchschlag an Geschäftsführung).

Zu TO 7: Bildung von Fachausschüssen.
=====

Wurde aus Zeitmangel nicht besprochen.

Zu TO 8: Beziehungen zu anderen Organisationen.

Der Deutsche Friedensrat der DDR hat an die Kampagne drei Schreiben gerichtet, in denen wir zu Beratungen über eine Konferenz der europäischen Friedensverbände aufgefordert werden und gemeinsame Seminare in der BRD und DDR, sowie Radiosendungen durch Vertreter des Deutschen Friedensrates in der BRD im Austausch gegen Radiosendungen in der DDR durch Vertreter unserer Kampagne vorgeschlagen werden. Die Anregung zu einer Konferenz der europäischen Friedensverbände wird der ZA der Zuständigkeit halber an die Europäische Föderation weitergeben. Die anderen Vorschläge lassen sich zur Zeit nicht verwirklichen. Ein entsprechender Brief soll an den Deutschen Friedensrat gerichtet werden. Der ZA beschloß, den Deutschen Friedensrat laufend mit dem Informationsmaterial der Kampagne zu versorgen.

Christel Beilmann wurde beauftragt, Gespräche mit der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung zu führen.

Vertreter des AA sollen sich mit Dr. Bodo Manstein zu Gesprächen über die Beziehungen zur Vereinigung Deutsche Nationalversammlung treffen.

Zu TO 9: Patenschaften zwischen örtlichen Ausschüssen verschiedener Länder.

Wurde aus Zeitmangel nicht behandelt.

Zu TO 10: Verschiedenes.

- a. Der ZA beschloß gegen eine Stimme, den Namen unserer Bewegung in "KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCHE DER ATOMWAFFENEGEGNER" umzuändern. Auf diese Weise wird besser das Stetige unserer Arbeit zum Ausdruck kommen. Mißverständnisse in der Öffentlichkeit werden vermieden.
- b. Die Kampagne hat in erster Instanz den Prozeß gegen den Bonner Polizeipräsidenten wegen der Auflagen bei der Demonstration vor Bonner Botschaften im Mai 1962 gewonnen. Die Gegenseite hat Berufung eingelegt. Das Urteil ist dennoch von grundsätzlicher Bedeutung und kann von der Geschäftsstelle gegen Erstattung der Urkosten (2 DM) angefordert werden.
- c. Konrad Tempel wies auf die Bedeutung von Industrie-Aktionen hin, wie sie von der englischen Kampagne in Rüstungsbetrieben und anderen großen Werken veranstaltet werden.
- d. Die Kampagne für Abrüstung wird in diesem Jahr wieder einen Kalender herausbringen. Preis voraussichtlich 3 DM bis 3.50 DM. Vorbestellungen bitte umgehend an die Geschäftsführung geben!
- e. Einem Antrag der IdK, Herrn Dr. Lidl oder Dr. Rebsburg in das Kuratorium aufzunehmen, wurde nicht entsprochen. Begründung: Die IdK ist durch H. G. Friedrich offiziell im ZA vertreten, also mit einem Vertreter, wie andere Organisationen auch. Für die Zusammensetzung des Kuratoriums jedoch sind keine Gesichtspunkte der Organisationsvertretung maßgeblich, wie sie in dem Antrag der IdK angezogen worden sind. Der Antrag wurde abgelehnt, um keinen Präzedenzfall zu schaffen.
- f. Dr. Bodo Manstein erläuterte Pläne für die Errichtung eines Friedens-Schulungsheimes in der Nähe von 4973 Vlotho/Westfalen und bat um die Unterstützung durch die Kampagne. Er wird genaue Unterlagen für das Projekt ausarbeiten und dem ZA zur Kenntnis geben.
- g. Hans-Konrad Tempel teilte mit, daß er wegen seiner angegriffenen Gesundheit in absehbarer Zeit von dem Amt des Sprechers des ZA entbunden werden möchte. Der ZA hat diesen Wunsch mit Bedauern zur Kenntnis genommen.

München, den 14. September 1963

gez. Andreas Buro

ANLAGE 1 (zum Protokoll der Sitzung des ZA am 7./8. 9. 63)

! Nicht vor dem 3. November veröffentlichen!

Aufruf zum Ostermarsch 1964

Die Einstellung der Atomwaffentests ist vereinbart, und weitere Entspannungsabkommen bahnen sich an. Damit wächst die Hoffnung, daß der atomare Krieg verhindert und der Friede erhalten werden kann. Die Völker atmen auf: Der radioaktiven Verseuchung ist Einhalt geboten - e i n e r s t e r S c h r i t t zur umfassenden und kontrollierten Abrüstung ist getan!

Diese Abkommen sind ein Zeichen der Einsicht jener Politiker, die einen Anfang gemacht haben; sie sind ebenso sehr ein Erfolg jener Millionen von Menschen in vielen Ländern, die seit Jahren gegen die atomare Rüstungspolitik auftreten. Jeder einzelne von ihnen hat den Umschwung mit vorbereitet, der sich jetzt vollzieht und dessen Ergebnis die weltweite Billigung der Entspannungsabkommen ist.

Der Friedensplan des Generalsekretärs der U N O zeigt den Weg, auf dem w e i t e r e Fortschritte der Abrüstungspolitik möglich sind. Dieser Plan sieht vor:

- + Beendigung der Atomwaffentests auch unter der Erde
- + Verbot der Verwendung von Nuklearwaffen im Kriege
- + Maßnahmen zur Verhütung von Überraschungsangriffen
- + Verträge über atomwaffenfreie Zonen

Dieser Plan muß Wirklichkeit werden!

Es ist keine Zeit zu verlieren. Die Fesselung des gesellschaftlichen Lebens durch überholtes Militärdenken und die Vergeudung von Produktivkräften durch eine sinn- und maßlose Rüstungspolitik muß in aller Welt ihr Ende finden, wenn eine friedliche und gesicherte Existenz a l l e r V ö l k e r der Erde morgen noch möglich sein soll.

Die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen steht in einigen Teilen der Welt vor der Verwirklichung. M i t t e l e u r o p a hingegen ist nach wie vor konfliktgeladen. Ein Krieg in diesem Gebiet wäre das Ende der mitteleuropäischen Völker. Deshalb rufen wir die Bürger aller Länder Mitteleuropas auf, die Kampagne für Abrüstung zu verstärken und die verantwortlichen Politiker in Ost und West zu überzeugen, daß die in Mitteleuropa bestehenden Probleme nur ohne Gewalt und Gewaltandrohung, in einer Atmosphäre der Entspannung und des Vertrauens gelöst werden können. Erneut stellen wir den Ostermarsch 1964 unter das Motto:

- + Mitteleuropa - atomwaffenfrei
- + Mitteleuropa - militärisch verdünnte Entspannungszone
- + Mitteleuropa - Brücke zwischen Ost und West

Noch immer reichen die Anstrengungen im Westen und Osten unseres Vaterlandes nicht aus, um eine wirkliche Entspannung zu erreichen. Deutschland darf nicht Störenfried sein. Es kann seinen Beitrag zu einer Strategie des Friedens leisten. An die Stelle steigender Rüstungsanstrengungen und der Militarisierung des öffentlichen Lebens in beiden Teilen Deutschlands muß eine aktive Politik der Sicherheit durch Abrüstung treten.

In der Bundesrepublik fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund und andere gesellschaftliche Gruppen eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung. Mit dieser Forderung stimmen wir überein. Wir schlagen vor:

- + Verzicht auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen
- + Zustimmung und Beitritt der Bundesrepublik zu allen Vereinbarungen, die zum Verzicht auf Gewalt führen
- + Initiative der Bundesrepublik zu Verhandlungen über ein atomwaffenfreies, militärisch verdünntes Sicherheitssystem in Mitteleuropa

Wir erklären: Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie, ein Ja zur Forderung des Grundgesetzes der Bundesrepublik: dem Frieden der Welt zu dienen. Eine Politik der Abrüstung in Mitteleuropa kann verhindern, daß der demokratische Stil unseres Landes durch administrative oder gesetzliche Maßnahmen abgebaut wird.

Wir bitten alle Mitbürger:

- + Unterstützen Sie öffentlich unsere Vorschläge!
- + Arbeiten Sie mit in unserer Kampagne, die unabhängig von jeder parteipolitischen Bindung ist und keine einseitige Stellungnahme im Kalten Krieg kennt!
- + Übernehmen Sie Verantwortung in den Ostermarsch-Ausschüssen!
- + Helfen Sie durch genaue Information die Denkschablonen aufzulösen und Gesichtspunkte für friedliche Lösungen zu entwickeln!
- + Mach Sie den Ostermarsch 1964 zu einem Höhepunkt der Kampagne für Abrüstung!

Eine starke Volksbewegung für Abrüstung kann weitere Schritte zu einer internationalen Friedensordnung vorbereiten. Der Friede kann erreicht und gesichert werden, wenn alle Menschen guten Willens ihr Verlangen nach Abrüstung und Entspannung öffentlich bekunden und in allen Bereichen der Gesellschaft durchsetzen.

ANLAGE 2 (Protokoll der Sitzung des ZA vom 7./8. 9. 63)

KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG - OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGNER

Geschäftsführung: Dr. Andreas Buro, 8 München 55, A.-Voest-Str. 5

R i c h t l i n i e n f ü r d e n V e r t r i e b d e r
"INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG"(IZA)

1. Werbeexemplare.

Die Ausschüsse übernehmen für den direkten Versand oder die Verteilung in ihrem Bereich eine bestimmte, von ihnen gewünschte Anzahl Werbeexemplare. Sie verpflichten sich, mit diesen g e z i e l t zu werben und den Nummern Bestelldrucksachen beizufügen. Nicht ausgegebene Werbeexemplare müssen umgehend an die Geschäftsführung zurückgesandt werden:

2. Vertrieb.

2.1 Der Versand oder direkte Verkauf kann

- a. über die einzelnen Ausschüsse erfolgen. In diesem Falle fungieren diese als Abnehmer. Für sie gilt ein Preis von 25 Pf. je Stück. Sie sind für die Zahlung des Geldes an den ZA verantwortlich.
- b. über den ZA direkt an die einzelnen Abonnenten erfolgen. Für jeden Abonnenten, den die Ausschüsse dem ZA nennen und dessen ersten Jahresbetrag sie an den ZA abführen, erhalten sie 1.50 DM gutgeschrieben, d. h. sie brauchen von den kassierten 6 DM Jahresbeitrag nur 4.50 DM an den ZA zu überweisen.

2.2 Eine Bestellung gilt erst, wenn der Betrag für die IZA beim ZA eingegangen ist.

2.3 Das Abonnementsjahr geht von Ostern zu Ostern. Der Jahresbetrag für das Abonnement beträgt 6 DM unabhängig von der Zahl der erscheinenden Nummern (geplant sind etwa 10). Im Einzelverkauf kostet das Exemplar 60 Pf.

3. Postversand.

Der Postversand kann im Umschlag oder Streifenband erfolgen. Da das Porto fast ebenso teuer ist wie der Druck, müssen sorgfältig die günstigsten Versandbedingungen gewählt werden.

Als Massendrucksache kann die Zeitschrift nur dann aufgegeben werden, wenn mindestens 100 Stück in einen Ort oder mindestens 1 000 in das Gebiet einer der acht Hauptpostleitzahlen gesandt werden.

Wiegt die Zeitschrift unter 20 g, so ist die normale Drucksache (10 Pf.) die billigste Versandart. Die Aufschrift "Drucksache" ist dabei nicht erforderlich.

Wiegt die Zeitschrift zwischen 20 und 50 g, dann darf sie nur vom Verlag (Dr. Andreas Buro) in München noch als "Drucksache zu ermäßigter Gebühr" (10 Pf.) verschickt werden. Für alle anderen Auflieferungsstellen ist ein besonderer Antrag nötig, den der Verlag in München bei der Post in begründeten Fällen (Arbeitskräftemangel z. B.) stellen kann.

Verlage dürfen allgemein "Drucksachen zu ermäßigter Gebühr" versenden, wenn dies beim zuständigen Postamt beantragt ist.

München, den 14. 9. 63

20. 9. 63 V.

ED 718-22-179

P r o t o k o l l

der Sitzung des HA am 26. August 1963 in Frankfurt am Main

===== 20. 9. 63 =====

Tagesordnung:

1. Antikriegstag
2. Kundgebung in der Paulskirche
3. nächste ZA-Sitzung
4. Verschiedenes

Anwesend: Maurer, Winkler, Hagedorn, Arlt, Halberstadt, Faller,
Dr. Schenck, Andres, Amann

es fehlten: Vack, Weick, Farr, Grossmann, Tuschy, Vilmar

Zu Punkt 1 der TO:

Fritz Amann informiert den HA über die geplanten Veranstaltungen in Darmstadt, Offenbach und Frankfurt. Danach soll die Veranstaltung in Frankfurt entgegen vorherigen Ankündigungen nun doch als Saalveranstaltung durchgeführt werden. Nach eingehender Diskussion wird festgestellt, daß aus Zeitmangel eine eigene Veranstaltung nicht mehr möglich ist. Die Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend sollen unterstützt werden. Dazu werden die Offenbacher, Darmstädter und Frankfurter OM-Anhänger besonders eingeladen.

Zu Punkt 2 der TO:

Heiner Halberstadt ist mit den vorliegenden Vorschlägen nicht einverstanden. Er macht folgende Vorschläge, die nach kurzer Diskussion die Zustimmung des HA finden.

Das Motto: Frieden und Sicherheit durch Abrüstung.

Zu Abendveranstaltungen sollen:

- a) Jules Moch, der künftige englische Außenminister, der polnische Außenminister, ein UN-Vertreter und nach Möglichkeit je ein Vertreter der US- und SU-Botschaft

oder

- b) Publizisten von internationalem Rang (Dönhoff, Haffner, Flach etc.)

geladen werden.

Veranstaltungen in der Paulskirche:

1. Abrüstung und Ko-Existenz
Grundlagen und Möglichkeiten internationaler Friedenspolitik
englischer Labour-Politiker.
2. Atomfreie und rüstungsverdünnte Zone Mittel-Europa und der nächste Schritt polnischer Vertreter
3. Deutscher Beitrag zur Abrüstung gefordert
Forderungen und Ziele der Kampagne für Abrüstung
evtl. Klönne
4. Aufruf 64 von Schauspielern verlesen.

Weiterhin wird vorgeschlagen, evtl. einen namhaften Schriftsteller um einen Beitrag zu bitten, dem er selbst verlesen soll (evtl. Böll).

Im Foyer soll eine Ausstellung von Plakaten und Bildern aus allen Teilen der Welt über die Ostermarsch-Kampagne gezeigt werden.

Fr. 30.8.63

ED 718-22-180

Liebe Freunde,

in der letzten Nummer von "Ostermarsch 63", die letzte Woche an Sie versandt wurde, haben wir näher erläutert, warum der Hessische Ausschuß keine eigene Veranstaltung zum Antikriegstag durchführt. Wir wollen jedoch die Antikriegsveranstaltungen der Gewerkschaftsjugend, die in mehreren hessischen Städten stattfinden, aktiv unterstützen. Wir geben Ihnen deshalb nachfolgend nähere Hinweise zu den Veranstaltungen in Frankfurt, Offenbach und Darmstadt:

GEGEN KRIEG - FÜR FRIEDEN UND VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

Kundgebung der Frankfurter Gewerkschaftsjugend gegen die Rüstungspolitik in aller Welt am 1. Sept. 10⁰⁰ Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Es sprechen:

Prof. Dr. Eugen K o g o n
Otmar G ü n t h e r

FÜR DEN FRIEDEN LEBEN

Gedenkstunde der Offenbacher Gewerkschaftsjugend am 1. Sept um 10.30 Uhr im Saal des Ledermuseums, Frankfurter Str. 86. Es sprechen:

Bürgermeister Karl A p p e l m a n n
Pfarrer Albert K r a t z

GEGEN KRIEG - FÜR FRIEDEN UND VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

Gedenkstunde der Darmstädter Gewerkschaftsjugend am 1. Sept. um 10 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Es spricht:

Günter L a n g

Sie sind zu diesen Veranstaltungen herzlich eingeladen und werden gebeten teilzunehmen - selbstverständlich mit großem OM-Abzeichen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Fritz Amann

(Fritz Amann)



ED 718-22-181

**Haben Sie schon Ihren Fördererbeitrag
für den Ostermarsch fertig gemacht? Danke!**

Denken Sie immer daran! Wir sind darauf angewiesen!

Postscheckkonto Frankfurt (Main) 5 7 6 4 8

Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach (Main) Konto 740294

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Hessischer Ausschuß

6050 Offenbach (Main) 4

Postfach 648



DM Pf f. Kto Nr. 57648

Absender:

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

auf DM Pf (Markbetrag in Buchstaben wiederholen) Deutsche Mark

für Konto 57648

Frankfurt (Main) Absender:

für Ostermarsch der Atomwaffengegner - Hessischer Ausschuß - Konto Nr. 57648 Postscheckamt Frankfurt (Main) in 6050 Offenbach

Postvermerk

ED 71 - 22 - 187

65 (Einkl.-Nr., Namensz. d. Annahmebea, Tag u. Monat)

Für Vermerke des Absenders

Eingez. auf Kto Nr. 57648 PSchA Ffm.

Einlieferungsschein - Sorgfältig aufbewahren -

Deutsche Mark Pf (In Ziffern)

für

Ostermarsch der Atomwaffengegner - Hessischer Ausschuß -

in 6050 Offenbach

Postvermerk

(Einkl.-Nr., Annahmebea)

Das Postscheckamt sendet diesen Abschnitt dem Gutschriftempfänger

Druck: (Rechnung, Kassenz. u. Buchungsnummer)

Institut für Zeitgeschichte Archiv



OSTERMARSCH 63

Kampagne für Abrüstung

SEPTEMBER

BONN UND DER TEST-STOP

von Edgar Weick

Wer es bisher noch nicht wusste, der sollte jetzt wissen, was er von seiner Regierung zu halten hat. Wer bisher geneigt war, den Friedensbeteuerungen bestimmter Leute in Bonn Glauben zu schenken, hat in den letzten Tagen Anlass genug gehabt, etwas verwundert aufzuhorchen.

Der Moskauer Teststop-Vertrag brach die Bundesregierung in arge Verlegenheit. Vielleicht sollte man sogar deutlicher sagen: der zwischen den USA, Grossbritannien und der Sowjetunion abgeschlossene Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche hat dieser Regierung die Maske vom Gesicht gerissen.

Da wird, nachdem vor 18 Jahren amerikanische Atombomben auf Nagasaki und Hiroshima fielen, nachdem jahrelang die Atmosphäre durch Atombombenversuche auf beiden Seiten in gefährlichem Ausmasse radioaktiv verseucht wurde, nach ebenso jahrelangen ergebnislosen Verhandlungen in Genf, endlich ein erster bescheidener Schritt auf dem Wege zu einer weltweiten Entspannung und zu einer Beendigung des Kalten Krieges getan - und aus Bonn ist auch diesmal ein NEIN zu hören gewesen. Nichts war dieser Regierung bisher gut genug, wenn es um Entspannung und Beendigung des Kalten Krieges ging.

Dem Kalten Krieg verdanken wir, dass es in Deutschland zwei Deutschländer gibt und ihm verdanken die Regierungen ihre Existenz. Wahrscheinlich wehrt man sich deswegen so sehr ge-

gen eine Normalisierung des politischen Klimas. Unter anderen Umständen könnte es vielleicht anders werden. Dankbar erinnerten sich die Bonner, als sie durch den Moskauer Vertrag vor die Gretchen-Frage ihrer Politik gestellt wurden, an ihren bestgehassten Mitstreiter - Walter Ulbricht. Sein Ja zum Moskauer Vertrag und die Möglichkeit für die DDR, diesem Vertrag ebenfalls beizutreten, war ihnen ein willkommener Anlass, sich von diesem Abkommen zu distanzieren. Peinlich für sie ist nur, dass sie die Anerkennung Ulbrichts vollzogen haben, als sie vor seiner "Aufwertung" zu warnen glaubten (denn was man nicht anerkannt hat, kann ja weder auf- noch abgewertet werden).

Es muss dem amerikanischen Aussenminister Rusk viel Mühe gekostet haben, Adenauer doch noch die Zustimmung zum Beitritt abzurufen. Dass sich mit dieser Zustimmung an der politischen Haltung der Regierung noch gar nichts geändert hat, beweisen die zahlreichen Stimmen aus den Reihen der CDU und erst recht der bayrischen CSU. Nach aussen hat man sich dem Druck der amerikansichen Regierung gebeugt - mehr anzunehmen, wäre Leichtsin. Die Bonner werden ihren Widerstand gegen jegliche Entspannung fortsetzen, unter diesem Gesetz sind sie angetreten, ihm werden sie folgen, wo sie hingehören: auf den Müllhaufen der Geschichte.

Das Schicksal Deutschlands liegt seit 18 Jahren in den Händen der Grossmächte. Es scheint, das deutsche Volk

kann heute zu ihnen mehr Vertrauen als zu den eigenen Regierungen haben. Von ihnen wird es abhängen, ob dem ersten Schritt in Moskau weitere folgen werden. Der "Friedensplan" des UN-Generalsekretärs U Thant zeigt einen gangbaren Weg:

1. Abschluss eines Abkommens zur Verhütung der Ausbreitung von Atomwaffen in Ländern, die noch keine eigenen Kernwaffen besitzen;
2. Beschränkung der Zahl der Raketen, die zur Beförderung von nuklearen Sprengsätzen gebraucht werden können;
3. Verhandlungen über Massnahmen zur Verhütung von Überraschungsangriffen;
4. Einberufung einer weltweiten Konferenz mit der Aufgabe, ein Verbot der Verwendung der Atomenergie für Kriegszwecke auszusprechen;
5. Bildung von atomwaffenfreien Zonen.

Wir sollten diesen Plan mit allen Kräften unterstützen.

STELLUNGNAHME DES OSTERMARSCHES DER ATOMWAFFENEGGNER-ZENTRALER AUSSCHUSS, ZUM ABKOMMEN ÜBER DIE EINSTELLUNG DER ATOMWAFFENVERSUCHE.

Die deutsche Kampagne für Abrüstung, der Ostermarsch der Atomwaffengegner, begrüsst den Abschluss des Vertrages über ein beschränktes Atomtestverbot, durch den eine ihre Forderungen teilweise erfüllt wird. 1945 wurden die ersten Atombomben auf Menschen in den Städten Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. Heute, fast auf den Tag genau nach 18 Jahren, ist es durch den in Moskau beschlossenen Vertrag gelungen, die seit dieser Zeit über den Menschen schwebende Bedrohung der totalen Vernichtung wenigstens ein kleines Stück zurückzudrängen.

Die Kampagne sieht den Wert dieses Vertrages darin, dass eine weitere Verseuchung der Erde mit radioaktiven Stoffen verhindert wird und dass endlich ein erster konkreter Schritt zur Verminderung der Spannungen als Vorbereitung für erfolgreiche Abrüstungs-

verhandlungen gemacht worden ist. Besondere Bedeutung erhält der Vertrag jedoch, wenn ihm folgerichtig weitere Entspannungsmassnahmen folgen, die auf eine allgemeine Abrüstung zielen. Für die wichtigste Massnahme in Europa halten wir die Schaffung einer militärischen Entspannungszone in Mitteleuropa, für die bereits Vorschläge aus Ost und West immer wieder vorgelegt worden sind.

WIR FORDERN DAHER

- Mitteleuropa - atomwaffenfrei
- Mitteleuropa - Entspannungszone
- Mitteleuropa - Brücke zwischen Ost und West

Um dieses Ziel zu erreichen, erwarten wir von der Bundesregierung, dass sie alle Vorschläge hierzu sorgfältig überprüft, eigene Ergänzungen, falls nötig, ausarbeitet und sich zu Verhandlungen hierüber bereit erklärt. Für vordringlich halten wir, dass sie unverzüglich alle Massnahmen des Kalten Krieges einstellt und die Militarisierung des öffentlichen Lebens stoppt. Die gleiche Aufforderung richten wir an die Regierung der DDR. Wir fordern die Bundesregierung als nächsten Schritt unverzüglich dem Abkommen über den Versuchsstop beizutreten, um hiermit den deutschen Friedenswillen auch nach aussen deutlich sichtbar werden zu lassen. Wir bitten alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland, sich mit der gleichen Bitte an die Bundesregierung zu wenden, um damit zu dokumentieren, wie sehr ein solcher Schritt dem Willen aller Deutschen entspricht.

Zentraler Ausschuss, 1. August 1963

INFORMATIONEN FÜR ABRÜSTUNG

Wir haben Ihnen vor Wochen die erste Nummer der periodisch erscheinenden "Informationen für Abrüstung" geschickt. Wir bitten Sie um Ihr Abonnement. Zum Preis von DM 6, -- erhalten Sie bis Ostern 1964 insgesamt 10 Ausgaben. Überweisen Sie den Betrag bitte per Zahlkarte mit dem Vermerk "Informationen für Abrüstung, auf unser Postscheckkonto Frankfurt, 57 648.

AUFRUF ZUM ANTIKRIEGSTAG

Erinnern Sie sich noch an den 1. September 1939? Damals gaben die Radiostationen bekannt:

"Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen. Unsere Truppen haben die Grenze nach Polen überschritten".

Zum zweiten Mal im Leben einer Generation wurde damit von Deutschland aus die Welt mit Krieg überzogen. Die Folgen dieser Politik waren

Millionen Tote, Tausende zerstörte Städte und Dörfer, ein zerstörtes und geteiltes Deutschland.

Wir meinen, dass schon darum gesagt werden muss:

Gewalt als Mittel der Politik hat in der Welt nichts mehr zu suchen.

Unsere Zeit erfordert, dass alle strittigen Probleme zwischen den Staaten auf friedliche Weise gelöst werden.

Es gibt nichts auf der Welt, was die Entfesselung eines Krieges wert wäre.

Der höhere Sinn des menschlichen Wirkens kann nicht die Verwandlung des Erdballs in eine radioaktiv verseuchte Wüste, sondern nur die Gestaltung einer Welt des Friedens sein.

Dem Wettrüsten in aller Welt gebührt Misstrauen. Es entzweit die Staaten, steigert die Kriegsgefahr und führt durch die unverantwortliche Vergeudung von Produktionskräften zu einer Gefährdung der Erhaltung und Fortentwicklung der Menschheit.

Wir fordern daher im Gedenken an die Toten des 2. Weltkrieges und im Bekenntnis zum Leben, dass eine allgemeine, kontrollierte und weltweite Abrüstung verwirklicht wird.

Wir treten ein für die Ächtung aller nuklearen und bakteriologischen Waffen und das Verbot ihrer Herstellung in der ganzen Welt und die Vernichtung der bestehenden Vorräte.

Wir verlangen Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung und fordern den Verzicht auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen.

In mahrender Erinnerung an den Ausbruch des 2. Weltkrieges werden in vielen Städten und Dörfern Antikriegskundgebungen und Demonstrationen stattfinden. Damit diese Veranstaltungen zu einem starken Bekenntnis für den Frieden werden, rufen wir alle Bürger, vor allem aber die jungen Menschen auf, daran teilzunehmen.

An jedem einzelnen liegt es, ob der Friede gewahrt bleibt!

DARUM NICHT ATOMWAFFEN, NICHT VÖLKERMORD, SONDERN ABRÜSTUNG UND VÖLKERFRIEDEN.

- Willi Baumann, Bundesjugendsekretär der IG Druck und Papier
- Herbert Faller, Bundesvorsitzender der Naturfreundejugend
- Otmar Günther, Bundesjugendsekretär der IG Metall
- Max Jäger, Vorsitzender des DGB Mannheim
- Helmut Kentler, Evangelische Jugend
- Berthold Kiekebusch, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft ÖTV
- Manfred Leiss, Leiter der Abt. Berufsausbildung, Hauptvorstand IG Metall
- Herbert Neumann, DGB-Jugendsekretär von Baden-Württemberg
- Enrich Oetjen, Bundesjugendsekretär der IG Chemie
- Kurt Sprenger, stellvertr. Bundesvorsitzender der Naturfreundejugend
- Horst Zeidler, Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend -Die Falken-

Auf Einladung der griechischen Bewegung gegen atomare Aufrüstung führen wir zum Hiroshima-Tag nach Athen.

Mit viel Begeisterung, wenig Zeit und wenig Geld, einem geliehenen VW-Bus ging es los. Von einem Tag zum anderen war der Entschluss gefasst, ohne Visum, nicht wissend, welche Strapazen uns erwarteten. 7.000 Km in 9 Tagen zu fahren, in grosser Hitze, teils auf schlechten Strassen, übermüdet, es war nicht einfach.

Jedoch, wir wollten es schaffen, am Abend des 5. August mit bei der Veranstaltung zu sein. Das griechische "Bertrand Russell Comitee für atomare Abrüstung" plante eine grosse Veranstaltung, verbunden mit einer Demonstration, im Athener Stadion. Sie sind es gewohnt, unter grossen Schwierigkeiten ihre Arbeit durchzuführen. Die Demonstration wurde verboten, die Freigabe des Stadions verweigert - ohne Begründung. Die Athener haben in letzter Minute umorganisiert und es trotz vieler Schikanen fertiggebracht, auf drei Veranstaltungen 15.000 Menschen zu versammeln.

Unsere griechischen Freunde waren ängstlich besorgt, uns unbeschadet an dem nicht geringen Polizeiaufgebot vorbei zur Veranstaltung zu bringen. Ganze Hundertschaften Uniformierter und nicht wenig Geheimpolizei standen um den Versammlungsort. Sie scheinen viel Angst zu haben vor den Menschen, die sich für eine atomare Abrüstung einsetzen. Im Freilichttheater fanden wir eine Begeisterung und eine Kampf Stimmung vor, die kaum vorstellbar ist. Immer wieder erschallten Sprechchöre wie "Nie wieder Hiroshima", "Nie wieder Krieg", "Sühne für den Mord an Gregoris Lambrakis".

Ausser unserer deutschen Gruppe - wir waren 7 Personen aus Frankfurt -, waren noch Freunde aus England, Dänemark, Australien, Amerika und Iran nach Athen gekommen, um ihre Verbundenheit mit der griechischen Anti-atombewegung zum Ausdruck zu bringen.

Dr. Buro hatte uns vom Zentralen Ausschuss ein Schreiben mit auf den Weg gegeben, das wir an diesem Abend, immer wieder von Beifall unterbro-



Hiroshima-Plakat in Athen.

chen, verlasen.

Wir sagten: "Die Deutsche Kampagne für Abrüstung, der Ostermarsch der Atomwaffengegner, grüsst Sie herzlich und erklärt seine Verbundenheit mit Ihnen und Ihren Bemühungen. Vertreter unserer Kampagne kommen aus drei Gründen zum Hiroshima-Tag in Ihr Land.

Erstens, weil wir unsere Ehrfurcht vor dem Mut und unsere Achtung vor der

Menschlichkeit von Grigoris Lambra-kis bezeugen möchten.

Zweitens, weil wir Ihnen helfen wollen, Ihre Kampagne gegen den Krieg und alle Kriegsvorbereitungen so weiter zu entwickeln, wie es in einem freien Lande selbstverständlich und notwendig ist, um dem Wettrüsten in Ost und West wirksam entgegen zu treten.

Drittens, um allen deutlich zu machen, dass die Friedensbewegungen in aller Welt fest miteinander verbunden sind und ihnen gegenseitige Freundschaft und Hilfe selbstverständlich ist.

Wir hoffen, dass dieser Besuch die Beziehungen zwischen den Kampagnen in Griechenland und Deutschland enger gestalten wird. Wir wünschen, dass wir zukünftig gemeinsam mit Ihnen für die Schritte zur Befriedung der Welt

eintreten können, die nach dem hoffnungsvollen Abschluss des Versuchstop-Abkommens in Moskau noch auf dem weiten Wege zur Abrüstung zu tun sind."

Die griechische Antiatombewegung wird von den verschiedensten Organisationen und Gruppierungen getragen. Trotz Differenziertheit steht bei Ihnen der gemeinsame Kampf um die atomare Abrüstung im Vordergrund. Bekannte Wissenschaftler, Künstler und Erzieher unterstützen die Kampagne. Man versucht in Griechenland ihre Arbeit totzuschweigen, aber die Bewegung wächst. Mit ihrer konkreten Forderung, das Mittelmeer atomwaffenfrei zu halten, und dem Protest gegen die Stationierung von Polaris-U-Booten reiht sie sich ein in die grosse internationale Bewegung für Abrüstung und friedliche Ko-Existenz.

NTIKRIEGSTAG

Der Hessische Ausschuss hat sich entschlossen, zum Antikriegstag am 1. September 1963 keine eigene zentrale Veranstaltung zu machen.

Der Hauptgrund: Die Gewerkschaftsjugend hat Veranstaltungen zum Antikriegstag angekündigt. Wie der nachstehende Aufruf zeigt, kommen sie in ihrer Zielsetzung den Forderungen, die wir Atomwaffengegner zu einem Antikriegstag erheben würden, sehr nahe. Der Zentrale und der Hessische Ausschuss waren deshalb der Auffassung, dass dort, wo Gewerkschaften zum Antikriegstag Veranstaltungen machen, der Ostermarsch nichts durchführt.

Wir wissen, dass die Gewerkschaftsjugend in Frankfurt eine Demonstration mit Kundgebung geplant hat. In Offenbach und Darmstadt finden Saalveranstaltungen statt. An anderen Orten verhandeln unsere Ausschüsse noch mit den Gewerkschaftsstellen. Unsere Anhänger werden zu den jeweiligen DGB-Veranstaltungen eine Einladung erhalten und gebeten teilzunehmen - selbstverständlich mit grossem OM-Zeichen.

Ein nicht unwesentlicher Nebengrund: Unsere finanzielle Lage ist sehr schlecht. Weitere Ausgaben sind nicht zu verantworten. Durch freiwillige Fördererbeiträge müssen wir erst wieder in die Lage versetzt werden, zum geeigneten Zeitpunkt grosse zentrale Kundgebungen vorzubereiten und durchzuführen.

Dort, wo der DGB zu Antikriegsveranstaltungen nicht bereit ist, werden diese vom örtlichen OM-Ausschuss, wie z. B. in Marburg, durchgeführt.

HESSISCHER OSTERMARSCH-PRESSEDIENST

Der Ostermarsch der Atomwaffengegner - Kampagne für Abrüstung -, Hessischer Ausschuss, begrüßte in einem Schreiben an die Bundesregierung deren Entscheidung, das Moskauer Abkommen über den Atomteststopp zu unterzeichnen.

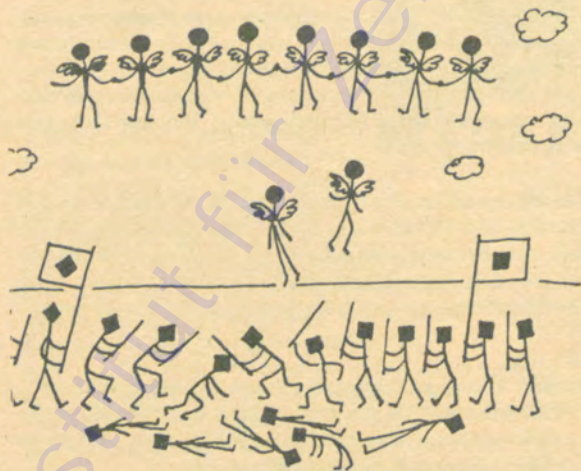
An das amerikanische Generalkonsulat und die sowjetische Militärmission in Frankfurt (Main) übergab der Hessische Ausschuss Dankschreiben zur Weiterleitung an die amerikanischen und sowjetischen Botschaften und Regierungen. Bekanntlich hatten hessische Atomwaffengegner aus Anlass der Atomversuche in den letzten Jahren mehrmals vor Konsulat und Militärmission protestiert.

Die Ostermarschkampagne sieht den Wert des Moskauer Vertrages darin, dass eine weitere Verseuchung der Erde mit radioaktiven Stoffen verhindert wird und dass endlich ein erster konkreter Schritt zur Verminderung der Spannungen als Vorbereitung für erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen gemacht worden ist.

Besondere Bedeutung erhält der Vertrag jedoch, wenn ihm folgerichtig weitere Entspannungsmassnahmen folgen, die auf eine allgemeine Abrüstung zielen. Für die wichtigsten Massnahmen in Europa hält die Ostermarschkampagne für Abrüstung die Schaffung einer militärischen Entspannungszone in Mitteleuropa, für die bereits Vorschläge aus Ost und West immer wieder vorgelegt worden sind.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird von der Bundesregierung erwartet, dass sie alle Vorschläge hierzu sorgfältig überprüft, eigene Ergänzungen ausarbeitet und sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Es wird für vordringlich angesehen, dass die Bundesregierung unverzüglich alle Massnahmen des Kalten Krieges einstellt und die Militarisierung des öffentlichen Lebens stoppt. Die gleichen Aufforderungen richtete der Ostermarsch an die Regierung der DDR.

13. August 1963



Wir kommen alle, alle, alle
in den Himmel,
weil wir so brav sind . . .

Deutscher Karnevalsschlager

ED 718-22-184

KLEINE MELDUNGEN FÜR DEN ATOMWAFFENEGNER

HIROSHIMA GEDACHTE DER BOMBENOPFER

Etwa 20 000 Menschen hatten sich am 6. August im Friedensparks von Hiroshima, der am Explosionszentrum errichtet wurde, versammelt. Um 8.15 Uhr, der Minute, in der die Bombe explodiert war, wurden hunderte von Tauben in die Luft geschickt. Die Menge sang zum Geläut der buddhistischen Tempelglocke das "Friedenslied von Hiroshima". Eine Minutelang ruhte der Verkehr. Am Abend des Tages sprach der frühere japanische Reichstagsabgeordnete und gegenwärtige Präsident der Japanisch-Amerikanischen-Kulturgesellschaft, Kasai. Er bezeichnete den Atombombenabwurf über Hiroshima als "töricht, unnötig und barbarisch". Der Angriff sei zu einer Zeit erfolgt, als Japan militärisch längst geschlagen war.

Ein Überlebender des Atombombenangriffs hat sich am 18. Jahrestag in einem Park von Kobe das Leben genommen. Nach Angaben der Polizei erhängte sich der 33jährige aus Schwermut über seine Strahlungsschäden. In Hiroshima werden alljährlich am 6. August auf 5 Flussarmen zehntausende von Lichtschiffchen als Sinnbild der Seelen der Atombombenopfer ausgesetzt. Mit einer Lichterprozession auf der Isar wurde diese japanische Tradition am 6. August 1963 vom Ostermarschausschuss in München übernommen.

HIROSHIMATAG IN HESSEN

In Hessen wurden zum Hiroshimatag in 20 Städten und Gemeinden rund 80 000 Flugblätter verteilt. Teilweise fanden Mahnwachen und Gedenkveranstaltungen statt. Den Autokonvoi London - Athen fuhr eine Pkw-Demonstration durch Frankfurt und Offenbach. Bei einer kurzen Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg sprachen vor rund 300 Atomwaffengegnern Dr. Schenck, Rudolf Rolfs und ein englischer Teilnehmer an dem Autokonvoi. Am 6. August hat der Hessische Ostermarschausschuss zum 18. Jahrestag der Hiroshimabombe in einem Telegramm den ehemaligen US-Flieger Leroy Lehman gebeten, gegen das atomare Wettrüsten zu kämpfen und für Entspannung und Abrüstung zu arbeiten. Leroy Lehman ist einer der wenigen noch lebenden Männer der Todesmaschine "Enola Gay", die die Bombe auf Hiroshima warfen. Keiner aus dieser Flugzeugbesatzung starb eines natürlichen Todes; sie suchten den Tod oder endeten im Irrenhaus. Leroy Lehman irrt seit Hiroshima mit ruhlosem Gewissen von Kontinent zu Kontinent. Er hat sich jetzt in ein italienisches Schweigekloster zurückgezogen. In seinem Telegramm bittet der Hessische Ausschuss Leroy Lehman, "nicht zu schweigen, sondern zu reden, rufen, mahnen und warnen, damit sich das Grauen von Hiroshima und Nagasaki nicht wiederholt."

ATOMKRIEGSVERWEIGERER

Der 22jährige Matrose der Royal Navy, John Dixon, weigerte sich Anfang Juni 63 zum Dienst bei seiner Einheit in Portsmouth zu erscheinen, "da er den Atomkrieg ablehnt". Er wurde jetzt zu 90 Tagen Haft verurteilt. Bereits Anfang des Jahres hatte Dixon 89 Tage Bau bekommen, weil er, ohne Urlaub zu haben, weggegangen war, um an einer CND-Veranstaltung teilzunehmen. Es wird erwartet, dass man ihn nunmehr als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen anerkennen wird.

MARSCH NACH LONDON

Am 13. Juli gingen Mitglieder des "Scottish Committee of 100" einen Marsch von Glasgow nach London, bei dem sie eine 6 Meter lange Attrappe einer Polarisrakete mitführen, die bei einer abschliessenden Veranstaltung im September in London zerstört wird.

AKTIONEN IN NEVADA

Anfang Juli besetzten Demonstranten den Haupteingang zum Kernwaffenversuchsgelände in Nevada, USA, und verteilten Handzettel an die Arbeiter, auf denen zu lesen war: "Geben Sie Ihre Arbeit auf. Schluss mit der Verseuchung der Atmosphäre." Auf den Flugblättern wurden den Arbeitern des Versuchszentrums neue Arbeitsplätze versprochen für den Fall, dass sie sich zur Niederlegung ihrer Arbeit bereit erklärten.

SCHWEIZER FÜR ATOMWAFFENFREIE ZONE

Die westschweizerische Bewegung gegen die Atombewaffnung hat auf einer Versammlung in Yverdon am 8. Juli beschlossen, eine Kampagne für die Teilnahme der Schweiz an der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Zentraleuropa zu starten und ihre Opposition gegen den Plan einer schweizerischen atomaren Ausrüstung zu intensivieren.

(Aus "Neue Zürcher Zeitung" vom 11. 7. 1963)

DE GAULLE BLEIBT "HART"

Die französische Regierung ist nach neuesten Meldungen der Meinung, durch Fortsetzung ihrer Atomversuche mit der Atommacht England mindestens gleichzuziehen, sie evtl. sogar zu überholen. Nachdem de Gaulle sich zunächst weigerte, dem Atomteststopabkommen beizutreten, kündigte er nun bereits an, dass die französischen Atomversuche in Kürze wieder aufgenommen würden.

HATTE FRIEDENSENZYKLIKA EINFLUSS AUF MOSKAUER VERTRAG?

Der Limburger Weihbischof Walter Kampe hält einen gewissen Einfluss der Friedenszyklika "Pacem in terris" des verstorbenen Papstes Johannes XXIII. auf den Teilerfolg der Moskauer Atomstopverhandlungen für nicht ausgeschlossen. Die Enzyklika sei schliesslich nicht nur im Weissen Haus, sondern auch im Kreml aufmerksam gelesen worden.

(Nach einer Meldung der "Frankfurter Rundschau" vom 9. 8. 1963)

LETZTE, LEIDER WICHTIGE MELDUNG

WIR BRAUCHEN GELD UM OFFENE RECHNUNGEN ZU ZAHLEN STOP FINANZAUFRUF ZUM HIROSHIMATAG HATTE LEIDER WENIG ERFOLG STOP 80 000 FLUGBLÄTTER MAHNWACHEN ANNONCEN PORTOKOSTEN WOLLEN BEZAHLT SEIN STOP WEITERE AKTIONEN SIND INFRAGE GESTELLT STOP AUCH DIE KLEINSTE SPENDE HILFT UNS WEITER STOP SAMMELN SIE AUCH BEI IHREN GLEICHGESINNTEN FREUNDEN STOP POSTSCHECKAMT FRANKFURT KONTO 57 648 STOP BANK FÜR GEMEINWIRTSCHAFT OFFENBACH KONTO 740 294 STOP DANKE

OSTERMARSCH 63 - Kampagne für Abrüstung, wird herausgegeben vom Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuss, Offenbach (Main), Waldstrasse 99, Postfach 648. Verantwortlich: Klaus Vack, Offenbach/M., Lohrweg 15. Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt (Main)

ED 718-22-187

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

6050 Offenbach, 20. Aug. 1963
Waldstr. 99, Postfach 648

21. 8. 63

An den
Hessischen Ausschuss
= = = = =

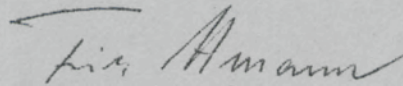
Liebe Freunde,

ich lade Sie zu einer Hessischen Ausschuss-Sitzung für kommenden Montag, den 26. August 1963, 19.00 Uhr, in das Haus der Jugend, Frankfurt, ein. Ich schlage folgende Tagesordnung vor:

1. Antikriegstag
2. Kundgebung in der Paulskirche
3. Nächste ZA-Sitzung
4. Verschiedenes
 - a) Ostermarsch-Film 1963
 - b) Lichterbildervortrag 1963
 - c) Ostermarschseminare

Aus den beigefügten Anlagen von Klaus Vack können Sie ersehen, daß es außerordentlich wichtig ist, daß alle Freunde an dieser Sitzung teilnehmen. Ich hoffe deshalb auf zahlreiches Erscheinen.

Mit freundlichen Grüßen,



(Fritz Amann)

21. 8. 63

ED 718 - 22 - 188

Archiv

An den
Hessischen Ausschuss
= = = = =

Liebe Freunde,

Sie finden beigelegt die Abschrift eines Briefes, den mir Dr. Buro geschrieben hat. Nach einer vor diesem Brief liegenden telefonischen Anfrage bei Dr. Buro, habe ich festgestellt, daß von ihm bisher noch keine Vorbereitungen für die Großkundgebung in der Frankfurter Paulskirche getroffen wurden. Er hat mir dabei mitgeteilt, daß er zur Zeit sehr überlastet sei und daß außerdem die hessischen Delegierten sehr für die Frankfurter Paulskirche plädiert hätten, so daß er uns bitte, vom Hessischen Ausschuss die organisatorische Vorbereitung für die Paulskirchenveranstaltung zu treffen. Auf meine Bitte hin, hat er dann den beigelegten Brief geschrieben.

Ich habe nunmehr sowohl telef. als auch schriftlich mit der Stadtkanzlei vereinbart, daß uns die Paulskirche am Sonntag, dem 3. November 1963 nachmittags zur Verfügung gestellt wird. Da von der Stadtkanzlei ein Veranstaltungsablauf und eine Rednerliste erbeten wurde, habe ich mich vorwiegend an den Vorschlag von Dr. Buro gehalten, jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich Änderungen ergeben könnten, die wir dann der Stadtkanzlei unverzüglich mitteilen.

Da ich nun für 3 Wochen in Urlaub bin, halte ich es für dringend geboten, daß sich der Hessische Ausschuss unverzüglich mit der Veranstaltung zum 3. November befaßt. Die entsprechende HA-Sitzung muß vor dem 7. September sein, da sich an diesem Wochenende in Kassel der Zentrale Ausschuss trifft. Fritz Amann wird Sie deshalb in den nächsten Tagen zu einer HA-Sitzung einladen und ich bitte Sie, soweit Sie nicht in Urlaub sind, unbedingt an dieser wichtigen Sitzung teilzunehmen.

Ich halte den Vorschlag wie ihn Dr. Buro unterbreitet hat und wie ich ihn vor seinem Brief bereits telef. mit ihm abgesprochen hatte, im großen und ganzen für gut. Das Forumgespräch am Samstagabend sollte in einem Raum stattfinden, der ungefähr 400 Teilnehmer faßt. Es käme also das Haus Dornbusch in Frage. Es muß geklärt werden, welche Gesprächspartner einzuladen sind und außerdem wer die Einladung ausspricht. Die Einladungen müssen schnellstens geschrieben werden, da erfahrungsgemäß einige Antworten 14 Tage bis 4 Wochen ausstehen und dann noch viele Absagen kommen, so daß man oft an eine 2. und sogar 3. Garnitur schreiben muß. Natürlich müssen wir uns heute noch nicht darüber Gedanken machen, ob wir nach dem Forumgespräch zu Coca-Cola oder zu Rotwein einladen, denn diese Sache dürfte höchstens 100,-- DM kosten, währenddem allein für das Haus Dornbusch 500,-- DM Miete zu zahlen sind.

Ich halte viel von dem Empfang am Sonntagvormittag, wobei ich nicht viel Hoffnung habe, daß dieser durch die Stadt gegeben wird. Wir sollten deshalb unverzüglich mit Niemöller Kontakt aufnehmen und ihn bitten, in Frankfurt (nicht in Wiesbaden) einen solchen Empfang zu arrangieren.

Die Pressekonferenz sollten wir wieder eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung (ich habe für die Eröffnung 15.30 Uhr angemeldet) in der Paulskirche halten. Selbstverständlich werden wir uns vorher rechtzeitig

um Rundfunk- und Fernsehinterviews bemühen, was aber noch zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt werden kann.

Zur Veranstaltung in der Paulskirche: Begrüßung und Schlußwort im Namen des Ostermarsches sollten nach meiner Meinung durch ein prominentes Mitglied des Kuratoriums, ich denke hier erstrangig an Oberkirchenrat Kloppenburg, vorgenommen werden. Tempel als der offizielle Sprecher der Kampagne sollte dann den Aufruf zum Ostermarsch 1964 verlesen.

Ich bin auch der Meinung, daß wir nur einen, nicht deutsch sprechenden ausländischen Redner als Referenten auftreten lassen. Anthonie Greenwood oder ein anderer prominenter britischer Labour-Abgeordneter kämen in Frage. Ich begrüße es darüber hinaus, daß wir weiterhin viele ausländische Vertreter einladen, die dann aber nur kurze Grußworte vortragen. Um Kosten zu sparen, sollten diese Begrüßungsredner vielleicht aus Belgien, Dänemark, Italien und Polen kommen. Vielleicht weiß Dr. Schenck wieder einen Japaner oder Amerikaner, der sich zu dieser Zeit zufällig in Deutschland befindet.

Ich finde es auch gut, daß Dr. Buro in den Mittelpunkt der Themen die Frage der deutsch-französischen Freundschaft für Abrüstung gerückt hat, kann allerdings keinen deutsch sprechenden Französer benennen. Vielleicht fällt Euch ein entsprechender französischer Referent ein. Ich halte auch das Referat, das Herbert Faller zugeordnet ist, für notwendig und sinnvoll.

Was meiner Meinung nach in dem Vorschlag von Dr. Buro noch fehlt, ist ein prominenter deutscher Redner, der vielleicht die Haltung der deutschen Bundesregierung zu den derzeitigen Abrüstungsbemühungen, die bestimmt im November immer noch aktuell sind, unter die Lupe nimmt. Es müßte uns hier gelingen, an irgendeinen prominenten Mann heranzukommen, der sich bisher noch nicht zum Ostermarsch bekannt hat. Vielleicht Kogon, Dirks, Szczesny oder ein Mann vom Kaliber Gerd Zwerenz, aber mit berühmteren Namen. Wenn es uns gelingt, noch einen solchen prominenten deutschen Redner zu finden, dürfte meiner Meinung nach das Programm abgerundet und sehr erfolgsversprechend sein.

Außerdem solltet Ihr diskutieren über die Umrahmung, ob z.B. am Anfang und Ende wieder eine Rezitation vorgetragen wird oder ob wir evtl. Mangelsdorff bitten sollten, einen musikalischen Beitrag zu leisten.

Für die Zentrale Ausschuss-Sitzung wäre noch ein Vorschlag unsererseits über die Delegationen der anderen deutschen Märsche interessant. Die Paulskirche wird wieder mit höchstens 1.300 Personen besucht werden dürfen, weil dann wegen Überfüllung geschlossen wird. Natürlich wird die überwiegende Zahl der Besucher aus Frankfurt und Hessen kommen. Wir sollten empfehlen, daß die anderen Märsche Delegationen zu dieser Veranstaltung schicken. Ich könnte mir folgende Zahlen vorstellen: Hamburg und Schleswig Holstein 30 Personen, Hannover, Braunschweig, Göttingen und Umgebung 30 Personen, Regionalausschuss West 100 Personen, Saarland und Rheinland-Pfalz je 30 Personen, Stuttgart 50 Personen, Nürnberg 20 Personen und München 30 Personen. Evtl. sollten diese Delegationen bereits alle am Samstag anreisen. Zu diesem Zweck müßte rechtzeitig das Haus der Jugend und das Offenbacher Naturfreundehaus auf der Rosenhöhe für Übernachtungen reserviert werden. Man könnte evtl. auch empfehlen, daß die größeren Delegationen aus Stuttgart und aus dem Marschgebiet West am Samstag nur zur Hälfte und am Sonntag mit dem Rest ihrer Teilnehmer anreisen. Bei einer Anreise am Samstag hätten wir auf jeden Fall gewährleistet, daß auch bereits das Forumsgespräch im Haus Dornbusch eine Großveranstaltung würde.

Mit dem Zentralen Ausschuss wäre auch noch einmal die Kostenfrage sehr konkret abzusprechen. Ich denke, daß die zentralen Kosten (vorwiegend Saalkosten und Reisekosten für die Referenten) durch den Zentralen Ausschuss zu übernehmen wären, währendem der Hessische Ausschuss die Propagandakosten übernehmen würde. Die Form der Propagierung (in wie weit Flugblätter, Plakate, Inserate usw. eingesetzt werden) können wir, glaube ich, noch einige Wochen vertagen und in einer Sitzung besprechen, die nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub stattfindet.

Nun hoffe ich, genügend "geistiges" zu der geplanten Veranstaltung beigetragen zu haben und wünsche nur, daß die entsprechende Sitzung des Hessischen Ausschusses von allen Freunde besucht wird.

Mit besten Grüßen!

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Institut für Zeitgeschichte Archiv

A b s c h r i f t

Herrn
Klaus Vack

6050 Offenbach
Waldstr. 99

München, den 11.8.1963

Lieber Herr Vack,

anbei wie besprochen den Brief der Stadt Frankfurt, aus dem hervorgeht, daß wir die Paulskirche am 3. Nov. -Sonntag- bekommen können.

Ich möchte Sie nun bitten die Verhandlungen mit der Stadt Frankfurt direkt von dort aus zu führen. Als Programm für die gesamte Veranstaltungsfolge schlage ich vor:

2. Nov. Sonnabend Anreisetag

16.00 Treffen der teilnehmenden Mitglieder des ZA zu einer Vorbesprechung über die Details des Ablaufes der Veranstaltungen. Evtl. Verteilung von Material, speziellen Betreuungsaufgaben usw. Leitung zweckmäßigerweise durch Sie, da Sie die ganzen Vorbereitungen getroffen haben.

19.30 Forumsgespräch "Warum eine Kampagne für Abrüstung"
Das Gespräch wird öffentlich abgehalten und es wird öffentlich dazu eingeladen

Als Gesprächspartner schlage ich vor: Kogon, Dirks, einen Vertreter der Gewerkschaften, des Verteidigungsministeriums, des Entwicklungsministeriums und der Hochschulen (vielleicht Heydorn). Von uns Klönne, Kloppenburg, Tempel. Gesprächsleitung Faller.

Vielleicht kann zwischendurch oder nach dem Forumsgespräch noch zu einem Getränk (höchstens Coca oder Limonade wegen der Finanzen) eingeladen werden, so daß wie bei einem Empfang die Leute sich stehend und herum gehend noch miteinander etwas unterhalten können.

3. Nov. Sonntag

Vormittags, wenn irgend möglich einen Empfang durch die Stadt Frankfurt arrangieren. Natürlich vorwiegend für die ausländischen Gäste und einige Vertreter von uns. Falls der Empfang durch die Stadt nicht möglich ist, sollten wir prüfen, ob in Frankfurt eine andere bedeutende Stelle einen solchen Empfang arrangieren würde. Ich denke entweder an die IG-Metall oder an Niemöller, der vielleicht in Frankfurt in ein Hotel einladen könnte. Da Wiesbaden nicht weit ist, könnte evtl. auch der Empfang dort stattfinden.

Vormittags oder frühen Nachmittag: Pressekonferenz unter Teilnahme der ausländischen Gäste und einiger Vertreter von uns. Leitung Klönne. Dafür muß allgemeines Material über die Kampagne, über die Vertreter aus anderen Ländern und der Aufruf zum Ostermarsch 1964 vorliegen.

15.30 Feierliche Veranstaltung in der Paulskirche
a) Begrüßung durch den Sprecher

Christel Beilmann

463 Bochum, 15. 8. 1963
Kettelerstraße 14

16. 8. 63

7.9. →

ED 718-22-191

Herrn
Horst Maurer

6 Frankfurt 14
Burgstraße 47

Sehr geehrter Horst Maurer!

Vielen Dank für Ihren Brief vom 31. 7. samt seinen Beilagen. Es ist sehr liebenswürdig von Ihnen, gleich an die OM-IZA mitzudenken. Soviel ich sehe, ist das sehr hilfreich und nützlich für uns. Zu dem Artikel von Gerard Daechsel "Zufalls-Krieg droht jedenAugenblick" habe ich noch eine Frage: Kann er in der Ostermarsch-Nummer der PLÄNE erscheinen? Das hielten wir für besser, als wenn wir ihn für die OM-IZA vorsehen würden. Voraussetzung dafür ist natürlich, daß der Artikel in nicht allzu vielen gleichgerichteten Zeitungen schon erschienen ist. Haben Sie darüber auch Übersicht? Für eine kurze Nachricht danken wir Ihnen schon jetzt.

Mit freundlichem Gruß

Horst MAURER Ffm 14,
7.9.63

Ihr Schreiben 15.8.63 -
Artikel DAECHSEL für PLÄNE

Werte Frau Beilmann,
der Artikel sollte in möglichst hoher Auflage verbreitet werden; es besteht kein Copyright. Ich habe ihn am 6.8. auch direkt an PLÄNE gegeben. Außerdem ging er von mir aus an ATOMZEITALTER, ZIVIL (?), GEWISSEN. Ich glaube nicht, daß er noch an weitere "ähnliche Blätter" ging - obwohl das für niemanden ein Kriterium sein sollte. Würde sich IZA und PLÄNE-Abdruck - beides - stoßen?

Beste Grüße
Horst Maurer

Christel Beilmann

Frau
Christel BEILMANN

463 Bochum

Ketteler Str 14

Ernst-Karte
"Alles im Universum..."



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengeegner und
zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengeegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Der Ostermarsch der Atomwaffengeegner - Kampagne für Abrüstung -, Hessischer Ausschuss, begrüßte in einem Schreiben an die Bundesregierung deren Entscheidung, das Moskauer Abkommen über den Atomteststopp zu unterzeichnen.

An das amerikanische Generalkonsulat und die sowjetische Militärmission in Frankfurt (Main) übergab der Hessische Ausschuss Dankschreiben zur Weiterleitung an die amerikanischen und sowjetischen Botschaften und Regierungen. Bekanntlich hatten hessische Atomwaffengeegner aus Anlaß der Atomversuche in den letzten Jahren mehrmals vor Konsulat und Militärmission protestiert.

Die Ostermarschkampagne sieht den Wert des Moskauer Vertrages darin, daß eine weitere Verseuchung der Erde mit radioaktiven Stoffen verhindert wird und dass endlich ein erster konkreter Schritt zur Verminderung der Spannungen als Vorbereitung für erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen gemacht worden ist.

Besondere Bedeutung erhält der Vertrag jedoch, wenn ihm folgerichtig weitere Entspannungmaßnahmen folgen, die auf eine allgemeine Abrüstung zielen. Für die wichtigste Maßnahme in Europa hält die Ostermarschkampagne für Abrüstung die Schaffung einer militärischen Entspannungszone in Mitteleuropa, für die bereits Vorschläge aus Ost und West immer wieder vorgelegt worden sind.

Um dieses Ziel zu erreichen, wird von der Bundesregierung erwartet, daß sie alle Vorschläge hierzu sorgfältig überprüft, eigene Ergänzungen ausarbeitet und sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Es wird für vordringlich angesehen, daß die Bundesregierung unverzüglich alle Maßnahmen des Kalten Krieges einstellt und die Militarisierung des öffentlichen Lebens stoppt. Die gleichen Aufforderungen richtet der Ostermarsch an die Regierung der DDR.

6050 Offenbach, den 13. August 1963 - Vack

14.8.

ED 718-22-193

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

6050 Offenbach, 12. August 1963
Waldstr. 99, Postfach 648

K u r z p r o t o k o l l
= = = = =

Die Teilnehmer der Arbeitsausschusssitzung vom 10. August 1963 haben sich heute telef. dahingehend verständigt, daß die für Donnerstag, den 15. August 1963 geplante Saalveranstaltung nicht stattfindet. Die Gründe hierfür waren die veränderte Situation, nach der Entscheidung der Bundesregierung, dem Moskauer Abkommen beizutreten.

Der Hessische Ausschuss ergreift jetzt lediglich folgende Maßnahmen:

- a) er wird einen Pressedienst herausbringen,
- b) einen Brief an die Bundesregierung schreiben und
- c) Briefe an die Regierungen von USA, SU und Großbritannien schreiben.

Die ersten beiden Briefe werden persönlich im amerikanischen Generalkonsulat und in der sowjetischen Militärmission in Frankfurt abgegeben.

Für die Protokollführung:

Klaus Vack

6050 Offenbach, 12. August 1963

14.8.

Ostermarsch der Atomwaffengegner

Kampagne für Abrüstung

ED 718-22-194

Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5

ZENTRALER AUSSCHUSS

Geschäftsführung
Dr. Andreas Buro
8 München 55
Andreas-Vöst-Straße 5
Fernruf 18361



Postscheck
Hannover 239848
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto
Braunschweig

München, den

An die Mitglieder
des Kuratoriums,
des Zentralen Ausschusses
und an die Regionalen und
Landesausschüsse zur Weitergabe
an die örtlichen Ausschüsse

Betr.: Antikriegstag 1. September

11.8. 1963

14.8.

Liebe Freunde,

umstehend finden Sie einen Aufruf von führenden Funktionären der Gewerkschaftsjugend und anderer Jugendorganisationen zum 1. September. Unsere Kampagne für Abrüstung begrüßt und unterstützt die darin vorgetragenen Forderungen, die sich mit den Zielen des Ostermarsches decken.

Wir bitten Sie daher überall in Ihrem Bereich auf diesen Aufruf hinzuweisen und alle Unterstützer des Ostermarsches aufzufordern, sich an den Veranstaltungen der Gewerkschaften zu diesem Tag aktiv zu beteiligen und sie nach Kräften zu unterstützen und zu fördern.

Dort, wo die Gewerkschaften keine eigenen Veranstaltungen durchführen, bitten wir Sie geeignete Demonstrationen zu organisieren. Weisen Sie dabei auch in geeigneter Form auf den Aufruf hin und betonen Sie unsere Zustimmung.

Bitte, unterrichten Sie auch im lokalen Bereich die Presse davon, dass der Ostermarsch diese Initiative der Gewerkschaften begrüßt und unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

gez. Andreas Buro

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hedwig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, Ernst Wolf.

Sprecher des Zentralen Ausschusses: Hans-Konrad Tempel, 207 Ahrensburg/Holstein, Manhagener Allee 33, Fernruf 4876

14.8.63

A u f r u f z u m

A N T I K R I E G S T A G A M 1 . S E P T E M B E R 1 9 6 3

Erinnern Sie sich noch an den 1. September 1939 ? Damals gaben die Radiostationen bekannt:

"Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen. Unsere Truppen haben die Grenze nach Polen überschritten. "

Zum zweiten Mal im Leben einer Generation wurde damit von Deutschland aus die Welt mit Krieg überzogen. Die Folgen dieser Politik waren

Millionen Tote, Tausende zerstörte Städte und Dörfer, ein zerstörtes und geteiltes Deutschland.

Wir meinen, dass schon darum gesagt werden muss:

Gewalt als Mittel der Politik hat in der Welt nichts mehr zu suchen.

Unsere Zeit erfordert, dass alle strittigen Probleme zwischen den Staaten auf friedliche Weise gelöst werden.

Es gibt nichts auf der Welt, was die Entfesselung eines Krieges wert wäre.

Der höhere Sinn des menschlichen Wirkens kann nicht die Verwandlung des Erdballs in eine radioaktiv verseuchte Wüste, sondern nur die Gestaltung einer Welt des Friedens sein.

Dem Wettrüsten in aller Welt gebührt Misstrauen. Es entzweit die Staaten, steigert die Kriegsgefahr und führt durch die unverantwortliche Vergeudung von Produktionskräften zu einer Gefährdung der Erhaltung und Fortentwicklung der Menschheit.

Wir fordern daher im Gedenken an die Toten des 2. Weltkrieges und im Bekenntnis zum Leben, dass eine allgemeine, kontrollierte und weltweite Abrüstung verwirklicht wird.

Wir treten ein für die Ächtung aller nuklearen und bakteriologischen Waffen und das Verbot ihrer Herstellung in der ganzen Welt und die Vernichtung der bestehenden Vorräte.

Wir verlangen Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung und fordern den Verzicht auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen.

In mahrender Erinnerung an den Ausbruch des 2. Weltkrieges werden in vielen Städten und Dörfern Antikriegskundgebungen und Demonstrationen stattfinden. Damit diese Veranstaltungen zu einem starken Bekenntnis für den Frieden werden, rufen wir alle Bürger, vor allem aber die jungen Menschen auf, daran teilzunehmen.

An jedem einzelnen liegt es, ob der Friede gewahrt bleibt !

DARUM NICHT ATOMWAFFEN, NICHT VÖLKERMORD, SONDERN ABRÜSTUNG UND VÖLKERFRIEDEN .

- Willi Baumann, Bundesjugendsekretär der IG Druck und Papier
- Herbert Faller, Bundesvorsitzender der Naturfreundejugend
- Otmar Günther, Bundesjugendsekretär der IG Metall
- Max Jäger, DGB Mannheim
- Helmut Kentler, Evangelische Jugend
- Berthold Kiekebusch, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft ÖTV
- Manfred Leiss, Leiter der Abt. Berufsausbild., Hauptvorstand IG Metall
- Herbert Neumann, Stuttgart
- Hinrich Oetjen, Bundesjugendsekretär der IG Chemie
- Kurt Sprenger, Stellvertr. Bundesvorsitzender der Naturfreundejugend
- Horst Zeidler, Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend, Falken

12. 8. 63

Protokoll der Arbeitsausschußsitzung vom 10. Aug. 1963 in Offenbach

Anwesend: Hans-Joachim Arlt, Heinz Andres, Klaus Vack,
als Gäste: Rudolf Farr, Hermann Sittner
es fehlten: Fritz Amann, Edgar Weick, Norbert Winkler

Klaus Vack erläutert, daß er zu dieser Sitzung kurzfristig eingeladen habe, um über Ostermarschaktivitäten anläßlich des Moskauer Abkommens über einen Versuchsstop und die Haltung der Bundesregierung zu dieser Frage zu beraten.

Der Arbeitsausschuß beschließt, für Donnerstag, 15. August 1963 eine Saalveranstaltung um 20 Uhr in Frankfurt. Hermann Sittner wird beauftragt, einen Saal für ca. 100 bis 150 Personen zu mieten.

Als Redner sollen gewonnen werden:

Pfarrer Herbert Mochalski zu dem Thema "Moskauer Abkommen - Chance oder Gefahr für Deutschland?"

Fritz Vilmar zu dem Thema "Der nächste Schritt: Mitteleuropa atomwaffenfrei"

Sollten die Redner nicht zur Verfügung stehen, wird Klaus Vack beauftragt, einen anderen Redner zu finden.

Von der Versammlung aus sollen gleichlautende Briefe an die drei Unterzeichnermächte verschickt werden. Außerdem wird ein anderer Brief an die Bundesregierung geschickt. Diese Briefe formuliert Hans-Joachim Arlt.

Von der Versammlung ausgehend wird außerdem eine Petition an den Deutschen Bundestag eingebracht. Diese Petition wird von Klaus Vack formuliert. Sie wird auf 3 000 Listen für ca. 8 bis 10 Unterschriften hergestellt. Die Listen gehen an den Hessischen Ausschuß und werden von ihm an den Petitionsausschuß weitergeleitet.

In einem zweiten Teil der Versammlung soll über Einzelaktionen beraten werden. Dabei ist besonders an Leserbriefe, an Schreiben an die zuständigen Bundestagsabgeordneten und an Unterstützung aller bei der Unterschriftensammlung gedacht.

Am Freitag nach der Versammlung von 16 - 19 Uhr und am Samstag von 9 - 14 Uhr werden in Frankfurt drei Informationsstände (Bornheim, Hauptwache, Böckenheimer Warte) errichtet und dort die Unterschriftenlisten ausgelegt. Ein solcher Stand wird auch in Offenbach errichtet. Die örtlichen Ausschüsse werden angeregt, das gleiche zu tun.

Zur Versammlung wird durch ein Rundschreiben an alle südhessischen Adressen eingeladen. Außerdem wird in der Frankfurter Rundschau eine Anzeige zum Preis von DM 180.-- aufgegeben.

Der Hessische Ausschuß trifft sich am Donnerstag um 19 Uhr vor der Versammlung im Versammlungslokal.

Für die Protokollführung: Klaus Vack
Offenbach, 10. August 1963

Handwritten notes:
Kubel
12.8.63
Hess. Aussch. nicht statt

KLEINE MELDUNGEN für OM 63 - Maurer

10. 8. 63

Zunächst an bei fünf Meldungen, die bereits für die laufende ZIVIL-Nummer geliefert worden waren. Auch der zweite ~~erste~~ Teil der nachstehenden Meldung war bereits für dort vorgesehen: (betr. FRANKREICH)

P+R+A FRANKREICH IMMER WIEDER GRÖSSENWAHNSINNIG

Die französische Regierung ist nach neuesten Meldungen der Meinung, durch Fortsetzung ihrer Atomversuche ~~die~~ ^{mit der} Atommacht England mindestens ~~ei~~ gleichzuziehen, eventuell sogar sie zu überholen. Nachdem de Gaulle sich ^{zunächst} ~~weigerte~~, dem Atomteststop-Abkommen beizutreten, kündigte er nun ^{bereits} ~~an~~, daß die französischen Atomversuche in Kürze wiederaufgenommen würden.

Die ~~französische~~-Atlantikflotte wurde ~~nach~~-Meinung=~~des~~ "Spiegel" ~~deshalb~~ aus der NATO=~~zurückgezogen~~, weil=~~die~~ ~~zunächst~~ ^{Bisher} waren weitere französische Atomversuche für 1964 angesetzt; nach Meinung des "Spiegel" ^{ist} ~~wären~~ die französische Atlantikflotte deshalb ~~nur~~ aus der NATO zurückgezogen worden, um das französische Testgebiet im Pazifik, 300 Kilometer südlich von Tahiti, gegen Schiffseinheiten anderer Nationen abzuschirmen.

HATTE FRIEDENS-ENZYKLIKA EINFLUSS AUF MOSKAUER VERTRAG?

Der Limburger Weihbischof Walter Kampe hält einen gewissen Einfluß der Friedensenzyklika "Pacem in Terris" des verstorbenen Papstes Johannes XXIII. auf den Teilerfolg ~~des~~ der Moskauer Atomstopverhandlungen für nicht ausgeschlossen. Die Enzyklika sei schließlich nicht nur im Weißen Haus, sondern auch im Kreml aufmerksam gelesen worden.

Nach einer Meldung der "Frankfurter Rundschau" vom 9. 8. 63

MANSFIELD FÜR ATOMWAFFENFREIE ZONE IN LATEINAMERIKA

Der Führer der Demokraten im US-Senat, Mansfield, setzte sich am 5. 8. in Washington für eine atomwaffenfreie Zone in Lateinamerika unter Einschluß von Kuba ein. Er erklärte, ein Lateinamerika ohne Atomwaffen und Raketen sei ein bedeutender Beitrag zur Verringerung der Spannungen. ~~Als Grund~~

----- Maurer 10. 8. 63

AFRIKANISCHE AUSSENMINISTER EMPFEHLEN VERZICHT AUF KERNWAFFEN

Die ~~am=5.=8.~~ zu einer Arbeitssitzung in Senegal zusammengekommenen ~~Außenminister=nister~~ afrikanischen Außenminister begrüßten/^{am 5. 8. 63} das Moskauer Abkommen einhellig. Sie beschloßen, die Frage des Atomversuchsverbots auf die Tagesordnung ihrer Konferenz zu setzen und damit die Möglichkeit zur Annahme einer Empfehlung zu bieten, nach der Afrika zur atomwaffenfreien Zone deklariert werden soll. Alle afrikanischen Staaten sollen ersucht werden, sich dem Moskauer Vertrag anzuschließen.

HIROSHIMA GEDACHTE DER BOMBENOPFER

Etwa 20.000 Personen hatten sich am 6. 8. im Friedenspark von Hiroshima, der am Explosionszentrum errichtet wurde, versammelt. Um 8.15 Uhr, der Minute, in der die Bombe explodiert war, wurden Hunderte von Tauben in die Luft geschickt. Die Menge sang zum Geläut einer buddhisitschen Tempelglocke das "Friedenslied von Hiroshima". Eine Minute lang ruhte der Verkehr.

Am Abend des Tages sprach der ~~früherer~~ japanische Reichstagsabgeordnete und gegenwärtige Präsident der Japanisch-Amerikanischen Kulturgesellschaft, Kasai, Er bezeichnete den Atombombenabwurf ~~auf~~^{über} Hiroshima als "töricht, unnötig und barbarisch". Der Angriff sei zu einer Zeit erfolgt, als Japan militärisch längst geschlagen war.

Ein Überlebender des Atombombenangriffs hat sich am 18. Jahrestag des Infernos in Hiroshima in einem Park von Kobe das Leben genommen. Nach Angaben der Polizei erhängte sich der 33jährige Nobuhiro Sedogawa aus Schwermut über seine Strahlungsschäden.

am 6. August

In Hiroshima werden alljährlich/auf fünf Flußarmen Zehntausende von Lichtschiffchen als Sinnbild der Seelen der ersten Atombombenopfer ausgesetzt. Mit einer Lichterprozession auf einem Arm der Isar ~~in=München~~ wurde diese alte japanische Tradition ~~in=diesem=Jahr=auch=ven~~ am 6. August 1963 vom "Komitee gegen Atomrüstung" in München und dem dortigen IdK-Kreisverband übernommen.

K l a u s -

über die Frankfurter oder hessischen 6.-8.-Veranst. müßen wir auch noch was bringen!

EO 718-22-198

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

6050 Offenbach, 9.8.1963
Waldstr. 99, Postfach 648

10. 8. 63

An den Arbeitsausschuss
sowie
Rudolf Farr, Horst Maurer, Fritz Vilmar und Hermann Sittner

Liebe Freunde,

beim Verfolgen der Presse in den letzten Tagen hat sich für mich die Frage aufgeworfen, ob wir als Hessischer Ostermarschausschuss nicht doch verpflichtet sind, in irgendeiner Form zu der Haltung der Bundesregierung zum Moskauer Abkommen Stellung zu nehmen und aktiv zu werden. Wenn wir noch irgendetwas demonstratives im südhessischen Raum durchführen möchten, muß dies in der nächsten Woche geschehn. Ich lade Euch deshalb hiermit recht kurzfristig zu einer Sitzung des Arbeitsausschusses für morgen, Samstag, den 10. August 1963, 14.30 Uhr, in die Geschäftsstelle, Waldstr. 99, ein. Ich erachte diese Besprechung als sehr wichtig und bitte Euch deshalb um Eure Teilnahme.

Grüssen!

Anzeige FR
bis 400,-
Brennendienst /ZA! /?

bi: (A) Zeit - Zitat
Bild - Zitat
wir: Zeit!

tel hin
14.50h

10. 8. 63

ED 718 - 22 - 199

An die
Örtlichen Ausschüsse und den
Hessischen Ausschuss
= = = = =

Liebe Freunde,

wir möchten Ihnen heute wieder einige Hinweise zur zukünftigen Arbeit geben:

1. Zum 1. September wird der Hessische Ausschuss keine Veranstaltungen durchführen und auch kein Flugblatt herausbringen. Die finanzielle Lage ist bei uns zwischenzeitlich so angespannt, daß wir keinerlei Mittel für den 1. September zur Verfügung haben.

Wir möchten jedoch noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, daß die örtlichen Gewerkschaftsorgane durch den DGB Bundesvorstand aufgefordert wurden, zum 1. September Antikriegsveranstaltungen zu machen.

Eine Demonstration mit Kundgebung findet am 30.8.1963 in Frankfurt statt. Zu dieser Veranstaltung werden wir alle südhessischen Ostermarschanhänger einladen und zur Teilnahme auffordern.

Wie uns bekannt wurde, planen auch die DGB-Ortsausschüsse Darmstadt und Offenbach zum Antikriegstag Veranstaltungen.

Unseren übrigen Örtlichen Ausschüssen empfehlen wir - falls noch nicht geschehen - unverzüglich mit dem örtlichen Gewerkschaftsorganen Kontakt aufzunehmen und über eine DGB-Veranstaltung zu beraten, an der sich auch unsere Ostermarschanhänger beteiligen. Dort, wo die Gewerkschaftsstellen nicht bereit sind, eine Veranstaltung zum Antikriegstag zu machen, sollten unsere örtlichen Ausschüsse, soweit sie dazu in der Lage sind, eine eigene Veranstaltung durchführen. Wenn Sie sich rechtzeitig an uns wenden, sind wir vielleicht in der Lage, Ihnen für diese Veranstaltung Referenten zur Verfügung zu stellen.

Zum Antikriegstag ist jetzt ein Aufruf erschienen, der von führenden Funktionären aus der Gewerkschaftsjugend, den Falken und der Naturfreundejugend unterzeichnet ist. Wir fügen diesen Aufruf abschriftlich bei, da er vielleicht bei den Veranstaltungen des DGB als auch des Ostermarsches in hektographierter Form, oder dort, wo das Geld vorhanden ist, in gedruckter Form verteilt werden kann.

Wir werden nach dem Antikriegstag wieder eine gemeinsame Sitzung mit den Örtlichen Ausschüssen machen und bitten, in dieser Sitzung über die Erfahrungen am Ort zu berichten.

2. Zum Moskauer Abkommen über ein Atomversuchsstopp hat der Zentrale Ausschuss eine Erklärung abgegeben. Sie finden diese Erklärung beigefügt. Wir empfehlen, im Sinne dieser Erklärung Briefe an Vizekanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard, an Bundesaußenminister Dr. Gerhard Schröder und an den zuständigen Bundestagsabgeordneten zu schreiben.

Es ist besonders wichtig, daß wir als Ostermarsch darauf drängen, daß die Bundesregierung dem Abkommen beitrifft. Die Örtlichen Ausschüsse werden von uns bevollmächtigt, im Sinne der zentralen Erklärung eine örtliche Erklärung als Örtlichen Ausschuss zu verfassen und diese der Presse zur Verfügung zu stellen. Wir glauben, daß gerade in dem jetzigen akuten Stadium die örtliche Presse zu mindestens im lokalen Teil eine solche Erklärung veröffentlichen wird.

3. Wir möchten Sie bitten, im Sinne unseres Pressedienstes vom 6. August an den ehemaligen US-Flieger Leroy Lehman zu schreiben. Er lebt zur Zeit als Bruder Antonius in einem italienischen Schweigekloster. Seine Anschrift lautet: Bruder Antonius, Kartäuser Kloster Silla, Silla-Wälder/San Bruno Bergen, Calabrien (Italien).
4. Wir möchten noch einmal darum bitten, daß alle Mitglieder der Örtlichen Ausschüsse zu ihrer persönlichen Information die "INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG" abonnieren. Zahlen Sie bitte mit beigefügter Zahlkarte DM 6,-- an den Hessischen Ausschuss und bringen Sie den Vermerk "Informationen zur Abrüstung" an. Sie erhalten unser zentrales Informationsblatt dann regelmäßig zugestellt.
5. In unserem Bericht über die letzte gemeinsame Sitzung von Vertretern der Örtlichen Ausschüsse mit dem Hessischen Ausschuss haben wir verschiedene Vorschläge für die Arbeit der Örtlichen Ausschüsse unterbreitet. Wir bitten Sie, in diesem Sinne tätig zu werden und die vom Hessischen Ausschuss angebotene Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen!
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

6050 Offenbach, 9. August 1963
Waldstr. 99, Postfach 648

10. 8. 63

A u f r u f

zum Antikriegstag am 1. September 1963

=====

Erinnern Sie sich noch an den 1. September 1939?
Damals gaben die Radiostationen bekannt:

Seit 4.45 Uhr wird geschossen. Unsere Truppen haben die
Grenze nach Polen überschritten.

Zum zweiten Mal im Leben einer Generation wurde damit von Deutschland
aus die Welt mit Krieg überzogen. Die Folgen dieser Politik waren:

Millionen Tote
tausende zerstörte Städte und Dörfer
ein zerstörtes und geteiltes Deutschland

Wir meinen, daß schon darum gesagt werden muß:

Gewalt als Mittel der Politik hat in der Welt nichts mehr
zu suchen!

Unsere Zeit erfordert, daß alle strittigen Probleme zwischen den
Staaten auf friedliche Weise gelöst werden.

Es gibt nichts auf der Welt, was die Entfesselung eines
Krieges Wert wäre.

Der höhere Sinn menschlichen Wirkens kann nicht die Verwandlung des
Erdballes in eine radioaktiv verseuchte Wüste, sondern nur die Ge-
staltung einer Welt des Friedens sein.

Dem Wettrüsten in aller Welt gebührt Mißtrauen. Es entzweit die
Staaten, steigert die Kriegsgefahr und führt durch die unverant-
wortliche Vergeudung von Produktivkräften zu einer Gefährdung der
Erhaltung und Fortentwicklung der Menschheit.

Wir fordern daher im Gedenken an die Toten des zweiten Weltkrieges
und im Bekenntnis zum Leben:

daß eine allgemeine kontrollierte und weltweite Abrüstung
verwirklicht wird.

Wir treten ein

für die Ächtung aller nuklearen und bakteriologischen Waffen
und das Verbot ihrer Herstellung in der ganzen Welt und die
Vernichtung der bestehenden Vorräte.

Wir verlangen

Abrüstungsinitiativen der Bundesregierung und fordern den
Verzicht auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen.

In mahrender Erinnerung an den Ausbruch des zweiten Weltkrieges
werden in vielen Städten und Dörfern Antikriegskundgebungen und
-demonstrationen stattfinden. Damit diese Veranstaltungen zu einem
starken Bekenntnis für den Frieden werden, rufen wir alle Bürger,
vor allem aber die jungen Menschen auf, daran teilzunehmen. An
jedem einzelnen liegt es, ob der Friede gewahrt wird. Darum:

Nicht Atomwaffen -
nicht Völkermord, sondern Abrüstung und Völkerfrieden!

Den Aufruf zum 1. September 1963 unterzeichneten in eigenem Namen, also ohne Angabe ihrer Funktion, folgende Personen:

Otmar G ü n t h e r	(Bundesjugendsekretär der IG Metall)
Manfred L e i s	(Leiter der Abteilung Berufsausbildung beim Bundesvorstand der IG Metall)
Herbert F a l l e r	(Vorsitzender der Naturfreundejugend Deutschlands)
Willi B a u m a n n	(Bundesjugendsekretär der Gew. ÖTV)
Kurt S p r e n g e r	(stellv. Vorsitzender der Naturfreundejugend Deutschlands)
Horst Z e i d l e r	(Vorsitzender der SJD - Die Falken)
Herbert N e u m a n n	(DGB-Jugendsekretär von Baden-Württemberg)
Helmut K e n t l e r	(Dozent der ev. Jugendakademie am Schliersee)
Max J ä g e r	(Vorsitzender des DGB von Mannheim)
Hinrich O e t j e n	(Bundesjugendsekretär der IG Chemie-Papier-Keramik)

Die Funktionsangabe der Unterzeichner kann vielleicht in redaktionellen o.ä. erfolgen.

10. 8. 63

Stellungnahme des Ostermarsches der Atomwaffengegner - Kampagne für
 Abrüstung - zum Abkommen über die Einstellung der Atomwaffenversuche
 = = = = =

Die deutsche Kampagne für Abrüstung, der Ostermarsch der Atomwaffengegner, begrüßt den Abschluß des Vertrages über ein beschränktes Atomtestverbot, durch den eine ihrer Forderungen teilweise erfüllt wird. 1945 wurden die ersten Atombomben auf Menschen in den Städten Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. Heute, fast auf den Tag genau nach 18 Jahren, ist es durch den in Moskau beschlossenen Vertrag gelungen, die seit dieser Zeit über den Menschen schwebende Bedrohung der totalen Vernichtung wenigstens ein kleines Stück zurückzudrängen. Die Kampagne sieht den Wert dieses Vertrages darin, daß eine weitere Verseuchung der Erde mit radioaktiven Stoffen verhindert wird und daß endlich ein erster konkreter Schritt zur Verminderung der Spannungen als Vorbereitung für erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen gemacht worden ist.

Besondere Bedeutung erhält der Vertrag jedoch, wenn ihm folgerichtig weitere Entspannungsmaßnahmen folgen, die auf eine allgemeine Abrüstung zielen. Für die wichtigste Maßnahme in Europa halten wir die Schaffung einer militärischen Entspannungszone in Mitteleuropa, für die bereits Vorschläge aus Ost und West immer wieder vorgelegt worden sind. WIR FORDERN DAHER

Mitteleuropa - atomwaffenfrei
 Mitteleuropa - Entspannungszone
 Mitteleuropa - Brücke zwischen Ost und West

Um dieses Ziel zu erreichen, erwarten wir von der Bundesregierung, daß sie alle Vorschläge hierzu sorgfältig überprüft, eigene Ergänzungen, falls nötig, ausarbeitet und sich zu Verhandlungen hierüber bereit erklärt. Für vordringlich halten wir, daß sie unverzüglich alle Maßnahmen des Kalten Krieges einstellt und die Militarisierung des öffentlichen Lebens stoppt. Die gleiche Aufforderung richten wir an die Regierung der DDR.

Wir fordern die Bundesregierung auf, als nächsten Schritt unverzüglich dem Abkommen über den Versuchsstopp beizutreten, um hiermit den deutschen Friedenswillen auch nach außen deutlich sichtbar werden zu lassen. Wir bitten alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland, sich mit der gleichen Bitte an die Bundesregierung zu wenden, um damit zu dokumentieren, wie sehr ein solcher Schritt dem Willen aller Deutschen entspricht.

Z e n t r a l e r A u s s c h u s s

10.8.63

ED 718-22-202

Protokoll

der Sitzung des Hessischen Ausschusses vom 7. August 1963 in Offenbach
=====

Anwesend: Hans Joachim Arlt, Klaus Vack, Edgar Weick, Pfarrer Farr,
Horst Maurer

es fehlten: Fritz Amann, Pfarrer Heinz Andres, Norbert Winkler,
Herbert Faller, Heinz Großmann, Klaus Dieter Hagedorn,
Heiner Halberstadt, Dr. Schenck, Gunnar Tuschy, Fritz Vilmar.

Tagesordnung:

1. Rückblick zu Hiroshima-Tag und Autokonvoi London-Athen
2. 1. September
3. Zukünftige Planungen
4. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO:

Zum Hiroshima-Tag wurden in Hessen an ca. 20 Orten rund 80.000 Flugblätter verteilt. Teilweise fanden Mahnwachen und kleine Gedenkveranstaltungen statt.

Dem Frankfurter Ausschuss wird empfohlen, bei zukünftigen Veranstaltungen dieser Art an mehreren Stellen Mahnwachen oder Informationsstände zu errichten. Besonders in der Vorbereitung zum Ostermarsch 1964 sollte in Frankfurt ein großer zentraler Informationsstand errichtet werden. Darüberhinaus werden in verschiedenen Stadtteilen kleinere Informationsstände errichtet.

Die Aktion mit den Teilnehmern am Autokonvoi London-Athen war trotz schlechter organisatorischer Vorbereitungen seitens unserer englischen Freunde sehr wertvoll. Die Engländer kamen mit viel Verspätung in Frankfurt an. Trotzdem war die Polizei während des Autokorsos und der Kundgebung sehr entgegenkommend. An der kleinen Kundgebung auf dem Frankfurter Römer haben ca. 300 Personen teilgenommen. Durch die Verspätung konnten auf dem Naturfreundehaus nur noch wenige Einzelgespräche, aber keine größeren Diskussionen mehr geführt werden.

Zu Punkt 2 der TO:

Edgar Weick berichtet, daß der Kreisjugendausschuss beschlossen hat, am Abend des 30. August zum Antikriegstag in Frankfurt eine Demonstration zum Frankfurter Römer mit anschließender Kundgebung durchzuführen. Als Redner sind Kirchenpräsident Niemöller und der Gewerkschaftssekretär Otmar Günther vorgesehen. Dieser Beschluß des Kreisjugendausschusses bedarf noch der endgültigen Zustimmung des DGB, die jedoch erwartet wird. Während des Demonstrationzuges werden Trageschilder mitgeführt, die sehr stark auf den Antikriegstag und die aktuellen Ereignisse (z.B. das Moskauer Abkommen) abgestimmt sein werden. Bei der Herstellung und inhaltlichen Gestaltung der Trageschilder arbeitet Edgar Weick mit. Er bittet alle Mitglieder des Hessischen Ausschusses, ihm Vorschläge für Slogans zu unterbreiten.

Klaus Vack berichtet über den Aufruf zum Antikriegstag, der von führenden Gewerkschaftsjugendfunktionären, sowie von Verantwortlichen aus der Naturfreundejugend und den Falken unterzeichnet wurde. Edgar Weick wird dem Kreisjugendausschuss empfohlen, diesen Aufruf als Flugblatt während

der Frankfurter Veranstaltung zu verteilen.

Der Hessische Ausschuss beschließt, seine Anhänger im südhessischen Raum offiziell zur Teilnahme an der Antikriegsveranstaltung des DGB aufzufordern. Der Hessische Ausschuss wird keine eigene Veranstaltung durchführen.

Hans Joachim Arlt berichtet, daß auch in Offenbach eine Veranstaltung am 1. September 1963 vormittags im Ledermuseum geplant ist. Diese Veranstaltung wird ebenfalls von der Gewerkschaftsjugend durchgeführt, wobei andere Jugendverbände wie Falken und Naturfreundejugend mitarbeiten.

Ähnlich wie in Offenbach scheint die Situation in Darmstadt zu sein, wo der Kreisjugendsekretär, der gleichzeitig Anhänger der Ostermarschbewegung ist, eine Veranstaltung plant. Eine Zusammenarbeit mit Fritz Amann ist sicher gestellt.

Der Hessische Ausschuss beschließt, allen Örtlichen Ausschüssen zu empfehlen, dort wo es noch nicht geschehen ist, umgehend mit den DGB-Stellen zu sprechen und zu fragen, in wie weit auch sie Veranstaltungen zu Antikriegstag durchführen. An allen Orten, wo der DGB nichts macht, sollten die Örtlichen Ausschüsse im Rahmen ihrer Möglichkeiten Veranstaltungen oder Feierstunden durchführen.

Zu Punkt 3 der TO:

- a) Für die Paulskirchenveranstaltung hat Oberbürgermeister Bockelmann bereits grundsätzlich seine Zustimmung gegeben. Den geeigneten Termin muß Dr. Buro noch mit Bockelmann aushandeln, da unseren Terminvorschlägen nicht entsprochen werden konnte, weil die Paulskirche bereits belegt ist. Der Hessische Ausschuss empfiehlt dem Zentralen Ausschuss eine internationale Rednerauswahl zu treffen und dabei besonders die Länder Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und Polen zu berücksichtigen. Man sollte auch unverzüglich mit Oberkirchenrat Kloppenburg und Walter Dirks Kontakt aufnehmen, und sie als Redner gewinnen. Der Zentrale Ausschuss soll über eine kulturelle Umrahmung beraten, wobei zu prüfen ist, ob lediglich Rezitationen vorgetragen werden oder ob man das Ensemble Mangelsdorff um eine Darbietung von Cool Jazz bitten so l.
- b) Der Ausschuss berät bereits über die Marschroute 1964 und hält einen Marsch aus westlicher Richtung nach Frankfurt für günstig. Es wird ein Start in Wiesbaden vorgesehen, Marsch über Mainz nach Rüsselsheim, dort 1. Rast. Am 2. Tag von Rüsselsheim durch den Taunus nach Höchst. Am 3. Tag von Höchst zum Frankfurter Römer. Für den 3. Tag werden außerdem Märsche aus Langen und Hanau zum Frankfurter Römerberg erwogen. Über die Marschroute 1964 soll möglichst bald in einer der nächsten Sitzungen, bei der der Ausschuss wieder vollzählig zusammen ist, Beschluß gefaßt werden.
- c) Zum 1. September soll wieder eine Ausgabe "Ostermarsch 63" erscheinen. Die Ausgabe wird 8 Seiten haben. Edgar Weick übernimmt es, einen zweiseitigen Artikel zu dem Moskauer Abkommen zu schreiben. Außerdem wird die Stellungnahme des ZA zu dem Abkommen abgedruckt. Unseren Anhängern wird empfohlen, im Sinne der ZA-Stellungnahme oder im Sinne einer Anfrage an ihre zuständigen Bundestagsabgeordneten zu schreiben. Es wird eine Anschriftenliste der Hessischen Bundestagsabgeordneten veröffentlicht. Außerdem wird in dieser Ausgabe "Ostermarsch 63" die Erklärung der Funktionäre der Arbeiterjugendverbände zum 1. September veröffentlicht.
- d) Horst Maurer und Hans Joachim Arlt werden beauftragt, zur nächsten Sitzung einen genauen Vorschlag für die zukünftigen Seminare vorzulegen. Dabei sind sowohl die Finanzierungsmöglichkeiten, der Themenkreis, die Referenten und der Ablauf der Seminare vorzuschlagen.

- 3 -

Zu Punkt 4 der TO:

5 Ostermarschanhänger haben einen Ausschuss für die Landkreise Gelnhausen, und Büdingen gegründet. Edgar Weick und Hans Joachim Arlt werden noch bis Ende August eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss durchführen und mit den dortigen Freunden die zukünftige Arbeit beraten.

6050 Offenbach, den 8. August 1963

Für die Protokollführung:

Klaus Vack



pressediensst

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und
zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

NACH HIROSHIMA ...

Zum 18. Jahrestag der Hiroshima-Bombe hat der Hessische Ostermarschausschuß am 6. August 1963 den ehemaligen US-Flieger Leroy Lehman gebeten, gegen das atomare Wettrüsten zu kämpfen und für Entspannung und Abrüstung zu arbeiten. Leroy Lehman ist einer der wenigen noch lebenden Männer der Todesmaschine "Enola Gay", die am 6. August 1945 die Atombombe auf Hiroshima warfen. Keiner aus dieser Flugzeugbesatzung starb eines natürlichen Todes; sie suchten den Tod oder endeten im Irrenhaus.

Leroy Lehman läßt seit Hiroshima sein Gewissen ruhlos von Kontinent zu Kontinent irren, ohne daß er seinen inneren Frieden wiederfindet.. Er hat sich jetzt in ein italienisches Schweigekloster zurückgezogen.

In seinem Telegramm bittet der Hessische Ausschuß Leroy Lehman "nicht zu schweigen, sondern zu reden, rufen, mahnen und warnen, damit sich das Grauen von Hiroshima und Nagasaki nicht wiederholt, und damit nie mehr ein Soldat gezwungen wird, mit einem Druck auf den Knopf hunderttausende Menschen zu töten."

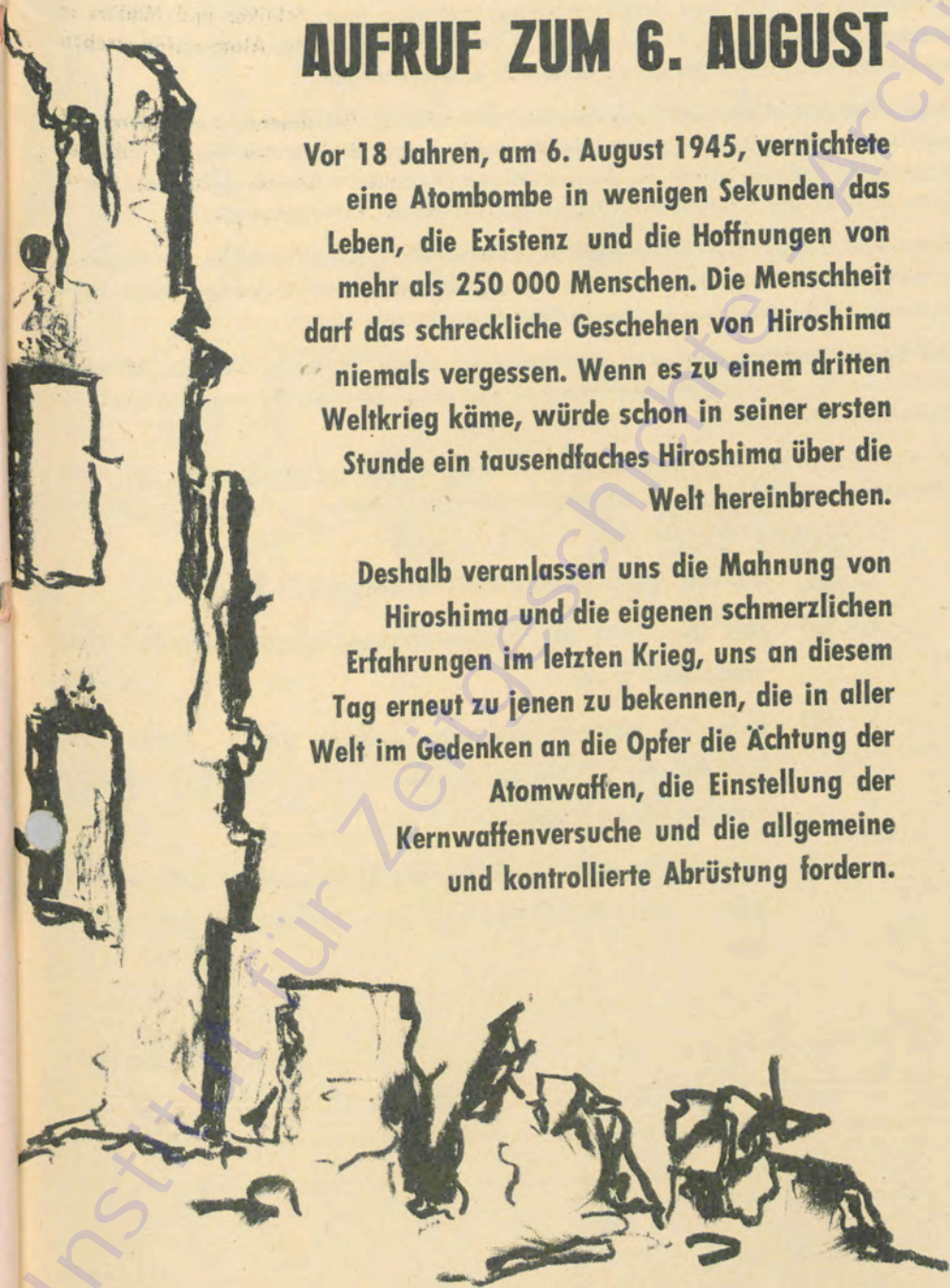
Offenbach, 6. August 1963 - Vack

9. 8. 63 V.

AUF RUF ZUM 6. AUGUST

Vor 18 Jahren, am 6. August 1945, vernichtete eine Atombombe in wenigen Sekunden das Leben, die Existenz und die Hoffnungen von mehr als 250 000 Menschen. Die Menschheit darf das schreckliche Geschehen von Hiroshima niemals vergessen. Wenn es zu einem dritten Weltkrieg käme, würde schon in seiner ersten Stunde ein tausendfaches Hiroshima über die Welt hereinbrechen.

Deshalb veranlassen uns die Mahnung von Hiroshima und die eigenen schmerzlichen Erfahrungen im letzten Krieg, uns an diesem Tag erneut zu jenen zu bekennen, die in aller Welt im Gedenken an die Opfer die Ächtung der Atomwaffen, die Einstellung der Kernwaffenversuche und die allgemeine und kontrollierte Abrüstung fordern.



Wir können uns nicht dem verhängnisvollen Irrglauben jener Politiker und Militärs in unserem Land anschließen, die nach eigener Verfügungsgewalt über Atomwaffen streben und darin eine Garantie für unsere Sicherheit erblicken wollen.

Atomwaffen auf deutschem Boden werden zwangsläufig die atomare Vernichtung auf unser Land lenken. Die Fortsetzung des Wettrüstens und die Vermehrung der Zahl der Atomkräfte muß die Gefahr eines neuen Krieges vergrößern. Abrüstung hat noch nie zu einem Krieg geführt. Stets ist den Kriegen das Wettrüsten vorausgegangen.

Doch wir können uns nicht damit begnügen, die Einstellung des Wettrüstens nur allgemein zu fordern. Jedes Volk muß und kann einen eigenen Beitrag zur Abrüstung leisten. Unser deutscher Beitrag heißt: Keine Atomwaffen auf deutschem Boden!

Kein Tag erscheint uns geeigneter, in diesem Sinne unsere Stimme im Chor der Völker zu erheben und für einen eigenen Abrüstungsbeitrag der Bundesrepublik einzutreten, als der Gedenktag von Hiroshima.

Wir appellieren an unsere Mitbürger, an diesem Tag an den Mahnwachen der Atomwaffengegner teilzunehmen und gemeinsam dafür einzutreten,

- daß die Kernwaffenversuche eingestellt werden,
- daß die Zahl der atomwaffenbesitzenden Länder nicht vergrößert wird,
- daß den atomwaffenlosen Ländern weder direkt noch indirekt eine Verfügungsgewalt über atomare Vernichtungswaffen eingeräumt wird,
- und daß der deutsche Boden im Rahmen einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa von Kernwaffen freigemacht wird.

D. Martin Niemöller
Dr. Erich Kästner

Prof. Dr. Siegmund-Schultze
Dr. Robert Jungk

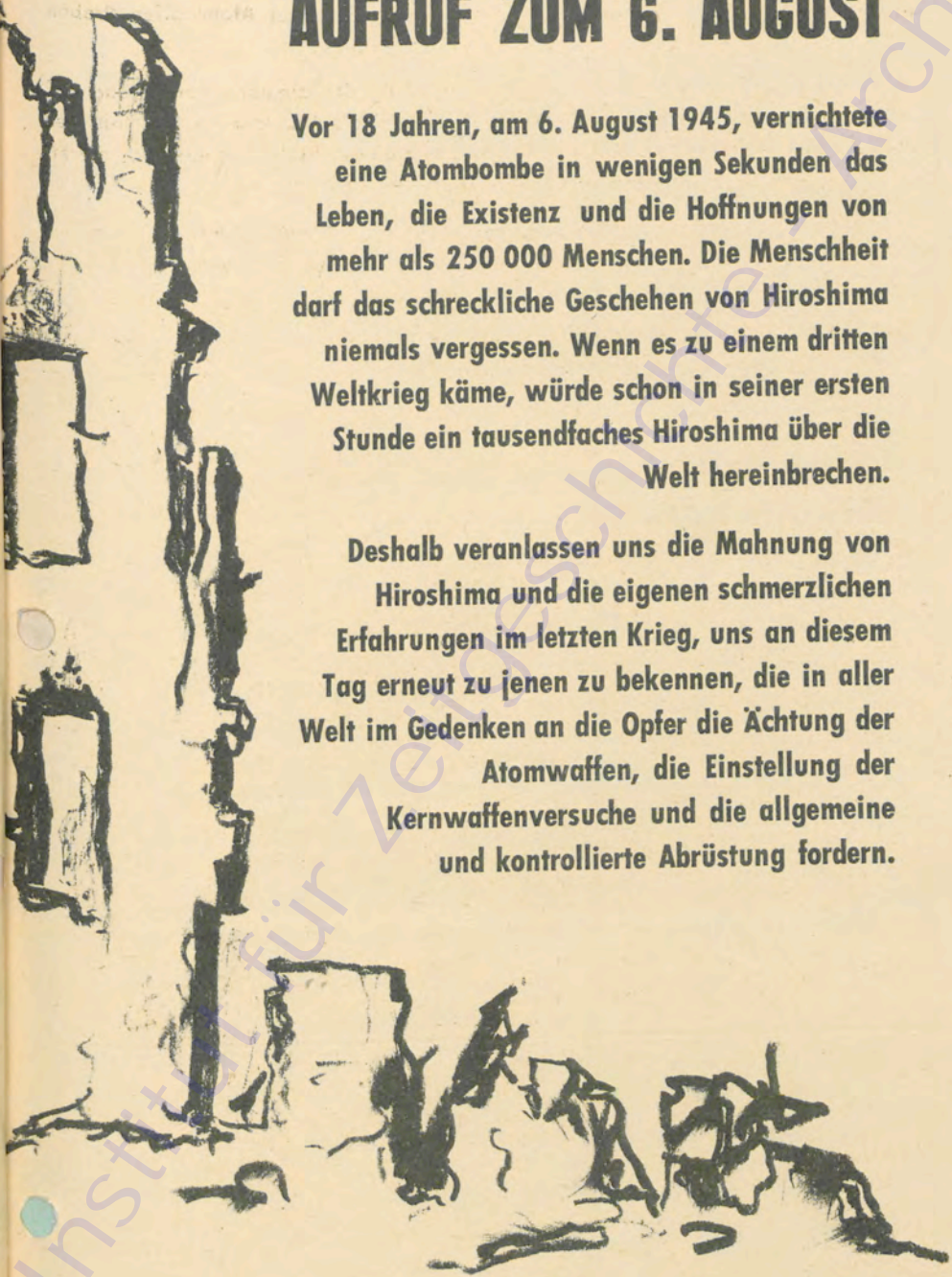
6.8.05 OM Ffm
(Mahnwache)

ED 718-22-207

AUFRUF ZUM 6. AUGUST

Vor 18 Jahren, am 6. August 1945, vernichtete eine Atombombe in wenigen Sekunden das Leben, die Existenz und die Hoffnungen von mehr als 250 000 Menschen. Die Menschheit darf das schreckliche Geschehen von Hiroshima niemals vergessen. Wenn es zu einem dritten Weltkrieg käme, würde schon in seiner ersten Stunde ein tausendfaches Hiroshima über die Welt hereinbrechen.

Deshalb veranlassen uns die Mahnung von Hiroshima und die eigenen schmerzlichen Erfahrungen im letzten Krieg, uns an diesem Tag erneut zu jenen zu bekennen, die in aller Welt im Gedenken an die Opfer die Ächtung der Atomwaffen, die Einstellung der Kernwaffenversuche und die allgemeine und kontrollierte Abrüstung fordern.



Institut für

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

ED 718-22-208
6050 Offenbach, 5.8.1963
Waldstr. 99, Postfach 648

6. 8. 63 V.

An die
Mitglieder des Hessischen Ausschusses
=====

Liebe Freunde,

ich nehme Bezug auf das Protokoll der Sitzung vom 22. Juli 1963
und lade Sie zur nächsten HA-Sitzung für kommenden Mittwoch,
den 7. August 1963, um 17.30 Uhr, in die Geschäftsstelle,
Offenbach (Main), Waldstr. 99, ein. Folgende Tagesordnung ist
vorgesehen:

1. Rückblick zum Hiroshima-Tag und
Autokonvoi London-Athen
2. 1. September
3. Zukünftige Planungen
4. Verschiedenes.

Wenn Sie pünktlich erscheinen, können wir pünktlich anfangen
und die Sitzung sicher gegen 21.00 Uhr abschließen.

Mit freundlichen Grüßen!

Klaus Vack
(Klaus Vack)

MAURER an VACK-OM

ED 718-22-209

Ffm, 4. 8. 63

Lieber Klaus,

in unserem Arbeitskreis ist ~~aufgetaucht~~ aufgetaucht

Frau

Elisabeth WAIH

6 Ffm-Riederwald

Rodbertusstr 7

Du wirst sie kennen; sie will alte NF-Frau sein. Im Gespräch ergab sich, daß sie nur hintenrum, aber nicht offiziell von OSTERMARSCH Mitteilungen erhält. - Sie und ich bitten, ihr doch laufend zu schicken, sie als Interessent zu führen.

Frank Gort

Chruschtschow will die Möglichkeiten weiterer Verhandlungen über eine Entspannung zwischen Ost und West selbst mit den Außenministern der USA und Großbritanniens erörtern, wenn diese in der kommenden Woche in Moskau weilen. Dean Rusk und Lord Home werden am Samstag in Moskau erwartet und wollen im Anschluß an die Unterzeichnung, die für Montag vorgesehen ist, noch einige Tage in Moskau bleiben. Chruschtschow hat seinen geplanten Urlaub am Schwarzen Meer um ungefähr eine Woche verschoben.

problematischen Nichtangriffspakt nicht zur Bedingung für die Durchführung des Testvertrages und die Fortführung der „neuen Politik“ machen.

Es gebe genügend andere Gebiete, auf denen Fortschritte möglich seien, so sagte Harriman vor der Presse. Über eine ganze Serie von weiteren Schritten könne verhandelt werden. Zu ihnen zählte er auch die Einrichtung von Überwachungszone zum Schutz vor Überraschungsangriffen in Europa.

Der schlanke, grauhaarige Millionärs-Diplomat vertritt seine politische Auffassung mit der lässigen Sicherheit eines Mannes, der gewohnt ist, ein Geschäft zu machen, wo er eine Chance sieht. Seine Überzeugung von der Aufrichtigkeit Chruschtschows, von der Amerikaner schwer zu überzeugen sind, gründet sich auf drei Beobachtungen:

Chruschtschow lege großen Wert auf wirtschaftliche Fortschritte in der Sowjetunion, die zeigen sollen, daß das kommunistische System besser sei als das kapitalistische. Er wisse aber, daß ein Atomkrieg alles zerstören würde, was an Erfolgen erzielt wurde. Deshalb sei er wirklich dafür, die Möglichkeit

Kennedy. Wir werden Regime Pankows nicht anerkennen USA stehen weiterhin zur Wiedervereinigung

Von unseren Nachrichtendiensten

Washington, 1. August

USA-Präsident Kennedy versicherte am Donnerstagabend, daß die USA nicht die Absicht haben, das Sowjetzonen-Regime anzuerkennen. Vielmehr stünden die USA weiterhin zur Politik der deutschen Wiedervereinigung.

Auf seiner Pressekonferenz in Washington sagte Kennedy, die Politik der Wiedervereinigung sei in der Vergangenheit und in der Gegenwart für die USA verbindlich gewesen. Sie bleibe auch für die Zukunft gültig. Diese Politik werde von dem neuen Teilabkommen über die Einstellung der Kernwaffenversuche und einem etwaigen Beitritt der Sowjetzonenrepublik zu diesem Abkommen nicht berührt.

Ein Beitritt der Sowjetzonenregierung zum Moskauer Abkommen dürfte nicht als stillschweigende Anerkennung dieses Regimes durch die USA ausgelegt werden. Kennedy teilte mit, daß dieser Standpunkt der USA der sowjetischen Regierung während der Moskauer Verhandlungen ausdrücklich klargemacht worden sei.

Auch die Sowjetunion habe dabei ein Regime erwähnt, das sie nicht anerkennen wünsche, selbst wenn es dem Vertrag beitreten sollte, erklärte Kennedy. Dabei sei ein Verfahren entwickelt worden, wonach jedes Land seinen Beitritt zu dem Abkommen bei nur einer der drei Depositarmächte zu hin-

terlegen braucht. Die Hinterlegung der Beitrittserklärung eines Landes bei einer der drei Depositarmächte würde keine Anerkennung durch die anderen Depositarmächte bedeuten.

Kritik gegenüber de Gaulle ließ Kennedy erneut durchblicken, als er auf die Zusammenarbeit innerhalb der Nato angesprochen wurde. Er sagte, die USA seien bereit, darüber weiter mit Frankreich zu sprechen. Er habe geglaubt, daß ein solcher Dialog möglich sei, aber de Gaulle habe offenbar seine eigenen Ansichten über die Nato und ihre Bedeutung.

Kennedy erklärte sich grundsätzlich bereit, die Zusammenarbeit mit Frankreich auf atomarem Gebiet zu verstärken. Als wichtigster Punkt seiner Ausführungen zu diesem Thema wird in Washington die Erklärung angesehen, daß die USA-Regierung Frankreich jetzt unter den Bestimmungen des Macmahon-Gesetzes als eine Atommacht ansieht. (Das Macmahon-Gesetz verbietet die Weitergabe amerikanischer Atomgeheimnisse an andere Länder. Ausgenommen davon sind lediglich verbündete Staaten, die selbst über eine Atommacht verfügen. Die Anerkennung Frankreichs als selbständige Atommacht gibt Kennedy theoretisch die Möglichkeit, an Frankreich in der Zukunft ebenso atomare Geheimnisse weiterzugeben, wie Großbritannien sie während der letzten Jahre empfangen hat.)

Einbe
hörer
Die
wird
Fran
bend
reich
nicht
gend
der 1
Di
wart
sche
tisch
tung
zum
ten
Nat
gun
sich
dina
den

Zu
mon
min
sam
rend
der
Na
ging
Poli
kenl
lyn
sper
Dem
Die
ten
Bau

Einigung über Rüstung McNamara bei Hassel - US-Devisenaufwan

Von unserer Bonner Redaktion

rs Bonn, 1. August

Die Besprechungen, die der amerikanische Verteidigungsminister McNamara am Donnerstag in Bonn mit Bundesverteidigungsminister von Hassel geführt hat, umfaßten vor allem drei Themen: Rüstungskäufe, Ausgleich der amerikanischen Zahlungsbilanz und militärische Entwicklungsvorhaben. Eine Gruppe von Experten hatte diese Themen vorher durchgesprochen und die Grundlagen für das Gespräch erarbeitet. Die Gesprächspartner kamen überein, daß deutsche Rüstungsaufträge an amerikanische Firmen im Wert von etwa 650 Millionen Dollar (2,6 Milliarden Mark) jährlich vergeben werden sollen.

Dadurch wäre der Devisenaufwand der Vereinigten Staaten für die in der Bundesrepublik stationierten Truppen gedeckt. Diese Rüstungskäufe entsprechen ungefähr dem bisherigen Umfang. Man beriet auch über die finanzielle Abwicklung dieser Aufträge, also die Zahlungsbedingungen, wobei von amerikanischer Seite angeregt wurde, auch langfristige, über mehrere Jahre sich erstreckende Aufträge möglichst zügig zu finanzieren. Von deutscher Seite wurde darauf hingewiesen, daß der Erfüllung dieses Wunsches durch den Wehretat der Bundesrepublik bestimmte Grenzen gesetzt seien.

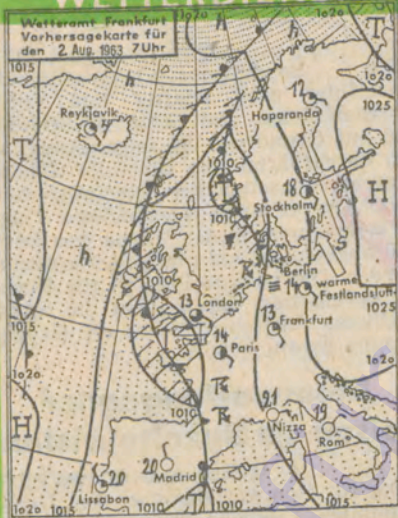
Im Prinzip verständigte man sich auch über die Entwicklung eines Gemeinschaftspanzers, der den militärischen und technischen Anforderungen der siebziger Jahre entsprechen soll.

Man ist sich bereits darüber im klaren, welche Anforderungen in militärischer und technischer Hinsicht an dieses Kampffahrzeug zu stellen sind. Nun wird versucht, die Voraussetzungen für eine Gemeinschaftsproduktion zu schaffen, die die Herstellung verbilligt. In der Nato wurde diese Frage bereits diskutiert. Es wird dabei an die Beteiligung möglichst vieler Nato-Partner gedacht. Von Hassel betonte, daß er grundsätzlich ein solches Vorhaben begrüße.

Auf amerikanischer Seite nahmen an der Unterredung am Donnerstag neben McNamara der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General Taylor, und der Sicherheitsberater Präsident Kennedys, Paul Nitze, teil, auf deutscher Seite neben Hassel der Generalinspekteur der Bundeswehr, Foertsch, Staatssekretär Hopf vom Verteidigungs-

mini
sten
M
Mitt
eine
kanz
fand
statt
Bun
diese
seln
erör
Auf
ihre
gisch
dure
gung
Kon
diese
digu
der
wirk
läng
In
es v
„Vor
den
schei
Trup
liche
der
„Vor
keit
(F)

WETTERDIENST



○ klar, ● bedeckt, — 1010 mb, H = Hoch, T = Tief,
/// Niederschläge, → kalte Luft, ⇨ warme Luft

Die schönen Sonnentage bleiben uns erhalten. Der Freitag bringt wieder Temperaturen bis zu 30 Grad. Ein schwacher Südostwind sorgt für ein bißchen Erfrischung. Nachts sinken die Temperaturen auf 15 Grad. Tageshöchsttemperaturen am Donnerstag in Frankfurt 30, Berlin 27, Düsseldorf 26, Hamburg 23 und München 30 Grad. Radioaktivität der Luft 7 Picocurie (Gefährlichkeitsgrenze 220).

Scharfer Angriff gegen CDU-Landesverband Oder-Neiße

„Vorstand kann sich selbst wählen“

Von unseren Nachrichtendiensten

Hamburg, 1. August

Scharfe Kritik an angeblichen Mißständen innerhalb des CDU-Landesverbandes „Oder-Neiße“ hat am Donnerstag Jürgen Echternach, Mitglied des CDU-Landesvorstandes in Hamburg, geübt. Im Organ der Hamburger CDU warf Echternach dem Verband, dessen Vorsitzender der ehemalige Bundesvertriebenenminister Oberländer ist, vor, die Satzung sei mit der Satzung der CDU nicht in Einklang zu bringen.

Eine Satzung, die es einem Vorstand freistelle, sich durch Kooptation beliebig zu vergrößern und dadurch die Delegiertenversammlung, das Wahl- und Kontrollorgan, zu majorisieren, sei un-demokratisch, rechtswidrig und daher nichtig, betonte Echternach. Schon die Bezeichnung „Landesverband Oder-Neiße“ lasse aufhorchen. Jenseits der Oder-Neiße wohnten heute keine deutschen Staatsangehörigen mehr, und auch eine CDU habe es in Schlesien, Pommern und Ostpreußen niemals gegeben.

Der Landesverband, der sich der Satzung zufolge als eine „Zusammenfassung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge innerhalb der CDU/CSU“ bezeichne, besitze drei Organe, die Delegiertenversammlung, den Vorstand und den Ehrenrat, erklärte Echternach

weiter. Mitglieder der Delegiertenversammlung seien je ein Vertreter der Landesvertriebenenausschüsse, die Landesbeauftragten sowie Mitglieder des Vorstandes und des Ehrenrates. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder der Delegiertenversammlung liege unter 17, während dem Vorstand 22 Mitglieder angehörten.

Die Vorstandsmitglieder verfügten über die absolute Mehrheit in der Delegiertenversammlung, deren Aufgabe es sei, den Vorstand zu wählen und zu entlassen und über Satzungsänderungen zu beschließen. Der Vorstand könne sich daher selbst wählen und kontrollieren. Das verstoße eindeutig gegen Artikel 21 Absatz 1 des Grundgesetzes, in dem es heißt, die innere Ordnung der Partei müsse den demokratischen Grundsätzen entsprechen.

Der Landesverband Oder-Neiße erklärte dazu, die Vorwürfe entsprächen in allen Punkten nicht den Tatsachen. Er lehne es ab, parteinterne Fragen in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Er bedauere es daher, daß der CDU-Landesverband Hamburg diese Fragen in einer Form in die Öffentlichkeit getragen habe, die der CDU schaden könne. Bundesvorstand und Präsidium der CDU würden sich mit dem Fall in ihrer nächsten Sitzung beschäftigen.

nerstag die vom Deutschen Städtetag erneut in die Diskussion gebrachte Einführung einer Autobahnbenutzungsgebühr abgelehnt. Unsere Autobahnen mit ihren häufigen Anschlußstellen seien dazu nicht geeignet, meint Bleiß. Die Folge einer solchen Gebühr wäre außerdem ein höchst unerwünschtes Abwandern des Verkehrs auf die Parallelstraßen.

Dr. Bleiß erkannte den Anspruch der Gemeinden auf Beteiligung am Aufkommen der Mineralölsteuer voll an. Die vom Städtetag als Alternative vorgeschlagenen zusätzlichen Abgaben der Kraftfahrer seien jedoch so lange nicht gerechtfertigt, als ein Teil der schon jetzt gezahlten Abgaben zweckentfremdet werde.

Arbeitgeber fordern Überprüfung der Renten

Von unserer Bonner Redaktion

Bonn, 1. August
Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände hält es für notwendig, die Grundlagen für die Berechnung der Altersrenten abzuändern. Wenn die Renten weiter automatisch an die Lohn- und Gehaltsentwicklung gebunden würden, müßten die Rentenversicherungsträger bald in finanzielle Schwierigkeiten kommen, meint die Bundesvereinigung. Schon bei gleichbleibender Leistung und gleichbleibenden Beiträgen müßten etwa 1987 die Staatszuschüsse auf 28 Milliarden Mark ansteigen.

Die Bundesvereinigung spricht sich dafür aus, für die laufenden Renten und die Neurenten eine einheitliche Berechnungsgrundlage einzuführen, die zwar auch eine Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung sichere, aber nicht an die Lohnentwicklung anknüpfe und auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Rentenversicherung Rücksicht nehme.

Wieder ein Flug FNP Wien-Ostberlin

Wien, 1. August (dpa)

Die Sowjetzonen-Fluggesellschaft „Interflug“ wird künftig ihre Flüge zwischen Wien und Ostberlin-Schönefeld auf Grund von Einzelgenehmigungen durchführen. Die generelle Genehmigung von seiten der österreichischen Behörden für einen regelmäßigen Flugverkehr einmal in der Woche war Ende Juli abgelaufen und nicht mehr erneuert worden. Der nächste Flug ist für Samstag vorgesehen; für ihn hat die österreichische Luftfahrtbehörde die Genehmigung bereits erteilt.

Atomwaffengegner reisen als Einzeltouristen

München, 1. August (dpa)

Die 90 Atomwaffengegner aus Großbritannien, Belgien, Dänemark und Schweden, denen die österreichischen Behörden am Dienstag die Einreise verweigert hatten, haben am Donnerstag als Einzeltouristen an den verschiedensten Grenzübergängen die Grenze nach Österreich überschritten. Sie wollen am kommenden Dienstag, dem Jahrestag der Atomwaffenexplosion von Hiroshima, an einer Kundgebung in Athen teilnehmen.

Weitere politische Meldungen
auf Seite 9

Stadt

TH Darmstadt beginnt mit der Ausbildung der Gewerbelehrer

Voraussetzung: Hochschulreife und Berufsausbildung

Von unserem ständigen Mitarbeiter

Wiesbaden, 1. August

Nach fünfjähriger Vorbereitungszeit wird nun mit Beginn des Wintersemesters 1963/64 die wissenschaftliche Ausbildung für das Lehramt an Berufsbildungs-, Berufsfach-, und Fachschulen gewerblicher Richtung an der Technischen Hochschule in Darmstadt beginnen können. Bisher erfolgte die Ausbildung der Gewerbelehrer am Berufspädagogischen Institut in Frankfurt. Dies gab Staatssekretär Dr. Müller vom hessischen Kultusministerium am Donnerstag auf einer Pressekonferenz in Wiesbaden bekannt.

Damit seien, so sagte Dr. Müller, die gesetzlichen Voraussetzungen, wie sie sich aus dem Lehrerbildungsgesetz von 1958 ergäben, endlich auch für diesen Zweig der Pädagogik erfüllt. Der Zugang zum Studium der technologischen Pädagogik an der TH in Darmstadt setzt die Hochschulreife sowie eine praktische Berufsausbildung voraus. Diese ist in Form eines gelenkten Praktikums vorgesehen, und zwar sechs Monate vor Aufnahme und vier Monate während des Studiums in Betrieben der Industrie und des Handwerks.

Die Landesregierung, so betonte der Staatssekretär weiter, sei bemüht, im Zusammenwirken mit der Technischen Hochschule in Darmstadt die erforderlichen räumlichen und personellen Voraussetzungen für die Durchführung des Studiums zu schaffen. So wurden seit 1962 sieben Extraordinariate für diesen Zweig der pädagogischen Ausbildung eingerichtet.

Das Studium der technologischen Pädagogik umfaßt Ingenieur- und Erziehungswissenschaften sowie Staats- und Sozialwissenschaften. Die zukünftigen Studienräte an gewerblichen Berufsbildungs-, Berufsfach- und Fachschulen können sich für sieben Fachrichtungen der technischen Pädagogik entscheiden.

Die Professoren Huhle und Kogon unterstrichen im Verlaufe der Diskussion die zunächst noch bestehende räumliche Enge und auch den noch zu überwindenden personellen Engpaß. Doch betonten beide ebenso übereinstimmend, daß nach einer längeren Vorbereitungszeit in Hessen nunmehr die Voraussetzungen für die vollakademische wissenschaftliche Ausbildung der Gewerbelehrer am günstigsten in der Bundesrepublik geregelt sei.

Geschäftsführung
Dr. Andreas Buro
8 München 55
Andreas-Vöst-Straße 5
Fernruf 18361



Postscheck
Hannover 239848
Dr. Andreas Buro
Sonderkonto
Braunschweig

München, den

An die Mitglieder
des KURATORIUMS und des
ZENTRALEN AUSSCHUSSES und
die OSTERMARSCHAUSSCHÜSSE

1. August 1963

6. 8. 63 V.

ED 211-22-211

Liebe Freunde,

auf der Rückseite dieses Schreibens haben wir eine Stellungnahme des Ostermarsches zu dem Versuchsstoppabkommen wiedergegeben. Darin werden die Bürger der Bundesrepublik aufgefordert, von der Bundesregierung einen Beitritt zu dem Abkommen zu verlangen.

Da die Unterzeichnung des Vertrages fast genau zu dem Zeitpunkt im Jahr stattfindet, an dem vor 18 Jahren die erste Atombombe über Hiroshima abgeworfen worden ist, bitten wir Sie, diesen Text für Ihre Veranstaltungen zum Hiroshima-Tag zu verwenden und ihn bei Ihren Mahnwachen auszulegen. Damit soll die Aufforderung an die Passanten verbunden werden, den Text zu unterschreiben und sich zu verpflichten, auch von sich aus schriftlich die Bundesregierung zum Beitritt zu dem Abkommen zu bitten.

Briefe sind zu richten

An den Herrn Vizekanzler Prof. Dr. Ludwig Erhard
53 Bonn
Bundesministerium für Wirtschaft

An den Herrn Bundesminister des Äußeren, Dr. Gerhard Schröder
53 Bonn
Bundesministerium des Äußeren

Wir können auf diese Weise allen Interessierten einen Vorschlag machen, in welcher Weise sie als einzelne zu einem Fortschritt auf dem Gebiet der Abrüstung beitragen können.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie darüber hinaus den Text mit dieser Aufforderung in Ihrem Bereich verschicken würden. Der Zentrale Ausschuss wird ebenfalls einen Brief an die Regierung und einzelne Minister richten.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

gez. Andreas Buro

Kuratorium: Frank Allaun, Stefan Andres, Hedwig Born, Margherita v. Brentano, Benjamin Britten, L. John Collins, Herbert Faller, Ossip K. Flechtheim, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Werner G. Haverbeck, Gustav Heckmann, Heinz-Joachim Heydorn, Heinz Hilpert, Robert Jungk, Erich Kästner, Arno Klönne, Heinz Kloppenburg, Christel Küpper, Armin Prinz zur Lippe, Wilhelm Maler, Bodo Manstein, Martin Niemöller, Katharina Petersen, Bertrand Russell, L. Ruzicka, Robert Scholl, Martin Schröter, Helga Tempel-Stolle, Johannes Ude, Heinrich Vogel, Fritz Wenzel, Ernst Wolf.

Sprecher des Zentralen Ausschusses: Hans-Konrad Tempel, 207 Ahrensburg/Holstein, Manhagener Allee 33, Fernruf 4876

Stellungnahme des Ostermarsches der Atomwaffengegner - Kampagne für
Abrüstung - zum Abkommen über die Einstellung der Atomwaffenversuche

Die deutsche Kampagne für Abrüstung, der Ostermarsch der Atomwaffengegner, begrüßt den Abschluß des Vertrages über ein beschränktes Atomtestverbot, durch den eine ihrer Forderungen teilweise erfüllt wird. 1945 wurden die ersten Atombomben auf Menschen in den Städten Hiroshima und Nagasaki abgeworfen. Heute, fast auf den Tag genau nach 18 Jahren, ist es durch den in Moskau beschlossenen Vertrag gelungen, die seit dieser Zeit über den Menschen schwebende Bedrohung der totalen Vernichtung wenigstens ein kleines Stück zurückzudrängen. Die Kampagne sieht den Wert dieses Vertrages darin, daß eine weitere Verseuchung der Erde mit radioaktiven Stoffen verhindert wird und daß endlich ein erster konkreter Schritt zur Verminderung der Spannungen als Vorbereitung für erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen gemacht worden ist.

Besondere Bedeutung erhält der Vertrag jedoch, wenn ihm folgerichtig weitere Entspannungsmaßnahmen folgen, die auf eine allgemeine Abrüstung zielen. Für die wichtigste Maßnahme in Europa halten wir die Schaffung einer militärischen Entspannungszone in Mitteleuropa, für die bereits Vorschläge aus Ost und West immer wieder vorgelegt worden sind. WIR FORDERN DAHER

Mitteleuropa - atomwaffenfrei

Mitteleuropa - Entspannungszone

Mitteleuropa - Brücke zwischen Ost und West

Um dieses Ziel zu erreichen, erwarten wir von der Bundesregierung, daß sie alle Vorschläge hierzu sorgfältig überprüft, eigene Ergänzungen, falls nötig, ausarbeitet und sich zu Verhandlungen hierüber weiterklärt. Für vordringlich halten wir, daß sie unverzüglich alle Maßnahmen des Kalten Krieges einstellt und die Militarisierung des öffentlichen Lebens stoppt. Die gleiche Aufforderung richten wir an die Regierung der DDR.

Wir fordern die Bundesregierung auf, als nächsten Schritt unverzüglich dem Abkommen über den Versuchsstopp beizutreten, um hiermit den deutschen Friedenswillen auch nach außen deutlich sichtbar werden zu lassen. Wir bitten alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland, sich mit der gleichen Bitte an die Bundesregierung zu wenden, um damit zu dokumentieren, wie sehr ein solcher Schritt dem Willen aller Deutschen entspricht.

Z e n t r a l e r A u s s c h u s s



pressediens

ED 718-22-212

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und
zum problemkreis der abrüstung

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Zum Hiroshimatag am 6. August 1963 finden in Hessen wieder verschiedene Veranstaltungen der Atomwaffengegner statt, bei denen in Erinnerung an das grauenvolle Schicksal der japanischen Stadt Hiroshima für eine Politik der atomaren Abrüstung eingetreten wird. In 32 Städten und Gemeinden werden Gedenkveranstaltungen durchgeführt, Flugblätter verteilt und Atommahnwachen errichtet. Bitte entnehmen Sie dem beigefügten Flugblatt, was die Atomwaffengegner zum Hiroshimatag zu sagen haben.

Offenbach, 1. August 1963 - Vack

3. 8. 63 V.

Damit die dächer in der stadt
zu gärten werden,
wo die kleinen
mit sternern spielen
wie mit steinen,
wo jedes eine sonne hat,
sing ich den frieden.



Hiroshima

6. August 1945

Nur selten denken wir an diese Stadt und an jenen Tag. Vielleicht wollen wir auch daran nicht erinnert sein; wir brauchen uns dessen gar nicht zu schämen. Unsere Hoffnung auf ein schönes und glückliches Leben verbannt jeden Gedanken an das grauenvolle Schicksal dieser japanischen Stadt.

Wir würden Sie daran nicht erinnern, könnten wir in der berechtigten Hoffnung leben, daß sich Hiroshima nicht wiederholen wird. Doch die Kuba-Krise im vergangenen Jahr hat in erschreckender Weise deutlich gemacht, daß wir alle auf einem atomaren Pulverfaß sitzen.

Diesmal ist nicht nur eine Stadt, nicht nur ein Land bedroht. Das „Pulverfaß“ ist in der Lage, diesen ganzen bewohnten Planeten in die Luft zu sprengen. Verglichen mit den heutigen Wasserstoffbomben waren die Bomben von Hiroshima und Nagasaki nur ein Manöverspielzeug. Tausendfach übersteigen die Auswirkungen einer Wasserstoffbombe das Grauen dieser beiden japanischen Städte.

Doch weder Ost noch West ließen sich bis heute von ihrer atomaren Kriegsplanung abbringen; der millionenfache Tod ist mit eingeplant. Der Tod eines Menschen ist in dieser Rechnung eine nur unbedeutende Größe.

Man redet Ihnen ein,

daß der Weltfriede nur durch eine gegenseitige Abschreckung in diesen Größenordnungen, durch das sogenannte „atomare Gleichgewicht“, erhalten werden kann.

Man verschweigt Ihnen,

- daß es um Übergewicht, nicht um Gleichgewicht geht;
- daß mit der Verfügungsgewalt über atomar ausgerüstete Streitkräfte Großmachtansprüche geltend gemacht werden sollen;

- daß bereits ein „begrenzter Atomkrieg“ zur Beseitigung von „Krisenherden“ (etwa auch in Berlin?) in Betracht gezogen wird;
- daß man seinen eigenen Sicherheitsvorkehrungen, die die Auslösung eines Atomkrieges durch technisches Versagen verhindern sollen, nicht mehr trauen kann. Der „Direkte Draht“ Washington—Moskau ist das beste Eingeständnis für die ungeheure Gefahr, in der wir jahrelang lebten.

Gibt es einen Ausweg?

Ja!

Es sind in den letzten Jahren viele Vorschläge unterbreitet worden, die dazu beitragen sollten, die militärischen Spannungen zu vermindern, Krisenherde abzubauen, die **V e r n u n f t** zu einem Faktor der Politik zu machen. Man denke nur an den Rapacki-Plan, an den Plan des ehemaligen schwedischen Außenministers Uden, an die Vorschläge der Belgrader Konferenz der blockfreien Staaten.

Die Ostermarsch-Bewegung — Kampagne für Abrüstung — hat diese Vorschläge aufgegriffen

- **Einstellung der Kernwaffenversuche**
- **keine weiteren Atommächte**
- **Verträge über atomwaffenfreie Zonen, besonders in Mitteleuropa**
- **Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen**
- **allgemeine Abrüstung**

Unsere Demonstrationen sind ein Beitrag zur Unterstützung dieser Ziele.

Auf Vorschlag des englischen Komitees der 100 treffen sich in diesem Jahr viele Menschen aus vielen Ländern Europas zum Hiroshima-Tag in Athen, um gemeinsam dafür einzutreten, daß sich Hiroshima nicht wiederholen kann.

Warum in Athen?

- weil die Atomwaffengegner in Griechenland von allen unabhängigen europäischen Kampagnen die bisher stärksten Unterdrückungsmaßnahmen durch ihre Regierung zu ertragen hatten;
- weil in Griechenland der Parlamentsabgeordnete Dr. med. Gregory Lambrakis – einer der Begründer der griechischen Bewegung gegen Atomwaffen – unter den Augen der Polizei aus politischen Gründen ermordet worden ist;
- weil die Menschen Mitteleuropas gemeinsam durch den nächsten Krieg umkommen würden, versuchen sie gemeinsam, dieses Schicksal abzuwenden.

Internationale Aktionen unabhängiger Menschen und Organisationen, die sich dem Wettrüsten entgegenstemmen, werden immer häufiger und wirkungsvoller. Damit die Regierungen sich aber endlich zu ernsthaften Schritten zur Entspannung und Abrüstung gezwungen sehen, muß der Druck durch solche Aktionen und durch die öffentliche Meinung weiter verstärkt werden.

Ihre Zusammenarbeit mit uns und die Unterstützung unserer Kampagne wird zur Erreichung dieses Zieles beitragen.

Wollen Sie über die Arbeit der Ostermarsch-Bewegung informiert werden? Schreiben Sie uns.



Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 648
Druck: Graphische Werkstätte Offenbach

Vor 18 Jahren, am 6. August 1945, vernichtete eine Atombombe in wenigen Sekunden das Leben, die Existenz und die Hoffnungen von mehr als 250 000 Menschen. Die Menschheit darf das schreckliche Geschehen von Hiroshima niemals vergessen. Wenn es zu einem dritten Weltkrieg käme, würde schon in seiner ersten Stunde ein tausendfaches Hiroshima über die Welt hereinbrechen.

Deshalb veranlassen uns die Mahnung von Hiroshima und die eigenen schmerzlichen Erfahrungen im letzten Krieg, uns an diesem Tag erneut zu jenen zu bekennen, die in aller Welt im Gedenken an die Opfer die Ächtung der Atomwaffen, die Einstellung der Kernwaffenversuche und die allgemeine und kontrollierte Abrüstung fordern.

Wir können uns nicht dem verhängnisvollen Irrglauben jener Politiker und Militärs in unserem Lande anschließen, die nach eigener Verfügungsgewalt über Atomwaffen streben und darin eine Garantie für unsere Sicherheit erblicken wollen.

Atomwaffen auf deutschem Boden werden zwangsläufig die atomare Vernichtung auf unser Land lenken. Die Fortsetzung des Wettrüstens und die Vermehrung der Zahl der Atommächte muß die Gefahr eines neuen Krieges vergrößern. Abrüstung hat noch nie zu einem Krieg geführt. Stets ist den Kriegen das Wettrüsten vorausgegangen.

Doch wir können uns nicht damit begnügen, die Einstellung des Wettrüstens nur allgemein zu fordern. Jedes Volk muß und kann einen eigenen Beitrag zur Abrüstung leisten. Unser deutscher Beitrag heißt: Keine Atomwaffen auf deutschem Boden!

Kein Tag erscheint uns geeigneter, in diesem Sinne unsere Stimme im Chor der Völker zu erheben und für einen eigenen Abrüstungsbeitrag der Bundesrepublik einzutreten, als der Gedenktag von Hiroshima.

Wir appellieren an unsere Mitbürger, an diesem Tag an den Mahnwachen der Atomwaffengegner teilzunehmen und gemeinsam dafür einzutreten

- ⊕ daß die Kernwaffenversuche eingestellt werden,
- ⊕ daß die Zahl der atomwaffenbesitzenden Ländern nicht vergrößert wird,
- ⊕ daß den atomwaffenlosen Ländern weder direkt noch indirekt eine Verfügungsgewalt über atomare Vernichtungswaffen eingeräumt wird,
- ⊕ und daß der deutsche Boden im Rahmen einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa von Kernwaffen freigemacht wird.

D. Martin Niemöller
Dr. Erich Kästner
Prof. Dr. Siegmund-Schultze

Frau
Christel BEILMANN

463 Bochum
Kettelerstr 14

- ZIVIL-Redaktion -

~~34-7-63~~
Horst MAURER
6 Frankfurt 14
Burgstr 47

31. 7. 63

Material für INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG

Liebe Frau Beilmann,

ich trage jeden Monat kleine Meldungen aus aller Welt über Kriegsdienstverweigerung, direkte Aktionen und Atomproteste, aber auch "Tatsachen" wie atomare Aufrüstung, Bunkerbau und ähnliches zusammen, für die letzte Seite unserer Verbandszeitschrift ZIVIL.

Da es mir nichts ausmacht, eine Kopie mehr zu fertigen, werde ich Ihnen von Dingen, die auch für die OM-iza interessant sein dürften, jeweils eine Kopie übersenden, zur beliebigen Verwendung. Ich würde mich freuen, wenn das eine oder andere hilfreich wäre.

/ Anbei die ersten Blätter; die großen Buchstaben rechts oben sind für sie bedeutungslos. Unten steht jeweils ein kurzgefaßter Quellenvermerk für mich. Wenn eine Quelle genannt werden muß bzw. sollte, steht dies gleich anschließend an den Text oben.

/ Weiter anbei einen Artikel von Gerard DAECHSEL "Zufalls-Krieg droht jeden Augenblick!", den er mir zur Verfügung gestellt hat und der ebenfalls zum Abdruck zur Verfügung steht; er geht noch an einige andere Blätter.

Anlage

Mit freundlichen Grüßen

Kopie an VACK

15 Meldgn
7 x Daeschel

An die Mitglieder
des KURATORIUMS und des
ZENTRALEN AUSSCHUSSES
und die OSTERMARSCHAUSSCHUSSE

28. Juli 1963

6. 8. 63 V.

Liebe Freunde!

In der Anlage übersende ich Ihnen das Protokoll über die letzte Sitzung des ZA.

Ferner möchte ich Sie davon unterrichten, daß seit dem 15. Juli 1963 Herr Frieder Schöbel als Ostermarsch-Sekretär ganztagig hier in München für uns arbeitet. Wir hoffen, daß hierdurch die Arbeit des ZA wesentlich verbessert wird.

Wie Sie wissen, sind unsere geldlichen Verpflichtungen erheblich gewachsen. Ich bitte daher alle Ausschüsse, sofort alle noch offenen Rechnungen auf das oben angegebene Konto des ZA zu bezahlen. Ausgaben im Namen des ZA können nur nach Genehmigung durch die Geschäftsführung gemacht werden.

Diesem Schreiben ist außerdem ein Aufruf von Martin Niemöller, Erich Kästner und Professor Siegmund-Schultze beigelegt^{x)} Leider haben wir den Aufruf so spät erhalten, daß er nicht mehr bei der Ausarbeitung des Flugblattes für den Hiroshima-Tag berücksichtigt werden konnte. Falls möglich, sollte jedoch im Rahmen von Veranstaltungen zum 6. August auf diese Erklärung hingewiesen werden. - Bei den Veranstaltungen sollte ferner das Abkommen über den Versuchsstopp als ein erster Schritt begrüßt werden. Eine Sicherung der Menschheit kann jedoch nur erreicht werden, wenn weitere Abkommen folgen. Der OM schlägt als nächsten Schritt die Bildung einer europäischen Entspannungszone vor.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr

gez. Andreas Buro

P.S. Bitte den Termin der nächsten ZA-Sitzung am 7. und 8. September vormerken!

x) Siehe Rückseite

AUFRUF ZUM 6. AUGUST

Vor 18 Jahren, am 6. August 1945, vernichtete eine Atombombe in wenigen Sekunden das Leben, die Existenz und die Hoffnungen von mehr als 250 000 Menschen. Die Menschheit darf das schreckliche Geschehen von Hiroshima niemals vergessen. Wenn es zu einem dritten Weltkrieg käme, würde schon in seiner ersten Stunde ein tausendfaches Hiroshima über die Welt hereinbrechen.

Deshalb veranlassen uns die Mahnung von Hiroshima und die eigenen schmerzlichen Erfahrungen im letzten Krieg, uns an diesem Tag erneut zu jenen zu bekennen, die in aller Welt im Gedenken an die Opfer die Achtung der Atomwaffen, die Einstellung der Kernwaffenversuche und die allgemeine und kontrollierte Abrüstung fordern.

Wir können uns nicht dem verhängnisvollen Irrglauben jener Politiker und Militärs in unserem Land anschließen, die nach eigener Verfügungsgewalt über Atomwaffen streben und darin eine Garantie für unsere Sicherheit erblicken wollen.

Atomwaffen auf deutschem Boden werden zwangsläufig die atomare Vernichtung auf unser Land lenken. Die Fortsetzung des Wettrüstens und die Vermehrung der Zahl der Atomkräfte muß die Gefahr eines neuen Krieges vergrößern. Abrüstung hat noch nie zu einem Krieg geführt. Stets ist den Kriegen das Wettüsten vorausgegangen.

Doch wir können uns nicht damit begnügen, die Einstellung des Wettrüstens nur allgemein zu fordern. Jedes Volk muß und kann einen eigenen Beitrag zur Abrüstung leisten. Unser deutscher Beitrag heißt: Keine Atomwaffen auf deutschem Boden!

Kein Tag erscheint uns geeigneter, in diesem Sinne unsere Stimme im Chor der Völker zu erheben und für einen eigenen Abrüstungsbeitrag der Bundesrepublik einzutreten, als der Gedenktag von Hiroshima.

Wir appellieren an unsere Mitbürger, an diesem Tag an den Mahnwachen der Atomwaffengegner teilzunehmen und gemeinsam dafür einzutreten,

- + daß die Kernwaffenversuche eingestellt werden,
- + daß die Zahl der atomwaffenbesitzenden Länder nicht vergrößert wird,
- + daß den atomwaffenlosen Ländern weder direkt noch indirekt eine Verfügungsgewalt über atomare Vernichtungswaffen eingeräumt wird,
- + und daß der deutsche Boden im Rahmen einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa von Kernwaffen freigemacht wird.

D. Martin Niemöller
Dr. Erich Kästner
Prof. Dr. Siegmund-Schultze

FR Sa 27.7.63

S. 7

LOKALER

Atomwaffengegner aus England in Frankfurt

Eine Gruppe englischer Atomwaffengegner, die sich auf der Fahrt zu dem am 6. August in Athen stattfindenden Hiroshima-Gedenktag befindet, wird am Sonntagabend gegen 18 Uhr in Frankfurt eintreffen.

Wie der Sprecher des Hessischen Ausschusses vom Ostermarsch der Atomwaffengegner mitteilte, fahren die Atomwaffengegner von der südlichen Fahrbahn der Rheingauallee mit einem Autokorso durch die Straßen der Innenstadt zum Römerberg, wo um 19.30 Uhr eine kurze Kundgebung vorgesehen ist.

Sprecher auf dieser Kundgebung sind Dr. Hans Schenk (Darmstadt), ein Mitglied der englischen Gruppe sowie Rudolf Rolfs. Nach der Veranstaltung auf dem Römerberg fährt der Autokorso weiter nach Offenbach, wo die ausländischen Gäste im Naturfreundehaus auf der Rosenhöhe übernachten werden.

Athen wurde, wie der Hessische Ausschuss der Ostermarschierer mitteilte, als Ort für den zur Erinnerung an den ersten Atombombenabwurf begangenen Hiroshima-Tag gewählt, „weil die Atomwaffengegner in Griechenland von allen unabhängigen europäischen Kampagnen die bisher stärksten Unterdrückungsmaßnahmen durch ihre Regierung zu ertragen hatten.“ o-k

Drei Monate unter heißer Sonne

Drei ISSF-Studentengruppen flogen zum „Praktikum“ ins Ausland

Drei Monate — also die ganzen Semesterferien — wird der Arbeits- und Studienaufenthalt dauern, zu dem drei Gruppen (zu je sieben Mann) des Internationalen Studentenbundes ISSF in Indien, Afghanistan und Tanganjika abgeflogen sind. Die Veranstalter haben es sich zur Aufgabe gemacht, den Teilnehmern Anregungen zu einer verstärkten Beschäftigung mit den Entwicklungsländern zu geben, nicht zuletzt auch für eine etwaige spätere berufliche Tätigkeit in diesen Ländern im Rahmen der Entwicklungshilfe.

Nun stimmt es natürlich zunächst etwas skeptisch, wenn man hört, daß so große Ziele in einem doch relativ kurzen Aufenthalt von nur drei Monaten erreicht werden sollen. Immerhin erklären bereits die Veranstalter einschränkend, es sei von geringerem Interesse, ob derjenige, der ein solches „Praktikum“ mitmacht, sich auch später direkt in den Dienst der Entwicklungshilfe stellt. Die Zusammenarbeit mit den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas verlange ja eine breite Schicht von verständnisvollen, erfahrenen und weit-sichtigen Menschen in allen Bereichen des Staates, der Industrie, der privaten Organisation und der eigentlichen technischen Assistenz.

Sprachkenntnisse unumgänglich

Um zu einer derartigen Breitenwirkung zu gelangen, wird bereits bei der Auswahl der Teilnehmer — nur jeder zehnte kann mit — bewußt über die naturgemäß am stärksten interessierten Gruppen der technisch-naturwissenschaftlichen Berufe hinausgegangen und insbesondere außer künftigen Medizinern auch Lehrer „miteingeplant“.

Bei der Auswahl wird davon ausgegangen, daß sprachliche Gewandtheit eine unabdingbare Voraussetzung für erfolgreiche Teilnahme an dem Programm ist. Vor allem kommen Englisch, für Lateinamerika Spanisch und Portugiesisch in Frage. Während im Augenblick Kenntnisse gewisser Eingeborensprachen — insbesondere Afrikas — noch Ausnahmen sind, soll künftig das Studium zumindest ihrer Anfangsgründe verstärkt werden.

Den ausgewählten Teilnehmern wird zunächst eine selbständige intensive Vorbereitung auf den Aufenthalt vor Beginn der Reise zur Pflicht gemacht, wobei er sich bereits mit einem bestimm-

Wer das Nabelkraut schätzt, der muß nicht nach Abessinien fahren, wo es beheimatet ist. Er kann es auf seinem Balkon anpflanzen. Das Nabelkraut gehört nicht zu den Pflanzen des Speisezettels, es ist zur Zier bestimmt. Und in dieser Hinsicht ist das Nabelkraut nur eine unter vielen hundert Pflanzen, die in der Ausstellungshalle des Palmengartens für sechs Wochen zu bewundern sind.

Der Name dieser Ausstellung klingt etwas prosaisch: „Pflanze im Raum“. Doch die bunte Landschaft der Zimmerpflanzen spricht eine poetische Sprache. Dieses schöne Hobby, sich Balkon, Fenster und Terrasse botanisch zu gestalten, ist immer stärker anzutreffen. In einem Maße, so sagte Palmengartendirektor Encke, wie man es nicht erwartet habe. Der Mensch des technischen Zeitalters suche offenbar ein Gegengewicht. In Berlin, so hörte man, nimmt sogar der soziale Wohnungsbau auf das grüne Steckenpferd der

Leute Rücksicht. Jede neugebaute ein Blumenfenster haben.

Es ist nicht nur eine Schau der Schilder, ist auch eine Schau der Erklärungen. Ob sie für kühle Räume eignen oder im Zimmer. Wie man Schädlinge bekämpft und welche Eigenheit jener Pflanze besonders zu beachten man beispielsweise die indische Pflanze und erfährt, daß ihre Früchte keimbar sprechen können. Sie sind völlig. Aber als Ampelpflanze ist die indische sehr wohl geeignet.

Die Liebhaber der Zimmerpflanzen den nächsten Wochen im Palmengarten viel zu notieren haben. Mit Blumen kommen sie in die Ausstellungshalle, schläge der Fachleute aufzuschreiben die Qual der Wahl; denn die Auswahl regungen für kleine und große Geländer es einen Terrassengarten, in dem wuchert, ein Aquarium ist auch das Wintergarten fehlt nicht, der übrige modern geworden ist. Zur Zeit der Wende fehlte er in keinem reichhaltigen, jetzt erlebt er eine Renaissance.

Nicht unerschwinglich

Unter den vielen Pflanzen, die man hängen und sich schlingen, entdecken Gewächshäuser, schon für den Pflanzenfreund gedacht. Auch die Vergnügen ist nicht unerschwinglich. Mark kann man ein Gewächshaus erwerben. Und mit ein wenig Rühlpflanzen man das Blumenfenster aus Urganzen. Da duftet Myrte und Rosmarin, denkbar neben dem Mottenkönig, die blume legt Ehre ein für ihren Namen man Wiedersehen mit der Standard-scher Wohnzimmer. Es ist die Zimmer etwas schwächliches Grün das die Zeit des Bürgertums andeutet.

Von der Bewunderung allein können nicht leben. Sie müssen riechen werden, und darum ist der Lehrstuhl, der sich mit dem richtigen Pflanzensetzen, Verpflanzen und der Schädlingsbekämpfung, eine wichtige Ergänzung. Sen, wie man einen Dachgarten auf Mooswand bepflanzt, ob man Schöne Sonne erlaubt. Bis zum 7. September darüber im Palmengarten viel zu die Pflanzen am heimischen Blumenfenster dafür dankbar sein.

„Brandrot“

Löschzüge erhalten rot

Ein neues „Make-up“ erhalten nellen „Brandrot“, leuchten die Dipl.-Ing. Knack am Freitag klärte, hat man sich dazu entschlossen werdenden Vorliebe für Rot

Bei der neuen Lackierung — in dreiviertel Jahres sollen alle Wagen sehen sein — werden die Kotflügelhäuser, die Vorder- und Rückseiten

Verdienste um Bundesrechnungshof

ein Atlas Film

»Ein harter, spannender Film, brillant fotografiert, hervorragend gespielt, mit einer großartigen Regieleistung. Verzeihen Sie die Superlative, es sind fast Untertreibungen.«

(Daily Graphic)

In weiteren Rollen:

Josef Cotton · Trevor Howard · Alida Valli
Erich Ponto · Siegfried Breuer · Paul Hörbiger

Nach dem Roman von **Graham Greene**

In Neufassung mit dem Prädikat „Besonders wertvoll“
ausgestattet.

14.00, 16.15, 18.30, 20.45 Uhr

Frei ab 12 Jahren



Lange Straße 22
Telefon 2 38 64
16.15 · 18.30 · 20.45

Frei ab
16
Jahren

2. Woche in unseren Theatern
Marianne Koch
Heinz Drache

Hübbscher
als die Polizei
erlaubt

Frisch, frivol, frech -

ein bezauberndes Lustspiel voll ausgelassener Heiterkeit
und echt pariserischem Charme!

10.30, 12.30, 14.30, 16.30, 18.30, 20.30 · So. ab 12.30 · Ab 12 J.

Der schwarze Panther von Ratana

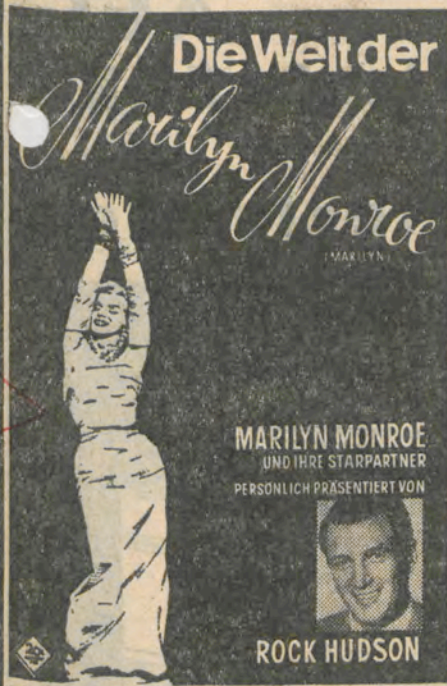
Ein großer Abenteuer-Krimi von „Stahlnetz“-Regiss. J. Roland

Hauptwache

Alemannia

Telefon 2 55 95

Die Frau, die Millionen faszinierte, in ihren 15 größten
Rollen, in ihrem leider wirklich letzten Film



Die Welt der

MARILYN MONROE
UND IHRE STARPARTNER
PERSONLICH PRÄSENTIERT VON

ROCK HUDSON

Ein CINEMASCOPE-Farbfilm im Verleih der Centfox

drollig und
frech, albern
und weise,
voll von
sprudelndem
Leben.

M M
wie wir sie nie
wieder sehen
werden.

Freigegeb. ab 6 J.

Tägl.
13.15
15.45
18.15
20.45

Im Steinweg

METRO-SCHWAN

Telefon 2 40 30

3. Woche

Tatsachen - nackte Tatsachen

Ein Film
von Gualtiero Jacopetti



(La donna nel mondo)

Ein Technicolor-Film der Gloria

Freigegeben ab 18 Jahren

13.15, 15.45, 18.15, 20.45 Uhr

Ein sensationeller Film,
der nichts, aber auch
nichts verschweigt.
LEBEN - LIEBEN - LEIDEN
die Frauen unserer
Welt.

Im Steinweg
2. Woche

Bambi studio für
filmkunst

Telefon 2 67 07

2. Woche

NACHTZUG FR

Ein Film von Jerzy Kawalerowicz, der besondere Achtung verdient.
Vergleichen Sie die Urteile der Frankfurter Presse.
Einmütiges Urteil: „sehenswert“. Deutsche Fassung.

Freigegeben ab 12 Jahren · Täglich 15.00, 15.30, 18.00, 20.30 Uhr

DAS INTIME KINO
Lux AM ZOO
Pflingstweidstr. · Telefon 49 1725

Ingmar Bergmans frechster Film!

LEKTION IN LIEBE

E. Dahlbeck, G. Björnstrand, H. Andersson
Präd. wertv. - 15.45, 18.15, 20.45 - Ab 18 J.

KAISER Scala

Kaiserstraße 54 - Tel. 33 78 40
10.30, 12.30, 14.30, 16.30, 18.45,
20.45 Uhr; Sonntag ab 12.30

Schäfergasse 29 - Tel. 2 25 38
11.00, 13.00, 15.00, 17.00, 19.00,
21.00 Uhr; So. ab 13.00 Uhr
Freit., Samst. auch 23 Uhr

**URSUS
im Tal
der Löwen**

Ein Abenteuer-Farbfilm

**Erstaufführung
Jean Marais
in dem Abenteuer-Farbfilm
Fracass, der freche
Kavalier**

Kaiser: Täglich 22.45 Uhr: **Versuchung am See**

HIROSHIMA-AUTOKONVOI LONDON - FFM. - ATHEN

Engländer, Belgier, Holländer, Dänen, Deutsche und Österreicher fahren zum internationalen Hiroshima-Gedenktag nach Athen zur Großkundgebung am 6. August 1963.

Wir empfangen sie am **Sonntag, 28. Juli, 18 Uhr**
in der Rheingauallee, südl. Seitenfahrbahn, zwischen Opel-Rondell und Philipp-Reis-Straße

ED 718-22 219



Anschließend:
Autokorso durch Frankfurt a. M.
Kundgebung a. d. Römerberg 19.30
Es sprechen: Dr. Hans Schenck
Ein Fahrtteilnehmer
Rudolf Rolfs

Anschließend
Autokorso nach Offenbach a. M.
Zusammensitzen mit den ausländischen Gästen im Naturfreundehaus auf der Rosenhöhe, Offenbach

mit
Samson I
Der größte Held
tums in neuen,
sehen Aben
11. 13. 15. 17.
Fr./Sa. auch

**HOTEL-KURHAUS
BAD SODEN/TS**
Hans Arnold

Samstags: TAN
Sonntags: TA
Täglich: KO
Sehr gef
Hervorragend
Tel. (06196) 775 - Te

Bad Hersfelder
26. 7. Ein Engel
Babylon
27. 7. Becket oder
Gottes (20.15
28. 7. Ein Sommer
29. 7. Becket oder
Die Ehre Go
30. 7. Iphigenie
31. 7. Ein Engel
Babylon
Beginn 20.15
Bus-Sonderverkel
Hbf., Omnibusbh
Uhr, Rückkehr g
Fahrpr. 12,50 DM.
Buskarten bei
Deutsches Reiseb
Eschersheimer L
Tel. 55 06 61; sow
ren D E R -
Hapag-Lloyd I
Kaiserstraße 14,
Eise Bauer, Zeil

Ria
Das vorn
Tanz-C
*
Täglich
Nur Spitzen
*
Gallusan

KLEIN
Bertramswiese u
● 18 Bahn

RATSK
Wir sind w
SAMSTAG, D
WEINFE
JEDEN DIE

Jö
Gutleutstraf

FR Fr. 26.7.63
S. 10

ED 718-22-220

24.7.63

HIROSHIMA-AUTOKONVOI ~~GE~~ LONDON - FRANKFURT - ATHEN

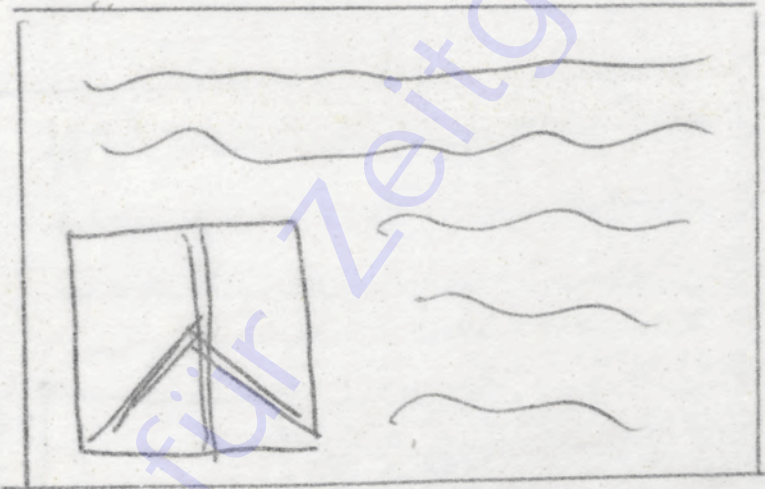
Engländer, Belgier, Holländer, Dänen, Deutsche und Österreicher fahren zum internationalen Hiroshima-Gedenktag nach Athen zur Großkundgebung am 6. August 1963.

Wir empfangen sie am
Sonntag, 28. Juli, 18 Uhr
in der Rheingauallee, südliche Seiten-
fahrbahn, zwischen Opel-Rondell und
Philipp-Reis-Straße

Anschließend AUTOKORSO DURCH FRANKFURT
KUNDGEBUNG AUF DEM RÖMERBERG 19.30 Uhr

Es sprechen: Dr. Hans ~~Chenek~~ Schenck
Ein Fahrtteilnehmer
Rudolf Rolfs

Anschließend AUTOKORSO NACH OFFENBACH
Zusammensein mit den ausländischen
Gästen im Naturfreundehaus auf der
Rosenhöhe, Offenbach



Mi 24.7.63

an FR/WAGNER/
Anzeigenleiter

~ DM 180,-

am Freitag, 26.7.

Institut für Zeitgeschichte

HIROSHIMA-AUTOKONVOI LONDON - FRANKFURT - ATHEN

~~Hier~~

~~HIROSHIMA-AUTOKONVOI LONDON, FRANKFURT, ATHEN~~

Engländer,
~~Briten~~, Belgier, Holländer, Dänen, Deutsche und Österreicher
fahren zum internationalen Hiroshima-Gedenktag nach Athen
zur Großkundgebung am 6. August, 1963.

Wir empfangen sie am Sonntag, ~~den~~ 28. Juli, ~~18~~ 18 Uhr
~~48~~ Uhr in der Rheingauallee.....

Abatz
Abatz

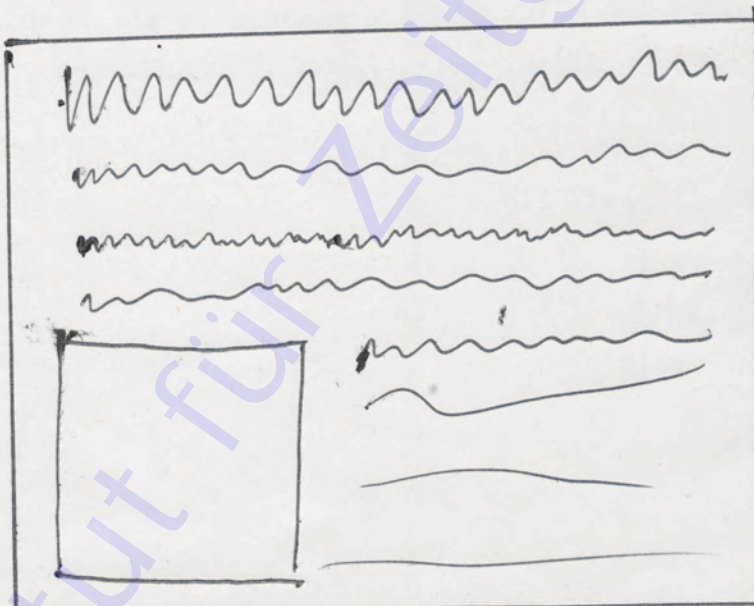
Anschließend Autokorso durch Frankfurt.
Kundgebung auf dem Römerberg 19.30 Uhr

Es sprechen: Dr. Hans Schenck
Ein Fahrtteilnehmer
Rudolf Rolfs

Abatz

Anschließend Autokorso nach Offenbach
Zusammensein mit den ausländischen Gästen
im Naturfreundehaus auf der Rosenhöhe, Offenbach.

südliche Seitenfabrikbahn
Opel-Kondell + Philipp-Weis-Str.



— = fetter
== = noch fetter ? gesperrt ?

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

6050 Offenbach, 23. Juli 1963
Waldstr. 99, Postfach 648

24. 7. 63 V.

ED 718-22-222

An alle
Örtlichen Ausschüsse
an den
Hessischen Ausschuss
= = = = =

Liebe Freunde,

Sie finden beigelegt noch einmal ein Rundschreiben, das auf den Empfang, die Begrüßung und Kundgebung mit unseren ausländischen Freunden hinweist, die in einem Autokonvoi von London nach Athen reisen und am kommenden Sonntag in Frankfurt sein werden. Aus finanziellen Gründen ist es dem Hessischen Ausschuss nicht möglich, noch einmal an alle Ostermarschteilnehmer ein Rundschreiben zu versenden. Wir bitten Sie, das beigelegte Rundschreiben so schnell es irgend geht, persönlich oder durch die Post an möglichst viele Ostermarschanhänger zu bringen. Wir glauben, auf diesem Weg doch einen breiten Teil unserer Anhänger ansprechen zu können, um so unseren ausländischen Freunden den Empfang zu geben, der ihnen auf Grund ihrer großen Anstrengung gebührt.

Mit freundlichen Grüßen!

Klaus Vack
(Klaus Vack)

X/ 30 X RS
23.7

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

6050 Offenbach, 23. Juli 1963
Waldstr. 99, Postfach 648

Liebe Freunde,

wir konnten dieses Rundschreiben aus finanziellen Gründen nicht an alle Ostermarschanhänger verschicken. Deshalb sind Sie, der Empfänger, aufgefordert, es besonders aufmerksam zu lesen und wenn irgend möglich an der darin angekündigten Veranstaltung teilzunehmen.

Ihnen ist durch unser letztes Rundschreiben und durch den Hinweis in "Ostermarsch 63" bekannt, daß am 6. August zum Hiroshima-Tag in Athen eine große internationale Antiatomkundgebung stattfindet. Zu dieser Kundgebung fährt ein Autokonvoi von London über Belgien, Deutschland, Österreich, Jugoslawien nach Athen. Dieser Konvoi wird mit seinen rund 100 Teilnehmern am kommenden Sonntag, dem 28.7.1963 in Frankfurt ankommen. Unsere vorwiegend englischen Freunde müssen damit rechnen, daß sie an der griechischen Grenze abgewiesen werden. Sie sind trotzdem das Risiko einer weiten, anstrengenden Reise eingegangen und es gebührt ihnen deshalb vor allen Dingen in jenen Städten, durch die sie reisen, die Aufmerksamkeit aller Atomwaffengegner. Wir haben deshalb folgendes geplant:

Der Autokonvoi soll am Sonntag von Köln kommend, gegen 18.00 Uhr in Frankfurt eintreffen. Bei überfüllter Autobahn ist es selbstverständlich möglich, daß sich die Anreise um eine Stunde verzögert. Trotzdem plant der Hessische Ausschuss, gemeinsam mit dem Autokonvoi ein Autokorso durch die Frankfurter Innenstadt. Wir treffen uns am Sonntag um 18.00 Uhr mit unseren PKW's in der Rheingauallee (Treffpunkt: rechter Parkstreifen an der Fahrbahn, die in die Innenstadt führt, irgendwo zwischen Opelkreisel und Messegelände.) Transparente und Material zum Festmachen wird von uns mitgebracht. Unser Korso geht durch die Frankfurter Innenstadt. Die Route kann noch nicht bekannt gegeben werden, da die Verhandlungen mit der Polizei noch laufen.

Gegen 19.30 Uhr findet dann auf dem Römerberg oder in der Nähe (vor der Paulskirche, auf dem Platz am Eisernen Steg) eine kurze Kundgebung statt, bei der Dr. Hans Schenck, einer unserer englischen Freunde und Rudolf Rolfs sprechen werden. Im Anschluß an die Kundgebung fährt unser Korso nach Offenbach zum Naturfreundehaus auf der Rosenhöhe. Dort werden unsere englischen Freunde untergebracht und wir haben Gelegenheit, noch einige Zeit mit ihnen über ihre Erlebnisse und ihre Ziele zu diskutieren.

Diese ganze Aktion wurde von uns in größter Eile vorbereitet. Obwohl auch viele Mitglieder des Hessischen Ausschusses im Urlaub sind und für uns einige organisatorische Schwierigkeiten bestehen, haben wir die Mühe nicht gescheut. Wir glauben, dies unseren ausländischen Freunden schuldig zu sein. Bitte, versuchen nun Sie alles, daß Korso und Kundgebung zu recht eindrucksvollen Veranstaltungen werden und unsere ausländischen Freunde am nächsten Tag mit neuer Kraft und neuem Mut ihre Weiterreise antreten können.

Wir begrüßen Sie freundlichst

Klaus Vack
(Klaus Vack)

ED 718-22-224

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 23.7.1963
Waldstr. 99, Postfach 648
29.7.63

An die örtlichen Ausschüsse;
dem Hessischen Ausschuß zur Kenntnisnahme

Liebe Freunde,

wir geben Ihnen beigelegt zum Hiroshimatag Pressematerial, das Norbert Winkler zusammengestellt hat. Mit diesem Material sollten Sie versuchen, die örtliche Presse zur Berichterstattung zum Hiroshimatag anzuregen.

Vor allen Dingen in kleineren Zeitungen, die in ländlicher Gegend erscheinen, kann man bestimmt durch persönliches Vorsprechen erreichen, daß anhand unseres Materials ein Artikel erscheint.

Natürlich sollten Sie die Presse auch über die Aktionen informieren, die in Ihrer Stadt oder Gemeinde durchgeführt werden. Wenn Sie eine Mahnwache errichten oder eine Gedenkfeier veranstalten, wird bestimmt eine Berichterstattung in der örtlichen Presse möglich sein.

Besonders für kleinere Gemeinden empfiehlt es sich, auch mit einigen Persönlichkeiten Kontakt aufzunehmen, die evtl. im Sinne dieser Zusammenstellung eine Stellungnahme abgeben.

Da unsere Geschäftsstelle bis einschließlich 4. August geschlossen ist, besteht jetzt keine Möglichkeit mehr, Material zum Hiroshimatag anzufordern. bzw. zu liefern.

Wir hoffen, daß Sie viel Erfolg haben und verbleiben

mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack

(Klaus Vack)

I. Hiroshima

Der 6. August 1945 bot traurigen Anlaß zu einem echten Gedenktage. Etwa 100 000 Tote und ein Heer von Verletzten waren die Opfer einer Sekunde dieses heißen Sommertages. Später erhöhte sich die Zahl der Todesopfer fast um das Doppelte und noch heute sterben japanische Menschen an den Folgen des damaligen Ereignisses.

Der 6. August 1945 hat mit einer blutigen Kerbe den Eintritt der Menschheit in das Atomzeitalter markiert.

Was war geschehen?

Bereits zu Anfang des letzten Weltkrieges waren Wissenschaftler auf die Möglichkeit einer künstlich zu erzeugenden atomaren Kettenreaktion gestoßen. Während des Krieges mußten die Alliierten damit rechnen, daß Deutschland die Freisetzung atomarer Energien mittels der Kettenreaktion zum Bau einer Supervernichtungswaffe benutzen würde. Tatsächlich war den deutschen Wissenschaftlern die Theorie zur Atombombe bekannt, allerdings wurde in Deutschland zu keiner Zeit des Krieges ernsthaft der Bau atomarer Waffen forciert. Solche Projekte brauchten Zeit und kosteten Geld, viel Geld. Beides hatte Deutschland nicht.

Trotzdem hatte man in Amerika Angst vor einer deutschen Atomwaffe und etwa ab 1941 begann man in Amerika mit der Entwicklung dieses Massenvernichtungsmittels. Es ist gut sich daran zu erinnern, daß die erste Atombombe aus Angst vor dem deutschen Nationalsozialismus gebaut wurde.

"... Ich betone deshalb, daß es während des ganzen Krieges unser Ziel war, die Bombe als erste zu bauen und auch anzuwenden..." schrieb später der damalige Kriegsminister von Amerika.

Jedoch als die Bombe fertig war, war auch der Krieg gegen Deutschland zu Ende. Amerika befand sich nur noch im Kriegszustand mit Japan. Ob daher die Bombe nunmehr auf Japan abgeworfen werden sollte war die einzige Frage, die ein sogenannter "Interimsausschuss" in Washington beantworten sollte.

Und man entschied sich für den Abwurf!

Der geplante Abwurf der amerikanischen Atombombe sollte zwar den Krieg schneller beenden, hatte jedoch besonders auch demonstrative Bedeutung. Er sollte ein Abschreckungsfaktor für die Zukunft und eine gleichzeitige Machtdemonstration Amerikas sein. Der Einsatzort der Bombe wurde denn auch nicht nach militärischen Notwendigkeiten, sondern nach Forderungen eines "Versuchs" besimmt.

An dem Entschluß, die Bombe einzusetzen, änderte auch der Protest der an der Entwicklung beteiligten Wissenschaftler (Franck-Report) nichts.

Am 6. August 1945 um 8.15 Uhr wurde über der japanischen Stadt Hiroshima die erste Atombombe zur Explosion gebracht. Millionen Grad Hitze entwickelte sich im Kernpunkt und neben der eigentlichen Explosionswirkung entstand ein Höllenbrand, der in kurzer Zeit ganz Hiroshima erfaßt hatte. Drei Tage lang brannte die Stadt, dann erlosch sie wie ein ausgeglühter Vulkan.

Japan kapitulierte bedingungslos und die Amerikaner besetzten Japan noch vor dem Einmarsch der russischen Streitkräfte. Das politische Ziel Amerikas war erreicht.

II. Der atomare Wettlauf

Der Bombenwurf von Hiroshima war eine Machtdemonstration ersten Ranges, in militärischer und besonders in wirtschaftlicher Hinsicht. Eine solche Demonstration war aber auch gleichzeitig eine Herausforderung des kapitalistischen Westens gegen den kommunistischen Osten. Das Wettrüsten begann.

Spätestens 1949 hatte auch Rußland "seine" Bombe. Amerika experimentierte inzwischen mit der tausendmal stärkeren H-Bombe.

Rußland zog nach.

Der "letzte Schrei" ist die Neutronenbombe mit einer Zerstörungskraft unvorstellbaren Ausmaßes. Das Kernwaffenpotential ist nunmehr so stark angeschwollen, daß die Erdbevölkerung mehrmals vernichtet werden kann.

Daß dieses Wettrüsten nicht nur militärisch, sondern auch machtpolitisch sinnlos geworden ist, wurde den Politikern und Militärs beider Seiten inzwischen klar.

Der Untergang des sogenannten "Feindes" schließt den eigenen Untergang mit ein.

Unter diesem Aspekt ist es schließlich auch zu verstehen, warum die Atommächte (nicht Macht über das Atom, sondern Macht durch das Atom) zu Vereinbarungen über die Beendigung des atomaren Wettrüstens kommen wollen. Eine gewisse Rolle spielt hierbei auch der Druck der öffentlichen Meinung.

Mit größter Wahrscheinlichkeit werden daher solche Vereinbarungen bald zustande kommen und die Menschheit wäre bis auf weiteres vor der Bombe bewahrt.

Als Nebenprodukt bei der Einhaltung solcher Vereinbarungen würde ein gewisses Maß von Vertrauen entstehen, das bei den weiteren weltweiten Abrüstungsverhandlungen förderlich sein könnte. Aber in der Politik geht es sehr wenig nach Vertrauen, sondern noch immer nach machtpolitischen Vorteilen. So erheben sich für den "kleinen Mann" bange Fragen:

Würde ein Kernwaffenstopp der jetzigen Atommächte nicht gleichzeitig ein Start zu neuen konventionellen Rüstungsbestrebungen bedeuten?

Wird sich nicht das Wettrüsten auf andere Gebiete verlagern? Biologische Waffen, Todesstrahlen, Beherrschung der Erde vom Kosmos aus; des Teufels Arsenal ist noch reichhaltig genug.

Dazu kommt, daß die Anstrengungen kleinerer Staaten zur Herstellung eigener Atombomben bald zum Ziele führen werden. Das Lager der Massenvernichtungswaffen wird dadurch immer unkontrollierbarer, das Leben auf unserer Erde immer gefährlicher. Es gilt daher die Probleme der "Feinde" vom grundsätzlichen her zu lösen.

Es kann keine Anstrengung hoch genug eingeschätzt werden, an deren Ende eine umfassende allgemeine Abrüstung steht.

Dies ist weniger ein sachlich technisches, sondern in erster Linie ein politisches Problem.

Die Lösung wird nur möglich sein, wenn der Wille zur Abrüstung und Völkerverständigung zu einem mächtigen Politikum wird.

III. Kampagne für Abrüstung

Überall in der Welt melden sich Stimmen der Vernunft. Sie sagen: seit Hiroshima ist der Krieg das Ende aller Dinge. Nur Abrüstung bringt uns Sicherheit. Nur weltweite Zusammenarbeit kann unsere Zukunft sichern. Jedes Risiko, das einer Politik der Abrüstung innewohnt, verblaßt gegenüber den Gefahren, die in einem weiteren Rüstungswettlauf liegen.

Der Druck der öffentlichen Meinung in vielen Ländern, die Stellungnahmen der unabhängigen Atomwaffengegner, der Weltkirchen und der blockfreien Staaten veranlassen schon heute die Großmächte, nicht von Verhandlungen abzulassen.

Diesen Druck gilt es zu verstärken. Wir müssen die Staatsmänner zwingen:

- ⊕ die Kernwaffenversuche einzustellen
- ⊕ die Ausdehnung des Besitzes von Atomwaffen auf weitere Staaten zu verhindern
- ⊕ Verträge über atomwaffenfreie Zonen zu schließen
- ⊕ auf die weitere Produktion von Kernwaffen zu verzichten
- ⊕ und eine allgemeine Abrüstung vorzunehmen.

Ein neuer Krieg in Mitteleuropa, gleichgültig ob Verteidigungs- oder Angriffskrieg, wäre das Ende der Existenz unseres Volkes. Es muß daher in unserem Lande alles vermieden werden, was den politischen und militärischen Konfliktstoff in Mitteleuropa verschärft. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat auf seinem Kongreß in Hannover die Bundesregierung und die politischen Parteien aufgefordert, eigene Initiativen zur Abrüstung zu ergreifen und auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verzichten. Dieser Forderung stimmen wir zu. Wir vom Ostermarsch sagen:

- ⊕ keine Atomwaffen auf deutschem Boden!
- ⊕ keine deutsch-französischen Atomwaffenproduktion!
- ⊕ Verhandlungen über eine atomwaffenfreie militärisch verdünnte Entspannungszone in Mitteleuropa!

IV. 6. August 1963

Auf Vorschlag des englischen Komitees der 100 treffen sich in diesem Jahr viele Menschen aus vielen Ländern Europas zum Hiroshima-Tag in Athen, um gemeinsam dafür einzutreten, daß sich Hiroshima nicht wiederholen kann.

WARUM ATHEN ?

- ⊕ weil die Atomwaffengegner in Griechenland von allen unabhängigen europäischen Kampagnen die bisher stärksten Unterdrückungsmaßnahmen durch ihre Regierung zu ertragen hatten;
- ⊕ weil in Griechenland der Parlamentsabgeordnete Dr. med. Gregory Lambrakis - einer der Begründer der griechischen Bewegung gegen Atomwaffen - unter den Augen der Polizei aus politischen Gründen ermordet worden ist;
- ⊕ weil die Menschen Mitteleuropas gemeinsam durch den nächsten Krieg umkommen würden, versuchen sie gemeinsam, dieses Schicksal abzuwenden.

Internationale Aktionen unabhängiger Menschen und Organisationen, die sich dem Wettrüsten entgegenstemmen, werden immer häufiger und wirkungsvoller. Damit die Regierung^{en} sich aber endlich zu ernsthaften Schritten zur Entspannung und Abrüstung gezwungen sehen, muß der Druck durch solche Aktionen und durch die öffentliche Meinung weiter verstärkt werden.

Im August 1963 - Winkler

Damit die dächer in der stadt
zu gärten werden,
wo die kleinen
mit sternchen spielen
wie mit steinen,
wo jedes eine sonne hat,
sing ich den frieden.



Hiroshima

6. August 1945

Nur selten denken wir an diese Stadt und an jenen Tag. Vielleicht wollen wir auch daran nicht erinnert sein; wir brauchen uns dessen gar nicht zu schämen. Unsere Hoffnung auf ein schönes und glückliches Leben verbannt jeden Gedanken an das grauenvolle Schicksal dieser japanischen Stadt.

Wir würden Sie daran nicht erinnern, könnten wir in der berechtigten Hoffnung leben, daß sich Hiroshima nicht wiederholen wird. Doch die Kuba-Krise im vergangenen Jahr hat in erschreckender Weise deutlich gemacht, daß wir alle auf einem atomaren Pulverfaß sitzen.

Diesmal ist nicht nur eine Stadt, nicht nur ein Land bedroht. Das „Pulverfaß“ ist in der Lage, diesen ganzen bewohnten Planeten in die Luft zu sprengen. Verglichen mit den heutigen Wasserstoffbomben waren die Bomben von Hiroshima und Nagasaki nur ein Manöverspielzeug. Tausendfach übersteigen die Auswirkungen einer Wasserstoffbombe das Grauen dieser beiden japanischen Städte.

Doch weder Ost noch West ließen sich bis heute von ihrer atomaren Kriegsplanung abbringen; der millionenfache Tod ist mit eingeplant. Der Tod eines Menschen ist in dieser Rechnung eine nur unbedeutende Größe.

Man redet Ihnen ein,

daß der Weltfriede nur durch eine gegenseitige Abschreckung in diesen Größenordnungen, durch das sogenannte „atomare Gleichgewicht“, erhalten werden kann.

Man verschweigt Ihnen,

- daß es um Übergewicht, nicht um Gleichgewicht geht;
- daß mit der Verfügungsgewalt über atomar ausgerüstete Streitkräfte Großmachtansprüche geltend gemacht werden sollen;

ED 718-23-228

- daß bereits ein „begrenzter Atomkrieg“ zur Beseitigung von „Krisenherden“ (etwa auch in Berlin?) in Betracht gezogen wird;
- daß man seinen eigenen Sicherheitsvorkehrungen, die die Auslösung eines Atomkrieges durch technisches Versagen verhindern sollen, nicht mehr trauen kann. Der „Direkte Draht“ Washington–Moskau ist das beste Eingeständnis für die ungeheure Gefahr, in der wir jahrelang lebten.

Gibt es einen Ausweg?

Ja!

Es sind in den letzten Jahren viele Vorschläge unterbreitet worden, die dazu beitragen sollten, die militärischen Spannungen zu vermindern, Krisenherde abzubauen, die **V e r n u n f t** zu einem Faktor der Politik zu machen. Man denke nur an den Rapacki-Plan, an den Plan des ehemaligen schwedischen Außenministers Unden, an die Vorschläge der Belgrader Konferenz der blockfreien Staaten.

Die Ostermarsch-Bewegung – Kampagne für Abrüstung – hat diese Vorschläge aufgegriffen

- **Einstellung der Kernwaffenversuche**
- **keine weiteren Atommächte**
- **Verträge über atomwaffenfreie Zonen, besonders in Mitteleuropa**
- **Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen**
- **allgemeine Abrüstung**

Unsere Demonstrationen sind ein Beitrag zur Unterstützung dieser Ziele.

Auf Vorschlag des englischen Komitees der 100 treffen sich in diesem Jahr viele Menschen aus vielen Ländern Europas zum Hiroshima-Tag in Athen, um gemeinsam dafür einzutreten, daß sich Hiroshima nicht wiederholen kann.

Warum in Athen?

- weil die Atomwaffengegner in Griechenland von allen unabhängigen europäischen Kampagnen die bisher stärksten Unterdrückungsmaßnahmen durch ihre Regierung zu ertragen hatten;
- weil in Griechenland der Parlamentsabgeordnete Dr. med. Gregory Lambrakis – einer der Begründer der griechischen Bewegung gegen Atomwaffen – unter den Augen der Polizei aus politischen Gründen ermordet worden ist;
- weil die Menschen Mitteleuropas gemeinsam durch den nächsten Krieg umkommen würden, versuchen sie gemeinsam, dieses Schicksal abzuwenden.

Internationale Aktionen unabhängiger Menschen und Organisationen, die sich dem Wettrüsten entgegenstemmen, werden immer häufiger und wirkungsvoller. Damit die Regierungen sich aber endlich zu ernsthaften Schritten zur Entspannung und Abrüstung gezwungen sehen, muß der Druck durch solche Aktionen und durch die öffentliche Meinung weiter verstärkt werden.

Ihre Zusammenarbeit mit uns und die Unterstützung unserer Kampagne wird zur Erreichung dieses Zieles beitragen.

Wollen Sie über die Arbeit der Ostermarsch-Bewegung informiert werden? Schreiben Sie uns.



Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 648

Druck: Graphische Werkstätte Offenbach

22.7.03 V.

Damit die dächer in der stadt
zu gärten werden,
wo die kleinen
mit sternern spielen
wie mit steinen,
wo jedes eine sonne hat,
sing ich den frieden.

EO 748-22-223

Österreichische Zeitgeschichte



Hiroshima

6. August 1945

Nur selten denken wir an diese Stadt und an jenen Tag. Vielleicht wollen wir auch daran nicht erinnert sein; wir brauchen uns dessen gar nicht zu schämen. Unsere Hoffnung auf ein schönes und glückliches Leben verbannt jeden Gedanken an das grauenvolle Schicksal dieser japanischen Stadt.

Wir würden Sie daran nicht erinnern, könnten wir in der berechtigten Hoffnung leben, daß sich Hiroshima nicht wiederholen wird. Doch die Kuba-Krise im vergangenen Jahr hat in erschreckender Weise deutlich gemacht, daß wir alle auf einem atomaren Pulverfaß sitzen.

Diesmal ist nicht nur eine Stadt, nicht nur ein Land bedroht. Das „Pulverfaß“ ist in der Lage, diesen ganzen bewohnten Planeten in die Luft zu sprengen. Verglichen mit den heutigen Wasserstoffbomben waren die Bomben von Hiroshima und Nagasaki nur ein Manöverspielzeug. Tausendfach übersteigen die Auswirkungen einer Wasserstoffbombe das Grauen dieser beiden japanischen Städte.

Doch weder Ost noch West ließen sich bis heute von ihrer atomaren Kriegsplanung abbringen; der millionenfache Tod ist mit eingeplant. Der Tod eines Menschen ist in dieser Rechnung eine nur unbedeutende Größe.

Man redet Ihnen ein,

daß der Weltfriede nur durch eine gegenseitige Abschreckung in diesen Größenordnungen, durch das sogenannte „atomare Gleichgewicht“, erhalten werden kann.

Man verschweigt Ihnen,

- daß es um Übergewicht, nicht um Gleichgewicht geht;
- daß mit der Verfügungsgewalt über atomar ausgerüstete Streitkräfte Großmachtansprüche geltend gemacht werden sollen;

- daß bereits ein „begrenzter Atomkrieg“ zur Beseitigung von „Krisenherden“ (etwa auch in Berlin?) in Betracht gezogen wird;
- daß man seinen eigenen Sicherheitsvorkehrungen, die die Auslösung eines Atomkrieges durch technisches Versagen verhindern sollen, nicht mehr trauen kann. Der „Direkte Draht“ Washington–Moskau ist das beste Eingeständnis für die ungeheure Gefahr, in der wir jahrelang lebten.

Gibt es einen Ausweg?

Ja!

Es sind in den letzten Jahren viele Vorschläge unterbreitet worden, die dazu beitragen sollten, die militärischen Spannungen zu vermindern, Krisenherde abzubauen, die **V e r n u n f t** zu einem Faktor der Politik zu machen. Man denke nur an den Rapacki-Plan, an den Plan des ehemaligen schwedischen Außenministers Uden, an die Vorschläge der Belgrader Konferenz der blockfreien Staaten.

Die Ostermarsch-Bewegung – Kampagne für Abrüstung – hat diese Vorschläge aufgegriffen

- **Einstellung der Kernwaffenversuche**
- **keine weiteren Atommächte**
- **Verträge über atomwaffenfreie Zonen, besonders in Mitteleuropa**
- **Verzicht auf weitere Produktion von Kernwaffen**
- **allgemeine Abrüstung**

Unsere Demonstrationen sind ein Beitrag zur Unterstützung dieser Ziele.

Auf Vorschlag des englischen Komitees der 100 treffen sich in diesem Jahr viele Menschen aus vielen Ländern Europas zum Hiroshima-Tag in Athen, um gemeinsam dafür einzutreten, daß sich Hiroshima nicht wiederholen kann.

Warum in Athen?

- weil die Atomwaffengegner in Griechenland von allen unabhängigen europäischen Kampagnen die bisher stärksten Unterdrückungsmaßnahmen durch ihre Regierung zu ertragen hatten;
- weil in Griechenland der Parlamentsabgeordnete Dr. med. Gregory Lambrakis – einer der Begründer der griechischen Bewegung gegen Atomwaffen – unter den Augen der Polizei aus politischen Gründen ermordet worden ist;
- weil die Menschen Mitteleuropas gemeinsam durch den nächsten Krieg umkommen würden, versuchen sie gemeinsam, dieses Schicksal abzuwenden.

Internationale Aktionen unabhängiger Menschen und Organisationen, die sich dem Wettrüsten entgegenstemmen, werden immer häufiger und wirkungsvoller. Damit die Regierungen sich aber endlich zu ernsthaften Schritten zur Entspannung und Abrüstung gezwungen sehen, muß der Druck durch solche Aktionen und durch die öffentliche Meinung weiter verstärkt werden.

Ihre Zusammenarbeit mit uns und die Unterstützung unserer Kampagne wird zur Erreichung dieses Zieles beitragen.

Wollen Sie über die Arbeit der Ostermarsch-Bewegung informiert werden? Schreiben Sie uns.



Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 648

Druck: Graphische Werkstatt Offenbach



OSTERMARSCH 63

Kampagne für Abrüstung

Hiroshima - 6-8-45

HIROSHIMA - EIN TAG WIE JEDER ANDERE

von Klaus Vack

Am 6. August fährt sich zum 18. Male jener Tag, an dem die fürchterlichste Waffe der Menschheitsgeschichte in wenigen Sekunden über 80000 Menschenleben vernichtete. Bei uns ist es ein Tag wie jeder andere. Ein Dienstag, an dem wir unserer alltäglichen Beschäftigung nachgehen - in der Fabrik, im Büro, in der Küche. Auch in Hiroshima war es ein Arbeitstag und wie immer. Die Menschen gingen ihrem Tagewerk nach und alles war friedlich, daß man fast den Krieg vergessen konnte. Selbst das Motorengeräusch eines einzelnen Flugzeuges hörte sich friedlich an. Und doch trug dieses Flugzeug, die ENOLA GAY, jene mörderische Waffe an Bord, die später unter dem Namen A-Bombe traurige Berühmtheit erlangte.

Ein Tag wie jeder andere in Hiroshima. Aber dann, als ein greller Blitz, gefolgt von einem Donnerschlag - Pikadon sagen die Japaner - die Stadt traf, war es ein Tag der Vernichtung, des Grauens, des Todes.

Leider sind Hiroshima und Nagasaki nicht Geschichte geworden. Die Bedrohung durch einen alles zerstörenden Atomkrieg steht auch heute noch über der Menschheit. Deshalb dürfen wir Atomwaffengegner nicht schweigen zu den Verbrechen von damals, weil sie sich morgen wiederholen können.

Wir sind nun schon vier Jahre während der Osterfeiertage für unsere Friedensziele auf die Straße gegangen. Wir wollen deshalb auch den 6. August dem Mann auf der Straße in Erinnerung bringen. Das wird nicht leicht sein und unsere Flugblätter mit ihren klaren vernünftigen Forderungen scheinen oft eine gar zu kindliche Waffe gegen Satt-

heit, Konformismus und Wohlstandsträume.

Lassen wir uns nicht entmutigen. Obwohl ein Stil des "nur-lebens-freudigen-Zweckoptimismus" am 6. August am wenigsten angebracht ist, müssen wir doch erkennen, daß es auch heute noch einen Sinn hat, der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen: Die Bemühungen der UNO um Entspannung, die Friedenszyklika des verstorbenen Papstes, die Ost-West-Gespräche über einen Atomversuchsstopp und nicht zuletzt das Wachsen der Antiatombewegung in Deutschland und der Welt sind ein ermutigendes Zeichen. Wir sollten deshalb, nachdem überall in der Welt ein frischer Wind aufkommt, in der stickigen, schwülen Wirtschaftswunderluft unserer Bundesrepublik mit einer, wenn auch schwachen, Brise nachhelfen.

WAS IST ZU TUN?

Auch Sie können etwas tun zum Hiroshimatag. Verteilen Sie die beige-fügten Flugblätter und bestellen Sie weitere. (100 Stück DM 3.-- bei der Geschäftsstelle, Offenbach, Postfach 648.) Geben Sie die Flugblätter Ihren Freunden und Bekannten; gewinnen Sie so neue Anhänger unserer Bewegung. Stellen Sie sich auf die Straße, vor eine Fabrik, Kirche oder das Kino. Wir wissen, mit dem Flugblattverteilen ist es wie bei der Lotterie: viele Nieten. Aber glauben Sie, einige Treffer sind immer dabei. Nach unserer Erfahrung melden sich auf jede Flugblattaktion 50 bis 100 neue Interessenten. Die meisten sind bald aktive Marsch- und Kundgebungsteilnehmer und Förderer.

Politisch Unmündige haben dann einen großen Mund, wenn sie viele andere Mütter sehen. So konnte man am Lautsprecher Zeuge von laut-starker Unmündigkeit werden, als der Personenkult auf dem Frankfurter Römerberg traurige Urständ feierte. Überwältigt war ich, als ich hörte, wie unbewältigt die Vergangenheit ist. Der unvergeßliche Werbeslogan: Ein Volk - ein Reich - ein Führer! sah den Menschen aus den Augen, diesen Illustrierten-Idol-Jubel-Demokraten.

Der Jubel war mir allerdings zu verdächtig 101%ig. Wieso, das erfuhr ich später: seit dem Vormittag hatten sich einhundertundsechzig Kriminalbeamte unter das Publikum gemischt, um die innenministerielle Anordnung zu überwachen, daß nirgends Plakate oder Transparente den Präsidentenblick von der Jubelmasse ablenken könnten. Nun, wie es in unserer Demokratie-Sonderanfertigung ist, wurden die Beamten aufgefordert, ein Auge zuzudrücken. Wen wundert es, daß es im SPD-regierten Hessen immerhin doch das rechte Auge war, welches zugeedrückt werden sollte. Das linke Auge sollte wachsam Plakate aufspießen, die möglicherweise die Einseitigkeit unserer Demokratie infrage stellen könnten.

Da wurde denn die "staatsgefährdende" Parole: 'Pacem in terris' requiriert. Eine Unverschämtheit in einem vorwiegend von Christen bevölkerten Staat, drei Worte des Vaterunsers zu propagieren! Ich fürchte, es lag nicht daran, daß die Beamten nicht lateinisch können, sondern daran, daß sie nicht demokratisch können.

Ich glaube nicht, daß dieser Staatsmann, der sich äußerlich so wohlthuend von unseren Berufsdemokraten unterschied, einen Beweis unserer demokratischen Reife bekommen hat. Eine solche Einmütigkeit mußte ihm letzten Endes nicht nur verdächtig erscheinen. Wie vereinbart es sich mit Gesetzen und Menschenwürde, wenn vom Polizeipräsidium die Aufforderung kommt, keinesfalls mit Taschentüchern zu winken, welche das Zeichen der Atomwaffengegner tragen? Wenn man dann außerdem äußert, daß man ansonsten das Verhältnis zwischen Polizei und Atomwaffengegnern für zukünftige Demonstrationen als getrübt betrachten müsse, ist der Tatbestand einer Nötigung nicht fern!

Die Plakate: 'Ban the Bomb' und 'Pacem in terris' wurden nicht weit entfernt vom Gerechtigkeitsbrunnen beschlagnahmt. In der Nähe des Gerechtigkeitsbrunnens wurde wieder einmal demonstriert, wie schnell bei uns die Gerechtigkeit zu Wasser werden kann.

Zum Anheizen eines hysterischen Massenjubels bedarf es einer getrommelten Parole, zum Anheizen unserer Demokratie bedarf es vieler Meinungen. Wenn man diese erstickt, ist der Ofen aus.

Wichtig! Wichtig!

Wir haben in unserem Rundschreiben vom 3. 7. 1963 darauf hingewiesen, daß zum Hiroshimataag ein Autokonvoi von London nach Athen fährt. Wir wollen mit unseren Freunden, die aus England, Belgien, Holland und Deutschland in dem Konvoi mitfahren,

am Sonntag, dem 28. 7. 63 (zwischen 18 und 20 Uhr)

in Frankfurt eine Kundgebung durchführen. Da die Portokosten zu hoch sind und uns die Arbeit zuviel wird, werden wir am 26. oder 27. 7. durch eine Anzeige in der Frankfurter Rundschau genauere Details über die Kundgebung bekanntgeben. Bitte lesen Sie an diesem Tag die Frankfurter Rundschau (auch Textteil, da sicher eine kleine Meldung erscheint). Telefonische Rückfragen am 25. und 26. 7. unj, Nummer 333764. DA VIELE UNSERER FREUNDE IN URLAUB SIND, BITTE JEDER DAHEIMGEBLIEBENE ZUR KUNDGEBUNG KOMMEN!

KLEINE MELDUNGEN FÜR DEN ATOMWAFFENEGEGNERRADIOAKTIVE VERSEUCHUNG

Nach einer Berechnung der Bundesforschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung, Karlsruhe, hat jeder Bewohner der BRD im Jahre 1962 durchschnittlich 6700 Picocurie radioaktives Strontium 90 und 50 000 pc Caesium 137 mit Lebensmitteln aufgenommen. Nach den derzeit gültigen Empfehlungen der Internationalen Kommission für Strahlenschutz darf ein Erwachsener im Jahr höchstens 26000 pc Strontium 90 oder 1,6 Millionen Picocurie Caesium 137 aufnehmen.

DOPPELT SO VIEL RADIOAKTIVER NIEDERSCHLAG

Der "Amerikanische Strahlungsrat" in Washington gab gemäß einer Meldung des Hessischen Rundfunks vom 1.6. 63 bekannt, daß der radioaktive Niederschlag 1963 doppelt so groß sei wie 1962, jedoch noch keine Gefahr für die Ernährung darstelle. Die Erhöhung sei hauptsächlich auf die russischen Atomversuche 1962 zurückzuführen, die 180 Megatonnen stark gewesen seien; die amerikanischen Versuche 1962 hätten nur 37 Megatonnen betragen.

NOCH UNGEFÄHRLICH?

Die Radioaktivität in der Milch ist in der Bundesrepublik im Mai 63 stark angestiegen; dies wird auf den Beginn der Grünfütterung in der Milchwirtschaft zurückgeführt. Die Werte sind im Alpenvorland wegen der dortigen höheren Niederschläge größer als in Norddeutschland. Mit 3 bis 7 Prozent der "zulässigen Menge" im Norden und 15 bis 17 % im Süden der BRD in den ersten fünf Monaten 1963 seien die Werte jedoch noch ungefährlich.

ERBRENNEN ODER ERSTICKEN

Mehrere amerikanische Wissenschaftler haben Ende Mai in einem Gutachten den Wert des von der amerikanischen Regierung geplanten Baus von Atombunkern bezweifelt. Bei der Explosion von Atombomben in einer gewissen Höhe über einer Stadt besteht für die Menschen in den Bunkern keine Überlebenschance; entweder würden sie wie in einem Ofen verbrennen oder aber ersticken.

VERNICHTUNGSWAFFEN-BEDARF ENDLICH GEDECKT?

Zum ersten Mal, seit die USA Atom- und Wasserstoffbomben produzieren, wird jetzt seitens der amerikanischen Regierung ernstlich eine Einschränkung der Herstellung dieser Waffen erwogen. Die mehreren Zehntausend Atomwaffen, die inzwischen hergestellt worden sind, erscheinen, wie die 'New York Times' schreibt, als "genügend und vielleicht übergenügend" für die militärischen Bedürfnisse. Man befürchtet, daß mit der wachsenden Zahl von existierenden Atomwaffen nur die Chancen einer Explosion aus Versehen oder einer Anwendung ohne Befehl wachsen.

LIEBER BAU ALS KRIEGSDIENST

Der zweiundzwanzigjährige Matrose der Royal Navy John Dixon weigerte sich Anfang Juni, zum Dienst bei seiner Einheit in Portsmouth zu erscheinen, "da er den Atomkrieg ablehnt". Er wurde jetzt zu 90 Tagen Haft verurteilt. Bereits Anfang des Jahres hatte Dixon 89 Tage Bau bekommen, weil er ohne Urlaub zu hauseweggegangen war, um an einer CND-Veranstaltung teilzunehmen. Es wird erwartet, daß man ihn nunmehr als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen anerkennen wird.

ATOMPILZ ABSCHIRECKEND

Nachdem Wehrpsychologen herausgefunden haben, daß Atombombenphotos auf Wehrwillige abstoßend wirken, will die US-Luftwaffe auf Plakaten und in Filmen nicht mehr mit einem Atompilz-Bild werben.

FALKEN KÖNNEN TEILNEHMEN

Auf der 9. Bundeskonferenz der SJD-Die Falken Ende Mai 63 in Bielefeld kam es erneut zu Debatten über die Haltung der Organisation zum Ostermarsch. Der Antrag einiger Delegierter, den Beschluß von Hannover aufzuheben, wonach die Falken in der Ostermarschbewegung nicht offiziell mitarbeiten dürfen, konnte nicht durchgebracht werden. Es wurde schließlich ein Antrag des Bundesvorstandes angenommen, in dem die bisherige Haltung des Verbandes bestätigt wurde; gleichzeitig wurde aber darauf verwiesen, daß jedes Mitglied der SJD-Die Falken am OM teilnehmen könne, jedoch keinen Aufruf unterzeichnen und nicht in einem Ostermarschausschuß mitarbeiten dürfe.

CHEMIE-GEWERKSCHAFTSJUGEND SAGT JA ZUM OSTERMARSCH

Die 6. Zentrale Jugendkonferenz der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik forderte in einer Erklärung am 26. Mai 1963 in Stuttgart die Gewerkschaften des DGB zur offiziellen Teilnahme an den Ostermärschen auf. Die Entschließung wurde nach einer bewegten Debatte mit großer Mehrheit angenommen. Die Befürworter der Ostermärsche wiesen darauf hin, daß gerade die Gewerkschaften verpflichtet seien, wie am 1. Mai, auch durch die Ostermärsche ein offenes Bekenntnis gegen die atomare Bewaffnung abzulegen.

NATURFREUNDEJUGEND UND KRIEGSDIENSTVERWEIGERER WEITERHIN FÜR OSTERMARSCH

Der Bundeskongreß 1963 des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer (VK) hat sich auch für die Zukunft zur Ostermarsch-Kampagne für Abrüstung bekannt. Der VK stellt sich besonders hinter die Forderungen des Aufrufs zum Ostermarsch 63, nach der Schaffung einer mitteleuropäischen Entspannungszone, nach Stärkung und Ausbau der UNO, zur beschleunigten Durchführung einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung und zum Aufbau einer internationalen Kooperation aller Völker.

Die 8. Bundesjugendkonferenz der deutschen Naturfreundejugend bekräftigt den Beschluß von 1961, offiziell in den Ostermarsch-Ausschüssen mitzuarbeiten. Die Naturfreundekonferenz stellte fest: die Ostermärsche haben sich in den vergangenen Auseinandersetzungen als eine von allen im kalten Krieg einseitig orientierten Kreisen unabhängige Bewegung erwiesen und richten ihren Protest kompromisslos gegen die Bombe in Ost und West. Die konkreten Ziele aus dem Ostermarsch-Aufruf 1963 wurden von der Bundesjugendkonferenz begrüßt.

OSTERMARSCH 63 - Kampagne für Abrüstung, wird herausgegeben vom Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß, Offenbach (Main), Waldstraße 99, Postfach 648. Verantwortlich: Klaus Vack, Offenbach/M., Lohrweg 15. Druck: IOSCH GmbH., Frankfurt (Main).

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Protokoll der Hessischen Ausschußsitzung vom 22. Juli 1963 in
Offenbach 23. 7. 63 V.

Anwesend: Arlt, Vack, Weick, Winkler, Farr, Halberstadt, Maurer,
Dr. Schenck,

es fehlten: Andres, Amann, Faller, Großmann, Hagedorn, Tuschy,
Vilmar

Tagesordnung: 1. Hiroshimatag und Veranstaltung mit den
Teilnehmern am Autokonvoi London - Athen
2. 1. September
3. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der Tagesordnung

Das Hiroshima-Flugblatt wurde für das hessische Gebiet mit einer Auflage von 70 000 Stück gedruckt. Außerdem wurden 40 000 Stück für auswärtige Ausschüsse gedruckt.

Die Presseinformationen wurden von Norbert Winkler fertiggestellt und gehen den örtlichen Ausschüssen zu.

Ein hessischer Pressedienst zum Hiroshimatag wird von Klaus Vack zusammengestellt.

Der Autokonvoi kommt am Sonntag, dem 28.7. 18 Uhr in Frankfurt an und fährt am 29.7. um 9 Uhr weiter.

Arlt und Weick fahren dem Autokonvoi bis Limburg entgegen und lotsen ihn bei der Ausfahrt am Wandersmann auf die Schnellstraße Wiesbaden - Frankfurt. Dort wird der Konvoi von Farr erwartet, der zum Treffpunkt der Frankfurter Korsoteilnehmer in die Rheingauallee fährt. Konvoi und hess. Ostermarschteilnehmer fahren gemeinsam ein Autokorso durch Frankfurt auf folgender Strecke: Rheingauallee, Senckenberganlage, Bockenheimer Landstraße, Opernplatz, Große Bockenheimer Straße, Roßmarkt, Zeil, Hasengasse, Braubachstraße, Römerberg.

Gegen 19.30 Uhr Kundgebung auf dem Römerberg. Es sprechen: Dr. Schenck, ein englischer Freund und Rudolf Rolfs. Dr. Schenck übernimmt auch die Übersetzung.

Anschließend Fahrt nach Offenbach von Römer, Bethmannstraße, Weißfrauenstraße, Neue Mainzer Straße, Untermainbrücke, Schweizerstraße, Disterwegstraße, Lokalbahnhof, Wendelsplatz, Offenbacher Landstraße; ab Landesgrenze: Frankfurter Straße, Waldstraße, Bismarckstraße, Sprendlinger Landstraße, Odenwaldring, Senefeldstraße, Rosenhöhe.

Ein Pressedienst nach der Aktion wird von Edgar Weick verfasst und von der Geschäftsstelle verschickt.

Polizeiliche Anmeldung für Kundgebung und Korso in Frankfurt tätigen Farr und Halberstadt. Polizeiliche Anmeldung für Offenbach tätigt Winkler.

Zur Benachrichtigung aus Köln oder evtl. durch Dr. Buro ist das Telefon Farr am Sonntagnachmittag zur Verfügung.

Wegen Flugblattverteilung nimmt Halberstadt zu Sittner Kontakt auf.

Plakate stellt Weick her. 75 Taschentücher als Gastgeschenk für die Engländer nimmt Arlt mit zum Römer.

Anzeige in der Frankfurter Rundschau über DM 200.-- für die Freitagsausgabe gibt Maurer auf.

Informationsrundschriften in 1 000 Exemplaren stellt die Geschäftsstelle her. Dieses Rundschreiben wird über die örtlichen Ausschüsse verteilt.

Information über die Kundgebung an Frankfurter und Offenbacher Presse sowie Rundfunk und Fernsehen übernimmt Klaus Vack.

Die ausländischen Gäste werden in dem Naturfreundehaus auf der Rosenhöhe untergebracht. Kosten für Unterkunft und Frühstück übernehmen Naturfreunde. Betreuung übernimmt Norbert Winkler.

Viele deutsche Freunde sollen sich an dem Beisammensein mit den Ausländern im Anschluß an Kundgebung und Autokorso auf dem Naturfreundehaus beteiligen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung

Dem Kreis Ausschuß Frankfurt wurde geschrieben und bis zum 1.8. um Mitteilung gebeten, ob eine örtliche Veranstaltung der Arbeiterjugendverbände zum 1.9. in Frankfurt stattfindet. Bisher liegt keine Antwort vor. Versuche von Faller und Vack, in ein Gespräch mit DGB-Vertretern zu kommen, sind bisher mißlungen, da die Verantwortlichen im Urlaub sind. Faller, Halberstadt und Weick sollen unter allen Umständen versuchen, bis zur nächsten HA-Sitzung genaueres über die DGB-Pläne in Erfahrung zu bringen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 7. August, 17.30 Uhr in der Geschäftsstelle, Offenbach, statt.

Offenbach, 22. Juli 1963
Für die Protokollführung:

Klaus Vack

PS zu Punkt 1

Zentrale für alle Fragen um den Autokonvoi ist Heiner Halberstadt, Frankfurt, Röderbergweg 268, Telefon Dienst 2 02 21 App. 46 19 privat 4 62 07

Arbeits

ED 718-22-234

- 2000 WK für hier
- ← bei Klaus nachbestellt!
- an Ende 1x?
- waren gestern früh angeh.!
- Mo Offenbach mitfahren? Zeitplan
- Vorsitz. Fern/Off ??!
- 120,- Bestand Dö?

Auto um 1085,37

ED 718-22-235

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 17.7.1963
Waldstr. 99, Postfach 648

18.7.63 V.

An die Mitglieder des Hessischen Ausschusses

Liebe Freunde,

ich lade Sie für kommenden Montag, den 22. Juli 1963, 17.30 Uhr
in die Geschäftsstelle Offenbach, Waldstr. 99 zu unserer nächsten
Sitzung ein.

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:

- 1) Hiroshimatag und Veranstaltung mit den Teilnehmern
am Autokonvoi London - Athen
- 2) 1. September
- 3) Verschiedenes

Wenn Sie pünktlich erscheinen, können wir pünktlich beginnen
und die Sitzung sicher gegen 22 Uhr abschließen.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack
(Klaus Vack)
Verbandsgeschäftsführer

ED 718-22-236

Nachrichten Hessischer Rundfunk 1. Programm am Montag, 15.7.1963

19.30 Uhr

In einem Aufruf zum 18. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima setzten sich Kirchenpräsident Niemöller, Prof. Siegmundt-Schultze und Erich Kästner für die Einstellung des Wettrüstens und der Kernwaffenversuche ein. In dem Aufruf wird an die Bürger der Bundesrepublik appelliert, am 6. August, dem Jahrestag von Hiroshima, an Mahnwachen der Atomwaffengegner teilzunehmen und gemeinsam dafür einzutreten, daß die Kernwaffenversuche eingestellt werden und die Zahl der Atomwaffen besitzenden Länder nicht vergrößert wird. Weiter wird in dem Aufruf gefordert, daß der deutsche Boden im Rahmen einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa von Kernwaffen freigemacht wird.

~ 12.7.63

Athens Demonstration,
Committee of 100,
13, Goodwin Street,
London, N.4.
ARChway 1239.

30.7.63
v VK Rfm/Zi

Dear Friends,

We are sending you our timetable for the trip to Athens. Our intention is to hold meetings at each of the places specifically mentioned en route. We will need the co-operation of all of you along the route to organise these meetings. Please reply immediately and let us know what arrangements you can make or have made.

ED 718-22-237

We need to finalise the arrangements for accomodation at our nightly stopping places. Will you write and tell us how you can help with this. We want nothing lavish. Preferably a hall or large meeting room where we can lay out our sleeping bags and sleep.

If you want, we will send groups or individuals to places not on our main route to speak at meetings etc. Let us know what you want and we will do what we can.

There will probably be about 75 of us in the main convoy. Others will travel separately and make their own arrangements. We will travel in about nine vehicles- mostly large dormobiles and vans.....

We look forward to hearing from you and hope that as many as possible of you will come with us to Greece.

Yours sincerely,

Terry Chandler (Secretary)

Institut für

ATHENS DEMONSTRATIONTIMETABLE

ED 718-22-238

First Day 27/7

depart Oostende	14,00Hrs
arrive Bruxelles	17,00
depart " "	17,30
arrive Liege	19,00

total dist.
210 KmSecond Day 28/7

depart Liege	10,00
arrive Koln	12,00
depart " "	15,00
arrive Frankfurt	18,00

total dist 284 km

Third Day 29/7

depart Frankfurt	9,00
arrive Stuttgart	12,30
depart " " "	14,30
arrive Munchen	18,30

total dist. 458 km

Fourth Day 30/7

depart Munchen	9,00
arrive Salzburg	11,30
depart " " "	14,00
arrive Kalngerfurt	19,30

total dist. 423 km

Fifth Day 31/7

depart Klagenfurt	9,30
arrive Zagreb	17,00

total dist. 267 km

Sixth Day 1/8

depart Zagreb	9,30
arrive Beograd	18,00

total dist. 402

Seventh Day 2/8

depart Beograd	12,00
arrive Nis	18,00

total dist. 257 km

Eighth Day 3/8

depart Nis	9,00
arrive Skopje	13,00
depart " " "	15,00
arrive Gevgelija	20,00

total sit. 336 km

Ninth Day 4/8

approach Greek Frontierx	1000
arrive Salonika	16,00

total dist.

Tenth Day 5/8

depart Salonika	10,00
arrive Athens	18,00

total dist.

Eleventh Day 6/8

assemble in Acropolis	5,30
ceremony	6,00
march thru Athens arrive Panath. Stad.	6,45
demonstrate in	11,00

10. 7. 63

RADIOAKTIVE VERSEUCHUNG ~~SCHREIBER~~ ED 718-22-239
 Nach einer Berechnung der Bundesforschungsanstalt für
 Lebensmittelfrischhaltung, Karlsruhe, hat jeder Bewohner
 der BRD im Jahre 1962 durchschnittlich 6700 Picocurie
 radioaktives Strontium 90 und 50 000 pc Caesium 137 mit
 Lebensmitteln aufgenommen. Nach den derzeit gültigen Empfeh-
 lungen der Internationalen Kommission für Strahlenschutz
 darf ein Erwachsener im Jahr höchstens 26000 pc Strontium
 90 oder 1,6 Millionen ~~pc~~ Picocurie Caesium 137 aufnehmen. zivil

 FALKEN KÖNNEN TEILNEHMEN

Auf der 9. Bundeskonferenz der SJD-Die Falken Ende Mai 63
 in Bielefeld kam es erneut zu Debatten über die Haltung
 der Organisation zum Ostermarsch. Der Antrag einiger Dele-
 gierter, den Beschluß von Hannover aufzuheben, wonach
 die Falken in der Ostermarschbewegung nicht offiziell mit-
 arbeiten dürfen, ~~w~~ konnte nicht durchgebracht werden. Es
 wurde schließlich ein Antrag des Bundesvorstandes angenom-
 men, in dem die bisherige Haltung des Verbandes bestätigt
 wurde; gleichzeitig wurde ~~daraufhingewiesen~~ aber darauf ver-
 wiesen, daß jedes Mitglied der SJD-Die Falken am OM teil-
 nehmen könne, jedoch keinen Aufruf unterzeichnen und nicht
 in einem Ostermarschausschuß mitarbeiten dürfe.

 VERNICHTUNGSWAFFEN-BEDARF ENDLICH GEDECKT?

Zum ersten Mal, seit die USA Atom- und Wasserstoffwaffen-
 bomben produzieren, wird jetzt/ ~~ernstlich eine~~ ^{seitens der amerik. Regierung} eine Ein-
 schränkung der Herstellung dieser Waffen ~~von der~~ erwogen.
 Die mehreren Zehntausend Atomwaffen, die inzwischen her-
 gestellt worden sind, erscheinen, wie die 'New York Times'
 schreibt, als "genügend und vielleicht übergeneigt" für
 die militärischen Bedürfnisse. Man befürchtet, daß ~~die~~ mit
 der wachsenden Zahl von existierenden Atomwaffen nur die
 Chancen einer Explosion aus Versehen oder einer Anwendung
 ohne Befehl wachsen. zivil

 LIEBER BAU ALS KRIEGSDIENST

Der zweiundzwanzigjährige Matrose der Royal Navy John
 Dixon weigerte sich Anfang Juni, zum Dienst bei seiner
 Einheit in Portsmouth zu erscheinen, "da er den Atomkrieg
 ablehnt". Er wurde jetzt ~~von~~ zu 90 Tagen Haft verurteilt.

(Für alle
 = 1/3 Seiten
 gebucht!)
 (4 Zeilen
 dies
 3 Zeilen!)

Bereits Anfang des Jahres hatte Dixon 89 Tage Bau bekommen, weil er ohne Urlaub zu haben weggegangen war, um an einer CND-Veranstaltung teilzunehmen. Es wird erwartet, daß man ihn nunmehr als Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen anerkennen wird.

----- DN 5.7.63 | 1410

zivil

VERBRENNEN ODER ERSTICKEN

ED 718-22-240

Mehrere amerikanische Wissenschaftler haben Ende Mai in einem Gutachten den Wert des von der amerikanischen Regierung geplanten Baus von Atombunkern bezweifelt. Bei der Explosion von Atombomben in einer gewissen Höhe über einer Stadt besteht für die Menschen in den Bunkern keine Überlebenschance; entweder würden sie wie in einem Ofen verbrennen oder aber ersticken.

ATOMPILZ ABSCHRECKEND

Nachdem Wehrpsychologen herausgefunden haben, daß Atombombenphotos auf Wehrwillige abstoßend wirken, will die US-Luftwaffe auf Plakaten und in Filmen nicht mehr mit einem Atompilz-Bild werben.

NOCH UNGEFÄHRlich?

Die Radioaktivität in der Milch ist in der Bundesrepublik im Mai 63 stark angestiegen; dies wird auf den Beginn der Grünfütterung in der Milchwirtschaft zurückgeführt. Die Werte sind im Alpenvorland wegen der dortigen höheren Niederschläge größer als in Norddeutschland. Mit 3 bis 7 Prozent der "zulässigen Menge" im Norden und 15 bis 17 % im Süden der BRD in den ersten fünf Monaten 1963 seien die Werte jedoch noch ungefährlich.

DOPPELT SO VIEL NIEDERSCHLAG RADIOAKTIVER NIEDERSCHLAG

Der "Amerikanische Strahlungsrat" in Washington gab gemäß einer Meldung des Hessischen Rundfunks vom 1. 6. 63 bekannt, daß der radioaktive Niederschlag 1963 doppelt so groß sei wie 1962, jedoch noch keine Gefahr für die Ernährung darstelle. Die Erhöhung sei hauptsächlich auf die russischen Atomversuche 1962 zurückzuführen, die 180 Megatonnen stark gewesen seien; die amerikanischen Versuche 1962 hätten nur 37 Megatonnen betragen.

10. 7. 63

31. 7. BELLMANN/VACK

Liebe Freunde,

der Zentrale Ausschuss unserer Ostermarschbewegung hat sich entschlossen, periodisch INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG zu veröffentlichen.

Die INFORMATIONEN sollen Sie in konzentrierter Form über die Fragen der Abrüstung und die Schritte des Ostermarsches und der Kampagnen anderer Länder unterrichten. Die INFORMATIONEN sind kein Konkurrenzunternehmen zu anderen bestehenden Zeitschriften, da sie nicht mehr als ein Nachrichtenmagazin sein wollen. Sie werden deshalb außer kurzen Leitartikeln, die wesentliche Gesichtspunkte zur Kampagne vermitteln sollen, keine Aufsätze und Diskussionen enthalten.

Die Ihnen vorliegende Nummer ist unser erster Versuch. Die endgültige Form ist damit noch nicht gefunden. Spätere Nummern sollen beispielsweise mehr Nachrichten über wichtige weltpolitische Ereignisse enthalten. Es sollen ferner Arbeitsblätter beigelegt werden, die bestimmte Themen eingehender behandeln.

Natürlich ist ein neues Blatt genauso wie der Ostermarsch selbst ein Experiment. Damit es gelingt, bitten wir Sie, uns auch diesmal wieder zu unterstützen, indem Sie die INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG abonnieren, lesen und für Ihre Arbeit verwerten. Das Abonnementsjahr geht von Ostern bis Ostern. Für das erste Jahr sind 10 Ausgaben geplant. Die Nummern werden nicht ganz regelmäßig erscheinen, da wir je nach der Dringlichkeit die Folge beschleunigen oder verzögern wollen. Der Unkostenbeitrag für ein Jahr beträgt DM 6,--.

Wenn Sie die INFORMATIONEN nicht nur lesen, sondern auch mitgestalten wollen, schicken Sie bitte Nachrichtenmaterial, von dem Sie glauben, daß es alle kennenlernen sollten, an die Redaktion. Wir hoffen, daß mit Ihrer Hilfe dieses Experiment für die Abrüstung erfolgreich verlaufen wird.

ED 718-22-241

Mit freundlichen Grüßen!
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

Klaus Vack
(Klaus Vack)

An
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss
6050 Offenbach - 4
Postfach 648

Ich bestelle hierdurch die INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG. Den Abonnementspreis für ein Jahr von DM 6,-- überweise ich auf das Postscheckkonto: Ffm. 576 48, Ostermarsch der Atomwaffengegner, Offenbach oder das Girokonto: Bank für Gemeinwirtschaft, Offenbach Nr. 740 294.

Name: -----

Adresse: () -----

ED 718-22-242

informationen zur abrüstung

HERAUSGEBER: OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENGEGNER - KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG

Nr. 1 / Juni 1963

Der Zentrale Ausschuß des Ostermarsches der Atomwaffengegner faßte in seiner Arbeitssitzung am 25. und 26. Mai 63 die Pläne für die Weiterarbeit der Kampagne für Abrüstung 1963/64 in folgender Erklärung zusammen:

Der Ostermarsch nennt sich seit dem vergangenen Jahr zusätzlich "Kampagne für Abrüstung". Dieser Name stellt an uns den Anspruch, während des ganzen Jahres für die Abrüstung zu arbeiten. Aus diesem Anspruch muß Wirklichkeit werden. Der Erfolg des OM 63 ermutigt uns, alle Freunde und Helfer unserer Sache um weitere und verstärkte Mitarbeit in der Kampagne für Abrüstung zu bitten.

Unser Arbeitsplan bis Ostern 1964 sieht vor:

- x Der 6. August, der Tag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima, soll ein Tag der Information über die Wirklichkeit des atomaren Krieges und der Mahnung der unmenschlichen Konsequenzen der Atomrüstungspolitik werden.
- x Der 1. September ist seit einigen Jahren von Jugendverbänden zum Antikriegstag erklärt worden. Wir wollen mit dafür sorgen, daß dieser Tag zu einer öffentlichen Demonstration des Friedenswillens gerade der jungen Generation wird. Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend an diesem Tag sollen nach Kräften unterstützt werden.
- x Vertreter unserer Kampagne fahren nach Warschau und Stockholm, um dort Gespräche über den Rapacki-Plan und den Undén-Plan zu führen. Im Anschluß daran wollen wir Verbindung zu Politikern in Großbritannien und Italien aufnehmen, die eine Entspan-

nungspolitik befürworten. Den Ertrag dieser Gespräche werden wir der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik vorlegen.

- x Im Oktober d.J. wird der ZA ein internationales Forum über Probleme der Abrüstungspolitik veranstalten. Im Zusammenhang hiermit wird der Aufruf zum OM 64 veröffentlicht. Dann kommt es darauf an, für diesen Aufruf zum OM 64 die Zustimmung und Unterstützung möglichst vieler Bürger der Bundesrepublik zu gewinnen.
- x Im Februar 1964 soll mit großen regionalen Kundgebungen zum Thema atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa der Auftakt zum Marsch 64 gegeben werden.

Wir möchten unsere Kampagne so ausbauen, daß sie den Wunsch der Bürger der Bundesrepublik nach einer Politik ohne Bombe in aller Deutlichkeit widerspiegelt und die Sache der Abrüstung als Sache der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung sichtbar macht. Um dies zu erreichen, müssen wir mehr als bisher neue Kreise ansprechen und ihnen das Anliegen unserer Kampagne vortragen. Als erster Schritt hierzu wurde im Februar dieses Jahres eine Lobby-Woche in Bonn veranstaltet. In ähnlicher, aber intensiverer Form sollen nun im örtlichen Bereich Politiker, Abgeordnete und die maßgeblichen Vertreter von Berufsständen und Organisationen durch die Ausschüsse angesprochen werden.

Für diese Aufgabe ist eine intensive sachliche Orientierung und Information aller Mitarbeiter unserer Kampagne über Fragen der Abrüstung notwendig. Der ZA wird durch Herausgabe eines ständigen Informationsdienstes zu Fragen der Abrüstung und einer Reihe von Arbeitsblättern hierzu beitragen. Wir bitten alle Aus-



Informationen zur Abrüstung - herausgegeben vom Ostermarsch der Atomwaffengegner - Kampagne für Abrüstung. Verlag und Vertrieb: Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Voest-Str. 5, Telefon 183 61. Redaktion: Christel Beilmann, 463 Bochum, Kettelerstr. 14, Telefon 352 10. Bezugspreis: jährlich DM 6,-, einzuzahlen auf PSK Hannover 239 848 - Dr. Andreas Buro - Sonderkonto Braunschweig. Erscheinungsweise: 10 - 12 mal jährlich. Dieses Material steht zu freiem Abdruck zur Verfügung. Um Zusendung eines Belegexemplares wird gebeten. Druck: merkur-druck, Detmold.

schüsse der Kampagne, der Beschäftigung mit Sachfragen der Abrüstungspolitik in den nächsten Monaten verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Alle Förderer und Mitarbeiter des OM fordern wir zu intensivem Bemühen um die Ausbreitung und Stärkung der Kampagne auf.

Hinsichtlich der Arbeit in den örtlichen Ausschüssen des Ostermarsches wurde dieser Beschluss verabschiedet:

Um eine wirksame Arbeit der örtlichen Ausschüsse auf breiter Basis sicherzustellen, hat der ZA den folgenden Beschluss einstimmig gefaßt:

Die Unterschriftenaktion zum Aufruf für den OM 1963 und der OM selber haben eine Ausweitung unserer Bewegung erbracht, die uns die Mitwirkung neuer Kreise und gewichtiger Persönlichkeiten eintrug. Deshalb ist es wichtig, daß wir in unserer Arbeit dieser Verbreiterung der Kampagne Rechnung tragen, neue Mitarbeiter gewinnen und ständig weitere Kontakte suchen.

Dementsprechend sollen die Örtlichen Ausschüsse so ausgebildet werden, daß

- 1) die im ZA vertretenen Organisation nach Möglichkeit auch in ihnen vertreten sind, wozu noch Re-

präsentanten der Gewerkschaften, der evangelischen und katholischen Kirche und ihrer Jugendverbände gewonnen werden sollten,

- 2) die Zusammensetzung der Ausschüsse, geändert werden kann, so daß Personen, die sich durch Aktivität und Loyalität bewährt haben, oder sonstige besondere Eignung haben, zur Mitarbeit im Ausschuß aufgefördert werden können.

Die Örtlichen Ausschüsse bedürfen für ihre Gründung und Zusammensetzung der Anerkennung des Regionalen Ausschusses. Sie haben in ständiger Fühlungnahme mit diesem zu arbeiten.

Bei diesem Anlaß erneuert der ZA seinen früheren Beschluß, daß politische Erklärungen für den OM nur durch den ZA abgegeben und Drucksachen durch die örtlichen Ausschüsse nur nach Genehmigung der Regionalen Ausschüsse hergestellt werden dürfen.

Der Zentrale Ausschuß des Ostermarsches bittet alle Mitarbeiter, Unterzeichner des Aufrufes 1963 und Förderer der Kampagne für Abrüstung, diese Arbeitspapiere als Richtmaß für zukünftige Arbeit der Ostermarsch-Bewegung zu benutzen.

heute für morgen

Die Ostermärsche sind vorüber. Wir stehen vor unserem eigenen Versprechen, die Kampagne für Abrüstung verstärkt während des ganzen Jahres weiter zu betreiben. Über ihre Notwendigkeit braucht kaum diskutiert zu werden. Die Verhandlungen in Genf sind nicht weiter gediehen, in Griechenland ist Grigoris Lambrakis, weil er sich für eine vernünftige Politik ohne die Bombe einsetzte, hinterhältig ermordet worden, und die Rüstung läuft im Osten wie im Westen übereinstimmend auf Hochtouren.

Über die Notwendigkeit gibt es, wie gesagt, keine Diskussion. Aber die Chancen? In diesen Informationen finden Sie eine Übersicht der Ostermärsche aller Welt. Ihr schnelles Anwachsen an Zahl und Stärke ist unübersehbar. Fast überall schließen sich Menschen in Organisationen wie der "Kampagne für Abrüstung" zusammen, werben für eine Politik ohne die Bombe und für erste Entspannungsschritte durch das eigene Land.

Aber nicht nur aus dem Volke kommen positive Ansätze. Allein in den letzten Monaten wurde von den Staatsoberhäuptern lateinamerikanischer und afrikanischer Länder der Wille geäußert, ihre Staatsgebiete zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären. Ein Vorschlag des finnischen Regierungschefs für eine kernwaffenfreie Zone im Norden Europas steht noch zur Diskussion. In der UNO werden Beschlüsse über die Ächtung der Atomwaffen und die Bestrebungen für eine vollständige Abrüstung mit großer Mehrheit gebilligt und es vergeht kaum eine Vollversammlung, in der diese Fragen nicht erörtert werden. Und trotzdem sind unsere Chancen verzweifelt gering. Im Wettlauf zwischen Frieden und Rüstung liegt der Frieden heute noch weit zurück. Aber er holt auf und wird sicher überholen, wenn der Wettkampf nicht vor-

her durch Krieg unterbrochen wird. Die Chance, einzuholen, wird nicht schon morgen gegeben sein. Bestimmt nicht! Vielleicht aber in fünf, zehn oder zwanzig Jahren. Sie wird jedoch nur wachsen, wenn wir selber härter arbeiten als bisher, wenn wir besser überzeugen und nüchterer und realistischer unsere Sache vortragen können.

Die "Informationen zur Abrüstung", deren erstes Exemplar wir Ihnen vorlegen, sind nicht geschrieben, um Sie zu unterhalten oder moralisch zu erbauen. Sie sind geschrieben, um Ihnen in kurzer und übersichtlicher Form die Informationen zu liefern, die Sie für Ihr Gespräch über Fragen der Abrüstung brauchen. Das Blatt wird etwa monatlich erscheinen. Neben den aktuellen Nachrichten wird es von Zeit zu Zeit Arbeitsblätter abdrucken, in denen Sachwissen und Tatsachen zu bestimmten Themenkreisen zusammengestellt sind.

Die Informationen sollen darüber hinaus uns besser miteinander bekannt machen, die Klärung unserer politischen Position und unserer eigenen Fragen fördern und engere Beziehungen zwischen Ihnen und den Menschen in anderen Ländern schaffen, die dort in ähnlichen Bewegungen arbeiten.

Die "Informationen zur Abrüstung" werden übrigens unentgeltlich von Mitarbeitern der Kampagne für Abrüstung hergestellt. Der Preis für das Abonnement muß daher die Druck- und Versandkosten decken. Wenn Sie uns helfen wollen, unsere Arbeit schneller zu erledigen, schicken Sie uns bitte gleich den ganzen Jahresbetrag. Wir brauchen dann weniger zu buchen und nicht zu mahnen. Wichtiger als dies ist jedoch, daß Sie die Informationen nutzen, damit der Wettlauf zwischen Rüstung und Frieden für das Leben entschieden wird.

Die Herausgeber

Der frühere Nato-Generalsekretär und jetzige belgische Außenminister Spaak sprach sich in einem Interview mit der Moskauer Zeitung "Iswestija" für eine Beendigung des Kalten Krieges, für einen Nichtangriffspakt zwischen den Staaten des Warschauer Paktes und der Nato und für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa aus. Spaak sagte, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa könne einen positiven Einfluß auf die friedliche Regelung der deutschen Frage ausüben. (dpa, 17.5.63) (1957 hatte Spaak den Rapacki-Plan noch als ein Manöver bezeichnet, das dem atlantischen Verteidigungssystem schaden solle.)

Der österreichische Außenminister Bruno Kreisky (SPÖ) äußerte sich ähnlich wie Spaak; Kreisky unterstützte den Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

Die afrikanische Gipfelkonferenz in Addis Abeba beschloß, ganz Afrika zu einer kernwaffenfreien Zone zu machen. Die Konferenz verlangte die Schließung aller fremden Militärstützpunkte auf afrikanischem Boden. (upi, 27.5.63)

Der finnische Staatspräsident Kekkonen hat sich für eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa ausgesprochen. Die skandinavischen Staaten, meinte Kekkonen, sollten eine ähnliche Proklamation veröffentlichen wie kürzlich die Präsidenten fünf lateinamerikanischer Staaten. Der finnische Staatspräsident wies darauf hin, daß Skandinavien praktisch schon atomwaffenfrei sei und es nun darauf ankomme, diesen Zustand vertraglich zu fixieren. Kekkonen begrüßte in diesem Zusammenhang, daß Norwegen und Dänemark auf der Nato-Ratstagung in Ottawa erneut die Stationierung von Kernwaffen auf ihren Territorien ablehnten. Die Regierungen Schwedens, Norwegens und Dänemarks erklärten den Vorschlag Kekkonens für diskutierenswert. Die Ausbreitung von Atomwaffen müsse unbedingt verhindert werden. Die Außenminister Norwegens und Dänemarks bekräftigten in diesem Zusammenhang, daß ihre Staaten sich der Stationierung oder dem Besitz von Atomwaffen verschließen. Der schwedische Ministerpräsident Erlander schlug vor, den finnischen Vorschlag im Abrüstungsausschuß der UNO zu erörtern. Schwedens Vorbedingung für die vertragliche Regelung der Atomwaffenfreiheit Skandinaviens sei ein Vertrag der Großmächte über ein Verbot der Kernwaffenversuche. (upi, 31.5.63)

Bundesverteidigungsminister von Hassel sprach sich gegen den Vorschlag Kekkonens aus, in Skandinavien eine atomwaffenfreie Zone zu bilden. (dpa, 4.6.63)

Die lateinamerikanischen Staaten Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador und Mexiko haben auf den Erwerb und die Lagerung von Atomwaffen in einer feierlichen Erklärung verzichtet und diese Erklärung der Genfer Abrüstungskonferenz zugeleitet. Die Initiative hierzu ging von Mexiko aus. In der Erklärung wird die Forderung erhoben, Lateinamerika in eine atomwaffenfreie Zone zu verwandeln und hierfür eine internationale Garantie zu erwirken; alle lateinamerikanischen Staaten werden aufgefordert, sich dem Verzicht auf Atomwaffen anzuschließen.

Der Leiter der 137. Vollsitzung der Genfer Abrüstungskonferenz, der brasilianische Delegierte Josue de Castro, richtete einen leidenschaftlichen Appell an die Großmächte, mit der Abrüstung ernst zu machen. Es gebe heute außer Atombomben und Kanonen eine andere Macht, deren Gewicht von Tag zu Tag wachse: das Weltgewissen. Der größere Teil der Menschheit leide Hunger. Dieser Teil der Menschheit sei sich bewußt, daß ohne Abrüstung ein Ende des Hungers nicht zu erreichen sei. (upi, 28.5.63)

Bundesaußenminister Schröder erklärte anläßlich eines Gespräches mit dem mexikanischen Präsidenten Lopez Mateos, es müsse vermieden werden, daß noch mehr nationale Streitkräfte in den Besitz von Atomwaffen kämen; der Verzicht lateinamerikanischer Staaten auf atomare Waffen sei "angesichts der besonderen Verhältnisse auf diesem Subkontinent ein aktiver Beitrag zur Erhaltung des Friedens." (dpa, 31.5.63)

Der britische Außenminister Lord Home warnte vor einer Ausbreitung der Atomwaffen. Die USA, die Sowjetunion und Großbritannien sollten eine Vereinbarung schließen, die der Ausbreitung von nuklearen Waffen entgegenwirkt, schlug Lord Home vor. Es würde ein "außerordentlicher Gewinn" sein, wenn eine solche Vereinbarung dem angestrebten Abkommen zur Einstellung der Atomwaffenversuche hinzugefügt werden könne. Der britische Oppositionsführer Wilson wiederholte seine Forderung, daß es "keinen deutschen Finger am Atom-Abzug" geben dürfe. In einem Zeitungsinterview erklärte Wilson, die Verhinderung einer deutschen Atombewaffnung sei "absolut entscheidend". (dpa, 23.5.63)

Der neue kanadische Außenminister Martin hält einen Nichtangriffspakt zwischen der Nato und den Staaten des Warschauer Paktes "unter geeigneten Umständen" für nützlich. Ein solches Abkommen müsse mit der Lösung anderer Probleme des Kalten Krieges verknüpft werden. (dpa, 31.5.63)

Die UdSSR schlug in einer Note an die USA, England und sämtliche Anliegerstaaten des Mittelmeeres vor, den Mittelmeerraum zur atomwaffenfreien Zone zu erklären. Der Chefdelegierte der USA bei der Genfer Abrüstungskonferenz, Botschafter Stelle, lehnte diesen Vorschlag ab. Der Vertreter Großbritanniens schloß sich der Stellungnahme der USA an. Jugoslawien und Algerien befürworteten den Vorschlag der UdSSR. Auch der kanadische Ministerpräsident Pearson erklärte, der sowjetische Vorschlag für eine atomwaffenfreie Zone im Mittelmeerraum verdiene eine sorgfältige Prüfung und könnte unter Umständen entspannend wirken. (dpa, 6.6.63)

Die angesehenen belgische Zeitung "Le Soir" hat die Bundesrepublik beschuldigt, insgeheim Vorbereitungen für eine Atomwaffenproduktion zu treffen. Materiell würden solche Vorbereitungen, die auf lange Sicht angelegt seien, von bestimmten Industriegruppen getragen. Wissenschaftliche Grundlagen würden durch Mitarbeit deutscher Spezialisten bei ausländischen Raketenprojekten und im Zusammenhang mit der französischen Atombombenproduktion gelegt. "Le Soir" erinnert an die Geheimübungen der Reichswehr vor 1933, die sich der damaligen interalliierten Kontrolle entzogen. Es bahne sich eine Entwicklung an, die eine praktische Umgehung der Nato- und WEU-Klauseln ermögliche, wonach die Bundesrepublik auf eigene atomare Rüstungsproduktion verzichtet hat.

Die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und Großbritannien werden Mitte Juli in Moskau einen neuen Versuch unternehmen, zu einem Vertrag über die Einstellung der Kernwaffenversuche zu kommen. Dies ist das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Präsident Kennedy, Ministerpräsident Chruschtschow und Premierminister MacMillan. Die Gespräche in Moskau sollen "von Persönlichkeiten geführt werden, die das größte Vertrauen aller drei Regierungschefs genießen." Präsident Kennedy erläuterte diesen Beschluß dahingehend, daß die USA ihre Haltung gegenüber der UdSSR und dem Kalten Krieg überprüfen würden. Wenn jemand einen wirklichen Frieden für unmöglich halte, so sei das eine "gefährliche, defaitistische Einstellung". (dpa, 11.6.63)

Stellungnahmen zum om

25./26. Mai Chemie-Gewerkschaftsjugend

Die Delegierten der 6. Zentralen Jugendkonferenz der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik forderten am Samstag in Stuttgart die Gewerkschaften des DGB zur offiziellen Teilnahme an den Ostermärschen auf. In einer bewegten Debatte wiesen Befürworter der Ostermärsche darauf hin, daß gerade die Gewerkschaften verpflichtet seien, wie am 1. Mai auch durch die Ostermärsche ein offenes Bekenntnis gegen die atomare Bewaffnung abzulegen.

25./26. Mai "Die Falken" Beschluß der 9. Bundeskonferenz in Bielefeld

Der Antrag des Bundesvorstandes der Falken, in Bezug auf die Teilnahme der Falken am Ostermarsch den Beschluß des Vorjahres bestehen zu lassen, wurde angenommen. Der Beschluß besagt, daß den Mitgliedern die aktive Organisation und das Unterschreiben von Aufrufen untersagt, die Teilnahme am Ostermarsch jedoch nicht verboten ist.

11./12. Mai Verband der Kriegsdienstverweigerer (VK)

Der Bundeskongress 1963 des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer begrüßt die Ostermärsche der Atomwaffengegner - Kampagne für Abrüstung - und sieht in ihnen eine ausgezeichnete, unabhängige, demokratische Initiative, die sich wirksam der Rüstungspolitik und der Verschärfung der politischen Spannungen in beiden Teilen Deutschlands entgegenstellt. Der VK wird weiterhin den Ostermarsch aktiv unterstützen und seine Kräfte und Möglichkeiten dafür einsetzen, daß die Kampagne für Abrüstung in Deutschland weitere Kreise der Bevölkerung ergreifen und in ihrem Kampf gegen die Politik mit der Bombe in Ost und West unbeirrt verstärken kann.

Insbesondere stellt sich der VK hinter die Forderung des Aufrufs zum Ostermarsch 63, nach der Schaffung einer mitteleuropäischen Entspannungszone, nach Stärke und Ausbau der UNO, zur beschleunigten Durchführung einer allgemeinen, kontrollierten Abrüstung und zum Aufbau einer internationalen Kooperation aller Völker. Die Forderung des Ostermarsches nach einer Sicherheitspolitik, die auf Abrüstung und Verständigung gegründet ist, stellt eins der zentralen Anliegen auch des VK dar.

Im Sinne dieser Erklärung werden alle Mitglieder und Gruppenvorstände aufgefordert, den Ostermarsch zu unterstützen. Darüberhinaus wird der Bundesvorstand beauftragt, den Zentralen Ausschuß des Ostermarsches auch finanziell zu unterstützen.

Mai-Ausgabe "aufwärts", illustrierte Zeitung des DGB für junge Menschen

Mehr als in anderen Jahren sind diesmal aufmarschiert. Ob es 1000 mehr oder weniger als die angegebenen Zahl waren, spielt keine Rolle. Es wäre grundfalsch, wollte man nur die als Gegner der Atombewaffnung bezeichnen, die aufmarschierten. Gäbe es eine Abstimmung in der Bundesrepublik, so würden wohl fast alle Menschen gegen die atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik stimmen, und nicht nur bei uns, sondern auf der ganzen Welt.

Als Organisation hat der DGB die Teilnahme an den Ostermärschen abgelehnt, aber er hat die Beteiligung keinem Mitglied verboten.

Die Gewerkschaftsjugend hat auf ihrer Bundesjugendkonferenz in Berlin den 1. September jeden Jahres als den Tag bestimmt, an dem sie für den Frieden der Welt und die Verständigung der Völker öffentlich demonstriert und ihre Stimme erhebt gegen den Militarismus und den Wahnsinn der atomaren Rüstung.

Die Sensation dieser Botschaft (Enzyklika "Pacem in terris") liegt in der Unbefangenheit, mit der sie sagt, was fällig ist, in der Unbefangenheit, mit der sie Katholiken zur Zusammenarbeit mit Nichtkatholiken ermuntert, mit der sie sich zur Demokratie und zum Fortschritt im Sinne der humanitären Bestrebungen der letzten Jahrhunderte bekennt, die UNO nennt und lobt, ja geradezu den von allen sogenannten Realisten verachteten Weltstaat fordert, in der Unbefangenheit und Entschiedenheit auch, mit der sie die Atombombe verurteilt, ohne dieses Urteil durch scharfsinnige Hinweise auf die Bedingungen des erlaubten Krieges sofort wieder zu annullieren. (Alles in allem rät der Papst in dieser Sache genau das an, was in diesem Jahr auf den Flugblättern für den Ostermarsch der deutschen Atomgegner zu lesen steht, fast genau zur gleichen Stunde, da man in der Bundesrepublik, und in der DDR, die Ausländer, die dafür demonstrieren wollten, an der Grenze abwies.)

Walter Dirks in "Frankfurter Hefte" 5/63

Wir hatten eine Zeit, in der alle Deutschen Pazifisten waren: als unser Land verwüstet am Boden lag und die Zukunft verloren schien. Aber je weiter wir uns von der letzten Schlacht entfernten, je voller die Töpfe wurden und je mehr Trümmer verschwanden - desto rascher verblaßte das Jahr 1945 und immer leiser hallte der Ruf: Nie wieder Krieg!

Die Politik ging andere Wege, und so wird heute niemand die Notwendigkeit der Landesverteidigung bestreiten, nicht einmal ein Pazifist. Es sei denn, er klammert sich an eine Utopie. Sogar die Ostermarschierer 1963 verkündeten: Wenn Atomverzicht, dann selbstverständlich für beide Seiten. Aber die Notwendigkeit von Verteidigungsmaßnahmen einsehen, heißt nicht, die pazifistische Idee leugnen zu müssen. Sie ist genauso notwendig: zur Mahnung der Völker und Staatsmänner an Vernunft und Gewissen.

Nichts ist daher so absurd und so verwerflich, als wenn ausgerechnet in der Bundesrepublik der Pazifismus diffamiert wird.

Voluntas, Revue Nr. 21, 26.5.63

Über die Ostermärsche wurde in unserer Presse viel Unsinn geschrieben. Dennoch setzt sich langsam eine gewisse Fairniß durch. Natürlich distanzierte man sich jeweils von den Ostermarschierern, auch wenn man mit ihnen sympathisierte. Kennst du das Land, wo die Zivilcouragen blühen? Wenn du ein Deutscher bist, kennst du es nicht. Frei nach Erich Kästner ... Man kann natürlich durchaus und mit guten Gründen die Meinung vertreten, die Ostermärsche seien sinnlos. Ich meinte dies auch lange Zeit. Diesmal schloß ich mich dem Ostermarsch an. Denn so sinnlos wie der circulus vitiosus der Aufrüstung, so erschreckend sinnlos und nihilistisch können die Ostermärsche niemals sein.

Gerhard Zwerenz in "TWN" Nr. 6/63

In der gegenwärtigen Situation gibt Papst Johannes XXIII. ein großes Beispiel. Über alle nationalen und ideologischen Grenzen hinweg spricht er mit einer so erfrischenden Deutlichkeit für den Frieden in der Welt, daß es die verantwortlichen Staatsmänner in Ost und West schwer haben werden, in ihrem längst erstarrten Blockdenken zu verharren. In einer Zeit, wo der Friede nur auf dem berühmten Gleichgewicht der Kräfte, auf Zahl und Wirkung der Atombomben ruht, fordert der Papst unmißverständlich und eindeutig das Verbot dieser Bomben. Was nun? Also doch Ostermärsche und nicht nur der wenigen, sondern ein Aufbruch der ganzen Christenheit gegen eine Politik mit der Bombe.

Senator L. Linsert, Vorsitzender des DGB-Bayern auf der Mai-Kundgebung in München

Je mehr diese Ihre Gedanken in den Völkern Einfluß gewinnen, desto mehr werden Sie, Herr Präsident, auf kraftvolle Unterstützung rechnen können. Die Völker werden Sie ermutigen, die riesigen Rüstungsausgaben nicht mehr für "unerlässlich", sondern für überflüssig zu halten, weil sie in diesem Zeitalter kein Vertrauen mehr in den Schutz durch Waffen haben. Allerdings werden in jeder Gesellschaft, die so wie die amerikanische auf die Rüstung eingestellt ist, im Zusammenhang mit konkreten Entspannungs- und Abrüstungsmaßnahmen Schwierigkeiten auftreten. Zwangsläufig muß aber eine Änderung des Denkens eine Änderung der wirtschaftlichen Struktur mit sich bringen, und diese Umstellung auf die Friedenswirtschaft wird auch Ihrer Nation einen neuen Aufschwung geben.

Herr Präsident, auch Ministerpräsident Chruschtschow hat vor einiger Zeit in der Öffentlichkeit das Bild einer abgerüsteten friedlichen Welt des vernünftigen Wettbewerbs entworfen, wenn auch unter anderen Umständen und in anderer Form. Sie sind jetzt in Ihrer Rede über diesen Ansatz hinausgegangen und haben besonders den westlichen Ländern einen großen Impuls gegeben. Das verpflichtet Sie, auf diesem Wege nicht stehen zu bleiben und sich durch nichts entmutigen zu lassen.

Wir - die wir in unserer Politik auf der Position der blockfreien Staaten stehen und uns nicht an die eine oder andere Seite im Spannungsfeld zwischen Ost und West anlehnen - bitten Sie sehr, sowohl gegenüber Ihrem eigenen Volk und den Bündnispartnern als auch gegenüber Ihren weltpolitischen Gegnern immer wieder die Politik des Maßes und der Verständigung, des guten Willens und der politischen Vernunft zu vertreten.

Herr Präsident, gehen Sie auch in Taten voran und leiten Sie einen wirksamen Rüstungsstoß ein: die Völker der Erde werden es Ihnen danken!

Mit vorzüglicher Hochachtung! - Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner - Hans-Konrad Tempel

Der OSTERMARSCH hat die sachliche Information und Aufklärung über Probleme der Abrüstung zu einer seiner zentralen Aufgaben gemacht. Den Mitarbeitern der Kampagne stehen folgende Drucksachen zur Verfügung:

FLUGBLÄTTER

1. "Wer steht hinter diesem Zeichen" (allgemeine Übersicht über die Kampagne) 100 St. DM 1,60
2. "Das sagt Papst Johannes XXIII" (Auszüge aus der Enzyklika) 100 St. DM 1,20
3. Grundsätze des Ostermarsches 100 St. DM 1,60

SONDERDRUCKE

1. "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" (eine Analyse der großen europäischen Revolution) von Dr. W. G. Haverbeck; Sonderdruck aus der Zeitschrift PLÄNE 100 St. DM 6,00
2. Ostermarsch der Atomwaffengegner in der Bundesrepublik (Analyse einer Kampagne für Abrüstung) aus der Reihe "Studien von Zeitfragen" 10 St. DM 3,00

OSTERMARSCH-POSTKARTEN

jeweils 1 Satz mit 8 verschiedenen Karten 1 Satz DM 1,00

Bestellungen richten Sie bitte an: Ostermarsch der Atomwaffengegner, Kampagne für Abrüstung, Geschäftsführung, Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Str. 5

materialien: rapackiplan

In den 50iger Jahren wurden verschiedene Vorschläge für ein Disengagement zwischen Ost und West vorgebracht, darunter nicht zuletzt der Plan des polnischen Außenministers Adam Rapacki vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 2. Oktober 1957. Der Rapacki-Plan, der eine kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, bestehend aus Polen, der Tschechoslowakei und Ost- und Westdeutschland vorsieht, wurde im Februar 1958 präzise formuliert. Aber noch im gleichen Jahr lehnte ihn der Westen ab mit der Begründung, daß er Rußland einen militärischen Vorteil in Europa lasse und eine eventuelle Wiedervereinigung Deutschlands nicht berücksichtige. Auch eine Revision des Planes vom November 1958, der jetzt die konventionellen Streitkräfte einschloß, konnte diese Einwände nicht beseitigen. Polen hat jedoch den Rapacki-Plan nicht aufgegeben. Seine letzte Version wurde der Genfer Abrüstungskonferenz im März 1962 formell unterbreitet und fand im August die persönliche Unterstützung von UN-Generalsekretär U Thant.

Für die Januar-Ausgabe der Vierteljahresschrift des Königlichen Instituts für Internationale Angelegenheiten (Chatham-House) in London hat der polnische Außenminister Adam Rapacki in einem vor allem von der britischen Presse vielbeachteten Aufsatz die aktuelle Bedeutung eines "atomaren Auseinanderrückens" im Herzen Europas dargelegt und seine früheren Gedanken zu diesem Thema wiederholt und begründet.

Die folgenden Abschnitte sind dem Aufsatz von Minister Rapacki entnommen.

Entspannung in Mittel-Europa

Im Jahre 1957 unterbreiteten wir einen konkreten Vorschlag: Beseitigung der nuklearen Waffen, ihrer Basen und Installationen auf den Territorien der beiden deutschen Staaten, Polens und der Tschechoslowakei. In den späteren Versionen, denen die Erkenntnisse der internationalen Diskussion über diesen

ersten Vorschlag zugrundeliegen, sieht der polnische Plan zur Erreichung seines Zieles zwei Etappen und eine gleichzeitig mit der Eliminierung nuklearer Waffen vereinbarte Reduktion der konventionellen Streitkräfte vor.

Die Verwirklichung dieser Konzeption hätte unmittelbar zur Folge:

Erstens - Die endgültige Beseitigung der Gefahr eines nuklearen Zwischenfalls in Mitteleuropa, der aus irgendeinem Anlaß oder durch einen Zufall entstehen könnte und der sich innerhalb weniger Minuten in einen weltweiten Kernwaffen- und Raketenkrieg verwandeln würde.

Zweitens - Die Möglichkeit des Ausbruchs eines atomaren Krieges in Mitteleuropa auf Grund politischer und aus strategischen Erwägungen zugespitzter Streitigkeiten würde beträchtlich vermindert.

Beide Wirkungen würden damit innerhalb einer Zone erzielt, in der sich starke Kräfte der gegensätzlichen Militärbündnisse gegenüberstehen und in der große Mengen von Massenvernichtungsmitteln lagern, die die Staaten Ost- und vor allem Westeuropas gefährden. Die Entfernung der atomaren Waffen und die Herabsetzung der herkömmlichen Bewaffnung in dieser Zone würden mit Sicherheit eine fühlbare Erleichterung für die Nationen Europas und der Welt bedeuten. Das wiederum hätte eine Entspannung zur Folge, die man endlich nicht mehr nur als Illusion bezeichnen könnte, und die sichere Konsequenz wäre eine allgemeine Stärkung des Sicherheitsgefühls und eine Zunahme des gegenseitigen Vertrauens.

Wir sahen und sehen in den polnischen Vorschlägen weiterhin den Versuch, die gegenwärtigen Verhältnisse und die Atmosphäre wesentlich zu verbessern und auf dem Wege zur Abrüstung und zur endgültigen Lösung des deutschen Problems Fortschritte zu machen.

Partielle Abrüstung - totale Abrüstung
 Das atomare Wettrüsten geht weiter und damit wächst die Furcht vor dem plötzlichen Ausbruch eines nuklearen Konflikts. Gegensätzliche politische Probleme spitzen sich zu und sind schwieriger zu lösen; das Problem der Abrüstung wird immer langwieriger. Und tatsächlich haben die kürzlichen Ereignisse bewiesen, daß der Fortschritt der nuklearen Technik das Risiko eines plötzlichen Kriegsausbruchs nicht etwa vermindert, sondern in Wirklichkeit vergrößert. Während der kritischen Tage des letzten Oktobers konnten wir beobachten, wie sich die Situation entwickelte und auch wie sie sich hätte entwickeln können. Wir sahen, wie leicht jede akute Krise in den Beziehungen zwischen den sich gegenüberstehenden Militärbündnissen in Europa oder darüber hinaus innerhalb weniger Stunden zu einer Weltkatastrophe werden kann.

Die Gefahr für den Frieden, die von den Stützpunkten auf fremden Territorien ausgeht, zeigte sich deutlicher als jemals zuvor. Die Vereinigten Staaten sollten jetzt bei anderen zwar einen kühlen Kopf vermuten, aber sie sollten sich auch sagen, daß niemand so wie sie selbst an seinen Grenzen Raketenabschussbasen dulden muß. Das gilt besonders dann, wenn die Existenz dieser Basen nicht durch eine Bedrohung der Länder, in denen sie installiert sind, gerechtfertigt werden kann. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Krise im Karibischen Raum im Westen und besonders in den Ländern mit fremden Stützpunkten neues Interesse für die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa geweckt hat. (Ich verweise hier auf die Rede Hugh Gaitskells in der Debatte im Unterhaus am 12. und 27. November 1962). Außerdem hat die Krise das Interesse an der Schaffung denuklearisierter Zonen auch in anderen Teilen der Welt belebt; besonders in Lateinamerika, wo Brasilien eine entsprechende Initiative unternahm. Ich bin überzeugt, solange das Problem der Abrüstung ungelöst bleibt, werden immer wieder ernsthafte Versuche in dieser Richtung unternommen werden müssen und sei es nur, um eine bessere Atmosphäre zu schaffen oder um mögliche Lösungen anzubahnen.

Die Aussicht auf eine endgültige Einstellung des Wettrüstens mit nuklearen und konventionellen Waffen besteht und die Formel lautet: allgemeine und vollständige Abrüstung. Die entscheidende Bedeutung dieses Vorschlages für die Zukunft haben die Ereignisse dreier Jahre bestätigt, die seit seiner Vorlage durch den sowjetischen Ministerpräsidenten vergangen sind. Immer größer wird das Verständnis für die drohende Befürchtung, die Kontrolle über das atomare Wettrüsten könnte verloren gehen. Und immer deutlicher wird die Notwendigkeit der Abrüstung empfunden und in ihr der einzige Ausweg für die Menschheit gesehen.

Es ist aber auch bekannt, daß der Ausarbeitung und Durchführung eines Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung die Überwindung vorhandener Widerstände und Schwierigkeiten vorangehen muß. Das benötigt Zeit. Wieviel, das hängt zum großen Teil davon ab, was sich in dieser Zeit ereignen wird. Sollte es eine Periode intensiven Wettrüstens mit atomaren Waffen und ihrer weiteren Ausbreitung, eine Periode steigender Gefahren eines nuklearen Überraschungsangriffs und neuer Krisen sein, so werden sich die Verhandlungen immer schwieriger gestalten und die Zeit bis zur Vollendung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung wird sich gefährlich in die Länge ziehen. Wird sie sich nicht zu sehr in die Länge ziehen?

Aus diesem Grunde muß parallel zu den Bemühungen um allgemeine und vollständige Abrüstung versucht werden, Teillösungen zu erreichen, die, gleichgültig an welchem Ort und in welchem Maße, zu einer Verminderung der Spannungen, zur Festigung der Sicherheit und des gegenseitigen Vertrauens und zu einem Nachlassen des Wettrüstens beitragen könnten. Die Annahme solcher Teillösungen würde die Bedingungen zur Erreichung des wichtigsten Zieles - der vollständigen Abrüstung - verbessern ...

Mit der Einbringung einer neuen umfassenderen und konsequenteren Konzeption für die allgemeine und vollständige Abrüstung verlor der polnische Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa keineswegs an Aktualität, sondern er erhielt im Gegenteil neue und breitere Grundlagen. Die Schaffung einer denuklearisierten Zone in Mitteleuropa - so kann man hinzufügen - würde es ermöglichen, genügend praktische Erfahrungen auf dem Gebiet der Kontrolle zu sammeln. Wir waren von Anfang an für die wirksamste Kontrolle der mit unserem Vertrag eingegangenen Verpflichtungen. Dies fand seinen Ausdruck in dem Memorandum der Polnischen Regierung vom 14. Februar 1958 und in vielen anderen Erklärungen und zuletzt in der Denkschrift vom 28. März 1962, die der Genfer Abrüstungskonferenz durch die polnische Delegation vorgelegt wurde.

Westliche Gegenvorschläge fehlen

Bei der Modifizierung unseres ersten Vorschlages berücksichtigten wir in den letzten fünf Jahren sogar solche Argumente, mit denen wir nicht ganz einverstanden sein konnten. So wurde z.B. geltend gemacht, unser Plan nehme den in Westdeutschland stationierten amerikanischen Truppen die nuklearen Waffen und liefere sie der Übermacht konventioneller Streitkräfte des Warschauer Vertrages aus, was die Vereinigten Staaten vielleicht dazu veranlassen könnte, sich aus Westdeutschland zurückzuziehen. Wie alle anderen sozialistischen Staaten sehen auch wir in der Anwesenheit ausländischer Truppen auf dem Boden anderer Staaten keine normale Erscheinung und wir unterstützen weiterhin die sowjetischen Vorschläge für den Abzug fremder Truppen von den Territorien aller Staaten. Obwohl wir nicht zu denen gehörten, die die Möglichkeit einer Realisierung unseres Projektes wegen des weiteren Verbleibs amerikanischer Truppen in Westdeutschland bezweifelten, schlugen wir, um die Durchführung zu erleichtern, zwei Etappen vor. Die erste Etappe sollte Sicherheiten gegen eine atomare Aufrüstung der Nationalarmeen (beider deutscher Staaten, Polens und der Tschechoslowakei) innerhalb der vorgesehenen Zone bieten. Für ausländische Truppen, die in dieser Zone stationiert sind und die Nuklearwaffen noch nicht besitzen, sollte die Übernahme solcher Waffen ebenfalls verboten sein. Erst in der zweiten Etappe würde auf Grund einer gegenseitigen Vereinbarung die Entfernung der in Besitz der Streitkräfte der Atommächte befindlichen Kernwaffen und deren Installationen erfolgen; und gleichzeitig damit eine entsprechende Verminderung der konventionellen Rüstungen aller Armeen innerhalb dieser Zone. (Vgl. das Polnische Memorandum vom 28. März 1961.)

Wir betonen weiterhin unsere Bereitschaft, über jeden konkreten Vorschlag der interessierten Regierungen zu diskutieren. Bis jetzt gab es keine Anzeichen für solche Vorschläge oder den Beginn einer Diskussion. Was die Erklärungen von Regierungsvertretern der Deutschen Bundesrepublik angeht, so beschränken sie sich im allgemeinen auf Entstellungen. Die Behauptung etwa, die polnischen Vorschläge "vergrößern die Unsicherheit in der Welt" oder beschwören sogar "die Gefahr eines Vernichtungskrieges", kann nur als Entstellung betrachtet werden. Wenn jeder wichtige Vorschlag zur Abrüstung nur die militärischen und strategischen Gesichtspunkte berücksichtigen würde, hätte kein einziger eine Chance auf Erfolg. Jeder dieser Vorschläge beeinträchtigt die bestehenden Verteidigungssysteme beider Seiten. Unserer Meinung nach müssen die Erfordernisse des Friedens entscheidend sein, um diesen zu bewahren. Natürlich bedeutet das keine Unterschätzung der Sicherheitsinteressen der einen oder anderen Seite. Das wäre eine unvernünftige und auch unrealistische Einstellung. Unser Problem besteht darin, die Konzeption des "Gleichgewichts der Kräfte", in deren Namen so viele Kriege geführt wurden, durch den Begriff "Gleichgewicht der Sicherheit" zu ersetzen. Deshalb betrachteten wir dieses "Gleichgewicht der Sicherheit" als Ausgangspunkt unseres Planes und behandelten sehr ernsthaft jedes Argument, das von der wirklichen Sorge um die Sicherheit aller betroffenen Länder ausging ...

kampagne - international

Friedensmarsch nach Cuba: Am 26. Mai begann in Quebec ein Marsch der für eine Verständigung zwischen Cuba einerseits und Canada und den USA andererseits werben soll. Er führt von Canada über New York und Washington nach Miami in Florida. Von dort will die Gruppe nach Havanna übersetzen. Falls die Regierungen Schwierigkeiten bereiten sollten, will die Gruppe auch gegen Verbote die Grenzen passieren. Von Havanna wird der Marsch bis zu dem amerikanischen Stützpunkt Guantanamo führen. - Die Aktion wird von dem amerikanischen "Committee for Non-Violent Action" (CNVA) und dem canadischen "Committee of 100" organisiert. - Der Marsch wird 6 - 7 Monate dauern. Eine Beteiligung - auch für kürzere Zeit - ist möglich. (Anschrift: CNVA, 325 Lafayette Street, New York 12, N.Y.)

Niederlande: 1500 Menschen beteiligten sich am Ostermontag im Haag an einer vom "Comité 1962 voor de vrede" organisierten Demonstration. Das Motto des Treffens war der grundsätzliche Widerstand gegen die Herstellung, Erprobung und Lagerung von Atomwaffen. Außerdem fand am 13.4. in Groningen ein Marsch statt, an dem etwa 300 Personen teilnahmen.

Oesterreich: Den Aufruf zum Ostermarsch in Oesterreich, der in diesem Jahr erstmals stattfand, haben u.a. unterzeichnet: Die Schriftsteller Günther Anders und Karl Bruckner; Dr. Richard Bamberger (Generalsekretär des Buchklubs der Jugend); Kirchenrat D. Dr. Franz Fischer; Dr. Robert Jungk; Prof. Friedrich Heer; Prof. Dr. Michael Pfliegler (päpstl. Hausprälat); Prof. Dr. Johannes Ude; Prof. Franz Senghöfer vom österr. Gewerkschaftsbund.

Schweiz: Etwa 1000 Demonstranten hielten am Ostersonntag vor dem Völkerbundpalast in Genf, dem europäischen Sitz der Vereinten Nationen, eine Mahnwache. Es war der Abschluß eines dreitägigen Marsches von Lausanne nach Genf, der von dem "Mouvement Suisse des Jeunes Vontre l'Armement Atomique" organisiert war und bei dem etwa 500 Menschen die gesamte Strecke gelaufen waren.

USA: Es liegen Meldungen vor über folgende Aktionen. **New York:** Marsch am Ostersonntag, einige Tausend Teilnehmer bei Abschlußkundgebung vor dem Sitz der Vereinten Nationen. Gleichzeitig 36-stündige stumme Mahnwache der Quäker in Times Square. - **Philadelphia:** Marsch von allen Friedensorganisationen, 450 Teilnehmer. - **Minneapolis:** Marsch des "Friedensmarschkomitees" am 14.4. mit 300 Teilnehmern. - **Chicago:** Demonstrationen von 15 Friedensgruppen. Marsch über 35 Meilen an zwei Tagen mit 200 Studenten. Am 13.4. gemeinsamer Marsch aller Gruppen, abschließend eine stille Mahnwache mit 1400 Menschen an einer "Atlas"-Rakete. - **Los Angeles:** "Friedens-Samstag" von "Women Strike for Peace". Marsch durch die Stadt mit 2000 Teilnehmern, anschließend Abschlußkundgebung mit 3000 Menschen. - **Miami:** 45 Minuten langer Marsch von etwa 250 - 300 Menschen. Motto: Vertrag über Atomversuchs-Stop. Aufgrund einer Geldsammlung konnten dem US-Senat 65 Telegramme mit dieser Forderung gesandt werden. - **San Francisco:** Zum Abschluß eines Fünf-Meilen-Marsches wurde im Golden-Gate-Park ein Baum gepflanzt. - **Austin, Texas:** Sieben-Meilen-Marsch der "Student Peace Union" zum Luftwaffenstützpunkt Bergstrom.

Neuseeland: Die "New Zealand CND" hatte in diesem Jahr ihren zweiten Ostermarsch, der über 40 Meilen durch dichtbevölkertes Küstengebiet von Paraparaumu nach dem Repräsentantenhaus in Wellington führte. Vor dem Marsch war das Repräsentantenhaus aufgefordert worden, sich an dem Marsch zu beteiligen; in dem Brief wurde weiterhin vorgeschlagen, daß Neuseeland die Initiative ergreifen sollte, die südliche Hemisphäre zu einer atomwaffenfreien Zone zu machen.

Dänemark: Etwa 1000 Anhänger der dänischen CND "Kampagnen mod Atomvaben" marschierten am Karfreitag und Ostersonntag von Haderslev in Süddänemark zur deutschen Grenze. Die Deutsche Bundesrepublik verweigerte ihnen die Erlaubnis, Deutschland zu betreten und an einem deutschen Ostermarsch teilzunehmen, so daß eine gemeinsame Veranstaltung mit 200 deutschen Marschteilnehmern auf der dänischen Seite der Grenze abgehalten wurde.

England: Am Karfreitag sammelten sich die Teilnehmer in Aldermaston. Etwa 11000 marschierten nach Reading. Die Broschüre der "Friedensspione" wurde veröffentlicht. Ostersonntag: Schätzungen der Anzahl der Marschteilnehmer schwanken zwischen 6000 und 17000. An einem der bekanntgewordenen geheimen Regierungs-Ausweichplätze fand eine Demonstration statt. Am Ostersonntag führte der Marsch von Slough über Windsor und Runnymede nach Brentford. Am Ostersonntag marschierten etwa 30000. Die Polizei beschlagnahmte hunderte der "Spione"-Flugschriften. Bei Victoria und Whitehall kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. 72 Personen wurden verhaftet. Die Abschlußkundgebung war von etwa 70000 Menschen besucht.

Griechenland: Der griechische Marsch von Marathon nach Athen war von der griechischen Regierung verboten worden. Er war trotzdem eine der eindrucksvollsten Demonstrationen in Europa und die erste bedeutsame Aktion gegen die diktatorische griechische Regierung seit Beendigung des Bürgerkrieges 1950. Die Regierung hatte jeglichen Verkehr von Athen nach Marathon verboten. Daraufhin wurde von beiden Städten aus marschiert. Trotz der Unterstützung aller politischen Parteien außer der Regierung gingen Polizei und Armee mit brutaler Gewalt gegen die Demonstranten vor. Die griechischen Teilnehmer und auch die Mitglieder der englischen Delegation wurden geschlagen und getreten; 2000 Griechen wurden verhaftet, die Engländer wurden ebenfalls verhaftet und deportiert.

Australien: Die "Western Australien CND" organisierte in diesem Jahr ihren ersten Marsch. Er führte über eine Strecke von 12 Meilen von Fremantle nach Perth. Außerdem wurde am 21.4.1963 in den Straßen von Sydney demonstriert; 3000 Personen marschierten zum Rathaus, wo sich Sprecher gegen die Errichtung einer amerikanischen Militär-Sendestation in Westaustralien wandten und gegen französische Atomversuche im Pazifik demonstrierten. Ein weiterer australischer Marsch wurde am Ostermontag von der "Victorian CND" organisiert und führte von Dandenong nach Melbourne.

Belgien: Etwa 8000 bis 10000 Menschen nahmen an einem Marsch in Brüssel am 24.3. teil. Der Marsch war von einer weitgespannten Skala von Gruppen einschließlich Kommunisten und katholischen Jugendgruppen organisiert worden.

Das "International Department of the British Youth and Students Campaign for Nuclear Disarmament" veranstaltet in diesem Sommer mehrere Gruppenferien-Reisen und Internationale Arbeitslager. Gruppenferien finden statt in

1. der Tschechoslowakei vom 9. bis 25.8. Preis ca. 380,- DM
2. Jugoslawien vom 24.8. bis 9.9. Preis ca. 420,- DM

Internationale Arbeitslager werden veranstaltet in

1. Dänemark vom 9.8. bis 3.9. Preis ca. 240,- DM
2. Israel vom 25.7. bis 28.8. Preis ca. 500,- DM
3. Polen vom Juli bis August Preis ca. 300,- DM
4. Jugoslawien vom 6. Juli bis 4.8. Preis ca. 300,- DM

Die Preise können sich wahrscheinlich bei Fahrt ab Deutschland ermäßigen. Da die Anmeldefrist bald abläuft, müssen sich Interessenten sofort mit der oben genannten Organisation in Verbindung setzen. Adresse: 2 Carthusian Street, London E.C.1

An den
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Kampagne für Abrüstung
6050 Offenbach - 4
Postfach 648

ED 718-22-246

10. 7. 63

B e s t e l l z e t t e l
=====

-- -- -- -- --	Flugblätter zum Hiroshima-Tag 100 Stück DM 3,--	DM	-- -- -- -- --
-- -- -- -- --	Taschentücher mit OM-Emblem Stück DM 1,50	DM	-- -- -- -- --
-- -- -- -- --	Karten "Aktion Abzeichen" 50 Stück DM 1,--	DM	-- -- -- -- --
-- -- -- -- --	Zeitung "Ostermarsch 63" 5 Stück DM 2,-- 6 - 50 Stück DM -.30 je Exempl.	DM	-- -- -- -- --
-- -- -- -- --	Briefverschlusßmarken 100 Stück DM 1,50 250 Stück DM 3,--	DM	-- -- -- -- --
-- -- -- -- --	Postkartensatz (à 8 Stück DM 1,--	DM	-- -- -- -- --
-- -- -- -- --	PLÄNE-Sondernummer 1962 Stück DM 3,--	DM	-- -- -- -- --
-- -- -- -- --	Broschüre "Der große Marsch - San Francisco - Moskau" Stück DM 1,--	DM	-- -- -- -- --
-- -- -- -- --	Exemplare der Schrift über die Arbeit des Ostermarsch- ausschusses 25 Stück DM 5,--	DM	-- -- -- -- --
-- -- -- -- --	Schallplatte Ostermarschsongs 62/63 Stück DM 8,20	DM	-- -- -- -- --
-- -- -- -- --	Ostermarschabzeichen, groß Stück DM 1,--	DM	-- -- -- -- --
-- -- -- -- --	Ostermarschabzeichen, klein Stück DM 1,--	DM	-- -- -- -- --
-- -- -- -- --	Autokleber (bis 5 Stück kostenlos)	DM	-- -- -- -- --
-- -- -- -- --	Fahrrad- bzw. Autowimpel Stück DM 1,--	DM	-- -- -- -- --

Das Material ist zu liefern an:

Name: -----

Genauere Adresse: () -----

Datum: -----

10. 7. 63

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

6050 Offenbach, 3.7.1963
Waldstr. 99, Postfach 648

Liebe Freunde,

kurz bevor Sie vielleicht Ihren Sommerurlaub antreten, und vor allen Dingen für jene, die im Juli und August zu Hause bleiben, noch ein Rundschreiben.

1. Hiroshima - Tag

Am 6. August 1945 wurde die 1. Atombombe über einer von Menschen bewohnten Stadt gezündet. Wir würden an diese grausame Tat nicht mehr erinnern, könnten wir in der berechtigten Hoffnung leben, daß sich Hiroshima nicht wiederholen wird. So aber wollen wir diesen Tag nutzen, um all Jene zu warnen und aufzurufen, die dem atomaren Vernichtungsmittel noch immer gedankenlos gegenüberstehen. Deshalb werden wir auch in diesem Jahr zum Hiroshima-Tag wieder ein Flugblatt herausbringen, und bitten hiermit unsere Anhänger, dieses Flugblatt zu bestellen und an Mahnwachen, vor Betrieben und Kirchen, am Arbeitsplatz und im Freundeskreis zu verteilen. Wir wissen, daß wir mit unseren Flugblättern der ungeheueren Provokation der Bombe nur wenig entgegenstellen. Wir haben aber auch die Erfahrung gemacht, daß uns nach solchen Flugblattaktionen einige neue Anhänger gewonnen wurden, die bei späteren Kundgebungen und Ostermärschen dabei waren.

2. Internationale Demonstration in Athen

Sie haben in der Zeitung gelesen von dem Mord an Prof. Dr. Gregory Lambrakis. Lambrakis, der griechische Parlamentsabgeordnete und Führer der dortigen Antiatombewegung, ist der erste Atomwaffengegner, der wegen seiner Überzeugung und Tätigkeit den Tod fand. Leider hat die Bundesdeutsche Presse verschwiegen, daß die Beerdigung von Gregory Lambrakis zu einer großen politischen Demonstration wurde, an der sich über eine halbe Million Menschen beteiligten.

Das "Bertrand-Russell-Committee of 100" in Griechenland hat nun zum Hiroshima-Tag am 6. August zu einer großen Demonstration im Zentrum von Athen aufgerufen. Man erwartet, daß Atomwaffengegner aus anderen Ländern an dieser Demonstration teilnehmen. Die Anwesenheit von Ausländern ist eine große Hilfe für die griechische Bewegung und wirkt hemmend auf die unbeschränkte Ausübung von Repressalien und Polizeigewalt durch die Regierung. Deshalb haben britische Atomwaffengegner einen Autokonvoi mit mindestens 100 Teilnehmern geplant. Der Konvoi wird am 26.7. 1963 London verlassen und am 5.8.1963 die griechische Grenze erreichen. Atomwaffengegner aus allen Ländern auf der Strecke sollen sich der Gruppe anschließen. Die vorläufige Route ist London, Dover, Ostende, Brüssel, Aachen, Köln, München, Frankfurt, Stuttgart, Salzburg, Liubliana, Zagreb, Belgrad, Nis, Skopje, Saloniki, Athen. Alle Freunde, die interessiert und in der Lage sind, sich dem Autokonvoi als Autofahrer oder als Mitreisender anzuschließen, wenden sich bitte umgehend an den Zentralen Ausschuss, per Adr Dr. Andreas Buro, 8000 München 55, Andreas-Voest-Str. 5.

Der Hessische Ausschuss wird erwägen, ob es sinnvoll und möglich ist, auf der Durchreise durch Frankfurt dem Autokonvoi einen Empfang oder eine öffentliche Kundgebung zu bereiten.

3. Bettelbrief

Wir sind, liebe Freunde, finanziell wieder einmal an einem sehr tiefen Punkt. Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt zwangsläufig vor dem jeweiligen Ostermarsch. In diesem Jahr haben die Ausgaben unsere Einnahmen (trotz bewundernswerter Spendefreudigkeit) überschritten. Sie selbst wissen, welche Anstrengungen unternommen wurden, um den diesjährigen Ostermarsch noch größer und erfolgreicher zu machen. Diese Anstrengungen forderten nicht nur einen großen Arbeitseinsatz der Verantwortlichen, sondern Geld und immer wieder Geld. So standen wir nach dem Ostermarsch 1963 mit einem kleinen finanziellen Minusbestand da. Zwischenzeitlich mußten aber weitere Aufgaben wahrgenommen werden, die Geld kosteten. Vor allen Dingen gilt es, am 6. August und 1. September wieder an die Öffentlichkeit zu treten. Wenn einige Freunde, die oft buchstäblich nächtelang für die Ostermarschbewegung arbeiten, nicht auch noch durch erhebliche private Darlehen in Vorlage getreten wären, wäre der Hessische Ausschuss heute praktisch arbeitsunfähig.

WIR DÜRFEN DESHALB ALLE FREUNDE WIEDER EINMAL UM EINE ZWECKBESTIMMTE SPENDE, UND ZWAR FÜR DEN HIROSHIMA-TAG BITTEN UND WÜRDEN UNS FREUEN, WENN WIR NICHT NUR VON DENEN, DIE REGELMÄSSIG AUF UNSERE BETTELBRIEFE DURCH EINE ZAHLUNG REAGIEREN UNTERSTÜTZT WÜRDEN, SONDERN VON ALLEN. ZAHLKARTE LIEGT BEI.
HERZLICHEN DANK.

Dankbar müssen wir noch vermerken, daß der überwiegende Teil unserer Anhänger DM 5,-- für die Ostermarschzeitung bezahlt hat. Die Finanzierung der Zeitung konnte deshalb zu 75% sicher gestellt werden. Wenn jedoch alle, die diesen Betrag noch nicht überwiesen haben, die Zahlung nachholen, dann ist die Finanzierung restlos durch diese zweckgebundene Beträge erfolgt und ein weiteres Zeugnis von Solidarität innerhalb der Ostermarschbewegung.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihr
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

5. 7. 63
605 Offenbach, 5.7.1963
Waldstr. 99, Postfach 648

An die Vertreter der örtlichen Ausschüsse, an den Hessischen Ausschuß

Liebe Freunde,

ED 718-22-248

um uns nicht unnötig Arbeit zu machen, möchten wir ein Protokoll über die Zusammenkunft der örtlichen Ausschüsse mit dem Hessischen Ausschuß am 3. Juli 1963 in Frankfurt ersparen. Wir geben mit diesem Rundschreiben einen Überblick über die wesentlichsten Punkte dieser Besprechung. Vertreten waren die örtlichen Ausschüsse aus Marburg, Gießen, Offenbach, Sprendlingen, Langen, Egelshach, Kassel, Darmstadt, Mörfelden, Dieburg, Walldorf, Hanau, Frankfurt.

1) Bericht über die ZA-Sitzungen

Über die Sitzungen des Zentralen Ausschusses der Kampagne wurde besonders zu folgenden Punkten berichtet: Bestandsaufnahme und Wertung des Ostermarsches 63; Neuwahl des Arbeitsausschusses; Erklärung des ZA zur Kampagne 63-64; Zusammensetzung der örtlichen Ausschüsse; Berichte über Polen und Schweden; Antwortschreiben auf verschiedene Briefe, die der Kampagne aus Anlaß des Ostermarsches 1963 aus Ostblockstaaten zugingen; unsere Stellung zu Sitzstreiks; Lobby-Aktion in Ostberlin; Informationsschrift zur Abrüstung; Antiatomwaffendemonstration am 6. August 1963 in Athen.

Besonders wesentlich ist es, daß die "INFORMATIONEN ZUR AB-RÜSTUNG" von unseren Vertretern in den örtlichen Ausschüssen abonniert werden. Die erste Ausgabe geht allen hessischen Ostermarschfreunden kostenlos zu. Die Erklärung zur Kampagne 63/64 ist in der Nummer 1 der Informationen angedruckt. Das Antwortschreiben in die DDR wird in den nächsten Informationen veröffentlicht. Über die Frage der Sitzproteste und über das Thema "atomwaffenfreie Zone" wird der Zentrale Ausschuß eine Seminarschrift herausbringen. Nach den Eindrücken und Erkenntnissen in Warschau sollen unsere Bemühungen um eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa durch Gespräche mit britischen Labourabgeordneten vertieft werden. Zur Demonstration am 6. August in Athen wird im nächsten Rundschreiben des Hessischen Ausschusses Stellung genommen.

2) Arbeitsprogramm für die örtlichen Ausschüsse

Die Anwesenden waren sich einig, daß nach den Sommerferien die Arbeit der örtlichen Ausschüsse aktiviert werden muß. Es wurden folgende Vorschläge beraten und für gut geheißen:

- a) Am 6. August finden überall in Hessen Flugblattverteilungen anläßlich des Hiroshimatages statt. Die Flugblätter sollen an Mahnwachen, vor Kinos, Kirchen und Betrieben verteilt werden. Das 4seitige Flugblatt des ZA wird den örtlichen Ausschüssen für DM 20.-- pro tausend Stück zur Verfügung gestellt. Bestellungen müssen dem Hessischen Ausschuß bis spätestens 15. Juli vorliegen. Darüber hinaus stellt der Hessische Ausschuß bis spätestens 14. Tage vor dem 6. August Pressematerial zur Verfügung, mit dem die örtlichen Ausschüsse den Versuch unternehmen sollten, in der örtlichen Presse etwas unterzubringen. Außerdem sollte besonders in kleineren Orten für den

6. August eine Tätigkeit entfaltet werden, die dazu führen könnte, daß örtliche Persönlichkeiten zum 6. August eine Erklärung in der Presse abgeben.
- b) Die örtlichen Ausschüsse sollten sich um einen Kontakt mit den Unterzeichnern des Aufrufes 1963 bemühen. Wo genügend Unterzeichner zu finden sind, empfiehlt sich eine gemeinsame Zusammenkunft. Wo weniger Unterzeichner vorhanden sind, sollte der Kontakt durch persönliche Besuche unterhalten werden.
 - c) Alle örtlichen Ausschüsse werden gebeten, in den Monaten September und Oktober ein örtliches Teilnehmertreffen zu veranstalten, bei dem vor allem über die äussere Form des Ostermarsches 1964 diskutiert werden soll. An diesen Teilnehmertreffen werden Vertreter des Hessischen Ausschusses teilnehmen, um so die Kritik der Ostermarschanhänger zur Kenntnis zu nehmen und einiges zur Verbesserung für die Zukunft beizutragen. Außerdem soll bei diesen Teilnehmertreffen über weitere örtliche Aktivitäten beraten werden.
 - d) Nach diesen Teilnehmertreffen, aber noch in diesem Jahr, sollten öffentliche örtliche Saalkundgebungen durchgeführt werden, bei denen Referenten des Ostermarsches über das Thema "atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa" sprechen. Der Hessische Ausschuß wird demnächst eine Referentenliste ausarbeiten und diese den örtlichen Ausschüssen zur Verfügung stellen.
 - e) Zum Antikriegstag am 1.9.1963 konnten noch keine klaren Beschlüsse gefaßt werden; den örtlichen Ausschüssen gehen nähere Informationen demnächst zu.

3) Finanzielle Situation

Hier gab Fritz Amann einen Bericht über einen finanziellen Zwischenabschluß zum 30.6.1963. Es wurden für unsere Bemühungen den Ostermarsch 1963 stärker und breiter zu machen, DM 53.529.85 ausgegeben, dagegen aber nur DM 47.742.89 eingenommen. Wir haben also ein erhebliches Defizit, das zur Zeit durch private Darlehen abgedeckt ist. Sie können die detaillierten Zahlen der beigelegten Einnahmen- und Ausgabenrechnung entnehmen.

In der Diskussion wurde besonders darauf hingewiesen, daß noch erhebliche Beträge der örtlichen Ausschüsse gegenüber dem Hessischen Ausschuß offen stehen.

Der Hessische Ausschuß will sich bemühen, das Defizit durch persönliche Schreiben an finanzkräftige und spendenfreudige Anhänger abzudecken. Diesem Schreiben wird auch eine finanzielle Übersicht beigelegt. Außerdem soll in einem Rundschreiben an alle unsere Freunde noch einmal ein Aufruf zu finanziellen Spenden herausgebracht werden.

4) Zukünftige Planungen.

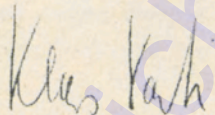
Bei diesem Punkt wurde besonders darauf hingewiesen, daß ab 1.10.1963 für die Arbeit der örtlichen Ausschüsse wieder ein Lichtbildervortrag, diesmal vom Ostermarsch 1963, zur Verfügung steht.

Weiterhin bereitet der Hessische Ausschuß zur Zeit eine größere kulturelle Veranstaltung in Frankfurt unter dem Motto "Jazz und Antikriegslyrik" vor.

Ein internationales Ostermarsch-Forum, das der Zentrale Ausschuß zum Start für den Ostermarsch 1964 plant, soll Ende Oktober in der Frankfurter Paulskirche stattfinden.

Liebe Freunde, Sie konnten diesem Bericht, der nur einen Bruchteil dessen wiedergeben kann, was am Mittwochabend in Frankfurt besprochen wurde, entnehmen, daß es zweckmäßig ist, die vielen Aufgaben unserer Arbeit gemeinsam zu diskutieren. Wir würden uns deshalb sehr freuen, wenn unsere nächste Zusammenkunft von Hessischem Ausschuß und örtlichen Ausschüssen besser besucht wird, denn die persönliche Information und das Gespräch sind immer dienlicher als das ausführlichste Rundschreiben.

Mit freundlichen Grüßen


(Klaus Vack)

Zwischenergebnis der Einnahmen- und Ausgabenrechnung für das
Geschäftsjahr 1963

Stand: 30.6.1963

Einnahmen

Spenden	DM	12.140,99
Teilnehmergebühren	DM	13.651,--
Materialverkauf	DM	21.248,90
Sonstige Einnahmen	DM	702,--
	DM	47.742,89
		=====

Ausgaben

Agitation (Flugblätter, Plakate usw.)	DM	31.370,06
Bus- und Transportkosten	DM	1.506,40
Verpflegung und Übernachtung	DM	9.032,50
Kundgebungen, Veranstaltungen	DM	5.161,57
Bürokosten (Papier, Porto, Telefon)	DM	5.809,68
Fahrgelder	DM	222,80
div. Ausgaben	DM	426,84
	DM	53.529,85
		=====

Bestand am 1.10.1962 DM 600,32

Mehrausgaben DM 5.786,96

Minusbestand DM 5.186,64

Darlehen von priv. Seite DM 6.500,--

abz. Kontenstand am 30.6. DM 939,64

Postscheckkonto DM 373,72

Minusbestand DM 5.186,64

Der hess. Ausschuß hat noch offene Rechnungen von Lieferanten in Höhe von DM 3.290,-- zu begleichen. Demgegenüber stehen Forderungen an örtliche Ausschüsse und Einzelpersonen in Höhe von DM 3.321,80.

Offenbach, 3. Juli 1963

Amann

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

ED 718-22-251

5. 7. 63

Protokoll der Arbeitsausschußsitzung vom 3. Juli 1963 in Frankfurt

Anwesend: Hans-Joachim Arlt, Klaus Vack, Norbert Winkler

es fehlen: Fritz Amann, Pfarrer Heinz Andres, Edgar Weick

- Tagesordnung:
1. Arbeitsprogramm für die örtlichen Ausschüsse
 2. Zukünftige Planungen
 3. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der Tagesordnung

Für die Sitzung des Hessischen Ausschusses mit den Vertretern der örtlichen Ausschüsse legt der Arbeitsausschuß folgendes Arbeitsprogramm vor:

- a) in größeren Städten Kontaktzusammenkünfte mit den Unterzeichnern des Ostermarsch-Aufrufes 1963; an kleineren Orten persönliche Kontakte zu den Unterzeichnern. In diesem Zusammenhang Verbesserung und Ausbau der Ausschüsse;
- b) örtliche Teilnehmertreffen, bei denen über die äußere Form des Ostermarsches und über örtliche Aktivitäten diskutiert werden soll. Zu diesen Teilnehmertreffen soll ein Vertreter des Hessischen Ausschusses eingeladen werden;
- c) örtliche öffentliche Veranstaltungen über das Thema "atomwaffenfreie zone". Der Hessische Ausschuß stellt Referenten zur Verfügung;
- d) örtliche Aktionen zum 6. August 63 (Hiroshimatag). Flugblätter werden vom Hessischen Ausschuß hergestellt. Sie sollten an Mahnwachen, vor Kirchen und Betrieben verteilt werden. Außerdem stellt der Hessische Ausschuß rechtzeitig Pressematerial für die örtlichen Ausschüsse zur Verfügung, damit diese mit der örtlichen Presse in Kontakt treten können. Es wird empfohlen, vor dem 6. August örtliche Lobby-Aktionen zu machen.
- e) Örtliche Veranstaltungen zum Antikriegstag (hier muß noch Genaueres im Hessischen Ausschuß beraten werden.)
- f) In seiner nächsten Sitzung wird der Arbeitsausschuß aus seinen Reihen Vertrauensmänner zu den örtlichen Ausschüssen wählen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung

- 1) Norbert Winkler wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß der Lichtbildervortrag über den Ostermarsch 1963 bis zum 1.10.1963 zur Verfügung steht. Über den Stand der Vorbereitungen für einen hessischen Ostermarschfilm und die Möglichkeit unserer Mitgestaltung an diesem Film, wird Norbert Winkler bis zur nächsten hessischen Ausschußsitzung berichten. In beiden Punkten sollte das vom Hessischen Ausschuß gewählte Arbeitsteam (Halberstadt, Weick, Winkler) umgehend tätig werden.
- 2) Es wird erwogen, im November dieses Jahres eine größere kulturelle Veranstaltung unter dem Motto "Jazz und Antikriegsliteratur" durchzuführen. Wegen dieser Veranstaltung soll mit dem Schauspieler Werner Berndt Kontakt aufgenommen werden. Evtl. ist es möglich, die Kapelle "Wangelsdorff" zu gewinnen. Ebenfalls wird mit dem Jazztrio der Schmiere gesprochen. Es ist zu überlegen, ob diese Veranstaltung in einem größeren Rahmen (z.B. Großes Haus) durchgeführt werden kann. Außerdem

sollte man überdenken, ob eine Schallplatte von dieser Veranstaltung angefertigt werden kann. Der Hessische Ausschuß darf mit dieser Veranstaltung kein finanzielles Risiko eingehen.

- 3) Die Naturfreundejugend soll überprüfen, ob sie aus eigenen Kräften und mit Unterstützung von außerhalb ihrer Organisation Stehenden, eine kulturelle Veranstaltung einproben kann, die in den Vorbereitungen für den Ostermarsch 64 in den Monaten Februar und März eingesetzt wird.
- 4) Die vom ZA geplante Eröffnung der Ostermarsch-Kampagne 1964 soll in einer Großveranstaltung in der Frankfurter Paulskirche stattfinden. Als vorläufige Termine sind der 19./20.10. und der 26./27.10.1963 vorgesehen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung

Die nächste Sitzung des Hessischen Ausschusses findet am 22.7.63 19 Uhr in Offenbach statt.

Offenbach, 4. Juli 1963

Für die Protokollführung:
Klaus Vack

OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGNER - KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
Zentraler Ausschuß, Geschäftsführung: Dr. Andreas Buro,
8 München 55, Andreas-Vöst-Str.5, Tel. 1 83 61

Bitte vormerken: Nächste ZA-Sitzung am 7. und 8. September 1963

Verteiler:

KURATORIUM
ZENTRALER AUSSCHUSS
REGIONALE AUSSCHÜSSE zur Weitergabe
an LANDES- und ÖRTLICHE AUSSCHÜSSE

P R O T O K O L L
über das Treffen des Zentralen Ausschusses
am 29./30. Juni 1963 in Kassel

6. 8. 63 V.

Teilnehmer:

Sprecher:

Hans-Konrad Tempel

Geschäftsführer:

Dr. Andreas Buro

Marsch NORD:

Wolfgang Liebegeld

Marsch WEST:

Christel Beilmann
Herbert Stubenrauch
Frank Werkmeister

Marsch MITTE:

Heiner Halberstadt
Klaus Vack
Ernst Günther

Kuratorium:

Herbert Faller

Marsch SÜDWEST:

Manfred Killgub

Marsch SÜD:

Klaus Schreer

BERLIN:

Peter Th. Krüger

Hans-Joachim Arlt - VK

H.G. Friedrich - IdK

Thomas Leithäuser - SDS

Rolf Ringwald - Naturfreunde

Frieder Schöbel - OM-Sekretär

Wolfgang Schneider - KdA

Zu TO 1: Form der Ostermärsche 1964 - Anregung von Ostermärschen in anderen Ländern

Prinzipiell sollen auch 1964 die OM in der gleichen Form durchgeführt werden wie bisher. Es wird jedoch empfohlen, die Märsche mehr zu konzentrieren und keine zu kleinen Märsche zu veranstalten. Grenztreffen sollen verstärkt werden. Genaue Pläne sollen von den Ausschüssen bei der nächsten ZA-Sitzung vorgelegt und dann besprochen werden.

Zu TO 2: Abrüstungskontrolle durch das Volk

Der ZA begrüßt grundsätzlich die Gedanken der Abrüstungskontrolle durch das Volk, wie sie in der Schrift von Künzli dargelegt sind. Er ist der Auffassung, daß die Propagierung dieser Ideen in sein Programm in Zusammenhang mit den konkreten von ihm gestellten Forderungen aufgenommen werden sollte, z.B. in Verbindung mit der

Propagierung einer mitteleuropäischen Entspannungszone. Die Abrüstungskontrolle durch das Volk soll auch beim nächsten Aufruf zum OM 1964 berücksichtigt werden.

Zu TO 3: Antwortschreiben auf OM-Briefe

Auf Briefe, die von Vertretern der Ostblockstaaten, insbesondere auch der DDR, zu Ostern an den OM gerichtet worden sind, wurde eine prinzipielle Antwort entworfen. Andreas B u r o wurde beauftragt, die jeweiligen Antwortbriefe gemäß diesem Prinzipientwurf zu verfassen und zu versenden.

Zu TO 4: Aktion Bonn / Berlin

Die Möglichkeit von Aktionen außerhalb der Bundesrepublik wurde eingehend besprochen. Der ZA beschloß, eine Lobbyaktion in Ostberlin durchzuführen, in der unser Standpunkt in Gesprächen mit bekannten Persönlichkeiten und auch Personen auf der Straße dargelegt werden soll. Es soll versucht werden, zum gleichen Zeitpunkt unseren Standpunkt im Deutschlandsender und in einem westdeutschen Sender darzulegen. - Die Aktion soll auf der Grundlage des Aufrufes zum OM 1963, der Grundsätze des OM und des Flugblattes "wer steht hinter diesem Zeichen" erfolgen. Dem Aufruf zum OM 63 ist bekanntlich auch von Seiten der DDR-Regierung zugestimmt worden. - Als Redner für die Rundfunksendung wurden Heinz Kloppenburg und Konrad Tempel vorgeschlagen. Redentwürfe sollen ausgearbeitet und dem ZA vorgelegt werden. Die Aktion soll eine Parallelaktion zu der Lobby Woche in Bonn darstellen und nach Möglichkeit mit einer Pressekonferenz in Ostberlin eingeleitet werden. Die ganze Aktion wird vorher hinreichend, sowohl der Regierung der DDR wie auch der Öffentlichkeit bekanntgemacht. Die Veranstaltung soll im Oktober stattfinden, und zwar vor dem Termin für die Auftaktveranstaltung zum OM 1964, so daß die Erfahrungen dieser Aktion auch für den Aufruf zum OM 64 ausgewertet werden können.

Zu TO 5: Zweckmäßigkeit und Durchführung von Sitzstreiks

Nach eingehender Aussprache hält es der ZA für möglich, daß Sitzstreiks im Rahmen des OM notwendig werden können. Er verweist jedoch darauf, daß zu diesem Mittel nur aus schwerwiegenden Gründen gegriffen werden soll, und nicht allein, um nur Aufmerksamkeit zu erregen. Der ZA beschloß die Herausgabe eines Arbeitsblattes im Rahmen der IZA zu diesem Thema.

Zu TO 6: "INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG" = IZA

Die vorgelegten Richtlinien zum Vertrieb der IZA wurden im Prinzip gebilligt. Die Werbeexemplare sollen an die Ausschüsse gratis gegeben werden, wenn diese sich verpflichten, dafür auf ihre Kosten die Exemplare zu versenden. Die erste Auflage der Informationen über 8000 Stück wurde für Werbezwecke verteilt. Eine Kritik der bisherigen Nummer IZA soll auf der nächsten ZA-Sitzung erfolgen.

Pressedienste sollen nur in besonderen Fällen schriftlich an die Zeitungen herausgegeben werden, da dies jedesmal mit erheblichen Kosten verbunden ist. Alle zentralen Pressemeldungen müssen auf jeden Fall über Herrn Dr. Klönne und Frau Beilmann laufen, damit diese informiert sind und eine Abstimmung erfolgen kann. In der Regel sollten Pressemeldungen über dpa oder andere Agenturen verbreitet werden.

Die Möglichkeiten einer intensiveren Information der uns ausgeschlossen gegenüberstehenden Zeitungen soll geprüft werden.

Zu TO 7: OM-Film

Es wurde festgestellt, daß der OM die Garantie für die Abnahme von 8 Filmkopien à etwa DM 200.-- bis 220.-- übernehmen könne. - Mit Frau Dr. Runge soll noch einmal die Gliederung des Filmes besprochen werden (Kopien der Gliederung an AA). Frau Dr. Runge soll ferner gebeten werden, das fertige Drehbuch dem OM vorher noch einmal zur Einsicht vorzulegen. Herr Schöbel soll sich gegebenenfalls in die Vorbereitungsarbeiten einschalten.

Zu TO 8: Spenden für OM

Da bisher noch keine Übersicht über die Spendengesetzgebung vorlag, wurde Herr Leithäuser gebeten, eine entsprechende Ausarbeitung zu veranlassen.

Zu TO 9: Beziehungen zu anderen Organisationen

Der ZA beschloß, seine Beziehungen zum Weltfriedensrat über die Internationale Konföderation für Abrüstung und Frieden zu unterhalten. Der Konföderation soll der Wunsch nach Aufnahme solcher Kontakte noch einmal schriftlich vorgetragen werden. Mit den Friedensräten anderer Länder wird der ZA des OM bei konkreten Anlässen in Verbindung treten. Eine Zusammenarbeit mit den Friedensräten der Länder in der Bundesrepublik wird im Augenblick nicht in Betracht gezogen. Beziehungen zu anderen Organisationen konnten nicht behandelt werden.

Zu TO 10: Verschiedenes

a) Hiroshima-Tag: Ein Flugblattentwurf für einen längeren und einen kürzeren Text wurde beschlossen und ist inzwischen den Gruppen zugesandt worden.

b) Es wurde die Unterstützung des OM für die von den Engländern vorgeschlagene Demonstration in Athen für den 6. August beschlossen. In der Bundesrepublik soll der Autokonvoi möglichst günstig empfangen werden. Veranstaltungen sind für Köln, Frankfurt, Stuttgart und München geplant. Freiwillige sollen durch die OM-Ausschüsse zur Teilnahme an der Fahrt nach Athen auf eigene Kosten veranlaßt werden.

c) Die Auftaktveranstaltung für den OM 1964 soll im Oktober nach Möglichkeit in Frankfurt in der Paulskirche stattfinden. Die Organisation übernimmt der Hessische OM-Ausschuß in Verbindung mit dem AA. Redner sollen möglichst bald für die Veranstaltung gewonnen werden.

- d) Heiner Halberstadt und Herbert Stubenrauch gaben einen Bericht über den Besuch unserer Delegation in Polen. Ein kurzer schriftlicher Bericht soll noch vorgelegt werden.
- e) H.G. Friedrich gab einen Bericht über seine Teilnahme am schwedischen Pfingstmarsch. Gespräche mit der schwedischen Regierung oder dem ehemaligen schwedischen Außenminister Undén sollen zurückgestellt werden, bis ein Abkommen über einen Versuchsstop, das die schwedische Regierung als eine Voraussetzung für eine weitere Verfolgung des Undén-Planes bezeichnet hat, erreicht ist.
- f) Werbematerial: Vom Hessischen OM-Ausschuß sind Taschentücher mit OM-Abzeichen zum Preise von DM 1.-- erhältlich. Karten zur Werbung zum Kauf von OM-Abzeichen können ebenfalls über diesen Ausschuß bezogen werden. Sie sollen evtl. auch einer Nummer der IZA beigelegt werden.
- g) Schecks im Werte von 2, 5 und 10 DM sollen vom ZA hergestellt und zum Originalpreis den Ausschüssen angeboten werden.
- h) Herr Dr. Robert Jungk hat mitgeteilt, daß er die Herausgabe eines Pocketbooks übernehmen will und bereits vom Rowohltverlag die Zustimmung zur Herausgabe erhalten hat. Von Andreas Buro wurde Robert Jungk eine Gliederung übergeben.
- i) Alle Presseabschnitte sollen zu Herrn Stahnke gesandt werden, der gebeten werden soll, wiederum eine Presseanalyse anzufertigen.
- k) Eine Prüfung der ordnungsgemäßen Rechnungsführung soll bald durch Herrn Hampel in Hamburg, der vereidigter Kassenprüfer ist, vorgenommen werden. (Vermittlung Klaus Vack). Für die sinnvolle Verwendung der ZA-Gelder wurde Andreas Buro das Vertrauen ausgesprochen.

Die nächste ZA-Sitzung soll am 7. und 8. September 1963 stattfinden. Bitte diesen Termin schon vormerken!

München, den 28. Juli 1963

gez. Andreas Buro

ED 718-22-254

an FR/HOYER am 28.6.63
23.00h

Lawrence Beck, englischer Ostermarsch-Teilnehmer, sprach am freitag abend im 'frankfurter Club Mx Voltaire über die geplante internationale - Demonstration in Athen aus Anlass des Hiroshima-Tages am 6. August 63. Das Bertrand-Rstrand-Russell-Committee of 100 hat für diesen Tag zu einer Demonstration im Zentrum von Athen aufgerufen. Die Wahl der griechischen Hauptstadt für diese internationale Aktion hat besondere Gründe; die Gegenwart von Ausländern wird eine grosse Hilfe für die griechische Anti-Atomwaffen-Bewegung sein, da die griechische Regierung vor die Frage gestellt sein wird, ob sie/erneut erlauben kann sich - wie bereits beim diesjährigen Ostermarsch ~~gaxxxxxx~~ -, mit pb polizeistaatlichen Massnahmen gegen die Demonstranten vorzugehen. Begründeter Anlass ~~ist~~ hierzu ist die Ermordung des griechischen unabhängigen Parlamentsabgeordneten Professor Dr. med. Gregory Lambrakis, der im Anschluss an eine Kundgebung in Saloniki am 22. 5. 63 von faschistischen Terroristen umgebracht wurde. - - - Ein Autokonvoi wird von London aus am 26. 7. über Belgien, Deutschland, Österreich und Jugoslawien zur griechischen Grenze starten. Die Friedensbewegungen in diesen Ländern sind aufgefordert, sich diesem Konvoi anzuschliessen. Die Teilnahme einer starken deutschen Delegation steht bereits fest. - - - Sehrinteressant war darüberhinaus die Schilderung von gewaltlosen Aktionen, wie sie von einer internationalen Gruppe - der auch Lawrence Beck angehört hatte - vorgenommen wurden. x Besonders erwähnenswert ist die Fahrt der "Everyman III" nach Leningrad im Oktober B962 und der Protest gegen die russischen Atomversuche dort. - - - Lawrence Beck teilte weiter mit, dass die Aktionen der englischen Atomwaffengegner in Grossbritannien auf immer grössere Sympathie stossen und so immer mehr zu einem Faktor politischer x Entscheidungen werden.

Horst MAURER, 6 Frankfurt B4 14, Burgstr 47

(Finkler Amend)

Lawrence

27. 6. 63

12.00 h

Ortmann

VK Düneldf

(TOTAL-Zentrale)

ED 748-22-255

Australier Laurence BECK (Bildhauer)

(nur englisch)

Leinwand 47

Everyman III

~~jetzt~~ Aldermaston

16.45 h Paulskirche

jetzt Athen

runde Tüte

heute GA

Fr. Fromball (Total) / Om Ffm (Halberstadt)
771863 / 771933

Pa. Hgt.

Institut für

Dann: | heute zu uns
(ED) | morgen hin
Quartier?

Bronach
4 23
Fr. 14.00 Menge

Presse / FR
Kinn = W.

Mo ab
2
- Seelig -

Rauch / Schirmbeck mit Klaus
✓ - Sittner
✓ Pring

FR
11.30

✓ Falck
✓ Juchl / SOS
✓ Halberst. 3103
✓ Vech

○ Klein / Wito

✓ Wern

✓ Zi

✓ Voltaine 292408 | DM
ab 1600 FALKENBERG

Quartier
Vech
Dann
Farr
Zi

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

6050 Offenbach, den 27. Juni 1963
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./An.

28. 6. 63

An den
Hessischen Ausschuss und die
Örtlichen Ausschüsse

=====

Liebe Freunde,

ich lade Sie für kommenden Mittwoch, den 3. Juli 1963, 19.00 Uhr zu einer gemeinsamen Besprechung zwischen Hessischem Ausschuss und örtlichen Vertretern in das Haus der Jugend, Frankfurt, Eingang Alte Rittergasse, Blauer Saal, ein. Der Raum ist von der Naturfreundejugend gemietet und wird Ihnen auf Anfrage durch den Hausmeister, Herrn Stettner, gezeigt. Für das Gespräch ist folgende Tagesordnung vorgesehen:

1. Bericht von der ZA-Sitzung
2. Arbeitsprogramm für die Örtlichen Ausschüsse
3. Finanzielle Situation
4. Zukünftige Planungen
5. Verschiedenes

Obwohl wir kurz vor den Sommerferien stehen, sollte von jedem Örtlichen Ausschuss ein Vertreter an dieser Sitzung teilnehmen, damit wir für unsere zukünftige Gesamtarbeit Berichte hören und diskutieren können. Die Besprechung wird um spätestens 22.00 Uhr beendet sein.

Mit freundlichen Grüßen!

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

PROTOKOLL
der Arbeitsausschuss-Sitzung vom 26. Juni 1963 in Offenbach

28. 6. 63

Anwesend: Klaus Vack, Hans Joachim Arlt, Norbert Winkler
Fritz Amann, Edgar Weick

als Gäste: Herbert Faller, Heiner Halberstadt

entschuldigt: Pfarrer Heinz Andres

Tagesordnung:

1. Rückschau
2. Vorschläge für die ZA-Sitzung
3. Weitere Planungen

Zu Punkt 1 der TO:

- 1.1. Die "Aktion Abzeichen" fand eine gute Resonanz. Ein Teil der Besteller ist noch nicht als Unterstützer des OM erfaßt. Die bewußt vordergründige Argumentation der Karten wurde von einigen Freunden kritisiert.
- 1.2. Der Verlauf des OM-Meetings war gut. Weil viele Anhänger des Ostermarsches nicht aus Verbänden kommen, ergeben sich bei solchen Treffen wesentliche Ansatzpunkte für eine gute Zusammenarbeit
Nach längerer Diskussion über die Vor- und Nachteile solcher Treffen rät der AA

im Herbst eine Wochenendveranstaltung zu planen,

den örtlichen Ausschüssen Themen und Referenten anzubieten, damit sie solche Gespräche und Diskussionen im eigenen Bereich durchführen können,

2-3 mal jährlich ähnliche Veranstaltungen zentral zu organisieren.

Horst Maurer, Hans Joachim Arlt und Klaus Vack werden der nächsten Besprechung konkrete Pläne unterbreiten.

- 1.3. Der Brief an Kennedy und an die amerikanische Botschaft ist bis jetzt nicht beantwortet. Falls keine Antwort ein-geht, wird die Angelegenheit nicht weiter verfolgt, da sie dann in das Aufgabengebiet des ZA fällt.
- 1.4. Einen Tag vor dem Besuch Kennedy's in Frankfurt hat das Polizeipräsidium bei Klaus Vack angerufen und vor jeglichen Aktionen gewarnt. Klaus Vack hat mitgeteilt, daß der Ostermarsch keine Aktion vorbereitet hat. In einem Schreiben soll dem Polizeipräsidenten die Struktur des Ostermarsches erläutert und gleichzeitig um das schon lange geplante Gespräch gebeten werden.
- 1.5. Die Taschentuchaktion brachte bis jetzt nicht den erwarteten Erfolg.

Zu Punkt 2 der TO:

Der AA berät die Tagesordnung der ZA-Sitzung und macht zu folgenden Punkten Vorschläge:

Form des Ostermarsches 64:

Für die Slogans sollen Fachleute (nach Möglichkeit aus dem Kreis der Kuratoren) herangezogen werden.

Es sollten zentral werbewirksame Plakate vom Format DIN A 0 hergestellt werden.

Am Karfreitag sollen keine Märsche durchgeführt werden.

Alle Eröffnungskundgebungen sollen am Samstagmorgen sein.

Es sollten nur noch zentral hergestellte Plakate für den Marsch zugelassen werden. Neben Hängeschildern sollen auch Trageschilder angefertigt werden.

Neue Märsche werden nicht zugelassen.

In großen Städten, die der Marsch nicht berührt können Vorkundgebungen stattfinden, nach denen die Teilnehmer zu einem zentralen Marsch fahren.

Der Marsch selbst soll durch mehr Transparente aufgelockert werden, um den Passanten besser anzusprechen.

Die Marschgruppe Heidelberg-Mannheim sollte den Ostermarsch in Kaiserslautern unterstützen.

Der zentrale Auftakt zum Ostermarsch soll nach Möglichkeit in der Paulskirche in Frankfurt stattfinden.

Märsche in anderen Ländern:

Es sollte unbedingt versucht werden, die Europäische Föderation zu aktivieren. Alle Veranstaltungen in den anderen Ländern sollen auf Ostern koordiniert werden. Da Veranstaltungen ähnlicher Art in Polen und der Tschechoslowakei vom Weltfriedensrat organisiert werden, ergeben sich einige Probleme, die aber durch Kontakte der Europäischen Föderation in den Osten gelöst werden könnten, ohne daß der Ostermarsch in Deutschland Schaden erleidet.

Abrüstungskontrolle durch das Volk:

Als zentrale Losung scheint diese Forderung noch nicht aktuell genug. Sie wird erst sinnvoll, wenn die Abrüstung bereits im Gange ist. Deshalb soll dieser Slogan nicht als Plakat mitgeführt werden, aber in allen Reden und in den Publikationen näher erläutert werden.

Aktion Bonn - Berlin:

Der AA sieht Gefahren, eine solche Aktion auf der Basis der persönlichen Kontaktaufnahme, zu Stellen des Deutschen Friedensrates, zu organisieren und schlägt vor, offiziell den Versuch zu unternehmen, in ganz Berlin Flugblätter mit Losungen des Ostermarsches verteilen zu können. Entsprechende Gesuche sind urschriftlich an den Polizeipräsidenten von Ostberlin und abschriftlich an die Regierung der DDR zu richten. Die Aktion sollte möglichst lange vor Ostern durchgeführt werden, damit bei evtl. Fehlschlag keine Auswirkung auf den Ostermarsch mehr möglich sind.

Zu Punkt 3 der TO:

- 3.1. Wegen der fortgeschrittenen Zeit wird dieser Punkt nur kurz behandelt. Der Flugblattentwurf zum 6. August ist den örtlichen Ausschüssen zur Bestellung bereits zugegangen. Mit der Flugblattversendung wird wieder eine Spendenaktion verbunden.

3.2. Falls die Gewerkschaftsjugend mit anderen Jugendverbänden eine zentrale Veranstaltung durchführt, soll auf eigene Planungen verzichtet werden. Herbert Faller und Klaus Vack werden entsprechende Sondierungsgespräche führen. Dabei soll darauf geachtet werden, daß Slogans des Ostermarsches entsprechend zur Verwendung kommen.

Kommt diese Veranstaltung nicht zustande, sollen die Örtlichen Ausschüsse versuchen, am Freitag oder Sonntagabend örtliche Veranstaltungen durchzuziehen und am Samstag wird vom Hessischen Ausschuss eine zentrale Großveranstaltung durchgeführt.

3.3. Die nächste Sitzung des Hessischen Ausschuss am kommenden Mittwoch (3. Juli) wird um 19.00 Uhr in Frankfurt mit folgender Tagesordnung stattfinden:

1. Bericht von der ZA-Sitzung
2. Arbeitsprogramm für die Örtlichen Ausschüsse
3. Finanzielle Situation
4. Zukünftige Planungen
5. Verschiedenes

3.4. Der Arbeitsausschuss trifft sich am gleichen Tag bereits um 17.30 Uhr in Frankfurt

3.5. Klaus Vack soll prüfen lassen, ob es zweckmäßig ist, gegen ein vorliegendes Flugblatt des Bundesluftschutzverbandes zu klagen. Evtl. durch Z.A.

Ende der Sitzung 23.00 Uhr
Offenbach, den 27. Juni 1963
Für die Protokollführung:
Fritz Amann

Klaus Vack

6050 Offenbach, 26. 6. 1963
Lohrweg 15 **27. 6. 63**

ED 718-22-260

Betr.: Aktionen zum Kennedy-Besuch

Liebe Freunde,

Sie sind im Besitz meines Rundschreibens vom 24. 6. 1963 in dem ich über den Anruf der frankfurter Polizei durch Herrn Dr. Meier berichtet habe. Heute entnehme ich nun der FRANKFURTER RUNDSCHAU auf Seite 8, links oben, einen Artikel, in dem über die Polizeiplanungen gegen eine solche Aktion berichtet wird. Es wird zitiert aus einer Entscheidung der Abteilung Öffentliche Sicherheit im hessischen Innenministerium in der es heißt: Geduldet werden sollen Transparente und Plakate des Kuratoriums Unteilbares Deutschland sowie der Landsmannschaften und der Vertriebenenverbände. Plakate und Transparente der Deutschen Friedens-Union (DFU) sollen dagegen entfernt werden, bevor der amerikanische Präsident ihrer ansichtig wird. Kann die DFU-Werbung nicht rechtzeitig entfernt werden, soll die Polizei nicht weiter vorgehen.

Außerdem schreibt die FRANKFURTER RUNDSCHAU: Über die Ostermarschierer, die ihren Willen bekundet hatten, auf dem Römerberg zu demonstrieren, machte man sich dagegen keine besondere Sorgen. Man vertraute darauf, daß die Frankfurter, die schon um 12 Uhr mittags mit fast 3.000 Menschen vor dem Römer auf Kennedy warteten, nicht zulassen würden, daß der Besuch des Präsidenten durch solche Willenskundgebungen getrübt würde.

Ich nehme an, daß in anderen frankfurter Tageszeitungen ähnliches über die Planungen der Polizei berichtet wurde. Ich glaube, daß es unsere Aufgabe ist, als Atomwaffengegner aber noch viel mehr als freiheitlich gesinnter Bürger in Leserbriefen Stellung zu nehmen. Ich gebe Ihnen abschriftlich die Leserbriefe von Fritz Amann und mir, die bereits an die RUNDSCHAU geschickt wurden und würde es sehr begrüßen, wenn Sie ein gleiches tun.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Klaus Vack

6050 Offenbach. 26. 6. 1963
Lohrweg 15

27. 6. 63

ED 718-22-261

An die
Frankfurter Rundschau
Abteilung Leserbriefe

6000 Frankfurt
Große Eschenheimer Str. 16

Betr.: Leserbrief zum Kennedy-Besuch

Es ist bedauerlich, daß man sich bei allen Gelegenheiten bemüht, die Atomwaffengegner als die bösen Buben hinzustellen. Ist die in großen Reden immer wieder abgeschworene Tradition der Deutschen immer noch so tief verwurzelt, daß man sich bei einem großen Besuch, wie dem des Präsidenten Kennedy, nur einen Jubel der bedingungslosen Zustimmung und nicht auch ein sachliches Wort der Kritik vorstellen kann? Hat man übersehen, daß Kennedy aus einem Land mit langen demokratischen Erfahrungen kommt und nicht aus einem totalitären Staat? Wenn ein deutscher Staatsmann nach Amerika, Frankreich oder England fährt, dann wird er immer oppositionelle Plakate zu sehen bekommen. So lange sich die Demonstranten, Beleidigungen und Tätlichkeiten enthalten, werden sie von ihrer Polizei keine Schwierigkeiten bekommen. Das weiß auch Präsident Kennedy.

Ich war auf dem Römerberg und konnte die wenigen Transparente sehen, die Kennedy hingehalten wurden. Ich bewundere jeden, der dies tat - denn ich selbst hatte kein Transparent, weil mir vielleicht die Zivilcourage fehlte; auch das hat etwas mit der Tradition der Deutschen zu tun. Als Bürger unseres demokratischen Staates hätte ich es begrüßt, wenn auf diese Weise noch mehr Meinungen zum Ausdruck gebracht worden wären und wenn Präsident Kennedy möglichst viele davon hätte lesen können. Er wäre dann mit der Überzeugung nach Hause gefahren: Das deutsche Volk hat gelernt, mit seinen demokratischen Rechten umzugehen.

So gesehen, gebührt jedem, der von seinem Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hat, Dank, auch wenn er Atomwaffengegner ist.

gez.: Klaus Vack

Fritz Amann

6100 Darmstadt, 26. 6. 1963
Traubenweg 164

27. 6. 63

ED 718 - 22 - 262

An die
Frankfurter Rundschau
Abteilung Leserbriefe

6000 Frankfurt
Große Eschenheimer Str. 16

Zweierlei Recht

Die frankfurter Polizei hatte Sorgen, denn neben dem zu erwartenden Massenansturm der Bevölkerung, anlässlich des Besuches von Präsident Kennedy, rechnete sie mit Transparenten der Atomwaffengegner. Diese hätten dem Präsidenten zeigen können, daß das deutsche Volk nicht schon wieder gleichgeschaltet ist, sondern daß es noch einige gibt, die den Mut haben, einen Willen zu bekunden, der nicht unbedingt mit der deutschen Regierungsmeinung konform geht. Deshalb sollten auch Transparente und Plakate des Kuratoriums "Unteilbares Deutschland" und der Vertriebenen-Verbände nicht verboten sein. Dies, obwohl - das konnte man aus Kennedy's Rede in der Paulskirche schließen - die Friedensforderungen der Atomwaffengegner seiner Politik mehr entsprechen als das, was auf manchen Veranstaltungen der Heimatvertriebenen in der letzten Zeit sehr lautstark verkündet wurde. Alle großen Reden von Demokratie und Freiheit wirken sehr platonisch, wenn man sich bei uns im Westen bemüht, den Begrüßungsrummel um einen großen Staatsmann genauso gleichzuschalten, wie dies im Osten der Fall ist. Diesen Eindruck wollte man wohl auch gegenüber Präsident Kennedy nicht erwecken und hat deshalb die Polizei angewiesen, die Plakate nicht im Angesicht des Präsidenten zu entfernen. Präsident Kennedy hat sich überall über seinen Empfang in Deutschland gefreut. Trotzdem reagierte er nie überschwenglich, sondern nüchtern und sachlich. Sicher deshalb, weil er eine Volksschau ohne oppositionelle Stimme richtig einzuschätzen weiß und den Jubel der Tausende gerne gewürzt gesehen hätte, durch ein nüchternes Urteil, zu dem sich der kleine Mann mutig bekennt. Die Polizei aber sollte wissen, daß sie nur dem Recht verantwortlich ist und daß es da nicht zweierlei Maßstäbe gibt.

gez.: Fritz Amann

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

6050 Offenbach - 4, 24. 6. 1963
Waldstr. 99, Postfach 648

25. 6. 63

ED 718 - 22 - 268

An die
Vertreter in den
Örtlichen Ausschüssen,
an den Hessischen Ausschuß
= = = = =

Liebe Freunde,

ich erhielt soeben einen Anruf von Herrn Dr. Meier im Auftrag des Polizeipräsidenten Frankfurt, der mir mitteilte, daß ihm Informationen zugegangen seien, nach denen der Ostermarsch anlässlich des Besuches von Präsident Kennedy in Frankfurt eine Aktion mit Transparenten plane. Ich wies Herrn Dr. Meier darauf hin, daß der Ostermarsch eine solche Aktion und auch keine Gegendemonstration vorgesehen haben. Lediglich hätten wir unseren Anhängern ein Taschentuch mit Ostermarsch-Emblem angeboten und empfohlen, beim Begrüßungswinken dieses Taschentuch zu benutzen.

Dr. Meier bezog sich auf ein Schreiben, in dem von einer "nicht organisierten Aktion" gesprochen worden sei, bei der Transparente gezeigt werden sollten. Ich habe noch einmal darauf hingewiesen, daß eine solche "nicht organisierte Aktion" nicht vom Ostermarsch organisiert worden sei und daß wir hierauf auch keinen Einfluß hätten.

Dr. Meier gab sehr deutlich zu verstehen, daß eine Ostermarsch-Aktion während des Kennedy-Besuches mit allen polizeilichen Mitteln unterbunden würde und daß das Verhältnis zwischen frankfurter Polizei und Ostermarsch durch eine solche Aktion für die Zukunft erheblich belastet würde. Ich bezeichnete dies für nicht korrekt und erklärte, daß eine solche Feststellung eines ausführlichen Gespräches bedürfe. Der Ostermarsch hat im frankfurter Raum knapp 3.000 Anhänger und diese lassen sich bestimmt nicht vorschreiben, was sie außerhalb des Ostermarsch-Anliegens tun oder lassen. Dr. Meier hob darauf noch einmal hervor, daß das gute Verhältnis mit der frankfurter Polizei stark getrübt werde und bat mich, dafür Sorge zu tragen, daß eine Gegenaktion nicht stattfindet. Ich sollte auch verhindern, daß mit den Taschentüchern gewinkt wird.

Dies ist nun beim besten Willen nicht möglich, da der Ostermarsch keine Aktion geplant hat. Da ich es jedoch für möglich halte, daß einzelne Atomwaffengegner in privater Initiative eine Aktion vorgesehen haben, möchte ich Sie hiermit von dem Gespräch mit Dr. Meier in Kenntnis setzen. Sein Hauptargument, eine solche Aktion zu unterlassen, war, daß "Präsident Kennedy persönlich über die politische Situation und die verschiedensten Strömungen in Deutschland unterrichtet ist und deshalb keine Notwendigkeit besteht, ihn durch Aktionen der einen oder anderen Seite auf ein besonderes Anliegen aufmerksam zu machen."

Ich persönlich kann mich diesen Argumenten nicht anschließen, möchte jedoch alle Freunde, die geplant hatten, etwas zu unternehmen, bitten, zu überprüfen, ob nach den Andeutungen über das zukünftige Verhältnis Ostermarsch - Polizei Frankfurt der Erfolg ihrer Aktion im Verhältnis zu den zu erwartenden Schwierigkeiten steht.

Mit besten Grüßen,

Ihr

Klaus Vack
(Klaus Vack)



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und
zum problemkreis der abrüstung

ED 718 - 22 - 264

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Am 22. Juni 1963 trafen sich etwa 400 Ostermarschteilnehmer in der Rudolf Koch Schule in Offenbach am Main zu einem Ostermarsch-Meeting, einer gemeinsamen politischen Aussprache über die bisherige und zukünftige Arbeit der Ostermarschbewegung.

In der Begrüßung durch Norbert Winkler (Mitglied des Hessischen Ausschusses) gedachten die Teilnehmer Gregory Lambracki, des oppositionellen Parlamentsabgeordneten Griechenlands; er war als konsequenter Atomwaffengegner Ende Mai von griechischen Rechtsextremisten auf offener Straße ermordet worden.

Es folgten Referate zu den Themen:

"Chancen einer Kampagne für Abrüstung", Herbert Faller, Frankfurt

"Sind wir arme Irre?", Rudolf Rolfs, Frankfurt

"Zivildienstverweigerung? - eine Frage an jeden Atomwaffengegner", Prof. Dr. Gustav Heckmann, Hannover

"Mitteleuropa - Atomwaffenfrei!", Heiner Halberstadt, Frankfurt

Im Anschluß hieran fanden sich die Teilnehmer bei Arbeitskreisen zusammen, in denen die Themen weiter besprochen und diskutiert wurden.

Die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer bekannte sich zur Beibehaltung grundsätzlicher Forderungen wie "Statt Atomwaffen - Brot für die Welt", "Keine Atomwaffen in Ost und West", aber auch zu den speziellen Lösungsvorschlägen zur Erreichung dieser Ziele wie z.B. "Atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa" - als ein Anfang allgemeiner Abrüstung.

Besonders deutlich wurde von Prof. Dr. Heckmann betont, daß die geplanten 7 Notstands-Folgegesetze unabhängig von der Notstandsverfassung selbst mit einfacher Mehrheit im Bundestag angenommen werden können und wesentliche Eingriffe in bestehende demokratische Rechte erlauben. In seinem Schlußwort wies Herbert Faller darauf hin, daß in der Ostermarschbewegung verschiedene Meinungen möglich sind, jedoch habe es sich herausgestellt, daß die Anhänger sich in dem Willen zur Beseitigung der Gefahr eines atomaren Weltbrandes einig seien. Dies gebe dem Ostermarsch ein ernstzunehmendes politisches Gewicht.

Offenbach, 24. 6. 1963 - W. /H.

25. 6. 63

22. 6. 63

ED 718-22-265

N A C H R U F

G R E G O R Y L A M B R A K I S

Gregory Lambrakis, bei seiner Ermordung 45 Jahre alt, war eine der prominentesten Persönlichkeiten Griechenlands. Bekannt wurde er als Sportler - dreimal brach er den Balkanrekord im Weitprung und hielt ihn 21 Jahre. Auch im Ringkampf leistete er Außergewöhnliches.

Ebenso bekannt wurde er als Arzt und Professor an der Universität Athen. Seine Patienten verehrten und schätzten ihn, da er minderbemittelte kostenlos behandelte.

Gregory Lambrakis trat in die Politik ein, als er 1961 einen Sitz im Parlament gewann. Als seine große Aufgabe sah er es nun an, gegen die Aufrüstung und für den Frieden zu arbeiten. Er nahm am diesjährigen Ostermarsch der Atomwaffengegner von Aldermaston nach London teil und organisierte kurz darauf einen griechischen Protestmarsch gegen die Aufrüstung, der von Marathon nach Athen führen sollte. Die Regierung verbot dieses Vorhaben. Polizei ging mit Gewalt gegen die Demonstranten vor und verhaftete über 800 Menschen. Gregory Lambrakis konnte als einziger den 40 km langen Marsch beenden.

Das griechische Volk nennt Gregory Lambrakis einen "Apostel des Friedens". Er ist der erste, der seines Kampfes gegen die atomare Aufrüstung wegen ermordet worden ist.

VERBAND DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER, GRUPPE OFFENBACH (MAIN)
NATURFREUNDEJUGEND DEUTSCHLANDS, JUGENDGRUPPE OFFENBACH (MAIN)
OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGGNER, KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG X
Verantwortlich: Klaus Vack, 6050 Offenbach, Lohrweg 15

2

M O R D !!!

Am 22. Mai sprach der griechische unabhängige Parlamentsabgeordnete Prof. Dr. med. Gregory Lambrakis in Saloniki auf einer Kundgebung gegen die Aufrüstung. U.a. sagte er: "Es wird geplant, mich zu ermorden. Deshalb fordere ich den Minister Nordgriechenlands, den Polizeipräsidenten, den Staatsanwalt, den Leiter der Gendarmerie, den Direktor der Stadtpolizei und den Leiter des Sicherheitsdienstes in Saloniki auf, das Leben aller in diesem Saal versammelten Menschen und mein eigenes Leben zu schützen."

Trotz dieser Aufforderung wurde nichts getan, eine faschistische Terrorgruppe daran zu hindern, das Gebäude zu umstellen und lautstark den Tod Lambrakis zu fordern.

Nach der Veranstaltung wurde der Parlamentsabgeordnete Tsarouchas, ein alter Mann, von Faschisten angegriffen und verletzt. Die Polizei sah tatenlos zu.

Eine halbe Stunde später trat Lambrakis aus dem Gebäude. In einer Seitenstrasse warteten zwei Männer mit einer Beiwagenmaschine; das Nummernschild war von Stoffetzen verdeckt. Einer, der neben dem Motorrad stand, rief: "Das ist Lambrakis!"; die beiden Motorradfahrer fuhren im Zick-Zack-Kurs durch die Menge, direkt auf Lambrakis zu und verletzten ihn tödlich. Ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, starb er in der Nacht zum 27. Mai. Spyros Gotsamanis, einer der Motorradfahrer, war wegen Tötlichkeiten gegen politische Gegner schon zweimal verurteilt worden. Er ist ein Anhänger der Partei des griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis.

Es ist nicht sicher, ob die Regierung Karamanlis direkt etwas mit dem Mord an Lambrakis zu tun hat. Sicherlich ist sie daran mitschuldig, weil sie faschistische Terrororganisationen in Griechenland duldet. Faschisten laufen öffentlich in schwarzen Uniformen mit Totenkopfemblem und schwarzen Stiefeln herum.

BETTELARME BEVÖLKERUNG - FASCHISTISCHER TERROR - 1 200 POLITISCHE HAFTLINGE IN DEN GEFÄNGNISSEN -

DAS IST GRIECHENLAND HEUTE !

EIN NATO-STAAT, TEIL DES "FREIEN WESTENS"

M O R D

Am 22. Mai sprach der griechische unabhängige Parlamentsabgeordnete Prof. Dr. med. Gregory Lambrakis in Saloniki auf einer Kundgebung gegen die Aufrüstung. U.a. sagte er: "Es wird geplant, mich zu ermorden. Deshalb fordere ich den Minister Nordgriechenlands, den Polizeipräsidenten, den Staatsanwalt, den Leiter der Gendarmerie, den Direktor der Stadtpolizei und den Leiter des Sicherheitsdienstes in Saloniki auf, das Leben aller in diesem Saal versammelten Menschen und mein eigenes Leben zu schützen."

ED 713-22-266

Trotz dieser Aufforderung wurde nichts getan, eine faschistische Terrorgruppe daran zu hindern, das Gebäude zu umstellen und lautstark den Tod Lambrakis zu fordern.

Nach der Veranstaltung wurde der Parlamentsabgeordnete Tsarouchas, ein alter Mann, von Faschisten angegriffen und verletzt. Die Polizei sah tatenlos zu.

Eine halbe Stunde später trat Lambrakis aus dem Gebäude. In einer Seitenstraße warteten zwei Männer mit einer Beiwagenmaschine; das Nummernschild war von Stoffetzen verdeckt. Einer, der neben dem Motorrad stand, rief: "Das ist Lambrakis!"; die beiden Motorradfahrer fuhren im Zick-Zack-Kurs durch die Menge, direkt auf Lambrakis zu und verletzten ihn tödlich. Ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, starb er in der Nacht zum 27. Mai.

Spyros Gotsamanis, einer der Motorradfahrer, war wegen Tötlichkeiten gegen politische Gegner schon zweimal verurteilt worden. Er ist ein Anhänger der Partei des griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis.

Es ist nicht sicher, ob die Regierung Karamanlis direkt etwas mit dem Mord an Lambrakis zu tun hat. Sicherlich ist daran mitschuldig, weil sie faschistische Terrororganisationen in Griechenland duldet. Faschisten laufen öffentlich in schwarzen Uniformen mit Totenkopfemblem und schwarzen Stiefeln herum.

BETTELARME BEVÖLKERUNG - FASCHISTISCHER, VON DER REGIERUNG GEDULDETER TERROR - 1 200 POLITISCHE HÄFTLINGE IN DEN GEFÄNGNISSEN -
DAS IST GRIECHENLAND HEUTE !
EIN NATO-STAAAT, TEIL DES "FREIEN WESTENS"

NACHRUH

GREGORY LAMBRAKIS

Gregory Lambrakis, bei seiner Ermordung 45 Jahre alt, war eine der prominentesten Persönlichkeiten Griechenlands. Bekannt wurde er als Sportler - dreimal brach er den Balkanrekord im Weitsprung und hielt ihn 21 Jahre. Auch im Ringkampf leistete er Außergewöhnliches.

Ebenso bekannt wurde er als Arzt und Professor an der Universität Athen. Seine Patienten verehrten und schätzten ihn, da er minderbemittelte kostenlos behandelte.

Gregory Lambrakis trat in die Politik ein, als er 1961 einen Sitz im Parlament gewann. Als seine große Aufgabe sah er es nun an, gegen die Aufrüstung und für den Frieden zu arbeiten. Er nahm am diesjährigen Ostermarsch der Atomwaffengegner von Aldermaston nach London teil und organisierte kurz darauf einen griechischen Protestmarsch gegen die Aufrüstung, der von Marathon nach Athen führen sollte. Die Regierung verbot dieses Vorhaben. Polizei ging mit Gewalt gegen die Demonstranten vor und verhaftete über 800 Menschen. Gregory Lambrakis konnte als einziger den 40 km langen Marsch beenden.

Das griechische Volk nennt Gregory Lambrakis einen "Apostel des Friedens". Er ist der erste, der seines Kampfes gegen die atomare Aufrüstung wegen ermordet worden ist.

Verantwortlich für den Inhalt :

Gerd Müller, 355 Marburg/Lahn, An der Schanze 5

6. 6. 1963



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und
zum problemkreis der abrüstung

ED718-22-267

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Ostermarsch zur Ermordung Lambrakis

Der Zentrale Ausschuss des Ostermarsches der Atomwaffengegner - Kampagne für Abrüstung - in der Bundesrepublik Deutschland hat mit einem Schreiben an den König Paul von Griechenland zur Ermordung des griechischen Abgeordneten Lambrakis Stellung genommen. In diesem Schreiben heißt es u.a.:

"Während der Ereignisse, die dem Mord vorausgegangen sind, hat sich die griechische Regierung undemokratisch verhalten, indem sie die geplanten Osterdemonstrationen für Frieden und Abrüstung, die in vielen anderen Ländern der Erde regelmäßig stattfinden, durch Polizeimaßnahmen verhinderte. Sie hat damit nicht nur unglaublich gemacht, daß ihre militärischen Anstrengungen der Verteidigung der Freiheit dienen, sondern auch in der Öffentlichkeit durch ihre Polizeiaktionen fälschlicherweise den Eindruck erweckt, als ob sich das Anliegen von Grigoris Lambrakis und seinen Freunden gegen den griechischen Staat richte. So hat sie die Atmosphäre geschaffen, in der dieser Mordanschlag geplant und verübt werden konnte.

Die griechische Regierung hat mit dieser Handlungsweise ihrem Land, aber auch den anderen westlichen Ländern, einen schlechten Dienst erwiesen. Sie erweckte den Anschein, als sei in westlichen Ländern schon Werbung für die friedliche Lösung von Konflikten und die Inanspruchnahme demokratischer Rechte strafbar. Sie erweckte den Eindruck, als wären in westlichen Ländern schon wieder die Personen auf dem Wege zur Macht, die nur an die militärische Lösung der Gegenwartsprobleme glauben.

Wir bitten Sie daher, Majestät, nicht nur energisch gegen die Mörder von Grigoris Lambrakis vorzugehen, sondern auch zu bewirken, daß in Griechenland nicht die Freiheit der Menschen beschnitten wird, die sich in demokratischer Weise um die Erhaltung des Friedens in der Welt bemühen."

6050 Offenbach, den 21. Juni 1963 - Vack

21. 6. 63

Ostermarsch-Meeting

ED 718-22-268

Am 22. Juni 1963, 14.30 Uhr,

in der Rudolf-Koch-Schule (Aula), Offenbach, Schloßstraße

Es sprechen:

„Chancen einer Kampagne für Abrüstung“

Herbert Faller, Frankfurt

„Sind wir arme Irre?“

Rudolf Rolfs, Frankfurt

„Zivildienstverweigerung? — eine Frage an jeden Atomwaffengegner“

Prof. Dr. Ludwig Heckmann, Hannover

„Mitteleuropa — Atomwaffenfrei!“

Heiner Halberstadt, Frankfurt

Anschließend Diskussion!

Bringen Sie Ihre Freunde und Bekannten mit



Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 648

Druck: Graphische Werkstätte Offenbach

Ostermarsch-Meeting

Am 22. Juni 1963, 14.30 Uhr,

in der Rudolf-Koch-Schule (Aula), Offenbach, Schloßstraße

Es sprechen:

„Chancen einer Kampagne für Abrüstung“

Herbert Faller, Frankfurt

„Sind wir arme Irre?“

Rudolf Rolfs, Frankfurt

„Zivildienstverweigerung? — eine Frage an jeden Atomwaffengegner“

Prof. Dr. Ludwig Heckmann, Hannover

„Mitteleuropa — Atomwaffenfrei!“

Heiner Halberstadt, Frankfurt

Anschließend Diskussion!

Bringen Sie Ihre Freunde und Bekannten mit



Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 648

Druck: Graphische Werkstätte Offenbach



pressediens

nachrichten zum ostermarsch der atomwaffengegner und
zum problemkreis der abrüstung

ED 718-22-270

20.6.63

Die Pressestelle des „Ostermarsch der Atomwaffengegner“, Hessischer Ausschuß, bittet um Abdruck nachstehender Notiz und um Übersendung eines Belegexemplares:

Wir möchten die Presse freundlichst darauf aufmerksam machen, daß der Hessische Ausschuß "Ostermarsch der Atomwaffengegner - Kampagne für Abrüstung" am kommenden Samstag, dem 22. Juni 1963 in der Rudolf Koch-Schule, Offenbach am Main, eine Veranstaltung durchführt. Die Veranstaltung wird der Öffentlichkeit zugänglich sein, ist jedoch nicht als Großkundgebung geplant, sondern als Treffen der Ostermarschteilnehmer, die an einer Diskussion über die vorgesehenen Referate interessiert sind. Zu Ihrer Information fügen wir ein Flugblatt, das Näheres über die Veranstaltung aussagt, bei.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie in Ihrer Zeitung einen kurzen Hinweis über die geplante Veranstaltung veröffentlichen und zwecks Berichterstattung an der Veranstaltung selbst teilnehmen könnten.

Mit freundlichen Grüßen!

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Klaus Vack
(Klaus Vack)

20. 6. 63

ED 718-22-271

An die
örtlichen Ausschüsse
und örtlichen Mitarbeiter
dem Hessischen Ausschuß
zur Kenntnisnahme
= = = = =

Liebe Freunde,

Sie haben unser Rundschreiben vom 11. Juni 1963, das an alle Ostermarsch-
anhänger ging, erhalten.

Veranstaltung am 22. Juni 1963

Wir möchten noch einmal besonders auf diese Veranstaltung hinweisen und
Sie bitten, so weit es in Ihrer Macht steht, möglichst viele Freunde mit
nach Offenbach zu bringen. Vor allen Dingen die örtlichen Ausschüsse
außerhalb der engeren Umgebung Frankfurts sollten eine gemeinsame Anreise
mit Pkw's organisieren.

Kennedy-Besuch

Auch hier sollten Sie organisieren, daß unsere Freunde, die beim Kennedy-
Besuch anwesend sein wollen, sich zusammenschließen, so daß man kleine
Gruppen, die sichtbar das große Ostermarschabzeichen tragen und mit Oster-
marsch-Taschentüchern winken, mehrfach in dem großen Kreis der anderen zur
Kenntnis nehmen wird.

Aktion Abzeichen

Für die "Aktion Abzeichen" haben wir eine unseren finanziellen Möglich-
keiten entsprechende Mehrauflage gedruckt, so daß diese Karten noch durch
die örtlichen Ausschüsse verteilt werden können. Wir bitten Sie, Ihren
Bedarf bald dem Hessischen Ausschuß mitzuteilen. (Wir bitten, nach Möglich-
keit für 100 Karten DM 2,-- zu zahlen. Wo dieser Betrag nicht aufgebracht
werden kann, überlassen wir die Festsetzung des Preises dem Ermessen des
örtlichen Ausschusses. Setzen Sie den von Ihnen ermittelten Preis in dem
Bestellzettel ein, damit er bei der Rechnung berücksichtigt werden kann.)

- 2 -

Der örtliche Ausschuß bestellt folgendes Material:

- Karten "Aktion Abzeichen"
zum Gesamtpreis von DM
- Flugblätter "Hiroshima-Tag"
(1.000 Stück DM 20,--)
DM
= = = = =

Das Material ist zu liefern an:

.
(Name und Anschrift)

.
(Unterschrift)

Die "Aktion Abzeichnen" sollte von uns in den nächsten Monaten sehr ernsthaft vorangetrieben werden. Wir glauben, daß es in den kommenden "aktionsarmen" Monaten vor allen Dingen darauf ankommt, in Kleinarbeit möglichst viele neue Anhänger zu gewinnen, die sich vorerst nur durch das Abzeichnen nach außen hin als Atomwaffengegner zu erkennen geben können. Wenn es uns gelingen will, mit dem Ostermarsch 1964 wieder ein Stück voran zu kommen, dann dürfen wir heute die Kleinarbeit und persönliche Überzeugung Außenstehender nicht hoch genug einschätzen.

6. August

Der Zentrale Ausschuß hat beschlossen, daß der 6. August (Jahrestag zum Abwurf der Hiroshima-Bombe) wieder in Gedenk- und Mahnveranstaltungen auf örtlicher Ebene gestaltet werden soll. Es ist bedingt durch die Urlaubszeit unmöglich, zentrale Veranstaltungen zu organisieren. Wir sollten auch örtlich keine Veranstaltungen mit Kundgebungscharakter planen, sondern hier mehr die Form von Mahnwachen wählen. Eine Mahnwache an einem zentralen Punkt des Ortes bei der Flugblätter verteilt werden, läßt sich relativ leicht organisieren und wird ihre Wirkung in der Öffentlichkeit trotz allem nicht verfehlen. In kleineren Orten sollte man versuchen, Flugblätter in alle Haushaltungen zu bringen. Neben den Mahnwachen sollte örtlich überlegt werden, ob Flugblätter am Abend des 6. August vor Kinos und anderen Häusern, in denen öffentliche Veranstaltungen durchgeführt werden, verteilt werden können. Sinnvoll ist bestimmt auch eine Flugblattverteilung vor den Kirchen in denen Früh- und Abendgottesdienste gehalten werden.

Der Zentrale Ausschuß wird zum Hiroshima-Tag ein Flugblatt herausbringen, für das wir recht bald unseren hessischen Bedarf anmelden müssen. Wir bitten deshalb die örtlichen Ausschüsse, Ihre Bestellung für dieses Flugblatt (4 Seiten) an die Geschäftsstelle zu geben. Auch für dieses Flugblatt müssen wir für 1.000 Stück DM 20,-- berechnen, wobei dort, wo dieses Geld einfach nicht aufgebracht werden kann, mit dem Hessischen Ausschuß ein Sonderpreis vereinbart werden kann.

Gemeinsame Sitzung

Für Mittwoch, den 3. Juli 1963, ist eine gemeinsame Sitzung von Hessischem Ausschuß und örtlichen Ausschüssen vorgesehen. Eine Einladung zu dieser Sitzung mit Tagesordnung geht den örtlichen Ausschüssen noch zu. Wir bitten jedoch bereits heute diesen Termin vorzumerken.

Mit freundlichen Grüßen!
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

Klaus Vack
(Klaus Vack)

11. 6. 63

PLÄNE

Eine Bitte:

Helfen Sie mit bei der Finanzierung der Aufklärungsarbeit der Kampagne für Abrüstung/Ostermarsch der Atomwaffengegner durch Einzahlung eines Unkostenbeitrages für dieses Blatt auf Postscheckkonto Hannover 239848 / Dr. Andreas Buro - Sonderkonto Braunschweig.

ED 718-22-272

Eine Frage:

Möchten Sie den Informationsdienst der Kampagne für Abrüstung regelmäßig erhalten? Dann füllen Sie bitte die Rückseite dieser Karte aus und schicken Sie uns Ihre Bestellung!

Der Informationsdienst erscheint etwa monatlich,
Preis je Ausgabe DM -, 50.

Ich bitte um regelmäßige
Zusendung von
Exemplaren des Informati-
onsdienstes der Kampagne
für Abrüstung(Ostermarsch)
Unterschrift:

Adresse:

POSTKARTE

Zum
Aufkleben
der
Freimarke

Frau

Christel Beilmann

(463) B o c h u m

Kettelerstr. 14

**Wer dieses Zeichen trägt, hat eine Meinung
Wer dieses Zeichen trägt, denkt**

Er weiß: Die Bombe muß weg – wir brauchen die atomare Abrüstung!

ED 718-22-273

**Der Student in Cambridge, die Hausfrau in Kopenhagen, der Neger in Accra,
der Arbeiter in New-York**

Millionen Menschen tragen dieses Zeichen!

Dieses Zeichen ist dem internationalen
Signal - Alphabet entnommen und bedeutet:

ND = Nuclear Disarmament

= Atomare Abrüstung

TRAGE AUCH DU DIESES ZEICHEN



Absender:

(bitte gut leserlich schreiben)

Ich bestelle hiermit

..... große ND-Abzeichen
(Durchmesser 23 mm)

..... kleine ND-Anstecknadeln
(Durchmesser 8 mm)

Ein Abzeichen des Ostermarsches der Atomwaffen-
gegner kostet DM 1,50, jedes weitere DM 1,—.

**Der ungeheueren Provokation
alles vernichtender Atombomben,
setzen wir die Provokation
dieser Blechabzeichen gegenüber.**

Rudolf Rolfs

Trag auch du das ND-Zeichen

Verantwortlich: Klaus Vack, Offenbach/Main
Druck: Graphische Werkstätte Offenbach

Briefdrucksache

Porto
DM 0,15

**Ostermarsch
der Atomwaffengegner**

Hessischer Ausschuß

605 Offenbach (M) 4

Postfach 648

Postscheckkonto Ffm. 576 48

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuss

14. 6. 63

6050 Offenbach, den 11. Juni 1963
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./An.

Liebe Freunde,

wir wollen kein Verein werden mit einer Bürokratie, die ihre Daseinsberechtigung nachzuweisen hat. Wir wollen uns auch nicht zu einem Rundschreiben-Zirkel entwickeln. Deshalb wurde unser Schriftpensum in dem letzten Jahr auf ein Mindestmaß eingeschränkt.

HEUTE GIBT ES EINIGES WICHTIGE ZU SAGEN. LESEN SIE DESHALB BITTE DIESEN BRIEF.

1. Veranstaltung am 22. Juni

Sie finden beigelegt eine Reihe Handzettel, in denen für diese Veranstaltung eingeladen wird. Der Hessische Ausschuss sah es für unbedingt erforderlich an, vor der großen Sommerpause noch einmal alle Ostermarschanhänger zusammenzuholen, um in Referaten und Diskussionen Bilanz über den vergangenen Ostermarsch zu ziehen und Gedanken für die zukünftige Arbeit zu entwickeln. Die Veranstaltung wird so verlaufen, daß die Redner ihre Referate halten und wir anschließend in 4 Arbeitsgemeinschaften über diese Referate diskutieren, Vorschläge an den Hessischen Ausschuss unterbreiten, damit die "Mitmarschierer" noch mehr als bisher "Mitarbeiter und Mitbestimmer" werden.

Leider war es uns nicht möglich, diese Veranstaltung in Frankfurt durchzuführen, da kein geeigneter Raum zur Verfügung stand und für die in Frage kommenden freien Räume die finanziellen Kräfte des Hessischen Ausschusses nicht ausreichten. Wir sind im Augenblick überhaupt in einer Finanzkrise und müssen jede Veranstaltung so billig wie nur möglich halten und dabei leider auch auf eine öffentliche Propagierung verzichten. So werden nicht wie beim Ostermarsch Flugblätter in großer Zahl verteilt, sondern wir können nur unsere Interessenten informieren. Dürfen wir Sie deshalb bitten, die Handzettel auch in Ihrem Bekanntenkreis weiterzugeben und wenn irgendmöglich an der Veranstaltung teilzunehmen. Wir haben die Veranstaltung bewußt auf einen Samstagnachmittag gelegt, damit auch die Freunde, die von weiter her anreisen müssen, daran teilnehmen können. Die Veranstaltung wird von 14.30 Uhr bis 19.00 Uhr dauern.

2. Aktion Abzeichen

Immer wieder stehen wir im Hessischen Ausschuss vor der Frage, wie wir unserer Ostermarschbewegung zu einer größeren Breite verhelfen können. Wir glauben, daß es dabei sehr wesentlich ist, daß unser Ostermarsch-Emblem immer mehr in der Öffentlichkeit in Erscheinung tritt. Deshalb wurde eine Aktion Abzeichen gestartet, die sich vor allen Dingen an Menschen richtet, die mit uns sympathisieren, aber nach wie vor abseits stehen. Viele dieser Menschen können sich nicht entschließen, zu einer Kundgebung zu kommen oder gar am Marsch teilzunehmen. Ihnen ist dies alles zu umständlich und noch zu wenig Erfolg versprechend mit der Aktion Abzeichen wollen wir ihnen die Möglichkeit

eines Bekenntnisses zum Ostermarsch ohne große zeitliche und auch finanzielle Verpflichtung bieten. Deshalb sollte jeder von uns möglichst viele dieser Karten im Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz und wo immer ansprechbare Menschen zusammenkommen, verteilen. Unter anderem versprechen wir uns davon auch einen kleinen finanziellen Erfolg - den wir heute mehr denn je nötig haben - denn an jedem Abzeichen das verkauft wird, verdient der Ostermarsch -.80 DM.

3. Kennedy-Besuch

Am 25. Juni kommt der amerikanische Präsident Kennedy nach Frankfurt. Bereits seit langer Zeit berät der Hessische Ausschuss, was anlässlich dieses Besuches zu machen sei. Wir waren uns einmütig einig, daß es nicht zu Gegendemonstrationen seitens des Ostermarsches kommen sollte. Da wir Kennedy einiges zu sagen haben wurde er in einem Brief gebeten, einen Vertreter seiner Delegation oder einen Verantwortlichen aus der Botschaft, für den Hessischen Ostermarschausschuss zur Diskussion zur Verfügung zu stellen. Wir hoffen, daß wir mit diesem Schritt Erfolg haben.

Außerdem sollte jeder Ostermarschteilnehmer, der während des Kennedy-Besuches in Frankfurt auf dem Römer sein wird, das große Ostermarschabzeichen tragen. Wir müssen bedenken, daß unter dem gleichen Emblem die amerikanischen Atomwaffengeegner mehrfach vor dem Weißen Haus demonstrierten und dass Präsident Kennedy sehr wohl weiß, welche Idee hinter dem Ostermarsch-Emblem steht. Im übrigen wollen wir die Veranstaltung am 22. Juni nutzen, um zu besprechen, was man darüber hinaus tun kann. Da der Ostermarsch keine festgefügte Organisation, sondern ein lockerer Zusammenschluß einzelner Bürger ist, glauben wir auch, daß während des Kennedy-Besuches eine nicht geplante Privatinitiative im Sinne unseres Ostermarschaufliegers zur Geltung kommt.

In diesem Sinne erwarten wir von all unseren Freunde und Anhängern, daß Sie vor der großen Sommerpause noch einmal sehr aktiv für unsere Ziele tätig werden.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihr

Klaus Vack
(Klaus Vack)

+ / 5 Abzeichen-Karten

5 Handzettel zum 22.6.

Ostermarsch-Meeting

Am 22. Juni 1963, 14.30 Uhr,

in der Rudolf-Koch-Schule (Aula), Offenbach, Schloßstraße

Es sprechen:

„Chancen einer Kampagne für Abrüstung“

Herbert Faller, Frankfurt

„Sind wir arme Irre?“

Rudolf Rolfs, Frankfurt

„Zivildienstverweigerung? – eine Frage an jeden Atomwaffengegner“

Prof. Dr. Ludwig Heckmann, Hannover

„Mitteleuropa – Atomwaffenfrei!“

Heiner Halberstadt, Frankfurt

Anschließend Diskussion!

Bringen Sie Ihre Freunde und Bekannten mit



Ostermarsch der Atomwaffengegner, Hessischer Ausschuß

Verantwortlich: Klaus Vack, 605 Offenbach (Main), Postfach 648

Druck: Graphische Werkstätte Offenbach



**Wer dieses Zeichen trägt, hat eine Meinung
Wer dieses Zeichen trägt, denkt**

Er weiß: Die Bombe muß weg – wir brauchen die atomare Abrüstung!

ED 718-22-276

Der Student in Cambridge, die Hausfrau in Kopenhagen, der Neger in Accra,
der Arbeiter in New-York

Millionen Menschen tragen dieses Zeichen!



=N

Dieses Zeichen ist dem internationalen
Signal - Alphabet entnommen und bedeutet:

ND = Nuclear Disarmament

= Atomare Abrüstung



=D

TRAGE AUCH DU DIESES ZEICHEN



Absender:

(bitte gut leserlich schreiben)

Ich bestelle hiermit

..... große ND-Abzeichen
(Durchmesser 23 mm)

..... kleine ND-Anstecknadeln
(Durchmesser 8 mm)

Ein Abzeichen des Ostermarsches der Atomwaffen-
gegner kostet DM 1,50, jedes weitere DM 1,-.

**Der ungeheueren Provokation
alles vernichtender Atombomben,
setzen wir die Provokation
dieser Blechabzeichen gegenüber.**

Rudolf Rolfs

Trag auch du das ND-Zeichen

Verantwortlich: Klaus Vack, Offenbach/Main

Druck: Graphische Werkstätte Offenbach

Briefdrucksache

Porto
DM 0,15

**Ostermarsch
der Atomwaffengegner**

Hessischer Ausschuß

605 Offenbach (M) 4

Postfach 648

Postscheckkonto Ffm. 576 48

Wozu benötigt man ein Taschentuch? Nun - vorrangig zum Naseputzen, evtl. zum Reinigen der Brillengläser, gegebenenfalls auch als Schmuck Tuch am Jackett. Immer wieder gibt es aber auch Gelegenheiten, wo man das Taschentuch zum Winken benutzt, z.B. wenn man einen guten Bekannten am Bahnhof verabschiedet. Dann gibt es noch besondere Anlässe, wo ein prominenter Gast im Land ist und die Menge ihn am Straßenrand taschentuchwinkend begrüßt. Bald wird ein solcher Tag sein, wo Mr. K. Deutschland und der Stadt Frankfurt einen Besuch abstattet. Wenn auch Sie ihm winken wollen, dann sollten Sie nicht ein einfaches, sondern ein besonderes Taschentuch benutzen: ein Taschentuch mit Ostermarsch-Emblem. Wir haben solche Taschentücher hergestellt und bitten Sie um Ihre umgehende Bestellung. Natürlich können Sie dieses Taschentuch auch zum Naseputzen verwenden.

Bestellzettel
=====

- Taschentücher mit OM-Emblem
Stück DM 1.50 DM
- Karten "Aktion Abzeichen"
50 Stück DM 1,-- DM
- Zeitung "Ostermarsch 63"
5 Stück DM 2,--
6 - 50 Stück DM -,30 d. Exemplar DM
- Briefverschlusßmarken
100 Stück DM 1.50
250 Stück DM 3,-- DM
- Postkartensatz
(à 8 Stück DM 1,--) DM
- PLÄNE-Sondernummer, Stück DM 3,-- DM
- Broschüre "Der Große Marsch -
San Francisco - Moskau"
Stück DM 1,-- DM
- Exemplare der Schrift über die
Arbeit des Ostermarschausschusses
25 Stück DM 5,-- DM
- Schallplatte Ostermarschsongs 62/63
Stück DM 8,20 DM
- Ostermarschabzeichen (groß)
Stück DM 1,-- DM
- Ostermarschabzeichen (klein)
Stück DM 1,-- DM
- Fahrrad- bzw. Autowimpel
Stück DM 1,-- DM
- Autokleber (bis 5 Stck. kostenlos) DM

Das Material ist zu liefern an:

Name:

Genaue Adresse: 1

Datum:

OSTERMARSCH DER ATOMWAFFENEGEGNER - KAMPAGNE FÜR ABRÜSTUNG
Zentraler Ausschuß, Geschäftsführung: Dr. Andreas Buro,
8 München 55, Andreas-Vöst-Str. 5, Tel. 1 83 61

Verteiler:

KURATORIUM
ZENTRALER AUSSCHUSS
REGIONALE AUSSCHÜSSE zur Weitergabe
an LANDES- und ÖRTLICHE AUSSCHÜSSE

P R O T O K O L L
über das Treffen des Zentralen Ausschusses
am 25./26. Mai 1963 in Kassel
--- 12.6.63 V. ---

Teilnehmer:

Geschäftsführer:

Dr. Andreas Buro

Marsch_NORD:

Detlef Dahlke
Wolfgang Liebegeld

Marsch_WEST:

Christel Beilmann
Herbert Stubenrauch
Frank Werkmeister

Marsch_MITTE:

Heiner Halberstadt
Klaus Vack

Marsch_SÜDWEST:

Manfred Killguß

Kuratorium:

Herbert Faller
Dr. Werner G. Haverbeck
Prof. Dr. G. Heckmann
Dr. Arno Klönne

Marsch_SÜD:

Horst Klaus
Klaus Schreer

BERLIN:

Franziska Mentzel

Werner Böwing - VK
H.G.Friedrich - IdK
Pfarrer Mochalski - Kirchl.Bru.
Herr Riesche - SDS
K.H. Rupp - IAK
Dr.Hannelis Schulte - DFG

Zu TO 1: Bestandsaufnahme und Wertung des OM 63

- a) Die Teilnehmerzahlen, die vom ZA angegeben waren (23.000 Marschteilnehmer, über 50.000 Teilnehmer an den Kundgebungen) wurden noch einmal bestätigt.
- b) Die Übersicht über die einzelnen Märsche führte zu folgenden allgemeinen Schlußfolgerungen:
 - + Marschbeginn sollte allgemein Sonnabend sein. Karfreitag nach Möglichkeit keine Märsche mit kleinen Gruppen wegen ungünstiger Nachrichtengestaltung.
 - + Die Flugblattverteilung ist am wirkungsvollsten, wenn eine geplante Folge von verschiedenen Flugblättern verteilt werden. Möglichst gezielt an einen gleichen Empfängerkreis.
 - + Die Plakate im Format DIN A 2 werden als zu klein empfunden, es wird empfohlen, im nächsten Jahr DIN A 0 Plakate herzustellen. Nur ein Plakat, das evtl. in einer kleineren Größe gefertigt wird.
 - + Wichtig ist die Erfassung der Marschteilnehmer in Karteikarten, so daß sie vorher, aber auch hinterher noch für die Kampagne angesprochen werden können.

- * Billig gemietet werden konnten Plakatwände, wie sie von den Parteien zu den Wahlen benutzt werden. Außerdem war eine günstige Werbemöglichkeit die Aufstellung von Pyramiden und Verkaufstischen in den Städten.
- * Um rechtzeitig die Auflagen der Behörden zu erhalten, hat es sich am besten bewährt, von den Polizeipräsidenten schriftlich klagefähige Auflagen zu verlangen. Die meisten Polizeipräsidenten im Gebiet WEST haben darauf reagiert.
- * Auflagen wurden u.a. erteilt:
 - a) Verbot von Instrumentalgruppen
 - b) Verbot des Verkaufs von Werbematerial
 - c) Benutzung von Lautsprecheranlagen (es soll noch geprüft werden, ob Musterklage möglich ist).
- * Über die organisatorische Arbeit und die Erfahrungen will Klaus Vack für die OM-Ausschüsse eine Studie zusammenstellen.

Die Märsche sind überall in guter Disziplin ohne Zwischenfälle verlaufen.

Publizität

In diesem Jahr hat der Ostermarsch große Beachtung in der deutschen Presse erfahren. Hierüber berichtete Christel Beilmann (Vgl. Anlage 1). Arno Klönne stellte hierzu fest, daß die Tageszeitungen im allgemeinen unseren Pressedienst nicht verwenden, sondern Meldungen der Agenturen benutzen, während die Zeitschriften im allgemeinen auf unser Material zurückgreifen. Sie sollten daher mit Vorrang mit Nachrichten versorgt werden.

Das Pressereferat soll mehr als bisher über die reine Berichterstattung hinaus aktiv werden. Es soll eine Liste von bekannten Journalisten zusammengestellt werden, die evtl. über Kuratoren aufgefordert werden sollen, sich zu Abrüstungsfragen zu äußern. Das Wohlwollen, das von vielen Seiten her dem OM entgegengebracht worden ist, soll hierfür ausgenutzt werden.

Besondere Bedeutung wurde den Leserbriefen beigemessen, sowie der spontanen Nachfrage und Anfrage bei den Rundfunkanstalten, die falsch oder nicht ausreichend berichten. Alle Ausschüsse sind aufgefordert, organisatorische Vorkehrungen zu treffen, damit in ihrem Bereich in dieser Hinsicht schnell reagiert werden kann.

Die Fox-Wochenschau hat einen ausführlichen Bericht über die Ostermärsche gebracht. Detlef Dahlke will versuchen, die Aufnahmen für uns zu bekommen.

Unterschriftenaktion

Die Unterschriftenlisten sollen noch einmal durchgesehen, vervielfältigt und an alle Ortsausschüsse gegeben werden.

Finanzen

Die Geldeingänge beim ZA betragen seit dem OM 1962 DM 22.899.--, denen Ausgaben in Höhe von DM 21.197.-- gegenüberstehen. Von diesen Summen sind etwa DM 14.000.-- nur durchlaufende Gelder, d.h. Gelder, die für die Herstellung von Werbematerial aufgewandt worden sind und von den Ausschüssen zurückvergütet wurden.

Zu TO 2: Rücktritt und Neuwahl des Arbeitsausschusses

Ohne Gegenstimmen gewählt wurden: zum Sprecher: Hans-Konrad Tempel, zum Geschäftsführer: Dr. Andreas Buro, zu weiteren Mitgliedern des AA: Herbert Faller, Heiner Halberstadt, Dr. Arno Klönne, Dr. Hannelis Schulte, Herbert Stubenrauch.

Zu TO 3: Aktionsplanung 63/64 - Erklärung zur Kampagne 63

Über das Programm für das Jahr 63/64 wurde ausgiebig gesprochen. In der Anlage 2 findet sich die daraus resultierende Erklärung der Kampagne 63. Darüber hinaus wurde folgendes beschlossen:

- a) Der ZA soll an Kennedy schreiben und um ein Gespräch mit ihm oder einem seiner Mitarbeiter anlässlich seines Besuches in Deutschland bitten. Vorausgehen soll eine Veranstaltung mit Forumsgespräch im Amerikahaus in Frankfurt, das vom ZA veranstaltet wird. Organisation Klaus Vack. Bei dem Besuch von Kennedy soll das OM-Zeichen mit einer positiven Losung gezeigt werden, evtl. Zeichen auf Taschentuch drucken.
- b) Es wurde die Möglichkeit einer gleichzeitigen Aktion in Bonn und Ostberlin zum 6. August oder 1. September besprochen. Entwürfe für ein geeignetes Flugblatt sollen von Stubenrauch und Böwing hergestellt werden.
- c) Antwortschreiben. Auf die uns zum OM 63 von Politikern übersandten Briefe sollen Klönne und Stubenrauch Antwortschreiben entwerfen.
- d) Nach der Aussprache über die Informationsreise nach Polen wurden die Delegierten (Hannelis Schulte, Heiner Halberstadt, Herbert Stubenrauch) gebeten, vorallem den Standpunkt der polnischen Politiker über die Möglichkeiten zur Verwirklichung des Rapacki-Planes festzustellen. Zu der Oder-Neiße-Linie kann von den Delegierten nur eine persönliche Meinung mitgeteilt werden, da der OM bisher keinen diesbezüglichen Beschluß gefaßt hat. Die Delegierten sollen außerdem die Meinung der polnischen Gesprächspartner zur Frage polnischer Ostermärsche herausfinden. Deutsche Vorschläge hierzu können noch nicht unterbreitet werden, da diese Frage erst vom ZA besprochen werden muß. Die Ergebnisse der Polenreise sollen vorerst nicht publizistisch ausgewertet werden.

Zu TO 4: OM-Ausschüsse

Über die Zusammensetzung und Arbeitsweise der OM-Ausschüsse wurde der in Anlage 3 wiedergegebene Beschluß gefaßt.

Die Bildung von Fachausschüssen aus Personen, die nicht unbedingt dem ZA oder den OM-Ausschüssen angehören, wurde angeregt. Diese Fachausschüsse sollen den ZA beraten, in welcher Weise man am besten die entsprechenden Berufs- oder Interessengruppen ansprechen kann. An folgende Fachausschüsse wurde gedacht:

- a) evangelische Pfarrer
- b) katholische Geistliche
- c) Gewerkschaftler
- d) Wissenschaftler
- e) Universitäten

Die Bildung und Anregung der Fachausschüsse wurde dem AA übertragen. Herbert Faller wird versuchen, in Frankfurt den Ausschuß für Gewerkschaftler zu gründen. Die Ausschüsse sollen in der Regel nicht mehr als 3-4 Personen umfassen, die möglichst dicht bei einander wohnen. Die Fachausschüsse treten nach außen nicht in Erscheinung.

Unterzeichner-Zusammenkünfte zu veranstalten, wurde vorgeschlagen. Erste Erfahrungen hiermit waren durchaus positiv. Von den Unterzeichnern des OM-Aufrufes wurde dabei der Wunsch zu einem besseren Kontakt geäußert. Den OA wird die Veranstaltung solcher Zusammenkünfte empfohlen.

Lobby. Eine der wichtigsten Aufgaben der Kampagne ist es, im kommenden Jahr neue Kreise anzusprechen. Dazu sind Veranstaltungen im herkömmlichen Sinne meist nicht geeignet, da die Menschen nicht zu uns kommen.

So müssen wir zu ihnen gehen. Vorschläge für das Vorgehen im örtlichen Bereich werden vom AA ausgearbeitet. Der ZA wies auf die Möglichkeiten hin, im Rahmen der Veranstaltungen von anderen Organisationen unsere Ideen durch Vorträge oder Teilnahme an Forumsgesprächen vorzubringen.

Es wurde erörtert, ob die Ideen von Künzli über die Abrüstungskontrolle durch das Volk (s. Anlage) durch den OM propagiert werden sollten. Da viele den Aufsatz nicht kannten, soll erst bei der nächsten ZA-Sitzung darüber diskutiert werden. Bitte bis dahin lesen!

Zu TO 5: OM-Informationsdienst

Der ZA beschloß, einen Informationsdienst etwa 12 x jährlich herauszugeben. Dieser soll sachliches Wissen vermitteln und sich an die einzelnen Marschteilnehmer wenden. Folgender Aufbau wurde vorgeschlagen:

- a) kurzer Leitartikel
- b) Informationen über Sachfragen
- c) Informationen über die Arbeit der verschiedenen Kampagnen
- d) Dokumente oder Seminarblätter.

Über die Notwendigkeit einer Bibliographie, Presseschau und die Zusammenstellung spezieller Argumente soll nach Vorlage der ersten Nummer (Aufl. 9000, Ende Juni) diskutiert werden. Nach Rechnung von Arno Klönne sollen die Kosten für die Herstellung wieder einkommen, wenn 2000 Stück à DM 0,50 verkauft werden. Der Titel "Informationen zur Abrüstung" wurde zugestimmt. Herausgeber ist der ZA, verantwortlicher Redakteur Christel Beilmann, Verleger Andreas Buro.

Zu TO 6: Seminarschriften - Seminare

Die Herausgabe von Seminarschriften soll forciert werden.

Ein Pocketbook über Abrüstung und die Bewegungen für Abrüstung soll herausgegeben werden. Robert Jungk wird gebeten, die Herausgabe zu übernehmen.

Über das neu gegründete Collegium Humanum in Unterlegenhardt b. Freiburg berichtete Werner Haverbeck und stellte die Möglichkeiten für OM-Seminare dar. Alle RA und ÖA werden gebeten, diese Möglichkeit für Schulungskurse zu nutzen. Verabredungen bitte direkt mit Dr. Werner G. Haverbeck 7261 Unterlegenhardt ü/Calw, Collegium Humanum, treffen.

Zu TO 7: Beziehungen zu anderen Organisationen

- a) Ein Antrag der WFFB, als unterstützende Organisation in den OM aufgenommen zu werden, soll auf der nächsten ZA-Sitzung weiter diskutiert werden.
- b) Herr Dr. Bodo Manstein ist von der "Vereinigung Deutsche Nationalversammlung" beauftragt worden, die Verbindung zum OM herzustellen. Gespräche hierüber sollen zwischen Mitgliedern des AA und Herrn Manstein geführt werden.
- c) Über Aufnahme neuer Kuratoren soll erst wieder gesprochen werden, wenn mehrere Vorschläge vorliegen.

Zu TO 8: Verschiedenes

Die nächste Sitzung des ZA ist für den 29./30. Juni 1963 vorgesehen.

München, den 3. Juni 1963

gez. Andreas Buro

Anlage 1 zum Protokoll der Sitzung des ZA am 25./26. Mai 1963

Der Ostermarsch 1963 in der deutschen Presse

1. Nachrichten

a) über den Ostermarsch selbst (Anteil etwa 30%)

Die Nachrichten waren bis auf die in sympathisierenden Organen durchweg zunächst darauf aus, möglichst formal über nur örtliche, höchstens regionale Veranstaltungen und Ereignisse des Ostermarsches zu berichten, die Aktion möglichst provinziell, ohne weitere Bezüge erscheinen zu lassen. Daß bis 14 Tage vor Ostern überhaupt berichtet wurde, häufiger im lokalen als im politischen Teil der Zeitung, ist weithin Erfolg der örtlichen und regionalen Ausschüsse des OM, jedoch daß so berichtet wurde, ist teils auch ihre Schuld, weil sie öfter nur von ihrem Ausschuss oder ihrer veranstaltenden Organisation berichteten, ohne jeweils auf den größeren Zusammenhang hinzuweisen. Diese auf kleinster Sparflamme gekochten Nachrichten waren inhaltlich ohne Tendenz bis auf einige wenige Überschriften und einige Hinweise auf die kommunistische Unterwanderung. Überregional berichtet wurde über

SPD, DGB, Naturfreunde, Jung-Sozialisten distanzieren sich vom OM bzw. sind dagegen

Kundgebung in der Paulskirche

FDP gegen Vergabe der Paulskirche an OM

OM gegen EWG (Greenwood in der Paulskirche)

Ankündigung der Märsche

Mitteilung über "Unterschreiber"

Eine Wendung trat mit den "äußeren Ereignissen" ein. Der größere Zusammenhang einschließlich der internationalen Zusammenhänge konnte nicht mehr geleugnet werden. Man mußte mehr oder weniger von der ganzen Aktion OM berichten und konnte nicht umhin, das auch in größerem Stil zu tun. Insbesondere dpa nahm unsere Berichte auf: mit den "Polizeiaufgaben für den Ostermarsch West" fing die umfangreichere Berichterstattung an, und die Abschlusssnachricht (34000 Teilnehmer usw.) erschien dann relativ ausführlich, häufig gekoppelt mit den Berichten über Düsseldorf und England, in den meisten Blättern. Den Vorreiter für die "publicity"-Berichterstattung machten jedoch die Spätausgabe des Mittag und die URZ, die die Düsseldorfer Ereignisse mit wohlwollendem Unterton groß herausbrachten. Nach deren Schlagzeilen mußte die übrige Presse in die Berichterstattung einsteigen.

Ausgenommen von dieser Schilderung sind - außer den uns benachbarten Zeitschriften und Wochenzeitungen, die teils übereifrig berichteten und für den OM Propaganda machten - etwa 15 Tageszeitungen - u.a. Westdeutsches Tageblatt, Dortmund; Frankfurter Rundschau, Mannheimer Morgen - die schon vor der publicity etwas ausführlicher bzw. häufiger Nachrichten über den OM brachten.

b) über die "äußeren Ereignisse" des OM (Anteil etwa 70%)

Diese Nachrichten, die teils Reportagecharakter hatten, wurden zum größten Teil ohne weitere Gehässigkeit und ohne Unterstellungen gebracht. Es handelt sich um folgende Ereignisse:

Straßen für Ostermärsche gesperrt bzw. frei

Einreiseverbot (+ Einspruch des OM, Einspruch Liga für Menschenrechte)

55 Engländer im Flughafen

Düsseldorfer Sitzstreik

Verhaftung und Entlassung Günnebergs

Geheimnisverrat in England (der dem Ostermarsch außer Nachrichten die meisten Kommentare einbrachte) (Die DDR-Presse berichtete über dieses Ereignis ebenso wie über den Düsseldorfer Sitzstreik, der nur in einer Reportage erwähnt wurde, bezeichnenderweise nicht).

Englische Atomwaffengegner verteilen in Ostberlin Flugblätter - ausgewiesen

Kritische Stellungnahme Weyer zum Einreiseverbot (wurde nur von wenigen Zeitungen gebracht. Erscheint mir als Kriterium für die durchgängig skeptische bis feindselige Haltung der Presse, die zur Not unter Berücksichtigung von Demokratie den OM passieren ließ, als Weyer aber offiziell Demokratie forderte, nicht für Publizität der Tatsache sorgte).

2. Kommentare

Offensichtlich waren nur wenige Kommentare über den OM geplant. Sie ergaben sich bis auf einige teils bitterböse (Christ und Welt, Rheinischer Merkur, Schmelzer und Hartmann in verschiedenen CDU-Blättern) offenbar erst aus den Ereignissen in Düsseldorf und England.

a) Freundliche Kommentare

Außer in den sympathisierenden Zeitungen gibt es einen zustimmenden Kommentar in der "Neuen Politik": "In diesem Jahr haben die Veranstalter des Ostermarsches - wir stellen das als einen Fortschritt fest - ihren Feldzug unter ausgesprochen politische Parolen gestellt: Mitteleuropa damit wird, was bisher allein idealistisches Sehnen war, klare und nüchterne Politik der Notwendigkeit. Zum Negativen ist die positive Forderung gekommen ... glückliche Verbindung ... die den Einsatz für diese an sich schon gute Sache auch politisch sinnvoll macht".

und einen weiteren Kommentar, der wenn sonst auch dem OM gegenüber distanziert, als einziger durch OM veranlaßt der Überlegung nachgeht, daß die "Pax Atomica" durchbrochen werden muß. (Ein neues Friedensgesetz, WAZ, Siegfried Maruhn)

b) Kommentare, die durch die "äußeren Ereignisse" verursacht wurden, zu denen unter dem Gesichtspunkt "Demokratie" Stellung genommen wird

Es gab einige qualifizierte Kommentare, in denen Bonn vorgeworfen wird mit zweierlei Maß (Der Mittag) zu messen, zweierlei Recht (Welt der Arbeit) gelten zu lassen, zu den gleichen Methoden zu greifen wie der Polizeistaat im Osten (Trierischer Volksfreund). Für den OM wird darin nicht plädiert, er wird jedoch als eine demokratische Möglichkeit angesehen und als solche verteidigt. Der größere Teil dieser Kommentare nimmt den OM jedoch nur um der Demokratie willen in Kauf, wobei man dann nicht umhin kann, beiläufig zu behaupten: "Ostermärsche dienen nicht dem Frieden, sie gefährden ihn", zu meinen: "eine freiheitliche Demokratie muß sich auch einmal leisten können, Andersdenkenden wenigstens 'Narrenfreiheit' zu gewähren." (BZ Berlin) und zu meinen: "der Ö fordere einseitigen Verzicht auf Atomwaffen und das sei Empfehlung einer tödlichen Politik". (Stuttgarter Nachrichten).

c) Skeptische bis bösartige Kommentare (die darin vertretenen Meinungen und geäußerten Haupteinwände gegen den OM sind in einigen Beispielen im Anhang gesammelt.)

In diesen Kommentaren sind folgende Tendenzen, immer wieder miteinander vermischt, festzustellen:

1. Der OM ist kein Mittel gegen Atomwaffen
2. OM-Leute sind Idealisten - unpolitische, versteht sich -, aber sie werden von Kommunisten ausgenutzt
3. Verteidigung der "Pax atomica"
4. die Sowjets sind der und nur Feind, seinetwegen muß gerüstet werden, es muß ihm mißtraut werden
5. OM ist erst glaubwürdig, wenn er auch in den Ostblockstaaten bzw. gegen östliche Atomwaffen demonstriert, aber das darf er ja nicht
6. Stellungnahme gegen das vermeintliche OM-Ziel: einseitiger Verzicht auf Atomwaffen

d) Kommentare zu "Geheimnisverrat in England"

Sie haben wahrscheinlich eine Reihe Kommentare verdrängt, die in den Dienstag-Ausgaben über den OM in Deutschland vorgesehen waren. Die Aktion der "Spione für den Frieden" hat unserem gerade etwas ansteigenden Vertrauensrenommee geschadet - Zeitungen, die sich zwar mühsam wohlwollend nun doch mit dem OM beschäftigt und ihn gegen die Regierungs- und Polizeimaßnahmen verteidigt hatten, zuckten nun merklich zurück - ihre ursprünglichen Verdächtige schienen sich zu bewahrheiten. In fast allen Kommentaren wird zwar deutlich unterschieden zwischen diesen "Spionen" und den harmlosen Idealisten in Deutschland ... aber da sieht Ihr ja, wohin es führt.

... es wurde nicht mehr für den Frieden, für den Verrat demonstriert

handfeste Spionage, Landesverrat ... ganz ordinärer Verrat

... können nicht hart genug bestraft werden... die Verantwortungslosigkeit ist beispiellos, der Verrat richtet sich nicht gegen Atomwaffen, sondern gegen Landesschutz bei einer Atomwaffenkatastrophe. Welch perverse Denkkungsart...

Wie unsicher sind Englands Panzerschranke?.... höchste Alarmstufe geboten...

...diesen Leuten kann allerdings kein Verständnis mehr entgegengebracht werden... Verrat trifft eigene Landsleute... das dürfte auch die sprichwörtliche Toleranz der Briten überfordern... die Grenzlinie, die hier überschritten wurde, ähnelt veräußelt einer blinden Art von Exhibitionismus... die jungen Marschierer haben sich nicht nur als Fanatiker entpuppt, sondern als staatsgefährdende Verräter.

Das wird zur Folge haben, daß man ihren Ostermärschen, ... auch den Vorbereitungen und Verbindungen, die diese Kreise haben, in Zukunft mehr Aufmerksamkeit widmen wird.

Beachtlich ist, daß fast alle größeren Zeitungen von Londoner Korrespondenten Berichte brachten über die Struktur der englischen Atomwaffengegner, die Spannungen zwischen den verschiedenen Gruppen, die Schwierigkeit der Fortführung ihrer Kampagne und daß die englischen Atomwaffengegner darin als politische Kraft eingeschätzt werden. Ein Beispiel:

"Schwieriger als die Sicherheitsfragen sind die politischen Probleme. Die Kampagne für nukleare Abrüstung gewinnt ständig, vor allem in der britischen Jugend, an Anhang. Sie ist trotz Spaltung in der Führung ein ernst zu nehmender Faktor in der politischen Meinungsbildung des Landes." (Industriekurier)

3. Leserbriefe

Beachtlich sind die Leserbriefe, die sich größtenteils mit Kommentaren auseinandersetzen. Häufig sind es OM-Marschierer, die recht vernünftig argumentieren. Das Verhältnis der Für- und Gegenstimmen ist etwa 2/3 zu 1/3.

Das spricht für eine gute Aktivität der OM-Leute. Dieses Aufklärungsmittel über den OM und seine Ziele müßte zukünftig noch stärker benutzt werden, weil sich die Zeitungen offensichtlich auf die Veröffentlichung solcher Zuschriften einlassen.

Mein Resümee

Es ist uns gelungen, den OM in aller Leute Presse zu bringen. Über die Demonstration OM selbst - mit allen Neben- und Zutaten, über die Berichten in der Hauptsache - wurde berichtet, insgesamt zurückhaltend und lieber über die für den OM ungünstigeren Dinge, aber immerhin sachlich. Die Kommentare jedoch sind bis auf einige Ausnahmen Äußerungen einer antikommunistisch fixierten Gesellschaft, die voller Schrecken sieht, daß aus ihrem Block gute Leute vom bösen Feind verführt ausbrechen und nun an dem bösen Feind in die Hände arbeiten, ob sie nun wollen oder nicht. Diese Gesellschaft nimmt schlicht, trotz genügender Information, nicht zur Kenntnis, warum und mit welchen Vorschlägen und mit welchen Erfolgchancen der "Block" verlassen wird, eine Position außerhalb der Blöcke ist für sie undenkbar.

Es ist uns - wenigstens in der allgemeinen deutschen Presse - nicht gelungen, unsere politischen Ziele, unsere Vorstellungen von einer anderen Politik in die Diskussion zu bringen. Kein Satz des Aufrufes wurde diskutiert, nur daß der OM "allgemein gegen die Bombe" demonstriert, wurde wahrgenommen. Insofern fanden die Märsche 1963 unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Es wird trotz der public relation, die den OM zum Gesprächsthema in der Öffentlichkeit machte, sehr schwer sein, statt des Ostermarsches selbst, der ja nur Mittel zum Zweck sein kann, die OM-Vorstellungen von einer neuen Politik, die die Bombe nicht braucht, in die Debatte zu bringen. Wenn das aber nicht gelingt, ist es ziemlich witzlos, vom OM zu sagen, er sei ein Politikum geworden. Der OM ist bekannt geworden. Diese bekannt gewordene Sache muß nun artikuliert werden, bis sie als Chiffre für eine ganz bestimmte Politik - siehe etwa Aufruf - unmißverständlich gebraucht und verstanden werden kann.

Chr. Beilmann

Anhang

Zu C 1 : der OM ist kein Mittel gegen die Atomwaffe

OM sind kein geeignetes Mittel, um dem von den Sozialdemokraten angestrebten Ziel einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung auf der Basis der Gleichwertigkeit näherzukommen.

(Birkelbach, SPD)

Es sollte keinen ernst zu nehmenden Menschen geben, der glaubt, daß man mit Märschen, Transparenten, Zusammenrottungen, Sitzstreiks irgendetwas gegen Atomwaffen zu richten kann. Märsche sind kein Mittel gegen Mord.

(Dr. Mzo, Stader Tageblatt)

Zu C 2: OM-Leute sind Idealisten, mißbraucht von Kommunisten

OM haben überhaupt den Glauben an die Vernunft der Regierenden und an die Zuverlässigkeit von Verträgen aufgegeben und setzen stattdessen ihre Hoffnung auf ein moralisches Beispiel.

(WAZ)

Sie glauben nicht an Politik und Diplomatie als Mittel gegen das "Übel", sie leugnen die politischen Realitäten überhaupt. Sie fühlen sich unpolitisch - überparteilich und neutral zwischen den Fronten des kalten Krieges. "... Nur eine Minderheit unter den Ostermarschierern hat Sinn für politische Realitäten - die Kommunisten.

Daß die Idealisten, die zweifellos den größten Teil der aktiven Atomwaffengegner stellen, heute in der Bundesrepublik wie arme Irre oder gar wie staatsgefährdende Elemente behandelt werden, haben sie nicht zuletzt dieser politischen Instinktlosigkeit zuzuschreiben.

(Die Zeit)

Sie sind Helfer der bedenkenlosesten Gewalt (Neue Presse/Trip)

Wir weigern uns, sie (die Marschierer in Deutschland) mit den politischen Kindern und Verbrechern, die als "Spione des Friedens" ihr Unwesen treiben, gleichzustellen. Wir wollen ihnen, zu denen eine Reihe ehrenwerter Männer und Frauen gehören, ehrliche Sorge um ihr Land, Idealismus und Friedensliebe unterstellen.

(Stader Tageblatt)

aber gehen sie mit jenem Ernst und jener Klarsicht an die Probleme heran, die uns mit der Existenz von Atomwaffen auf dieser Erde gestellt werden. Akzeptieren wir es für einige, so ist doch bei vielen anderen mystischer Qualm, die Lust an der Auflehnung Beweggrund genug.

(Verschiedene Blätter)

...jedoch wird man Gutgläubigkeit und Redlichkeit nicht immer mit politischer Vernunft gleichsetzen können. (General-Anzeiger, Bonn)

...zahlreiche Idealisten, nur, wieweit werden sie von politischen Hintermännern ausgenutzt, wann werden sie sich des Mißbrauchs bewußt. "Mitmarschierer des atheistischen Bolschewismus" (Kasseler Post)

Noch bevor die Ostermarschierer antreten, haben die Kommunisten alle Weichen gestellt, um die Aktion in ihre Kanäle zu steuern.
(Rheinischer Merkur)

...die heuchlerische Propaganda, mit der die Kommunisten sich bemühen, die Bewegung vor ihren Karren zu spannen, rückt ihre Motive ins Zwielficht.
(WAZ)

Zu C 3: Verteidigung der "Pax atomica"

Die Existenz der Atomwaffen bedroht das Leben auf der Welt und bewahrt uns zugleich, wenn auch prekären, Frieden.
(Stuttgarter Zeitung)

Sie sagen, die Gewalt, die Bombe sei ohnmächtig, den Frieden zu schaffen. Das ist wohl richtig, ändert aber nichts daran, daß im Angesicht des Totalitären nur zur Wahl steht: Unterwerfung oder Gewalt gegen Gewalt.
(Neue Presse, Frankfurt/Trip)

Die Raketen wären noch immer auf Kuba, hätten die Amerikaner, statt eine gleichwertige Rüstung anzubieten, sich mit Protestmärschen begnügt.
(General-Anzeiger, Bonn)

Und doch ist die Bombe heute die einzige Garantie für unsere Freiheit. Sie ist Bedrohung der Welt und Notwendigkeit unserer Existenz zugleich.
(Hamburger Abendblatt)

Es ist doch eine Binsenwahrheit, daß niemand auf diese schrecklichen Waffen zu verzichten vermag, wenn sein Gegner sie hat. Wahrscheinlicher ist doch, daß es in einem künftigen Krieg gar nicht zur Anwendung von Atomwaffen kommt, wenn beide Gegner sich darüber im klaren sind, daß jeder Angriff mit Atomwaffen unverzüglich dieselbe tödliche Antwort auslöst.
(Stader Tageblatt)

Akademiedirektor D. Dr. Eberhard Müller aus Bad Boll, erwiderte Oberkirchenrat Heinz Kloppenburg: "Eine Politik der ständigen Nachgiebigkeit erfahre im Neuen Testament keine Rechtfertigung. Mit einseitiger Abschaffung der Atombombe werde nicht dem Frieden, sondern dem Kriege gedient, weil der Gegner nur ermuntert werde, seine Bombe zu probieren. Es sei die Pflicht des Christen, im Interesse des Friedens Soldat zu werden und eine Bündnispolitik zu unterstützen, die die Balance der Macht in der Welt garantiere. Das Nein zu einer einseitigen Abrüstung schließe aber das Ja zu einer allgemeinen Abrüstung ein.

(Kasseler Post 10.4.63)

Zu C 4: Die Sowjets sind der und nur Feind, seinetwegen muß gerüstet werden, es muß ihm mißtraut werden.

Man reicht Kommunisten auch nicht die Hand, wenn es um Proteste gegen die Atombewaffnung geht. (Nachtdepesche Berlin/Niels)

..Befehlszentralen, von denen aus im Falle eines von der Sowjetunion begonnenen Atomkrieges das Funktionieren des vom Osten gefürchteten Gegenschlags gesteuert werden soll, der den Kommunismus davon abhält, mit Gewalt sein erklärtes Ziel der Weltherrschaft zu erreichen. (Hamburger Abendblatt v. 18.4.63)

Wie richtig, aber wie töricht ist es zugleich, als Spruchweisheit zu verbreiten, die Rüstungsmilliarden sollten für die Hungernden in der Welt ausgegeben werden. Leider haben gerade die Mächte wie die Sowjetunion und Rotchina, die mancher Ostermarschierer für einwandfreie Friedenskämpfer hält, immer wieder ihre völlige Rücksichtslosigkeit bewiesen, wenn die Frage von dem Vorrang von Kanonen oder Butter zu beantworten war. (General-Anzeiger, Bonn)

Jeder Mensch aber weiß oder könnte wissen, daß die Schwierigkeit der Abschaffung oder des Verbots dieser schrecklichen Waffen bei den Sowjets liegt, bei denen man ja auch zweifeln muß, ob trotz aller großen Worte, die Chruschtschow mehrfach gebraucht hat, ihr Wille zur Ausschaltung dieser Waffen ehrlich ist oder ob nicht vielmehr ihr Wunsch nur dahin geht, auf dem Gebiet dieser Waffen überlegen zu sein. In den nicht-kommunistischen Ländern sieht man sich wohl oder übel genötigt, auch auf diesem Gebiet den Sowjets gewachsen zu sein, während man gleichzeitig mit unendlicher Geduld über die Abschaffung der Atomwaffe oder die Einstellung der Atomversuche verhandelt. (Trierische Landeszeitung)

Zu C 5 : OM ist erst glaubwürdig, wenn er auch in den Ostblockstaaten bzw. gegen östliche Atomwaffen demonstriert, aber das darf er ja nicht.

Wer also gegen Atomwaffen marschiert, müßte in erster Linie gegen Moskau demonstrieren. (Neue Bildpost, kath.)

....aber wer es wirklich ernst meint, muß zunächst dafür demonstrieren, daß man in Moskau, in Warschau, in Prag und in Ostberlin genau so protestieren darf wie in England, Dänemark, Holland und in der Bundesrepublik. (Flensburger Tageblatt)

Nur sollte man sich darüber im klaren sein, daß es den Teufelskreis der atomaren Aufrüstung ja nicht nur im Westen gibt. Der Osten rüstet auf diesem Gebiet in mindest genau demselben Umfange, wenn nicht noch mehr und besser, soweit man die Äußerungen vor allem aus Moskau verfolgt. Es wäre also aller Grund vorhanden, auch in den Ostblockländern mit Ostermärschen zu protestieren. Auch dort

dürfte es genügend Atomwaffengegner geben. Aber weder in der Sowjetzone noch in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Rostchina oder gar der Sowjetunion hört man von derartigen Ostermärschen. Sollte der Unterschied darin bestehen, daß der Westen für den Krieg, der Osten aber lediglich für den Frieden rüstet?

(Kieler Nachrichten)

Es kann sein, daß diese Marschierer in den Ostertagen auch Transparente gegen sowjetische Atomraketen mit sich führen. Dazu muß man wissen, daß die kommunistischen Parteien in Westeuropa schon im vergangenen Jahre ausdrücklich die Erlaubnis zur Teilnahme auch an solchen Demonstrationen erhalten haben. Diese "Selbstlosigkeit" sollte in den Augen der nicht-kommunistischen Marschgenossen besonders glaubwürdig machen. Die "Ostermärsche" sind nämlich als Organisationsebene der östlichen Infiltrationsarbeit für das ganze Jahr gedacht. In jedem Bundesland bestehen inzwischen Organisationsbüros. Sie sind die Befehlsstände der 19 "Marschsäulen", die sich in Bewegung setzen werden. Sie finanzieren die geplanten 43 Kundgebungen. 1962 waren es nur 13 - und sie heuern die Rednerprominenz an, die unterwegs wie am Zielort auf die Tribüne steigen soll.

(Kasseler Post)

Zu C 6: Stellungnahme gegen das vermeintliche OM-Ziel: einseitiger Verzicht auf Atomwaffen

Als "Unilateralisten" verlangen sie den notfalls auch einseitigen (unilateralen) Verzicht auf Atomwaffen. (WAZ)

...Demonstrationen, die sich betont gegen die westliche Aufrüstung richten, ohne sich von den sowjetischen Kernwaffenversuchen sonderlich beeindruckt zu zeigen. (Lübecker Nachrichten)

Ein bedingungsloser Verzicht auf die Atomwaffen, wie ihn die vermeintlichen Atomwaffengegner empfehlen, hat Folgen nur für den, der verzichtet, nicht aber für die ganze Menschheit.

Die blinde Angst, die eine Politik des Sichpreisgebens empfiehlt, sich der Gewalt Schritt für Schritt unterwerfen will.

(Neue Presse, Frankfurt)

Das ist der unverständliche naive Irrtum der Ostermarschierer, daß sie glauben, durch eine Selbstentmachtung der freien Welt den Frieden sichern zu können. (Trierische Landeszeitung)

Der Bevölkerung die Augen zu öffnen und sie immer wieder hinzuweisen auf den Wahnsinn atomarer Vernichtung, ist ganz gewiß kein sträfliches Unterfangen. Wenn das aber geschieht, um den Verteidigungs- und Selbsterhaltungswillen des Westens zu lähmen, so wird ein gefährlicher Minusposten in der großen West-Ost-Rechnung geschaffen, das bisher ausbalancierte Gleichgewicht des Schreckens wird dadurch einseitig zu unseren Lasten verschoben.

(Lübecker Nachrichten).

Anlage 2 zum Protokoll der Sitzung des ZA am 25./26.5.1963

E r k l ä r u n g
des Zentralen Ausschusses des Ostermarsches der Atomwaffengegner
Kampagne für Abrüstung
ZUR KAMPAGNE 1963/64

Der Ostermarsch nennt sich seit dem vergangenen Jahr zusätzlich "Kampagne für Abrüstung". Dieser Name stellt an uns den Anspruch, während des ganzen Jahres für die Abrüstung zu arbeiten. Aus diesem Anspruch muß Wirklichkeit werden. Der Erfolg des OM 63 ermutigt uns, alle Freunde und Helfer unserer Sache um weitere und verstärkte Mitarbeit in der Kampagne für Abrüstung zu bitten. Unser Arbeitsplan bis Ostern 1964 sieht vor:

- * Der 6. August, der Tag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima, soll ein Tag der Information über die Wirklichkeit des atomaren Krieges und der Mahnung der unmenschlichen Konsequenzen der Atomrüstungspolitik werden.
- * Der 1. September ist seit einigen Jahren von Jugendverbänden zum Antikriegstag erklärt worden. Wir wollen mit dafür sorgen, daß dieser Tag zu einer öffentlichen Demonstration des Friedenswillens gerade der jungen Generation wird. Veranstaltungen der Gewerkschaftsjugend an diesem Tag sollen nach Kräften unterstützt werden.
- * Vertreter unserer Kampagne fahren nach Warschau und Stockholm, um dort Gespräche über den Rapacki- und den Undén-Plan zu führen. Im Anschluß daran wollen wir Verbindung zu Politikern in Großbritannien und Italien aufnehmen, die eine Entspannungspolitik befürworten. Den Ertrag dieser Gespräche werden wir der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik vorlegen.
- * Im Oktober d.J. wird der ZA ein internationales Forum über Probleme der Abrüstungspolitik veranstalten. Im Zusammenhang hiermit wird der Aufruf zum OM 64 veröffentlicht. Dann kommt es darauf an, für diesen Aufruf zum OM 64 die Zustimmung und Unterstützung möglichst vieler Bürger der Bundesrepublik zu gewinnen.
- * Im Februar 1964 soll mit großen regionalen Kundgebungen zum Thema atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa der Auftakt zum Marsch 64 gegeben werden.

Wir möchten unsere Kampagne so ausbauen, daß sie den Wunsch der Bürger der Bundesrepublik nach einer Politik ohne Bombe in aller Deutlichkeit widerspiegelt und die Sache der Abrüstung als Sache der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung sichtbar macht. Um dies zu erreichen, müssen wir mehr als bisher neue Kreise ansprechen und ihnen das Anliegen unserer Kampagne vortragen. Als ersten Schritt hierzu wurde im Februar dieses Jahres eine Lobby-Woche in Bonn veranstaltet. In ähnlicher, aber intensiver Form sollen nun im örtlichen Bereich Politiker, Abgeordnete und die maßgeblichen Vertreter von Berufsständen und Organisationen durch die Ausschüsse angesprochen werden. Für diese Aufgabe ist eine intensive sachliche Orientierung und Information aller Mitarbeiter unserer Kampagne über Fragen der Abrüstung notwendig. Der ZA wird durch Herausgabe eines ständigen Informationsdienstes zu Fragen der Abrüstung und einer Reihe von Arbeitsblättern hierzu beitragen. Wir bitten alle Ausschüsse der Kampagne, der Beschäftigung mit Sachfragen der Abrüstungspolitik in den nächsten Monaten verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen. Alle Förderer und Mitarbeiter des OM fordern wir zu intensivem Bemühen um die Ausbreitung und Stärkung der Kampagne auf.

Anlage 3 zum Protokoll der Sitzung am 25./26.5.1963

Beschluß des Zentralen Ausschusses des Ostermarsches der Atomwaffengegner
Kampagne für Abrüstung

Betr.: Zusammensetzung der örtlichen Ausschüsse

Um eine wirksame Arbeit der örtlichen Ausschüsse auf breiter Basis sicherzustellen, hat der ZA den folgenden Beschluß einstimmig gefaßt:

Die Unterschriftenaktion zum Aufruf für den OM 1963 und der OM selber haben eine Ausweitung unserer Bewegung erbracht, die uns die Mitwirkung neuer Kreise und gewichtiger Persönlichkeiten eintrug. Deshalb ist es wichtig, daß wir in unserer Arbeit dieser Verbreiterung der Kampagne Rechnung tragen, neue Mitarbeiter gewinnen und ständig weitere Kontakte suchen.

Dementsprechend sollen die Örtlichen Ausschüsse so ausgebildet werden, daß

- 1) die im ZA vertretenen Organisationen nach Möglichkeit auch in ihnen vertreten sind, wozu noch Repräsentanten der Gewerkschaften, der evangelischen und katholischen Kirche und ihrer Jugendverbände gewonnen werden sollten.
- 2) die Zusammensetzung der Ausschüsse geändert werden kann, so daß Personen, die sich durch Aktivität und Loyalität bewährt haben, oder sonstige besondere Eignung haben, zur Mitarbeit im Ausschuß aufgefordert werden können.

Die Örtlichen Ausschüsse bedürfen für ihre Gründung und Zusammensetzung der Anerkennung des Regionalen Ausschusses. Sie haben in ständiger Fühlungnahme mit diesem zu arbeiten.

Bei diesem Anlaß erneuert der ZA seinen früheren Beschluß, daß politische Erklärungen für den OM nur durch den ZA abgegeben und Drucksachen durch die örtlichen Ausschüsse nur nach Genehmigung der Regionalen Ausschüsse hergestellt werden dürfen.

Protokoll

12. 6. 63 V.

der Sitzung des Hessischen Ausschusses am 10. Juni 1963 in Ffm.

=====

Anwesend: Hans-Joachim Arlt, Edgar Weick, Pfarrer Heinz Andres, Heiner Halberstadt, Gunnar Tuschy, Klaus Vack, Fritz Vilmar, Norbert Winkler;

es fehlten: Fritz Amann, Herbert Faller, Pfarrer Farr, Heinz Grossmann, Klaus Dieter Hagedorn, Horst Maurer, Dr. Hans Schenck.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Sitzung des ZA
2. Veranstaltung am 22. Juni 1963
3. Kennedy-Besuch
4. Verschiedenes

Zu Punkt 1 der TO:

Klaus Vack berichtet über die letzte Sitzung des ZA. Im Mittelpunkt dieser Sitzung stand eine Berichterstattung und Auswertung über die Ostermärsche 1963, die Vorbereitung der Informationsfahrt nach Warschau, die Aktionsplanungen 63/64, die Neuplanungen des Arbeitsausschusses, sowie die Herausgabe von Material. Es wurde eine zusammenfassende Erklärung über den Ostermarsch 63 mit Ausblick auf die zukünftigen Planungen verabschiedet. Außerdem wurden Leitsätze für die Arbeit der Örtlichen Ausschüsse beschlossen. Es ergab sich eine Diskussion, in wie weit Gespräche mit dem Weltfriedensrat geführt werden sollten, die jedoch nicht/zu Ende geführt wurden. Ein Antrag des Sozialistischen Bundes und der Westdeutschen Frauen-Friedensbewegung wurden zurückgestellt. Der Hessische Ausschuß hat erhebliche Bedenken gegen die Aufnahme der Westdeutschen Frauen-Friedensbewegung in den Z A.

Eine Diskussion über eine Aktion in der DDR konnte ebenfalls nicht zu Ende geführt werden und wird auf der nächsten Sitzung des ZA beraten. Edgar Weick hat zu dieser Frage konkrete Vorschläge, die er in der nächsten Sitzung vortragen wird.

In der Presseauswertung des ZA wurde festgestellt, daß zwar in diesem Jahr sehr ausführlich über die Ostermärsche berichtet wurde, aber daß sich die Presse nicht mit dem konkreten Anliegen der Atomwaffengegner auseinandersetzt. Der Hessische Ausschuß empfiehlt dem ZA gerade im Hinblick auf die Presse eine größere Lobby-Tätigkeit zu entfalten. Es müssen über prominente Ostermarsch-Unterzeichner oder Kuratoren Kontakt-Gespräche zu bekannten und einflußreichen Journalisten aufgenommen werden, damit man in solchen Gesprächen das Anliegen des Ostermarsches wesentlich nachdrücklicher unterbreiten kann.

Für die hessischen Presse-Kontakte wird Fritz Vilmar ein Gespräch von Vertretern des HA mit Herrn Pleß oder Herrn Herder von der Deutschen Journalistenunion Hessen vorbereiten. Es soll versucht werden, auf diesem Wege eine betont politisch gehaltene Informationsschrift für alle hessischen Journalisten zur Verteilung zu bringen.

Außerdem werden Norbert Winkler und Hans-Joachim Arlt beauftragt, gemeinsam mit Rudolf Rolfs den Versuch zu unternehmen, ein Gespräch mit Verantwortlichen der FAZ und der Neuen Presse zu führen.

Klaus Vack berichtet über den geplanten OM-Informationsdienst und weist besonders darauf hin, daß nicht geplant ist, diesen Dienst so auszubauen, daß er bald eine eigene Zeitung wird. Der Informationsdienst ist im wesentlichen zur Information der Presse und der Verantwortlichen in allen Ostermarschsausschüssen gedacht. Edgar Weick befürwortet im Gegensatz zu diesem Plan eine Ostermarsch-Zeitung. Es werden ausführlich Für und Wider dieses Vorschlages diskutiert, jedoch kein endgültiges Ergebnis erzielt. Fritz Vilmar wird jedoch beauftragt, mit dem Herausgeber von "Das Gewissen" zu korrespondieren und für die 15 Mitglieder des HA je die Nummern des letzten Jahres zu besorgen. Es soll dann überprüft werden, in wie weit "Das Gewissen" die Funktion einer Ostermarsch-Zeitschrift erfüllen und in wie weit der HA diese Zeitung protegieren könnte.

Fritz Vilmar erklärt sich bereit, in der vom ZA geplanten Seminar-Schriftenreihe eine Schrift über "Sinnlosigkeit eines atomaren Luftschutzes" zu verfassen.

Zu dem Besuch der ZA-Delegation (Halberstadt, Stubenrauch, Schulze) in Warschau empfiehlt der HA Heiner Halberstadt eine Presseerklärung zu verfassen, die mit dem ZA-Arbeitsausschuß abzufassen ist und möglichst bald an die Presse gegeben wird.

Zu Punkt 2 der TO:

Die Veranstaltung am 22. Juni 1963 kann nicht in Frankfurt stattfinden und wird deshalb in der Offenbacher Rudolf Koch Schule sein. Da Dr. A. Klönne kurzfristig als Referent abgesagt hat, soll Herbert Faller gebeten werden, dieses Referat zu übernehmen und Heiner Halberstadt wird dann über die atomwaffenfreie Zone referieren und dies gleichzeitig mit einem Bericht über die Warschau-Fahrt verknüpfen. Die Arbeitsgemeinschaften werden wie folgt geleitet: Referat Faller - Norbert Winkler; Referat Rolfs - Klaus Vack; Referat Halberstadt - Edgar Weick; Referat Heckmann - Hans-Joachim Arlt.

Zu Punkt 3 der TO:

Norbert Winkler legt seine Vorschläge vor, die gebilligt werden. Es wird jedoch beschlossen, das Ostermarsch-Abzeichen mehr als von Norbert Winkler vorgesehen, in Erscheinung treten zu lassen. Von den Taschentuch-Fabriken liegen bisher keine Angebote vor, die das geplante Projekt verwirklichen lassen. Sollten sich keine Hersteller finden, wird Edgar Weick den Druck von Taschentüchern organisieren.

Nach den Erkundungen von Pfarrer Farr kann das vom Frankfurter Ausschuß für das Amerika-Haus geplante Gespräch nicht stattfinden. Klaus Vack wird beauftragt, einen Brief an Präsident Kennedy zu schreiben und um ein Gespräch mit einem Teilnehmer der amerikanischen Regierungsdelegation zu bitten.

Zu Punkt 4 der TO:

Zum 6. August sollen wieder Mahnwachen von allen Örtlichen Ausschüssen durchgeführt werden. Ein Flugblatt wird vom HA hergestellt. Der Entwurf von Edgar Weick für dieses Flugblatt wird in der Grundtendenz gut geheißen. Einzelkorrekturen sind in den nächsten Tagen an Klaus Vack zu geben.

Mit der Vorbereitung zur nächsten ZA-Sitzung wird der Arbeitsausschuß beauftragt, der sich gemeinsam mit Herbert Faller und Heiner Halberstadt am 26. Juni 1963 trifft.

Offenbach, 11. Juni 1963
Für die Protokollführung:
Klaus Vack

Ostermarsch der Atomwaffengegner
Hessischer Ausschuß

605 Offenbach, 5. 6. 1963
Waldstr. 99, Postfach 648

6.6. V.

ED 718-22-288

An die
Mitglieder des
Hessischen Ausschusses
= = = = =

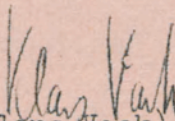
Liebe Freunde,

ich lade Sie für Montag, dem 10. Juni 1963, 19.00 Uhr, in das Haus der Jugend, Frankfurt, zu unserer nächsten Ausschußsitzung ein. Ich schlage folgende Tagesordnung vor:

1. Bericht über die Sitzung des ZA
2. Veranstaltung am 22. Juni 1963
3. Kennedy-Besuch
4. Weitere Planungen
5. Verschiedenes

Herrn Pfarrer Farr bitte ich, zu Punkt "Kennedy-Besuch" mit dem Frankfurter Ausschuß die dortigen Planungen durchzusprechen und darüber zu berichten, damit wir sie bei unseren Planungen berücksichtigen können.

Mit freundlichen Grüßen!


(Klaus Vack)

P.S.: Dr. Buro vom Zentralen Ausschuß teilt mit, daß für die Geschäftsführung, die weiterhin in München bleiben wird, ein junger Sekretär gesucht wird, der evtl. bereit ist, für 1 - 2 Jahre nach München zu ziehen und bei einem Anfangsgehalt von ca. 500 - 600 DM im Monat für den Ostermarsch arbeiten möchte. Sollte Ihnen irgend ein Interessent bekannt sein, bitte ich um Mitteilung.

d. O.